

DER RUCK NACH RECHTS

DIE WICHTIGSTEN ZEIT-ARTIKEL über den
Aufstieg des Rechtspopulismus in Deutschland

DIE ZEIT
kompakt



Einleitung

»*Wir sind das Volk*« skandierten Tausende Anhänger der »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«, kurz Pegida, Anfang des Jahres 2015 bei Kundgebungen in Dresden und instrumentalisierten damit die vielleicht bedeutendste Parole deutscher Nachkriegsgeschichte. Seitdem steht die weithin als fremdenfeindlich sowie rechtspopulistisch wahrgenommene Bewegung bundesweit für einen Rechtsruck, der sich durch alle Schichten Deutschlands zieht. Das Erstarken von Gruppierungen wie der Identitären Bewegung und den Reichsbürgern verschärfen diesen Eindruck und machen eine tiefe Spaltung der Gesellschaft sichtbar.

Die Grenzen zwischen konservativ, nationalistisch und fremdenfeindlich scheinen zunehmend zu verschwimmen, wie die Parteispitze der anfangs eurokritischen Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) zeigt, die mittlerweile mit völkischen Aussagen Schlagzeilen macht. Die Verbreitung rechten Gedankenguts hat zur Folge, dass auch die Zahl der rechtsmotivierten Straftaten seit vier Jahren kontinuierlich steigt und mit 41.500 Delikten im Jahr 2016 ein Rekordhoch erreicht hat.

Mithilfe von Reportagen, Porträts und Analysen versucht DIE ZEIT, das Phänomen des Rechtsrucks zu ergründen. Was sind die Sorgen der Pegida-Anhänger? Wofür steht die AfD? Und wie geht man mit Vertretern der neuen Rechten in der Öffentlichkeit um? In diesem E-Book versuchen 19 ZEIT-Artikel aus den vergangenen zwei Jahren Antworten auf diese brandaktuellen Fragen zu finden.

Einleitung

Einführung

Völkische Schatten

Alle rechten Parteien schwärmen vom Volk. Aber wer ist das Volk? Und wieso hat es nur eine einzige Stimme?

»Ich bin schon froh, wenn es nicht schlimmer wird«

Der Historiker Wolfgang Benz über die lange Geschichte der Fremdenfeindlichkeit in Deutschland – und was neu ist an den Pegida-Märschen

Wem gehört das Konservative?

Die liberale Rechte kann aufatmen: Mit Alexander Gaulands Entgleisung hat die AfD das bürgerliche Terrain endgültig geräumt.

Am Abendbrottisch mit ... Familie Sauerborn

Der Sohn kritisiert die AfD, der Vater unterstützt sie. Was hat man sich da noch zu sagen?

Ursachen für den Ruck nach rechts

Wie ich auszog, die AfD zu verstehen

Unser Reporter ist linksliberal und hat nichts gegen Merkels Flüchtlingspolitik. Mit AfD-Gerede von »Volksverrätern« und »Tugendterror« kann er nichts anfangen. Wer denkt so? Auf der Suche nach einer Antwort findet MALTE HENK nicht nur Rechtsextreme – sondern viele Menschen, die ihm seltsam vertraut vorkommen.

Hier herrscht Klassenkampf

In der Arbeiterstadt Bitterfeld ist die AfD stärkste Partei. Ihre Wähler haben nicht nur mit Flüchtlingen ein Problem, sondern auch mit dem Kapitalismus.

Die Avant-Gestrigen

Sie sind rechts und bedienen sich der Strategien der Linken: Wie die

Aktivisten der Identitären Bewegung die Einwanderung bekämpfen.

Kampf um den Kornmarkt

In der sächsischen Kleinstadt Bautzen gehen seit Wochen Neonazis auf Flüchtlinge los. Und manchmal auch Flüchtlinge auf Neonazis.
Beobachtungen auf beiden Seiten

Einer von denen

Ein hochbegabter Student läuft in der ersten Reihe bei Pegida mit. Was treibt ihn an?

Die Rolle seines Lebens

Er war Staatssekretär und Herausgeber einer Tageszeitung, er ist ausgesprochen höflich und sehr gebildet. Was macht einer wie Alexander Gauland bei der AfD?

Neue deutsche Welle

Sie sind jung und ehrgeizig. Ihr Feindbild sind die Grünen, mit ihren Auftritten wollen sie provozieren. Wir haben Nachwuchspolitiker der AfD gefragt, was sie so aufregt.

Wenn die stolzen Geister denken

Wie der Philosoph Marc Jongen, ein enger Vertrauter Peter Sloterdijks, die Ideologie der AfD vorantreibt. Und was von den Werten der Partei zu halten ist.

Es gehört nicht jeder dazu« – »Ein Schreckensgedanke«

Die eine will das Asylrecht abschaffen, die andere glaubt, dass dies einer Abschottung des Landes gleichkäme; was für die eine »Gender-Ideologie« ist, ist für die andere eine Errungenschaft der modernen Gesellschaft. Ein Streitgespräch zwischen Frauke Petry (AfD) und Katrin Göring-Eckardt (Grüne)

Der Verlust der Mitte

Deutschland geht es wirtschaftlich bestens, aber das Land ist zerrissen wie selten zuvor: Hypermoral von links, blanke Gewalt von rechts. Was ist da passiert?

Wut ohne Grenzen

Attentate, Hetze, Tabubrüche: Kann die Politik die Aggression der Straße noch verarbeiten?

Umgang mit Rechtspopulisten

Frei zu reden

Wann immer Intellektuelle oder Politiker der Neuen Rechten in Theatern oder Universitäten auftreten sollen, formiert sich Protest. Ist das wünschenswert?

Schluss mit dem Selbstbetrug

Jetzt sitzt die AfD im vierten ostdeutschen Landtag, diesmal mit 24 Prozent. Zeit, mit sieben falschen Ratschlägen aufzuräumen, die Ihnen immer wieder begegnen werden – und die AfD doch nur stärker machen.

Gegen Populismus hilft:

Italien: Verloren. Österreich: Noch mal Glück gehabt. Und jetzt warten auf die nächste Katastrophe? Auf keinen Fall. Zehn Wege, mit den Autoritären fertig zu werden.

Kampfansage

Rechte Hetzer sind keine Brüder und Schwestern. Mit Verständnis kommt man bei ihnen nicht weiter. Man muss sich gegen sie wehren, sagt Jens Jessen. Eine Antwort auf Alard von Kittlitz

Weitere ZEIT E-Books

Impressum

Einführung

Völkische Schatten

Alle rechten Parteien schwärmen vom Volk. Aber wer ist das Volk? Und wieso hat es nur eine einzige Stimme?

VON CHRISTIAN GEULEN

DIE ZEIT, 26.01.2017 Nr. 05

Dass die Stimme des Volkes die Stimme Gottes sei (»vox populi vox Dei«), ist eine alte Idee, die auf das spätrömische und frühmittelalterliche Denken zurückgeht. Hier meinte sie aber keineswegs das Volk als politischen Kollektivkörper (*demos* oder *civitas*), sondern bezog sich auf die einzelne Stimme des einfachen Mannes, auf die Stimme des Plebejers. Nicht wegen seiner Macht als Masse, sondern wegen seiner natürlichen Unschuld, unberührt von Wissen und Bildung, wurde seiner Stimme eine göttliche Reinheit zugeschrieben, die als Faktor im politischen Kalkül der Mächtigen berücksichtigt werden musste. Doch erst in den Nationalrevolutionen des 18. Jahrhunderts bemühte man sich, die »göttliche Wahrheit der einfachen Stimme« zu einer Kollektiveigenschaft derjenigen zu erklären, die zur Bildung der neuen Nationen berufen schienen. Seitdem ist der Populismus in der Welt – als Alternative zum Repräsentativitätsprinzip moderner Demokratien und als Versuch, dem »Willen des Volkes«, verstanden als angenommener Durchschnittswille der Bevölkerung, eine Stimme zu geben.

Diese Stimme hat seit dem 20. Januar einen sprechenden Namen: Donald Trump. Immer wieder erklärte er in seiner Antrittsrede »das amerikanische Volk« zum wahren Präsidenten und meinte doch nur sich selbst.

Doch Populismus ist keineswegs nur ein Problem der Vereinigten Staaten. Einen Tag später trafen sich nämlich Europas Rechtspopulisten, ausgerechnet am Deutschen Eck. In Koblenz ging es aber nicht etwa um ein europäisches Volk, sondern um die Völker Europas, deren wahre Einheit, so die AfD-

Vorsitzende Frauke Petry, in ihrer strikten Trennung liege. Europa habe sich immer schon gegen seine Vereinheitlichung gewehrt: gegen Napoleon, gegen Hitler und jetzt gegen die EU. Oder, wie der FPÖ-Mann Heinz-Christian Strache, der statt nach Koblenz lieber gleich zu Trumps Amtseinführung nach Washington flog, es bereits im letzten Sommer ausdrückte: »Patrioten aller Länder, vereinigt euch.« Der bare Unsinn solcher historischen Referenzen, und das ist das eigentlich Erschreckende, wird schon kaum mehr wahrgenommen. Der Slogan der 5000 Gegendemonstranten, »Koblenz bleibt bunt«, wirkte dagegen eher hilflos, zumal »Vielheit« längst Teil rechter Rhetorik ist.

Spätestens seit dem EU-Austritt Großbritanniens wird immer wieder von einer Rückkehr der Nationalstaaten und Nationalismen gesprochen. Bei genauerem Hinsehen aber ist dieser Nationalismus schon längst ein transnationales Phänomen. Es ist ein Nationalismus, der zwar einerseits – wie immer schon – Nation und Vaterland in unverfälschter Weise erhalten und stärken will, in jeder anderen Hinsicht aber längst selber transnational agiert und sein jeweiliges »Volk« nur mit transnationalen Themen erreichen kann.

Ein simples, aber sprechendes Beispiel dafür sind die »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«. Was wie der um politische Korrektheit bemühte Name einer rechtsnationalen Bewegung klingt – ist es auch: vier Schlagworte, von denen drei Post- und Transnationales meinen und das vierte den Begriff der Nation bewusst vermeidet. Als die Bewegung Ende 2014 aufkam, wurde kurz darüber spekuliert, ob hier wirklich »Europa« das gemeinte »Vaterland« sei, wie es also mit einem europäischen Supranationalismus zu tun haben. Bis sich dann herausstellte, dass dieser spezielle Patriotismus sich ganz im Gegenteil vor allem auf jenes Deutschland bezog, das ansonsten als Sachsen bekannt ist.

Erst als das Ganze in Leipzig, Köln und anderswo nachgeahmt wurde und vor allem seitdem die Partei Alternative für Deutschland nach ihrer kurzzeitigen Spaltung (und nach ihrem Feindbildwechsel vom Euro zum Islam) sich landesweit etablierte, haben wir es überhaupt mit einem nationalen Phänomen

zu tun. Aber nur formal. Das Leitmotiv dieser neurechten Bewegung bleibt der Kampf gegen die Überfremdung – entweder der westlichen Kultur und der europäischen Werte oder aber der lokalen Lebenswelten und regionalen Identitäten oder auch des »natürlichen« Zustands von Familien und Gemeinschaften.

Für diesen Kampf sind Nation und Vaterland nur noch Agitationsraum und Appellationsinstanz. Sie sind Medium eines quasipolitischen Ausdrucks für die Verknüpfung von lokaler oder gar individueller Identitäts- mit umfassenden Weltproblemen. »Besorgte Bürger« in Dresden und anderswo sehen sich in vollem Ernst als Verteidiger des ganzen Abendlandes. Deshalb grenzt sich die AfD von einem Hurra-Nationalismus, wie ihn Teile der NPD noch vertreten, bewusst ab (obwohl sich beide Parteien inhaltlich kaum unterscheiden). Und in den Parteiprogrammen werden nationalstaatliche Probleme, mit denen sich die etablierten Parteien herumschlagen, zurückgestellt zugunsten sub- und transnationaler Themen: Familie und Geschlecht, Bevölkerung und Religion, Kultur und Sprache.

Mit anderen Worten: Das Spielfeld des neurechten Nationalismus hat keine wirklichen partikularen Grenzen. Es geht ihm um die Mobilisierung vorpolitischer Grundbedürfnisse, Zugehörigkeiten und Emotionen, um diese dann im überpolitischen Szenario eines globalen Kulturkampfes gegen alles nicht westliche Fremde in Stellung zu bringen. Genau das aber macht ihn so gefährlich. Auch der klassische Nationalismus des 19. Jahrhunderts wurde dort extrem gewalttätig, wo er das Vaterland in den Dienst transnationaler Ideen des Imperiums oder der »Rasse« stellte. Entsprechend unspezifisch werden auch die eigentlichen Feinde und Gegner beschrieben: »der« Islam, »die« Asylanten, »die« Flüchtlinge und »die« Fremden. Gern auch die »da oben«, »der« Staat, »die« Eliten und »die Lügenpresse«. Dabei ist es völlig irrelevant, ob es sich konkret um Menschen aus Syrien, Nordafrika, Indonesien oder der Türkei handelt oder ob die Konservativen oder die Sozialisten, die linken oder die bürgerlichen Zeitungen gemeint sind.

Zusammengehalten wird der Reigen des Unkonkreten mit dem monoton

wiederholten Anspruch, mit der Stimme des unbekanntes, einfachen und wahren Volkes zu reden. Darin liegt das eigentliche Erfolgsrezept dieser populistischen Parteien, die vor allem bei Neu- und Nichtwählern ihre Stimmen holen. In besonderer Weise gelingt es ihnen, ihre Programme und Forderungen im Gestus jener neuen, digital-interaktiven Form von Öffentlichkeit bekannt zu machen, die von sich aus als die neue Vox Populi auftritt und bereits jetzt schon, von Liebhabern wie Verächtern, als »Öffentlichkeit der Zukunft« gehandelt wird. Ihr Mobilisierungseffekt ist nicht zu unterschätzen. Man muss nur einmal über einige Tage hinweg die verschiedenen Kommentarseiten (etwa bei *tagesschau.de*) zu Meldungen über Flüchtlinge oder den Islam verfolgen, um rasch festzustellen, dass es derzeit keiner politischen Richtung so gut gelingt wie der neuen Rechten, ihre Sprache und Slogans in direkter und unmittelbarer Form in die Köpfe der Menschen zu bringen. Keine andere Partei des politischen Spektrums weist eine solche Übereinstimmung im Sprechen und Denken zwischen ihrer Führung und ihrer Anhängerschaft auf.

Eine scheinbare Ausnahme bilden allein jene Stimmen, die sich auf den Kommentarseiten (immer häufiger aber auch in den klassischen Medien) selber »Protestwähler« nennen. Wechselwähler also, die meist nicht ohne Stolz angeben, mit der Politik etwa der AfD keineswegs übereinzustimmen, sie aber dennoch zu wählen, um anderen Parteien »eins auszuwischen«. Doch das inhaltliche Motiv für den formalen (und leicht pubertären) Entschluss, zu wählen, wen man nicht mag, um zu ärgern, wen man einmal mochte, bleibt dabei im Unklaren. Genau so wie es Journalisten und Experten immer wieder beschreiben, wird hier die schiere Unzufriedenheit mit dem »System« zum ausreichend plausiblen Grund erklärt, eine rechtsextreme, fremdenfeindliche oder rassistische Partei zu wählen. Daher machen die Selbsterklärungen von Protestwählern immer den Eindruck, als zitierten sie auswendig die Ergebnisse der Wahlforschung.

Man kann solche Phänomene sicher als Formen des Populismus beschreiben. Doch trotz unterschiedlicher Definitionen haben alle Populismusbegriffe ein

Problem gemeinsam: Sie setzen ein Volk voraus, das eine bestimmte Meinung hat, zumindest aber ein erkennbares kollektives Stimmungsbild aufweist, an das zu appellieren oder in dessen Namen zu sprechen als Merkmal populistischer Politik gilt. Das hat im Umkehrschluss zur Folge, dass populistischen Parteien per definitionem ein besonderer Sinn für das zugeschrieben wird, was »das Volk will«. Und in weiterer Folge wird behauptet, dass ebendieser Sinn für den Volkswillen den etablierten Parteien verloren gegangen sei.

Dies lässt sich derzeit besonders in Deutschland beobachten. Nicht nur wird innerhalb der etablierten Parteien immer lauter nach einem eigenen Populismus (inklusive mehr Volksabstimmungen) gerufen und die Nachahmung dessen, was als rechtspopulistische Strategie gilt, empfohlen. Auch Teile der Öffentlichkeit und des politischen Journalismus fragen sich immer häufiger, wie man sensibler werden könne für die Stimme und die Wünsche des Volkes.

So publizierte die *ZEIT* im vergangenen September (Nr. 39/16) die Thesen ihrer Dresdener Korrespondenten, wie Journalisten mit der AfD besser umgehen sollten. Zu den neun auf Kurzformeln gebrachten Thesen gehörten auch diese fünf: »Nicht immer dazusagen, wie schlimm die AfD ist. Die AfD nicht mit Rechtsextremen und Neonazis gleichsetzen. Nicht auf jede Provokation eingehen. Eigene Irrtümer eingestehen, valide Argumente anerkennen.« Und: »Gewöhnliche Menschen zu Wort kommen lassen.«

Besseren Wahlkampf für die AfD kann man kaum machen. Denn ebendas sind die Forderungen nicht der Partei, um die es geht (denn diese fühlt sich, wie die Autoren zu Recht betonen, am wohlsten, wenn sie als Außenseiter wahrgenommen wird). Es sind die Forderungen ihrer Anhänger – seit Monaten massenhaft und nicht zuletzt in den Online-Kommentaren aus den angeblichen Tiefen des Volkes nachzulesen. Die »Gelassenheit«, welche die *ZEIT*-Korrespondenten im Umgang mit der AfD einfordern, um sie »nicht wichtiger zu machen, als sie ist«, verwandelt sich mit Blick auf ihre reale oder auch potenzielle Anhängerschaft in bestmögliche Propaganda. Denn nicht die

rhetorischen Grenzüberschreitungen, die völkischen Stilblüten oder markigen Sprüche einzelner Vertreter der Partei machen ihren Erfolg aus (davon hat etwa die NPD viel mehr zu bieten). Sondern es ist die breite und sich offenbar immer weiter verbreitende Überzeugung, dass diese und nur diese Partei die Stimme des »gewöhnlichen Volkes« zum Ausdruck bringt – es ist der Mythos von der Vox Populi. Ebendieses Kernstück des neurechten Erfolgs wird von jedem Versuch, die Bewegung auf simplen Populismus zu reduzieren oder gar einen eigenen Populismus als Gegenmittel anzubieten, massiv unterstützt.

Tatsächlich ist die Gesellschaft, auch in Deutschland, in sämtlichen politischen Themen viel zu gespalten, als dass man einen einheitlichen Willen »des« Volkes auch nur erahnen könnte. Und so archaisch funktioniert unsere Demokratie glücklicherweise auch nicht – oder zumindest noch nicht. Sie lebt von unterschiedlichen Partikularinteressen, die im freien Meinungskampf um Mehrheiten ringen, Kompromisse schließen und so in die politische Entscheidungsbildung eingehen. Selbst beim Thema »Flüchtlingskrise«, das heute von einem politisch wie medial konstruierten Anti-Merkel-Kurs dominiert zu sein scheint, bedarf es nicht viel, um sich an die gerade mal ein Jahr zurückliegende Welle zivilgesellschaftlichen Engagements zu erinnern, als sich eine große Zahl von Menschen in Deutschland und anderen europäischen Ländern individuell oder organisiert als Flüchtlingshelfer betätigten. Diese Welle hielt auch noch an, als man Merkels Flüchtlingspolitik massiv anzufinden begann. Erst nach jenen bis heute empirisch nebulösen Ereignissen der Silvesternacht in Köln schlug die öffentliche Meinung um, und seitdem dürfen wir – anstatt Berichte zur Lage der Flüchtlinge – immer häufiger Artikel darüber lesen, wie man sich 2015 nur so hat irren können.

Es ist fraglich, ob hinter solchen Stimmungsschwankungen tatsächlich ein Wandel im Willen des Volkes oder auch nur eine echte Verschiebung von Meinungsbildern steckt. Sie markieren wohl eher die verzweifelte Sehnsucht und Suche nach der echten und möglichst einheitlichen Volksmeinung. Diese Sehnsucht geht einher mit immer neuen Forderungen nach mehr direkter Demokratie, nach einer Demokratie von unten und nach neuen Formen der

unmittelbaren Bürgerbeteiligung. Noch nie gab es so viele Volksabstimmungen wie heute, und noch nie haben, dank des Internets, so viele »einfache« Menschen quasiöffentlich ihre Stimme erheben können. Wer diese Stimmen mit der Stimme des demokratischen Souveräns verwechselt, hängt einem archaischen Demokratieverständnis an. Wir müssen uns fragen, was wir aufgeben, wenn wir die Demokratie als plurales System der Repräsentation unterschiedlicher Interessen Stück für Stück ersetzen durch die mythische Vox Populi.

Christian Geulen lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Koblenz-Landau.

Einführung

Ich bin schon froh, wenn es nicht schlimmer wird«

Der Historiker Wolfgang Benz über die lange Geschichte der Fremdenfeindlichkeit in Deutschland – und was neu ist an den Pegida-Märschen.

VON MARKUS FLOHR UND GUNTER HOFMANN
ZEIT Geschichte, 17.11.2015 Nr. 04

ZEIT Geschichte: Mehr als eine Million Einwanderer kommen in diesem Jahr wohl nach Deutschland, die Pegida-Demonstranten in Dresden bauen Galgen für die Regierung. Wächst der Hass im Land?

Wolfgang Benz: Fremdenfeindlichkeit entwickelt sich in Wellen: Schon auf die Hugenotten, die im 17. Jahrhundert nach Brandenburg kamen, hat man nicht mit Begeisterung reagiert. Eine große Hysterie brach Ende des 19. Jahrhunderts aus, als der Historiker Heinrich von Treitschke in einem Aufsatz in den Preußischen Jahrbüchern 1879 verkündete, aus der »unerschöpflichen polnischen Wiege« drohe ein steter Zustrom von Juden. »Hosen verkaufende Jünglinge« nannte er die Juden, auch »deutsch redende Orientalen«. Die Aufregung war riesengroß, der »Antisemitismus-Streit« brach in Presse, Politik und Wissenschaft los – nur gab es gar keine nennenswerte Einwanderung von Juden aus Osteuropa! Das war ein Phantom. Es gab eine Transit-Immigration von Juden aus dem russischen Herrschaftsgebiet in Polen; sie flohen vor den Pogromen im Zarenreich. Die Juden wollten nach Amerika, nur wenige blieben in Deutschland. Hysterie gegenüber einem vermeintlichen »Ansturm von Fremden« existiert schon lange.

ZEIT Geschichte: Heute gibt es eine nennenswerte Einwanderung. Auch in den neunziger Jahren kamen Kriegsflüchtlinge in großer Zahl – aus dem

zerfallenden Jugoslawien. Damals wie heute brennen Flüchtlingsheime nicht nur in Ostdeutschland, wo kaum Migranten lebten, sondern auch im Westen. Ist das immer noch Fremdenfeindlichkeit ohne Fremde?

Benz: Die Pegida-Demonstranten, die jetzt durch Dresden ziehen, erwecken den Eindruck, als würden ihnen die Flüchtlinge das Fahrrad unter dem Hintern wegreißen oder die Butter vom Brot nehmen. Aber sie sehen die Flüchtlinge eigentlich nur in den Nachrichten, wie man die Juden aus dem Osten damals nur aus Treitschkes Polemik kannte. Es ist etwa fünf Jahre her, dass vor allem in Bayern die Panik ausbrach, Roma aus Rumänien und Bulgarien würden nach Deutschland einfallen und das Sozialsystem ruinieren. Der bayerische Ministerpräsident verkündete, sich »bis zur letzten Patrone« gegen diese Art der Zuwanderung wehren zu wollen. Die Horden von Roma-Raubrittern, gegen die sich Seehofer und manche Medien gerüstet haben, sind jedoch nicht gekommen. Es kamen EU-Bürger, die den Sozialstaat nicht ruiniert haben.

ZEIT Geschichte: Gibt es andere Momente der deutschen Geschichte, an die Sie sich derzeit erinnert fühlen?

Benz: Die stärkste Einwanderung ist bereits ein halbes Jahrhundert her: Da hat ein wirtschaftlich ungeheuer geschwächtes, durch NS-Herrschaft und Krieg zerstörtes Deutschland zwölf Millionen Einwanderer bewältigt, in einem atemberaubend kurzen Zeitraum von vielleicht zehn Jahren und mit anfänglich erheblichen Reibungen. Jetzt heißt es, das seien Brüder und Schwestern, also Deutsche gewesen; sie hätten deutsch gesprochen, im Gegensatz zu Syrern oder Menschen vom Balkan. Das halte ich für falsch: Viele Deutsche haben die Vertriebenen auch damals erst einmal als Fremde angesehen und sie als Fremde abgelehnt, wegen ihrer Sitten und Gebräuche – so wie man heute Syrer als Fremde ablehnt. Ich erinnere mich aus meiner Kindheit an eine solche Stimmung, als in meiner schwäbischen evangelischen Kleinstadt plötzlich große Familien katholischer Schlesier ankamen. Die sprachen anders, als man dort sprach, der Ort wurde durch sie katholischer und veränderte sich. Das provozierte Hass und Abneigung – sechzig, siebzig

Jahre ist das her.

ZEIT Geschichte: Trotzdem war es eine völlig andere Situation – die Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa war eine Folge von Krieg und Massenmord, für die Deutschland verantwortlich war. Das ist jetzt anders. Oder läuft Fremdenfeindlichkeit ohnehin immer nach den ewig gleichen Mustern ab?

Benz: Fremdenhass bezieht sich auf Merkmale, die eine ganze Gruppe von Fremden scheinbar hat: Die italienischen Gastarbeiter der sechziger Jahre konnten angeblich nicht richtig arbeiten, sangen die ganze Zeit und verführten mit ihrem Charme die deutschen Mädchen. Fremdenhasser brauchen diese Klischees, die Verallgemeinerungen. Sie brauchen außerdem einen Vorbeter, eine charismatische Gestalt, die ihnen sagt, warum die Fremden schlecht sind. Das Neue an Pegida ist lediglich, dass diese Gruppe nicht einmal eine überzeugende Führungsfigur hat ...

ZEIT Geschichte: Was ist mit Lutz Bachmann?

Benz: Herr Bachmann organisiert die Märsche, er kann auch pöbeln und gibt den rabiaten Scharfmacher. Aber er hat keine Botschaft. Die ganze Bewegung hat keine Botschaft. Vom Islam behauptet man bloß, dass er irgendwie böse ist. Aber tatsächlich weiß man nicht, wen man da hasst. Pegida ist das pure Ressentiment. Die Bewegung soll »der patriotische Aufstand gegen die Islamisierung« sein – von der in Dresden unendlich weniger zu bemerken ist als anderswo, wenn es sie überhaupt irgendwo gibt. Mir scheint, da marschiert die Dumpfheit gegen multiple Feinde.

ZEIT Geschichte: Auf den Islam als Feindbild scheinen sich fremdenfeindliche Parteien und Gruppen in ganz Europa einigen zu können, von Spanien bis zur Schweiz, von Frankreich bis Prag, von Schweden bis zur Slowakei ...

Benz: Bei Pegida ist selbst das nur eine hohle Phrase. Man artikuliert sich vor allem gegen die Obrigkeit, glaube ich, und zwar gegen die eigene. Außerdem trägt Pegida sehr viel Wut gegen Liberale, Linke und gegen die

»Lügenpresse« auf die Straße. Das ist ein Aufstand gegen alles und jeden, gegen das System der repräsentativen Demokratie.

ZEIT Geschichte: Die Demonstranten in Dresden behaupten, sie würden nicht nur stänkern, sondern auch etwas verteidigen. Worauf bezieht sich die Bewegung positiv?

Benz: Ich habe schon Mühe, zu verstehen, wogegen sie eigentlich sind. Wofür sie sind, ist mir völlig unklar. Es spricht für sich, denke ich, dass die Pegidaner lange Zeit schweigend durch Dresden spaziert sind. Sie haben etwas gegen die Institutionen der Demokratie, das tritt regelmäßig zutage. Erst wollten sie Kanzlerin Merkel mit Facebook-Einträgen beim Regieren helfen, nun soll sie an den Galgen. Die einzige Botschaft, die bei mir ankommt, lautet: »Uns lässt man ja nicht.« Pegida ist übrigens auch keine Reaktion auf die Einwanderung in diesem Sommer. Pegida ist älter. Ich denke, es geht am Ende um die Frage: »Was ist deutsch?« Auch der Berliner Antisemitismusstreit Ende des 19. Jahrhunderts war so eine deutsche Identitätsdebatte. Damals ging es um die Frage, ob Juden gleichberechtigte Bürger und Deutsche werden sollten – oder ob man sie weiter unter den Zeichen des Kulturrassismus als Fremde duldet.

ZEIT Geschichte: Der Deutsche hasst, weil er nicht weiß, wer er ist?

Benz: Es fehlt den Deutschen jedenfalls an Selbstbewusstsein – darum übertreiben sie es so oft. Man ist nicht nur deutsch, sondern auch noch stolz darauf und muss aus diesem Grund randalieren gehen. Man benimmt sich so, dass sich alle Nachbarn fürchten oder davonlaufen. Am Ende haut man mit der Faust auf den Tisch und sagt: »Das wird man doch noch sagen dürfen!«

ZEIT Geschichte: Das klingt nun aber sehr nach Völkerpsychologie und der alten Sonderwegsthese ...

Benz: Zugegeben, ich habe ein bisschen übertrieben. Aber so passé ist die alte Sonderwegsthese nun auch wieder nicht. Man musste hierzulande lange auf einen Nationalstaat warten, bis 1871. Und nur ein paar Jahrzehnte nachdem er da war, führte er in die Katastrophe: Erster Weltkrieg, Zweiter

Weltkrieg, Holocaust. Man kann sagen: Die Sache mit Nationalstaat und Nationalbewusstsein ist in Deutschland gründlich schiefgegangen. Die sogenannte deutsche Identität zerfiel außerdem lange Zeit in Einzelidentitäten: Man war Preuße oder Bayer – und ist es noch.

ZEIT Geschichte: Es fehlt eine positive Vorstellung davon, was »deutsch« sein könnte?

Benz: Nehmen Sie meinen Vater: Er hat in beiden Weltkriegen gekämpft. Diese Generation hatte ungeheure Probleme mit ihrem Land, mit ihrer Heimat. Was sollte es für sie bedeuten, patriotisch zu sein? Das Vaterland lieben, das so viel Unheil über die Welt gebracht hatte? Sie fühlten sich zwar trotzdem als deutsche Patrioten, aber für mich war als Schüler Europa, nicht Deutschland, die Bezugsgröße. Ich wollte Europäer sein. Als Sechzehnjähriger fuhr ich mit dem Rucksack nach Frankreich oder nach Dänemark auf der Suche nach einem Zuhause. Gegenüber dem, was Großvater und Vater im Namen Deutschlands angerichtet hatten, war ich erheblich misstrauisch.

ZEIT Geschichte: Heute scheint in Europa wieder mehr nationale Engstirnigkeit zu herrschen denn je. Der europäische Traum von der Überwindung des Nationalismus – ist er ausgeträumt?

Benz: In den fünfziger, sechziger Jahren war die Erinnerung an die Katastrophe noch frisch. Damals wollten uns die Alten verschweigen, was passiert ist. Heute gerät dieser historische Hintergrund eher in Vergessenheit oder stößt auf Desinteresse und Ablehnung.

ZEIT Geschichte: Fremdenfeinde wie die Pegida-Demonstranten sprechen viel von deutscher Identität. Für die deutsche Geschichte aber scheinen sie sich kaum zu interessieren. Wie geht das zusammen?

Benz: Es hat doch ohnehin *niemand* wirklich Interesse an Geschichte. Fürs Familienalbum vielleicht, aber wenn es darum geht, politische und soziale Herausforderungen in den Griff zu bekommen, spielt der Blick in die Geschichte kaum noch eine Rolle. Da wird der Historiker allenfalls

abgewehrt. Von Geschichte und der Möglichkeit, sie zu nutzen im Sinne eines humanistischen Fortschritts, will die Menschheit nichts wissen. Sonst würde es nämlich seit langer Zeit keine Kriege mehr geben, keinen Völkermord und wahrscheinlich keine Vertreibungen.

ZEIT Geschichte: Das klingt resignativ.

Benz: Ist es auch! Politiker predigen dieses markige »Nie wieder darf in Deutschland ...«, und bei der nächsten Gelegenheit treibt man Muslime durchs Dorf, weil sie eine andere Religion und Kultur haben und angeblich »nicht integrierbar« sind. So hat man schon die Juden im 19. Jahrhundert zu Fremdlingen gemacht. Heute trifft es die Muslime.

ZEIT Geschichte: Für diesen Vergleich sind Sie vor einigen Jahren heftig kritisiert worden.

Benz: Ich habe gegen Ende meiner Laufbahn eine Konferenz zu Antisemitismus und Islamophobie veranstaltet, ja. Aber wie brisant das werden sollte, habe ich nicht geahnt. Ich dachte: Wenn ich darlege, welche Analogien es gibt, kann jeder sehen, dass sich da strukturell und methodisch etwas wiederholt. Es folgten Angriffe und Schmähungen, die mich persönlich treffen sollten.

ZEIT Geschichte: Sie haben sich jahrzehntelang mit Fremdenfeindlichkeit auseinandergesetzt. Nun sagen Sie: Auf die Historiker hört keiner. Fremdenhass ist also ein Problem für die Psychologen? Die Soziologen? Die Biologen?

Benz: Fremdenfeindlichkeit ist ein irrationales, emotionales und soziales Problem. Es geht alle an: Politiker, Bürger und Wissenschaftler aller Disziplinen, auch der historischen.

ZEIT Geschichte: Man kann doch aus der Geschichte lernen?

Benz: Wir *könnten* schon. Wir könnten zum Beispiel lernen, dass der Fremde nicht schuld ist an dem Hass, der ihm widerfährt. Es scheint tatsächlich schwierig zu vermitteln zu sein, dass das Opfer nicht dafür verantwortlich ist,

dass es totgeschlagen oder misshandelt wird. Juden werden nicht verfolgt, weil an ihnen etwas ist, was sie zu Opfern macht, sondern weil die Mehrheitsgesellschaft Opfer braucht, und zwar zur eigenen Identitätsstiftung. Zuwanderer, Fremde, Andersgläubige werden ausgegrenzt. Das stärkt das Selbstgefühl der Mehrheit.

ZEIT Geschichte: Eine Gesellschaft ohne Fremdenfeindlichkeit hat es noch nicht gegeben?

Benz: Ich habe gerade den Bericht eines bayerischen Beamten nachgelesen, der in der Nachkriegszeit ein Flüchtlingsheim besucht: Auf zwei Seiten benutzt er zwanzigmal das Wort »sittlich« – aber immer nur negativ. Er schreibt, wie »unsittlich« und gefährlich die Situation im Heim sei. Den Flüchtlingen macht er zum Vorwurf, dass sich bei ihnen Männer, Frauen und Kinder einen Schlafsaal teilten. Als hätten die Vertriebenen sich ausgesucht, gemeinsam in einem riesigen Turnsaal zu übernachten! Dieser bayerische Beamte schreibt auch von den so fremden Sitten und Gebräuchen der Neuankömmlinge; und er kommt zu dem Schluss, dass es besser sei, die Flüchtlinge in die freie Natur zu bringen, damit sie bei guter Luft und reinem Sauerstoff die fehlenden Arbeitskräfte in der Landwirtschaft ersetzen. Das ist ein Beispiel von vielen. Ich sehe historisch Konstanten in dem Verhalten, das zwischen dem Eigenen und dem Fremden unterscheidet, das Freunde und Feinde kennt.

ZEIT Geschichte: Der Soziologe Zygmunt Bauman schreibt: »Die Feinde sind, was die Freunde nicht sind. Die Feinde sind umgekehrte Freunde, sie sind der Dschungel, der die vertraute Ordnung aufhebt.«

Benz: Schön und gut. Aber das hilft uns auch nicht weiter, wenn der bayerische Ministerpräsident zu mittelalterlichen Methoden rät, wenn er sein Land bedroht fühlt – nämlich einen Zaun oder einen Wall zu errichten. Der Ministerpräsident denkt da ja nicht über die Dichotomie von Freund und Feind nach, sondern er sagt: Wir brauchen Holz, Steine und Draht, damit wir uns einigeln können.

ZEIT Geschichte: Ob Mittelalter oder 21. Jahrhundert: Der Fremdenhass ist eine anthropologische Konstante?

Benz: Zumindest haben Menschen auch vor der modernen Nationenbildung aus ganz simplen Gründen aufeinander eingeschlagen, sich bekriegt, besiegt und niedergemacht. Die Kreuzzüge sind lange vorher geschehen. Ihnen lag ein fein gestricktes Freund-Feind-Schema zugrunde – man wusste genau, wen man totschießt, nämlich die Ungläubigen; also Muslime und Juden.

ZEIT Geschichte: Die Aufklärung versuchte, solcher Hysterie entgegenzutreten.

Benz: Sie war und ist der einzige Ansatzhebel gegen das Freund-Feind-Denken und die Dehumanisierung des Anderen. Aber wie mühsam schritt nach dem Jahrhundert der Aufklärung die Judenemanzipation voran und mit welcher Halbherzigkeit! Und wie viel stärker ist das Irrationale, das an Ängste appelliert; wie viel leichter tun sich die Demagogen als die Aufklärer ...

ZEIT Geschichte: Sie haben die These vertreten, dass Gesellschaften auch den Hass erst »lernen« mussten und als Beispiel den deutschen Völkermord an den Herero und Nama zwischen 1904 und 1908 genannt. Die deutsche Gesellschaft habe damals ein »genozidales Denken« eingeübt. Wie funktioniert dieses Einüben?

Benz: Von der »Niederschlagung des Herero-Aufstands« sprach man lange, wenn überhaupt, nur in Form einer »Ordnung stiftenden Maßnahme«. Der Neger sei frech geworden, da habe man ihm eins auf die Nase gegeben, meinte man in der Überlegenheit des Herrenmenschen. Auf die Idee, dass der spätere Judenmord auch mit Holocaust etwas zu tun haben könnte, kam man lange nicht. Dabei war es nichts anderes als genozidales Handeln, die Herero in die Wüste zu treiben und ihnen die Auswege abzuschneiden, damit sie verdursten mussten. Man meldete den Massenmord damals im Kriegsbericht nach Berlin weiter – es gab keineswegs Rüffel dafür. Kurz vor Kriegsbeginn 1939 versuchte Hitler seine Generäle vom Vernichtungskrieg zu überzeugen,

indem er rhetorisch fragte: »Wer denkt heute noch an die Armenier?« Er meinte den Völkermord 1915. Hitler hätte auch fragen können: Wer denkt heute noch an die Herero? In anderen Worten: Es ist möglich, einen Völkermord zu begehen – ohne Konsequenzen.

ZEIT Geschichte: Durch den ungestraften Völkermord an den Herero und Nama wurde genozidales Handeln zu einer politischen Option?

Benz: Nicht nur das. Auch das Selbstbild rassischer Überlegenheit und Höherwertigkeit hatte sich festgesetzt. Die Köpfe der deutschen Armee hörten von den »Heldentaten« während des Kolonialkrieges im Offizierslehrgang. Was einmal in der Welt ist, kommt auch wieder.

ZEIT Geschichte: Genozidales Denken ist die barbarische Konsequenz des Fremdenhasses. Ist es eine Erscheinung der Moderne?

Benz: Im Ansatz existiert die Idee der »Ausrottung«, seit es Fremdenfeindlichkeit gibt. Bereits im Alten Testament werden solche Ereignisse geschildert. Und in der Antike ist der Kriegsgefangene wie ein Gegenstand in der Gewalt des Siegers – ob der ihn nun versklavt, missbraucht oder totschießt. Vor der Moderne ist der Völkermord jedoch nie zur Ideologie, zum Weltdeutungsmodell geronnen.

ZEIT Geschichte: Wenn Menschen das genozidale, fremdenfeindliche Denken einüben können: Können sie den Hass auch wieder verlernen?

Benz: Das wäre schön. Aber ich bin mir nicht sicher. Man kann das Böse wohl niemals ganz bezwingen. Ich bin schon froh, wenn es nicht schlimmer wird.

Wolfgang Benz ist Historiker. Bis 2011 leitete er das Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin.

Einführung

Wem gehört das Konservative?

Die liberale Rechte kann aufatmen: Mit Alexander Gaulands Entgleisung hat die AfD das bürgerliche Terrain endgültig geräumt.

VON IJOMA MANGOLD

DIE ZEIT, 02.06.2016 Nr. 24

Der Erfolg der AfD auch bei den gebildeten Ständen hatte für liberalkonservative Skeptiker und Dandys mit Geschichtsgefühl etwas Deprimierendes und Fatales. Sie fühlten sich zwischenzeitlich nicht mehr wohl in ihrer Haut, denn es konnte der Eindruck entstehen, dass manche ihrer Themen und Intuitionen, zwar ins Vulgäre verroht, politisch durch die AfD artikuliert würden.

Manchen Spott, mit dem der geistreiche Konservative dem kulturellen Fortschrittmilieu an den Karren gefahren war, musste er sich nun versagen, denn für einen Moment sah es so aus, als ob er mit der AfD und Pegida und ihrer Gemeinheit in einem Boot sitzen würde. Wer sich von einer Debatte über Leitkultur gerade für eine Einwanderungsgesellschaft positive Effekte versprach, wer gesicherte Außengrenzen für ein Wesensmerkmal von Staatlichkeit hielt, wer der Meinung war, dass man genauer hinhören sollte, was in deutschen Moscheen gepredigt wird, wer der Überhöhung von Diversität zum normativen Staatsziel misstraute, wer überhaupt den Verklärungsdiskurs von Buntheit für folgenlose Gefühlspolitik hielt, aber auch wer bisher dachte, dass die kulturelle Leistung von weißen alten Männern nicht gänzlich an der aktuellen Moral der Gegenwart zu messen sei, der hatte plötzlich ein Abgrenzungsproblem. Und sollte er, weil er neben seiner konservativen Seite wie gesagt auch eine liberale hat, ebenfalls einer Gesamthaftung der europäischen Schulden wenig abgewonnen haben, weil sie das Verantwortungsprinzip aushöhlt, wurde er nun möglicherweise als

Krypto-AfDler identifiziert, mit deren Überfremdungsangst ihn indes nichts verband.

Es gab noch ein zweites Abgrenzungsproblem: Das intellektuelle Unterstützermilieu der AfD hat in den vergangenen Jahren sehr geschickt bestimmte Schwachpunkte und blinde Flecken des Justemilieu erkannt und die Kritik daran in eine rhetorische Dampfwalze verwandelt. Zwei Beispiele: Natürlich war es erfrischend, als Kurt Scheel in den neunziger Jahren, damals Mitherausgeber des *Merkurs*, gegen eine erkennbare Übermoralisierung des öffentlichen Diskurses den Begriff des »Gutmenschen« prägte. Die Neue Rechte indes nutzte diese ursprünglich als Selbstkritik der reflektierenden Klasse gemeinte Begriffsfigur, um jede Argumentation, die nach moralischen Gründen fragt, der Lächerlichkeit preiszugeben. In den Foren der Neuen Rechten wird kein Begriff häufiger zur Feinderkennung herangezogen als der des Gutmenschen. Als Liberalkonservativer mit pessimistischem Menschenbild biss man sich nun lieber auf die Zunge, als noch einmal das Wort Gutmensch zu verwenden.

Zweites Beispiel: die sogenannte Nazikeule. Es ist ja völlig offensichtlich, dass mit der Verdächtigung, ein bestimmtes Denken sei nazistisch, in Deutschland sehr freizügig umgegangen wurde, um Positionen und Denktraditionen von Andersmeinenden zu diskreditieren – schon wer Stefan-George-Philologie betrieb, konnte sich verdächtig machen! Auch diesen Reflex hat sich die Neue Rechte – vergleichbar einem Kampfsportler, der die Bewegungsenergie des Schlags des Gegners zum eigenen Gegenschlag nutzt – zu eigen gemacht: Warf man ihr rechtsnationales oder fremdenfeindliches Denken vor, hielt sie sich vor Lachen den Bauch und entgegnete: Etwas anderes als die Nazikeule falle ihren Gegnern nicht ein.

Es zeigt sich jetzt aber immer unmissverständlicher: Den Spott über Gutmenschen und Nazikeulen, der durchaus an einer bestimmten Stelle der Debatte eine aufklärerische Funktion hatte, nutzt die Neue Rechte, um offensiv einen Bösmenschen-Diskurs und völkische Fremdenfeindlichkeit durchzusetzen.

Fünf Beispiele: Vermutlich würde Alexander Gauland gar nicht widersprechen, wenn man ihm Xenophobie vorwürfe. Er würde allenfalls präzisieren, dass xenophobe Reflexe eine anthropologisch gesunde Reaktion auf zu viele Menschen mit anderer Hautfarbe seien. Noch am Sonntagabend, als er seine Worte über Boateng zu glätten versuchte, fand er gegenüber den *Tagesthemen* folgende Formulierung: »Es gibt viele Menschen, die Fremde in ihrer Nachbarschaft nicht für ideal halten.« Das kommt nur scheinbar deskriptiv daher. Denn bei so viel Verständnis für das Unwohlsein dieser Menschen, bleibt die Frage: Was tun mit den Fremden?

Gaulands Satz: »Die Leute finden ihn als Fußballspieler gut, aber wollen einen Boateng nicht als Nachbarn haben« (von dem er inzwischen in einem Brief an seine Partei sagt, er sei nie zur Veröffentlichung bestimmt gewesen, und im Übrigen habe er damit nicht Boateng, sondern besagte Nachbarn beleidigt), bezog sich auf einen deutschen Staatsbürger, in Deutschland geboren, mit deutscher Mutter und ghanaischem Vater, der sich zum Christentum bekennt. Wenn das nicht reicht, um sich als Staatsbürger nicht infrage gestellt fühlen zu müssen, wird es eng.

Das Fremdsein, über das Gauland seine Stirn so in Falten legt, ist also ethnisch gemeint. Es ist mithin notwendig, die Nazikeule herauszuholen und daran zu erinnern, dass das letzte Gesetzeswerk, das ethnische Zugehörigkeit zur Volksgemeinschaft transparent entfaltet hatte, die Nürnberger Gesetze waren.

Alexander Gauland erklärt derweil, von den *FAS*-Redakteuren missverstanden worden zu sein. Die AfD selbst gibt sich in diesem Punkt schillernd. Mal tut sie so, als ginge es ihr nur um Integration – sie legt dabei die Latte für das, was sie unter gelingender Integration versteht, immer höher: Am Montag kritisierte die AfD Sachsen Mesut Özils Pilgerfahrt nach Mekka als »antipatriotisches Signal«.

Dann aber arbeitet die AfD wieder mit einem ethnischen Begriff von gesellschaftlicher Homogenität. Der philosophische Kopf der AfD, Marc Jongen, wurde im *ZEIT*-Interview in der vergangenen Woche gefragt, wie er

Identität definiere. Seine Antwort: »Der Pass alleine macht noch keinen Deutschen.« Die nur rechtliche Fassung des Staatsbürgerbegriffs sei eine »abstrakte Konstruktion«. Wenn aber die Staatsbürgerschaft als Grundlage des rechtlichen Schutzes nicht hinreicht, dann wüsste man gern genauer, welchen Zwischenstatus diese Nur-Pass-Deutschen in den Augen der AfD haben?

Es ist eine alte rechte Tradition, Rechtsverhältnisse als »nur abstrakt« zu schmähen. Gemeint ist damit letztlich: Wenn es hart auf hart kommt, wird man schon sehen, wie wenig belastungsfähig diese »nur abstrakten« Rechtsverhältnisse sind. Deswegen wird der Verfassungspatriotismus geschmäht, weil er angeblich nicht unter die Haut geht. Als wären unsere Rechtsgrundsätze nicht geronnene Erfahrung und damit lebendiges kulturelles Gedächtnis!

Der Gegenbegriff zu den abstrakten Rechtsverhältnissen ist die konkrete Lebenswirklichkeit. Man kann sich gut ein Bild von diesem Denken verschaffen, wenn man den Briefwechsel liest, den der Soziologe Armin Nassehi vor zwei Jahren mit dem Vordenker der Neuen Rechten, Götz Kubitschek, führte (nachzulesen in Nassehis Buch *Die letzte Stunde der Wahrheit*). Nassehi möchte wissen, ob Kubitschek deutsche Identität rechtlich-kulturell oder ethnisch definiere. Kubitschek antwortet, dass ihm »manches gut erzogene Migrantenkid sympathischer ist (...) als jene anmaßenden deutschen Rotzlöffel, denen noch nie eine äußere oder innere Not Beine« gemacht habe. Das gelte aber gewissermaßen nur für gute Zeiten. Wenn hingegen »der Ernstfall im Großen oder im Kleinen den sozialen, staatlich finanzierten Reparaturbetrieb zum Erliegen bringt, wird sich jeder sofort daran erinnern, wer ›Wir‹ ist und wer ›Nicht-Wir‹.« Und er schließt: »Die Gruppenexistenz des ›Wir‹ im nationalen und damit auch ethnisch gebundenen Sinn ist unhintergebar.«

Anders ausgedrückt: Das abstrakte Staatsbürgerrecht gilt nur so lange, wie es allen gut geht und das Volk stillhält. Im Ausnahmezustand fragt keiner mehr nach Pässen. Der Rechtsstaat ist mithin etwas Vorläufiges, er gilt nur so lange,

wie ihn der Volkszorn nicht aufkündigt. In der Stunde der Wahrheit kann Götz Kubitschek leider für nichts garantieren.

Jetzt versteht man auch, warum die Stichwortgeber von AfD und Pegida so gern vom Ausnahmezustand reden: Denn der beendet qua Gewalt die künstlich-abstrakten Rechtsverhältnisse. Der Ausnahmezustand, der Ausbruch von Volkszorn, ist der feuchte Traum aller Rechten. Kubitschek spricht vom »Ernstfall«. Marc Jongen bezeichnet das mit dem griechischen Begriff Thymos und fügt hinzu, dass es sich dabei hoffentlich um einen »gerechten Zorn« handle. Und Martin Lichtmesz, einer der umtriebigen rechten Publizisten, schrieb nach der österreichischen Präsidentenwahl, dass Van der Bellen's Wahlsieg »ein erhebliches Enttäuschungs- und damit Zornpotenzial geschaffen« habe – und er fügte hinzu: »Ein Freund meinte, sein Thymos-Pegel wäre gerade am Platzen.« Der Rekurs auf den Volkszorn ist immer eine verhohlene Gewaltandrohung: Wenn dem Volk erst mal der Geduldsfaden reißt, dann schützen euch eure Schein-Wahlergebnisse auch nicht mehr.

Räumen wir zuletzt noch einen Punkt aus, der zu Missverständnissen Anlass geben könnte. Es ist der Begriff der selbstbewussten Nation. Einen Begriff vom Selbstbewusstsein der eigenen Nation zu haben, ist in der Tat Teil jeder konservativen DNA. Auch die Neue Rechte glorifiziert die nationale Stärke, sie hält ihre linksliberalen Gegner für Weicheier, fest im Griff einer Sklavenmoral, mit der sich die von der historischen Schuld bedrückten Deutschen (Gauland: »Hitler hat den Deutschen das Rückgrat gebrochen«) allem »Fremden« unterwerfen: der Nato, dem Kopftuch, den Flüchtlingen, Brüssel, der englischen Sprache im Allgemeinen und der amerikanischen Populärkultur im Besonderen. Das, was sie das Eigene nennen, sehen sie überall bedroht. Selbst der gute alte Weihnachtsmarkt sei von schuldbewussten Deutschen in »Wintermarkt« umbenannt worden (der Verfasser ist diesen angeblichen Wintermärkten allerdings noch nirgends begegnet).

Kurz: Noch weinerlicher und angstgetriebener kann man nicht reden. Hätte die AfD wirklich ein Verhältnis zum Abendland, sie hätte mehr Zutrauen zu

ihm, sie wäre: selbstbewusster. Sie müsste nicht einen ihrer eigenen Leute ausbuhen, nur weil er Lessings *Nathan der Weise* zitiert. Die AfDler sind, trotz Gaulands Tweedjackett, keine Herrenreiter, sondern angstgetriebene Jammerlappen.

Die AfD hat im Triumph ihrer Wahlsiege immer unverblümter gezeigt, dass sie nicht die deutsche Variante eines *one-nation conservatism* ist.

Liberal konservativ, das meint doch: freie Märkte plus humanistisches Gymnasium. Die AfD hingegen träumt von wirtschaftlichem Protektionismus – und ihre Berufung aufs Abendland ist eine erbarmungswürdige Phrase, die erkennbar nur der strategischen Positionierung gegen den Islam dient. Man kann also erleichtert aufatmen: Die AfD zeigt sich so radikal, dass niemand mehr ihre Ressentiment-Politik mit bürgerlich-liberalen Grundsätzen verwechseln kann.

Einführung

Am Abendbrottisch mit ... Familie Sauerborn

Der Sohn kritisiert die AfD, der Vater unterstützt sie. Was hat man sich da noch zu sagen?

VON MARTIN MACHOWECZ UND ANNE HAEHNIG
DIE ZEIT, 16.06.2016 Nr. 26

Eine Wohnsiedlung in Worms, Rheinland-Pfalz: Wir besuchen Familie Sauerborn in ihrem Reiheneckhaus, efeuumrankt, an der Tür ein Anti-Atomkraft-Sticker. Ludger Sauerborn, seine Frau Ximei, die aus China stammt, und sein Sohn Robert warten schon: Ludger Sauerborn ist Berufsschullehrer im Ruhestand, Robert studiert Theaterwissenschaften. Ximei, Roberts Stiefmutter, hat gekocht: eine Suppe mit Markklößen, Hühnerfleischbällchen, Frühlingsrollen. Bei gutem Essen soll ein Konflikt ausgetragen werden, der so in vielen Reihenhäusern, an vielen Abendbrottischen ausgetragen wird: Auf welcher Seite steht man im Streit um Flüchtlinge, Populisten, Wutbürger? Vater Ludger unterstützt die AfD, sein Sohn bezeichnet sich als »linksliberal«. Noch vor dem Interview entbrennt eine Debatte darüber, ob der Presse, auch den beiden Journalisten der ZEIT, zu trauen sei: Der Vater ist skeptisch.

DIE ZEIT: Familie Sauerborn, wir sitzen bei Ihnen am Abendbrottisch und sprechen über Politik. Haben Sie darauf eigentlich noch Lust?

Ludger Sauerborn: Es würde auch ohne Politik gehen. Wir haben so viel gutes Essen hier. Aber Sie haben es ja so gewollt!

Robert Sauerborn: Ganz ehrlich: Mein Vater und ich, wir könnten vermutlich gar nicht anders. Wir müssen ständig diskutieren. Ich studiere inzwischen in Mainz, aber sobald ich hier bin, geht es meist gleich los.

DIE ZEIT: Herr Sauerborn, Sie haben im Wahlkampf in Rheinland-Pfalz die AfD unterstützt. Sie, Robert, sind strikt dagegen. Hat das Ihrem Verhältnis geschadet?

Robert Sauerborn: Ich würde sagen, die Differenzen sind klarer zutage getreten. Aber ich finde nicht, dass unser persönliches Verhältnis dadurch belastet ist.

Ludger Sauerborn: Im Gegenteil: Mein Bekenntnis zur AfD hat es in gewisser Weise sogar belebt. Robert ruft mich heute öfter an. Zum Beispiel, um mich zu warnen: Äußere dich nicht so oder so, das wäre peinlich.

DIE ZEIT: Und dann streiten Sie?

Ludger Sauerborn: Ach – ich überzeuge meinen Sohn lieber, als dass ich mit ihm streite.

Robert Sauerborn: Du *würdest* mich gerne überzeugen, Ludger.

DIE ZEIT: Sie nennen ihn beim Vornamen?

Robert Sauerborn: Ja, aber das hat überhaupt nichts mit dem politischen Streit zu tun. Das hat sich vor ein paar Jahren so ergeben. In so einem Gespräch wie heute ist es vielleicht sogar ganz nützlich: Würde ich Papa sagen, wären wir nicht auf Augenhöhe.

DIE ZEIT: Herr Sauerborn, Sie sind Gründungsmitglied der Grünen. Wann haben Sie gemerkt, dass es Sie zur AfD hinzieht?

Ludger Sauerborn: Von den Grünen habe ich mich immer mehr entfremdet. Das fing vor zwei Jahren an, mit der verfehlten Griechenland- und Euro-Rettungspolitik. Da teile ich die Kritik der AfD. Es ging weiter mit dem Verhältnis zu Russland: Ich wurde in der Friedensbewegung gegen den Kalten Krieg politisiert. Seit Jahren sind einige Grüne die übelsten Kalten Krieger. Ich bin, wie viele in der AfD, gegen den Russland-Boykott, auch weil er der deutschen Wirtschaft schadet. Na, und dann kamen die Flüchtlinge ...

Robert Sauerborn: Was die Euro-Skepsis angeht, konnte ich dir ja fast noch folgen. Da weißt du viel und kannst überzeugend argumentieren. Als es nur

um Griechenland ging, so um das Jahr 2013, war die AfD ja noch einigermaßen vernünftig.

Ludger Sauerborn: Oh, du hast den Euro-skeptischen Kurs also vernünftig gefunden! Das sind ja ganz neue Töne!

Robert Sauerborn: Entschuldigung, nein! Mit »vernünftig« meine ich, dass die AfD unter Bernd Lucke noch versuchte, mit Ratio zu überzeugen – statt niederste Emotionen anzusprechen. Inzwischen setzt sie auf Angst, Neid, Hass und ein völkisches Wir-Gefühl. Es macht mich beinahe zornig, dass du das indirekt unterstützt.

Ludger Sauerborn: Die AfD spricht nach wie vor die Ratio an. Zum Beispiel, wenn sie sagt, dass wir nicht unbegrenzt Menschen fremder Kulturen integrieren können.

Robert Sauerborn: Dann hör dir doch den Höcke an, wie rational der ist.

Ludger Sauerborn: Er hat sich vielleicht manchmal unglücklich ausgedrückt ...

DIE ZEIT: Wir sprechen von Björn Höcke, Thüringens AfD-Chef. Er hat zum Beispiel vom »lebensbejahenden afrikanischen Ausbreitungstyp« gesprochen. Das ist für Sie okay, Herr Sauerborn?

Ludger Sauerborn: Er hätte das besser gelassen. Das kann missverstanden werden, vor allem von Leuten, die es missverstehen wollen.

DIE ZEIT: Robert, finden Sie die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin denn gut?

Robert Sauerborn: Es hat mich beeindruckt, dass sich Frau Merkel als Chefin der Christlich-Demokratischen Union zur christlichen Nächstenliebe entschlossen hat. Dass sie die Grenzen geöffnet hat, als es eine Notlage gab. Denn der Syrien-Krieg ist eine humanitäre Katastrophe! Da haben wir gar keine Wahl, da können wir nicht sagen, wir nehmen niemanden auf. Wir sind ein Land, dem es gut geht. Es ist unsere verdammte Pflicht!

Ximei sitzt zwischen ihrem Mann und ihrem Stiefsohn. Manchmal streicht sie ihrem Mann über den Arm. Als wolle sie sagen: Ganz ruhig! Sie hört vor

allem zu. Ihr Deutsch, erklärt sie, sei noch nicht gut genug.

Ludger Sauerborn: Wisst ihr, Ximei hat mich vor Kurzem mal gefragt: Weiß denn Frau Merkel gar nicht, was sie da tut – wie schwer Integration ist: Deutsch lernen, eine Arbeit finden, die fremde Kultur verstehen?

Ximei Sauerborn: Ja, und ich habe gefragt: Müsste Frau Merkel nicht erst einmal an Deutschland denken? So wie chinesische Politiker zuerst an China denken müssen.

Ludger Sauerborn: Dieses unkontrollierte Hereinlassen von Menschen wird uns in den nächsten Jahren viele Probleme bringen. Nehmt nur die Konflikte zwischen Kurden und Türken oder zwischen Sunniten und Schiiten. Da holen wir uns gewalttätige Auseinandersetzungen ins Land. Die Konflikte in den Flüchtlingsunterkünften sind nur ein Vorgeschmack. Von eingeschleusten Terroristen will ich gar nicht sprechen.

Robert Sauerborn: Niemand behauptet, dass die Flüchtlinge keine Probleme bringen, Ludger. Aber die AfD malt hier ständig irgendwelche Horrorszenarien, die völlig übertrieben sind.

Ludger Sauerborn: Also bist du der Meinung: Alle, die nach Deutschland wollen, dürfen kommen?

Robert Sauerborn: Natürlich nicht jeder aus beliebigen Gründen. Aber damit lenkst du vom Thema ab. Wie es die AfD gerne macht: immer mit Maximalpositionen argumentieren.

Ludger Sauerborn: Dann haben wir ja einen Konsens, dass wir nicht alle aufnehmen können.

Robert Sauerborn: Richtig. Aber wer verfolgt wird, hat ein Recht auf ...

Ludger Sauerborn: Wer wirklich politisch verfolgt wird, sollte bei uns Asyl bekommen, so wie es unser Grundgesetz im Artikel 16a in den Absätzen eins bis drei vorsieht. Das ist AfD-Politik. Wenn Frau Merkel aber Leute, die in sicheren Drittländern wie Ungarn oder Österreich angekommen sind, unkontrolliert nach Deutschland hineinlässt, bricht deine Kanzlerin Gesetze.

Robert Sauerborn: Moment, das ist nicht nur meine Kanzlerin, sondern auch deine.

Ludger Sauerborn: Die scheinheilige Frau Merkel hat sich Herrn Erdoğan als Türsteher engagiert, damit sie sich selbst die Hände nicht schmutzig machen muss. Damit hat sie Deutschland erpressbar gemacht. Sie ist nicht »meine Kanzlerin«.

Robert Sauerborn: Deine Wortwahl finde ich bedenklich. Es tut mir leid, wir leben in einer repräsentativen Demokratie, Ludger. Deshalb ist es auch deine Kanzlerin. Ich wähle links. Sie bleibt meine Kanzlerin.

Ludger Sauerborn formuliert jetzt scharf: Er will provozieren. Auf dem Schrank fällt uns eine Ausgabe von Udo Ulfkottes Buch »Die Asylindustrie« ins Auge, darüber ein schwarz-rot-goldenes Grundgesetz.

Ludger Sauerborn: Robert, du behauptest, ich würde Populisten auf den Leim gehen. Das stimmt nicht. Ich bin kein Integrationsromantiker, sondern Integrationspraktiker.

Robert Sauerborn: Ein Integrationspraktiker? Weil du mit einer chinesischen Frau verheiratet bist?

Ludger Sauerborn: Ja, und weil ich zwei chinesischen Stiefkindern sehr erfolgreich bei der Integration geholfen habe.

DIE ZEIT: Was, Herr Sauerborn, leiten Sie denn aus Ihren Erfahrungen ab?

Ludger Sauerborn: Wie schwer Integration ist. Ich glaube nicht, dass Deutschland in der Lage ist, jedes Jahr Hunderttausende Flüchtlinge zu integrieren. Wir wissen heute, dass die meisten Flüchtlinge große Bildungsdefizite haben. Vor 40 Jahren haben wir noch ganz viele ungelernete Arbeitskräfte gebraucht – auf dem Bau, im Bergbau, auch in den Fabriken. Das ist heute anders. Nicht mal Ximei kann in ihrem Beruf in Deutschland arbeiten.

Ximei Sauerborn: Ich habe in China Schönheitsoperationen gemacht.

Ludger Sauerborn: Sie hat dort vor allem Nasen operiert. Sachen, die in

Deutschland nur ein Arzt machen darf, was ja auch gut ist. Wie sie können viele Zuwanderer ihre Berufe hier nicht ausüben. Auch ein syrischer Jurist kann mit seinem Studium in Deutschland wenig anfangen.

Robert Sauerborn: Das sind aber Sonderfälle. Ein Straßenbauer, ein Ingenieur, die können hier arbeiten. Es gibt auch genügend Jobs, in denen dringend Leute gesucht werden. Im Pflegebereich zum Beispiel. Ich verstehe die Angst nicht.

Ludger Sauerborn: Das zweite Problem ist, dass man Ghettobildung heute nicht mehr verhindern kann. Die Ghettobildung findet immer mehr auf den Smartphones statt.

DIE ZEIT: Bitte was? Wie meinen Sie das?

Ludger Sauerborn: Fragen Sie mal Ximei. Die Zuwanderer stehen miteinander oder mit den Leuten in ihrer Heimat ständig über ihre Handys in Kontakt. Da ist der Zwang, mit dem deutschen Nachbarn zu sprechen, gar nicht mehr da!

Ximei Sauerborn: In meiner Familie veranstalten wir sogar Karaoke-Abende über mehrere Kontinente hinweg über das Handy!

Ludger Sauerborn: Zur Integration bräuchten wir für jeden Neuankömmling einen Einheimischen, der ihn an die Hand nimmt. Und die Zuwanderer müssten sich alle an die Hand nehmen lassen. Das geht nicht mehr, wenn jedes Jahr weiterhin Hunderttausende kommen.

Robert Sauerborn: Erst einmal geht es um Flüchtlinge, die vielleicht gar nicht gleich integriert werden wollen. Sondern möglicherweise nur über längere Zeit nicht erschossen und versklavt. Verstehst du das nicht?

Das Gespräch ist nun beim Kern des Streits angekommen, der Integration. Ludger Sauerborn lässt sich selten aus der Ruhe bringen. Sein Sohn ist erregt, steht auf, läuft einmal durch den Raum. Jetzt zündet er sich eine elektronische Zigarette an.

DIE ZEIT: Robert, dieser Streit scheint Ihnen doch persönlich nahezugehen.

Robert Sauerborn: Im Moment des Streitens – natürlich. Wir beruhigen uns aber auch schnell wieder. Es ist ja nicht so, dass wir in allen politischen Fragen so weit auseinanderliegen. Wir sind beide gegen Atomkraft, sind früher gemeinsam mit dem Fahrrad zu Anti-Atom-Demos nach Biblis gefahren.

Ludger Sauerborn: Wir haben eben beide unsere Überzeugungen.

DIE ZEIT: Ihr Sohn wurde ja auch von einem alten Grünen erzogen.

Ludger Sauerborn: Bei Robert ist hohe Intelligenz auf ein ihn förderndes soziales Umfeld gestoßen. Robert war noch sehr jung, als seine Mutter und ich uns getrennt haben, er ist dann mit seiner kleinen Schwester bei mir aufgewachsen, nach einem Jahr habe ich Ximei kennengelernt. Dann haben wir zusammengelebt – Ximei, ihre beiden Kinder, Robert, seine Schwester und ich. Wir sind eine gut funktionierende Multikulti-Patchwork-Familie.

Robert Sauerborn: Mein Vater hat sich immer stark engagiert. An vielen Wochenenden hat er mich und andere Kinder zu Schachturnieren gefahren.

Ludger Sauerborn: Da hinten auf dem Kamin sehen Sie die Pokale.

DIE ZEIT: Spielen Sie manchmal noch gegeneinander Schach?

Robert Sauerborn: Es ist schon lange her, dass er in einer ernsthaften Partie gegen mich hätte gewinnen können! Aber ich würde lieber wieder über Politik sprechen.

DIE ZEIT: Nur zu. Was nervt Sie eigentlich an der politischen Haltung Ihres Sohnes, Herr Sauerborn?

Ludger Sauerborn: Mich nervt nichts. Ich bin ein äußerst toleranter Mensch. Er darf hier ja sogar seine E-Zigarette rauchen! (*lacht*) Ich halte seine Meinung trotzdem für falsch. Aber da wird er sich schon noch entwickeln.

Robert Sauerborn: Du verwechselst Erfahrung mit Wissen. Du bügelst ständig meine Aussagen ab, indem du sagst: Ich bin älter als du, ich habe mehr Erfahrung.

Ludger Sauerborn: Das sage ich nicht. Aber vielleicht arbeiten ältere Menschen stärker mit dem Verstand als mit dem Herzen?

Robert Sauerborn: Nein, junge Leute gehen frischer an die Welt heran, aber nicht weniger vernünftig. Emotional finde ich die AfD abstoßend, ja, aber ich kann auch rational einschätzen, wie gefährlich sie ist. Sie hat ein bedrohliches Klima in Deutschland geschaffen. Ihre Rhetorik hat es einigen Gewaltbereiten leichter gemacht, schlimme Dinge zu tun. Zum Beispiel Flüchtlingsheime anzuzünden. Oder Ausländer auf offener Straße zu verprügeln.

Ludger Sauerborn: *(sehr laut)* Das ist eine ungeheuerliche Diffamierung!

Robert Sauerborn: Wenn du das glaubst – bitte schön. Aber meine Meinung ist nicht weniger gültig, wenn du mich überschreist. Ich sage nicht, dass die AfD jemanden anstiftet, ich sage nur, dass die AfD ein Klima schafft, in dem es für Gewaltbereite leichter wird, eine gewisse Hemmschwelle zu überwinden. Nach dem Motto: Ich mache das nicht nur aus Hass, sondern für Deutschland. Der Aufstieg der AfD korreliert stark mit dem Anstieg der rechtsextremen Gewalt in Deutschland.

Ludger Sauerborn: Robert, Korrelationen sind etwas anderes als kausale Zusammenhänge. Es kann ja auch keiner sagen: Leute, die Muttermilch trinken, bekommen kleine Hände. Du tust genau das, was du Höcke vorwirfst: Du behauptest kausale Zusammenhänge, wo es keine gibt.

Robert Sauerborn: Ich interpretiere hier Fakten, Ludger, und ich bilde mir eine Meinung.

Seit anderthalb Stunden diskutieren Vater und Sohn. Alle sind pappsatt, aber es wäre noch genug Essen für mindestens eine weitere Familie da. Ximei hat angefangen, den Tisch abzuräumen. Manchmal lächelt sie, wie man über Jungs lächelt, die sich raufen: Die fangen sich schon wieder.

DIE ZEIT: Früher haben die Jungen gegen die Alten rebelliert, heute rebellieren die Älteren gegen die Jungen. Wie kommt das?

Robert Sauerborn: Ich glaube, es ist noch ein bisschen anders: Die

Gesellschaft ist viel liberaler geworden, und viele Ältere haben Schwierigkeiten, sich daran zu gewöhnen. Deshalb gehen sie zur AfD. Ich rebelliere aber auch. Gegen die AfD-Positionen etwa.

Ludger Sauerborn: Die AfD hat viele junge Wähler, Robert.

DIE ZEIT: Sie hatten uns Journalisten anfangs nicht empfangen wollen, Herr Sauerborn. Wieso?

Ludger Sauerborn: Es gibt in der Presse einen Mainstream. Wer dem nicht entspricht, den versuchen die Journalisten niederzumachen. Man sollte das vielleicht nicht Lügenpresse nennen ...

Robert Sauerborn: ... du tust es oft genug.

Ludger Sauerborn: Ich spreche lieber von einer Manipulations- und Erziehungspresse, die Informationen weglässt, anderes aufbauscht, unangemessene Überschriften wählt, unbequeme Meinungen gleich als »populistisch« oder »rechts« abwertet oder die Nazikeule schwingt. Ich finde Frauke Petrys Ausdruck schön: Pinocchiopresse. Pinocchio hat man, wie den Medien heute, angesehen, wenn er die Unwahrheit sagte.

Robert Sauerborn: Pinocchio ist wofür bekannt? Fürs Lügen. Es ist also quasi derselbe Begriff wie Lügenpresse, mit zusätzlichem alliterativem Anreiz. Wer so etwas sagt, will den Leuten suggerieren: Die Journalisten lügen. Aber *wir* lügen nie. Traut also nicht den etablierten Medien! Traut meinem Verschwörungsblog im Internet! Und Ludger, du liest ständig die *Junge Freiheit* – ist die besser?

Ludger Sauerborn: Wenn du dich selbst überzeugen willst, Robert – da vorne liegt sie.

Robert Sauerborn: Mein Vater unterstellt den etablierten Medien gern, dass sie Kommentar und Nachricht vermischen. Aber in der *Jungen Freiheit* passiert das genau so. Deswegen habe ich ihm in einer Ausgabe schon mal jene Texte angestrichen, in denen Kommentar und Nachricht vermischt werden.

Ludger Sauerborn: Stimmen wir überein, dass es gut ist, dass es eine Zeitung wie die *Junge Freiheit* gibt?

Robert Sauerborn: Sie ist zu tolerieren. Ich finde sie eklig, aber sie ist zu tolerieren.

Ludger Sauerborn: Als Gesellschaft sind wir leider nicht mehr tolerant. Einer wie ich, der 36 Jahre lang zu den grünen Gutmenschen gehörte, kriegt, sobald er sich zur AfD bekennt, die Nazikeule übergezogen. Ich gestehe, dass ich kein Held bin, und sage: Wäre ich noch im Schuldienst – ich war Lehrer an einer berufsbildenden Schule –, hätte ich mich nicht getraut, mich als AfD-Wahlkämpfer zu outen.

Robert Sauerborn: Aber deine Meinung wird die ganze Zeit toleriert. Du musst damit leben, dass es ein fettes, fettes Contra im Rahmen des Demokratischen gibt. Du bekommst kein Redeverbot, du bekommst kein Denkverbot. Nur Widerspruch.

Ludger Sauerborn: Das ist aber gnädig! Dass ich in einer Demokratie reden darf. Malu Dreyer allerdings sagte: Die AfD sei mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Robert Sauerborn: Da hat sie sich leider sehr unglücklich ausgedrückt, um es mal mit deinen Worten zu sagen.

Ludger Sauerborn: Malu Dreyer und Julia Klöckner bezeichnen mich als Ratte. Die bezeichnen die AfD nämlich als Rattenfänger. Was meinst du, was ich demnach bin?

Robert Sauerborn: Du nimmst diese Metapher bewusst so streng auseinander, damit du auch bloß die Beleidigung herausdestilliert bekommst.

Ludger Sauerborn: Ich glaube, SPD und CDU irren, wenn sie meinen, uns als Ratten bezeichnen und uns gleichzeitig als Wähler wiedergewinnen zu können. Andersdenkende zu entmenschlichen, das haben früher die Nazis gemacht.

Robert Sauerborn: Du willst dich unbedingt echauffieren. Ich glaube,

niemand wollte dich beleidigen, niemand hat dich eine Ratte genannt. Die meinen höchstens die Nazis, deren Stimmen die AfD mitfängt.

Allmählich wird es spät. Manchmal wird Bier und Apfelwein nachgeschenkt, leere Bierflaschen sammeln sich auf dem Tisch. Man sieht Vater und Sohn an, dass das Gespräch an ihnen zehrt.

DIE ZEIT: Haben Sie beide eigentlich das Gefühl, dass Sie einander in politischen Fragen überhaupt noch umstimmen können?

Robert Sauerborn: Wenn umstimmen hieße, ihn dazu zu bringen, seine Überzeugungen aufzugeben, dann will ich das gar nicht. Ludger wäre mit seinen Überzeugungen aber auch bei anderen Parteien gut aufgehoben. Auch die Linke kritisiert die Griechenland-Politik, auch manche Linke äußern Skepsis gegenüber der Flüchtlingspolitik, ohne Deuschtümelei.

Ludger Sauerborn: Ich finde schon mal gut, dass Robert die Frau Merkel in der Opposition sehen will. Die Linke finde ich ehrlicher als CDU und SPD. Und ich hoffe, dass wir auch noch vieles andere gemeinsam haben. Nicht nur, dass wir beide immer noch Atomenergiegegner sind.

DIE ZEIT: Viele Familien haben sich über Flüchtlinge, AfD und Pegida bitterlich zerstritten. Was würden Sie denen raten?

Robert Sauerborn: Ein Bier zu trinken und darüber zu diskutieren. Den Konflikt verbal austragen, politisch statt persönlich streiten.

Ludger Sauerborn: Man muss Konflikte in gegenseitigem Respekt aushalten, auch wenn man sie nicht gelöst kriegt. Man kann ja auch ein Gläschen dabei trinken.

Robert Sauerborn: Ich muss mich jetzt trotzdem erst mal beruhigen.

Wie ich auszog, die AfD zu verstehen

Unser Reporter ist linksliberal und hat nichts gegen Merkels Flüchtlingspolitik. Mit AfD-Gerede von »Volksverrättern« und »Tugendterror« kann er nichts anfangen. Wer denkt so? Auf der Suche nach einer Antwort findet MALTE HENK nicht nur Rechtsextreme – sondern viele Menschen, die ihm seltsam vertraut vorkommen.

VON MALTE HENK

DIE ZEIT, 10.03.2016 Nr. 12

Ließe sich das, was mit diesem Land gerade passiert, auf eine einfache mathematische Formel bringen? Der Chemieprofessor Thomas Rödel, 48 Jahre alt, Experte für die Synthese von Duft- und Riechstoffen, hat es versucht. Mehrere Abende lang saß Rödel in seinem Büro und dachte nach. Dann schrieb er, ein Mann, der nie auf einer Demonstration war, das Ergebnis seiner Grübeleien auf ein Protestplakat.

Rödel arbeitet an der Hochschule Merseburg in Sachsen-Anhalt. Jedes Wochenende fährt er heim zu seiner Frau und den Kindern ins Fränkische, in das Dorf, in dem er aufwuchs. Seine Eltern waren Bäcker, und Rödel hat die einfache Welt, der er entstammt, nicht vergessen: Wer sich länger mit ihm unterhält, spürt die Dankbarkeit für das Beamtenleben, das er führt. In jüngster Zeit allerdings wird seine Zufriedenheit von Sorgen überschattet, wegen des Zustroms der Flüchtlinge. Die Kanzlerin, findet Rödel, habe »den Kontakt zum Bürger verloren«.

Als Rödel an einem Tag im Januar die Wiederannäherung an Angela Merkel in Angriff nimmt, steht sie zehn Meter vor ihm und liest eine Rede ab. Die Kanzlerin ist nach Sachsen-Anhalt gekommen, um ein Forschungsinstitut zu eröffnen. Rödel, den Mund trocken vor Aufregung, will so höflich protestieren wie möglich, er wartet auf eine Redepause. Die Kanzlerin macht

aber keine Pause. Da steht Rödel auf, Anzugträger zwischen Anzugträgern, sein Plakat in der Hand, und sagt die Sätze, die er Dutzende Male geprobt hat, beim Joggen, beim Autofahren: »Ich habe Angst um die Zukunft meiner Kinder ...« Unruhe im Saal, Köpfe wenden sich, Merkel schweigt, hört zu. »Meine Kinder sind zwei, vier und neun Jahre alt. Und Sie machen einen Versuch und wissen nicht, wie das Experiment ausgeht. Von Ihnen als Physikerin erwarte ich verantwortungsvollere Entscheidungen. Danke.«

»Okay. Danke schön«, sagt die Kanzlerin. »Ich werde meiner Verantwortung gerecht.«

Dann ist schon alles vorbei. Rödel nimmt seine Aktentasche und geht. Was genau auf seinem Plakat stand, haben nur wenige im Saal gesehen. Ob es jemand begriffen hat?

$$(D + EU) d HK = 1U$$

$$(D + EU) d AM = 0U$$

$$\implies AM U(D) \wedge AM U(EU)$$

$$\implies \textit{Keine Experimente}$$

Die Rödelschen Gleichungen, sie sollen in etwa dies bedeuten: Deutschland und Europa, abhängig von Helmut Kohl, ergaben eine Einheit.

Deutschland und Europa, abhängig von Angela Merkel, ergeben keine Einheit.

Daraus folgt: Angela Merkel ist kein Element der Einheit Deutschlands, und sie gehört auch nicht zur Einheit Europas.

Woraus wiederum folgt: der Klassiker. Adenauer.

So stellt sich für den Chemieprofessor Thomas Rödel die Lage des Landes dar. Übersetzt man seine Formeln in Umgangssprache, dann wollte Rödel wohl sagen: Irgendetwas sollte grundlegend anders laufen. Nur, was genau könnte das sein? Und geht es wirklich bloß um die Flüchtlinge?

Ich bin auf Thomas Rödel gestoßen, als ich mich vor etwa sechs Wochen bei

Facebook angemeldet habe. Genauer gesagt, habe ich mich unter falschem Namen angemeldet. Unter meinem echten Namen bin ich schon seit Jahren auf Facebook. Ich habe dort 460 Freunde, viele Journalisten, Studienkollegen und interessante Bekanntschaften aus dem Ausland, auf Recherchen gesammelt wie früher Briefmarken. Es sind Leute, die so denken wie ich selbst: Wir finden Merkels Flüchtlingspolitik eher gut als schlecht, wir wollen »tolerant« sein und »weltoffen«. Wobei wir, das muss ich zugeben, als Gruppe ziemlich homogen sind.

Ich wollte mal etwas über die anderen erfahren. Liegen die Umfragen richtig, dann werden an diesem Sonntag etwa eine Million Deutsche die AfD wählen. Man kann nicht sagen, dass wir Journalisten sie nicht davor gewarnt hätten. Ich finde, wir sind ganz gut darin, den demokratiefeindlichen Ideen der Petrys und Höckes nachzuspüren. Und nachdem ich dazu viele Artikel gelesen und viele Sendungen gesehen habe, glaube ich sofort, dass Anhänger dieser Partei gegen Flüchtlinge und sonstige Minderheiten hetzen. Manche tun vielleicht sogar mehr als das. Nur bleibt da nach allen Recherchen diese Zahl: eine Million voraussichtliche Wähler, allein in drei Bundesländern.

Es könnte natürlich sein, dass diese Menschen seit Beginn der Flüchtlingskrise, quasi über Nacht, zu Rechtsradikalen geworden sind. Aber das glaube ich nicht. Um zu verstehen, was los ist, habe ich mich auf die Suche gemacht – im Milieu der Millionen, der Menschen hinter den Frontleuten. Ich fing dort an, wo sie ihre Stimme erheben. Auf Facebook.

Ich gab mir den falschen Namen Matthias Weiß, stellte als Profilfoto ein Bild von Friedrich Nietzsche ein und schickte fünf Fremden eine Kontaktanfrage. Alle fünf hatten ihr Profilfoto mit dem Logo der AfD hinterlegt, diesem schnittigen roten Pfeil auf blauem Grund; so wie andere das mit dem Wappen ihres Lieblingsvereins aus der Bundesliga machen. Es war nicht klar, wie diese Leute zur AfD stehen: Finden sie die irgendwie gut? Sind sie glühende Fans? Oder Mitglieder?

Alle fünf wollten sich mit mir anfreunden. Einer lobte das Profilbild von Matthias Weiß, er schrieb kühn und knapp: »Spitzenmann!«

Bald leuchteten die ersten Kontaktforderungen auf, von Freunden meiner neuen Freunde. Bei einem stand groß auf seiner Seite der Spruch »Gib Islam keine Chance«. Ich klickte auf »Bestätigen«.

Auf Facebook war es so gut wie unmöglich, Thomas Rödel zu entgehen. Rödel's 45 Sekunden mit der Kanzlerin wurden gefilmt, jetzt sind sie ein YouTube-Hit. Wohl millionenfach angeschaut, wandert das Video von einer Facebook-Seite zur nächsten, unter Überschriften wie dieser:

»Gesinnungsdiktatur BRD: Familienvater kritisiert öffentlich Merkel – Kündigung!«

Ich beschloss, Thomas Rödel zu besuchen. Unter meinem echten Namen, als Journalist.

Einige Tage nach seinem Auftritt sitzt Rödel in seinem Büro: ein sanfter, etwas versponnener Mensch, der glaubte, er sei es seinem Gewissen schuldig, der Kanzlerin mal seine Meinung zu sagen, wie in einer Bürgersprechstunde. Von den »juristischen Schritten«, die seine Hochschule danach gegen ihn prüfen wollte, war schon bald keine Rede mehr.

Er hat jetzt in seinem E-Mail-Programm einen Ordner namens »Merkel«, darin liegen 670 Zuschriften. Rödel klickt sich durch, fast alle liest er zum ersten Mal. Er stutzt und staunt.

Werter Herr Professor! ... Geschätzter Herr Kollege ... Als Vater von zwei Kindern ... meinen tiefen Respekt ... Hochachtung ... dass es noch Personen mit Rückgrat gibt ... haben Sie einer geistig trägen, angepassten Mehrheit gezeigt, was Zivilcourage ist ... Akt bürgerlichen Ungehorsams ... wünschen wir Ihnen viel Kraft, die Kampagne der Medien, des Wissenschaftsbetriebs und der Politik zu überstehen ... Ähnlich müssen sich die Dissidenten aus dem Dritten Reich oder der DDR gefühlt haben ...

»Oh, Rödel!«, ruft Rödel. »Was hast nur ang'richtet!«

Er hat fast immer CSU gewählt, jetzt hat ihm die AfD zweimal hintereinander einen Parteieintritt angeboten. Rödel lehnte ab, aber er findet, die AfD stelle »die richtigen Fragen«. Dass es ihm nicht allein so geht, wusste er. Dass so

viele Leute so große Worte um ihn und sein Plakat machen würden, hätte er sich niemals vorgestellt.

Die ihm geschrieben haben, sind: Ärzte, Richter, Unternehmer, Wissenschaftler, darunter deutsche Professoren in Berkeley, Kolumbien und Österreich, ein bedeutender Evolutionsbiologe sowie Dekane geisteswissenschaftlicher Fakultäten. Dutzende Rechtsanwälte bieten kostenlose Hilfe an, sie glauben offenbar, Rödel stehe vor dem Kampf um seine Existenz.

Man kann davon ausgehen, dass die meisten dieser Menschen intelligente Bürger sind, so wie Rödel selbst; die Karrieren gesichert, die Kinder gesund. Nimmt man ihre Äußerungen ernst, und das sollte man unbedingt tun, dann fällt auf, dass sie so reden, als sähen sie in Thomas Rödel eine Art Wilhelm Tell von Sachsen-Anhalt. Den Helden einer Protestbewegung – einer Bewegung von rechts, einer Bewegung der Bürger.

Ich glaube, diese Bewegung gibt es wirklich. Es fällt nur schwer, sie einzuordnen, weil sie ziemlich chaotisch ist. Und weil sie, wie jeder soziale Protest, das Gewohnte durcheinanderschüttelt. Im 20. Jahrhundert waren es die Studenten, die gegen das Establishment aufstanden. Heute macht so was ein Professor. Früher gingen eher die Jungen, die Have-nots, die Linken auf die Straße. Heute tun es eher die Älteren, die Etablierten, die Konservativen.

Sie sehen sich nicht als Egoisten oder Ausländerfeinde – sie sehen sich in der moralischen Pflicht zum Engagement. Irgendwo zwischen Online-Brüllerei und stiller Offline-Sorge, zwischen Propagandalüge und überlegtem Handeln mischen sie sich ein. Sie haben der Partei, die diesen Protest in Politik verwandelt, schon vor den Wahlen am Sonntag so viele Erfolge verschafft, wie keine andere neu gegründete Partei in der Geschichte des Landes sie je hatte. Außer einer. Aber zu der kommen wir noch.

In Neuwied, einem Städtchen bei Koblenz, steht ein großer, dünner Mann mit Zwirbelbart, der an eine lustige Nussknackerfigur erinnert, in der Lobby eines Hotels und schüttelt mir die Hand. Tiefe Stimme, Rheinländer, also nett. Uwe

Junge, so heißt der Mann, erzählt mir, dass er 34 Jahre lang Mitglied der CDU war. Dann, 2009, trat er aus. Die CDU habe sich »umorientiert«, sagt Junge. Und wie er das sagt, stelle ich mir einen Mann vor, der nach langen Ehejahren vom Coming-out seiner Frau überrascht wird. Auf der Suche nach einer echt konservativen Partei landete der Berufsoffizier Junge in der AfD. Er ist jetzt der Spitzenkandidat für Rheinland-Pfalz.

Junge geht in einen Saal, wo knapp achtzig Bürger warten. Die lokalen AfD-Leute sind auch da, meist ältere Herren in bunten Blousons. Gerade stellen sie Plakate vor ein Podium, mit Slogans wie »Unser Land, unsere Heimat« und »Kinder willkommen«. »So, Männers, hinsetzen!«, ruft Junge. »Heribert, du auch!«

In der Rede, die Junge in Neuwied hält, tauchen viele altertümliche Wörter auf. Fleiß. Beharrlichkeit. Redlichkeit. Pflicht. Die »guten preußischen Tugenden«, die Junge lieber mag als die herrschende »Ideologie des Establishments«. Grenzen schließen, abgelehnte Asylbewerber abschieben, diese Parteiklassiker handelt Junge zügig ab. Er redet über das Aussterben der Landärzte, fordert von der Bildungspolitik »mehr gute Meister statt unnötig viele Master« und beschwert sich über »unsere Verunglimpfung durch die Medien – Anwesende natürlich ausgenommen«. Als er dies sagt, zwinkert er mir väterlich zu: Alles halb so wild, Männers.

An diesem Abend von verblüffender Harmlosigkeit geschieht etwas mit mir. Plötzlich bin ich wieder in der Welt meiner Kindheit, Anfang der achtziger Jahre in der alten BRD, und in meiner Erinnerung tauchen die Männer auf, die damals unser Dorf bevölkerten. Sie redeten eher wenig als viel, konnten kein Englisch und sahen in der Welt außerhalb Europas einen Ort der Gefahren, weshalb sie höchstens in Italien oder Spanien Urlaub machten. Der Konservatismus dieser Männer schien quasi angeboren. Als Mittel zur Bewältigung des Lebens setzten sie auf das, was sie gesunden Menschenverstand nannten. Mit seinem Jetzt-mal-Klartext-Habitus wäre Uwe Junge um 1984 bei uns im Fußballvereinsheim super angekommen, anders gesagt: Er hätte die Mehrheit repräsentiert.

Mein eigenes Elternhaus war »links angehaucht«, wie man damals sagte, wir standen ziemlich weit draußen.

Heute sehe ich mich in der Mitte und misstraue mir selbst, meiner demokratischen Gesinnung, wenn ich jemanden aus der AfD so sympathisch finde wie Uwe Junge.

Damals stellte die CDU den Bundeskanzler. Heute inszeniert sich die AfD als Anti-Mainstream-Partei.

Ich glaube, sie trifft da einen Punkt. Irgendwie geschah es, dass die Uwe Junges an den Rand gedrängt wurden. Man spürte es schon in den Neunzigern, als ich auf dem Gymnasium war. Die geschniegelten Leute von der Jungen Union mit ihren schwarzen Aktenkoffern aus Kunstleder und dem Gel in den Haaren, sie waren bereits damals die bemitleidete Minderheit. Wir, die wir unsere Rucksäcke mit Peace-Zeichen bekritzelten und die Parkas von Uwe Junges Bundeswehr trugen, aber nur ironisch – wir waren jetzt der Mainstream.

Helmut Kohls geistig-moralische Wende hat es gegeben, nur nicht so, wie er sich das gedacht hatte. In Büchern von Historikern lässt sich nachlesen, wie liberal die Gesellschaft der alten BRD in den achtziger und neunziger Jahren wurde. Als Kohl an die Macht kam, stimmten vier von fünf Deutschen der Aussage zu, »die Gastarbeiter« sollten »wieder in ihr Land zurückkehren«, und die neue Regierung verkündete: »Deutschland ist kein Einwanderungsland.«

Das Land hat sich seitdem verändert, unter Schwarz-Gelb wie unter Rot-Grün. Die Parteien haben sich verändert, die Medien, die Universitäten, die Erwartungen daran, wie man öffentlich auftritt, was man sagen sollte und was lieber nicht, all das, was man Gesellschaft nennt. Die Uwe Junges haben sich nicht mitverändert. Man konnte leicht vergessen, dass es sie noch gibt. Sie schienen weg, erledigt. Jetzt sind sie wieder da, und die AfD ist der Lautsprecher, mit dessen Hilfe sie es uns wissen lassen.

Werden die Deutschen heute von Meinungsforschern gefragt, in welchem

Jahrzehnt sie am liebsten leben würden, dann nennen die meisten die Achtziger. Die Uwe Junges verwandeln diese Nostalgie in Politik. Sie rebellieren gegen einen mächtigen Gegner – die vergangenen dreißig, vierzig Jahre. Ziemlich mutig. Ist Mut nicht eine Eigenschaft, die man bewundern kann?

Auf Facebook findet Matthias Weiß, mein falsches Internet-Ich, schnell Freunde. Er muss dafür nichts tun. Schon am ersten Tag bekommt er 72 Kontaktanfragen. Er ist sofort beliebt, er wird umarmt von einer Gemeinschaft. Jemand postet einen Strauß Blumen auf Matthias' Profil. Ein Mann, offenbar aktiv in einem AfD-Kreisverband, schickt eine Nachricht:

Hallo und vielen Dank für deine Freundschaft. Ich bin total entsetzt über das, was hier in Deutschland jeden Tag passiert. Wir müssen jetzt noch mehr unsere Wut und unseren Protest gegen die Merkelpolitik in die Welt hinausschreien. Es ist jetzt extrem wichtig, dass wir in diesen historischen Zeiten fest zusammen stehen. Ich wünsche dir weiterhin viel Kraft für unseren gemeinsamen Kampf. Liebe Grüße sendet dir Heinz

Auf Facebook ist der Ton ein anderer als bei der AfD-Versammlung in Neuwied. Rauer, härter, Richtung Umkleidekabine. Matthias Weiß' Freunde, nach einer Woche sind es 238, stöbern ständig irgendwelche Nachrichten auf, schreiben etwas dazu und teilen den Link dann mit ihren Freunden. Teilen, kommentieren, teilen, kommentieren.

Nachricht: *Schweden: Minderjähriger Asyl-Bewerber ersticht Flüchtlingshelferin.*

Kommentar: *Gutmenschentum ist in der Tat heilbar. Leider endet der Heilungsprozess oft tödlich.*

Ab und zu schreibe ich selber mal etwas, ab und zu teile auch ich eine Nachricht. Bei meinen Bekannten aus dem echten Leben würde ich mich damit ins Abseits posten; bei den Freunden von Matthias Weiß falle ich nicht weiter auf. Für sie dreht sich fast alles um die Flüchtlingskrise, aber es scheint, als geschehe die Energieentladung weniger in der Konfrontation mit

den Fremden. Vor allem arbeiten sich meine neuen Freunde in erstaunlicher Ausdauer an den »Gutmenschen« ab, den »Bahnhofsklatschern«, den »geistigen Bodenbrütern von links«. Dabei zeichnen sie das Bild eines Landes, in dem man von Du-darfst-nicht- und Du-musst-Geboten umzingelt ist. Als würden sie von einer Besatzungsmacht bevormundet.

Wobei, das stimmt nicht ganz. Meine Freunde zeichnen dieses Bild nicht, sie werfen nur Schlaglichter darauf. Sie sagen »Tugenddiktat«, »Meinungskartell«, »Gesinnungsterror«, schon ist klar, was gemeint ist. Das Bild haben andere vor ihnen erschaffen. Thilo Sarrazin in seinen Bestsellern, jede Menge Blogger und Kolumnisten, die AfD-Chefin Petry mit ihrer Forderung, »Political Correctness« zum »Unwort des Jahrzehnts« zu küren. Die Existenz des Tugendterrors, sie ist unter Matthias Weiß' Freunden heute so unumstritten wie unter Physikern der Erste Hauptsatz der Thermodynamik.

Denken darf man aber wehe man äußert sich laut!

Wann darf man endlich wieder Negerkuss sagen?

Wer sein Maul aufmacht und seine Meinung äußert, wird entsorgt.

Bei 51 % Wahlstimmen für die AfD wird die Meinungsfreiheit wieder gelebt und ist Schluss mit Gendermainstreaming.

Es muss psychisch ungeheuer entlastend sein, so zu denken. Mich erinnert es daran, wie Evolutionspsychologen die Entstehung von Religionen erklären. Als der Mensch noch Jäger und Sammler war, stand er allein inmitten einer unheimlichen Natur. In jedem Blitz und jedem Sturm, vielleicht schon in jedem raschelnden Baum lag eine Gefahr. Der Mensch ist aber ein Wesen, das Ursachen braucht. Deshalb erfand er Geister und Götter: als Kommandeure einer abstrakten Welt. Für alles, was geschah, gab es nun eine Erklärung.

Nicht aufgrund verborgener klimatischer Prozesse stand das Land unter Wasser. Die Flut kam, weil ein Gott sie gewollt hatte.

Es ist diese Logik, der Matthias Weiß auf Facebook begegnet: Für alles, was geschieht, gibt es eine Erklärung. Immer die einfachste. Wer seit dreißig,

vierzig Jahren die Welt nicht mehr versteht, verfällt schnell dem Glauben an gottgleiche Herrscher, die alles steuern und jeden manipulieren.

Die Kanzlerin spielt im Denken meiner Freunde eine herausgehobene Rolle, auf der Seite des Bösen ist sie die oberste Göttin. Und die Flüchtlinge sind der größte der Blitze, die sie auf uns loslässt. Wir leben in der Ära der Ausrufezeichen, auf Facebook sind die meisten für Angela Merkel reserviert.

Von Demokratie ist nicht mehr viel geblieben. Daraus ist eine Diktatur geworden mit einer Alleinherrscherin!!!!

Matthias Weiß erfährt auch, dass die Muttersprache der Kanzlerin Hebräisch ist. Im Bund mit den Zionisten plant sie die Zerstörung unseres Landes durch die Flüchtlinge, mithilfe einer »Migrationswaffe«. Als ich die Profilseiten derer anschauete, die so denken, schreien mir Fotos von Heinrich Himmler und SS-Soldaten entgegen.

Nazis also. Definitiv. Dies sind nicht die AfD-Leute, mit denen ich anfang; aber ihre Kontakte oder Kontakte von Kontakten.

Wenn es einen Kontinent der offenen Grenzen gibt, dann diesen: Facebook. Von rechts nach rechts außen, von 1985 nach 1935, diesen Weg kann man dort in vielen kleinen Schritten gehen. Ich habe mich gefragt, was das über die AfD aussagt. So bin ich auf Werner Kaiser gekommen.

Kaiser wohnt mit seiner Lebensgefährtin in einer kleinen Stadt an einem großen Fluss. Ihr Haus steht an der Hauptstraße, und es fällt auf, weil es gerade einen frischen Außenanstrich erhalten hat. Ich schreibe das, weil Kaiser mich gebeten hat, seinen echten Namen nicht zu verraten. Er hat Angst, dass Randalierer ihm Farbbeutel auf seine schöne Fassade werfen, wenn sie erfahren, was dahinter geschieht.

Werner Kaiser ist ein Mann Anfang sechzig, füllig und freundlich, mit einem ganz, ganz harten Job. Seit fast drei Jahren setzt er sich an sieben Tagen die Woche um acht Uhr morgens an den Schreibtisch. Feiertage, Feierabend, Feierlaune, so etwas kennt Kaiser nicht, darf er nicht kennen. Nüchternes Arbeitszimmer, Zimmerpflanze, Kaffeemaschine, Kaiser schaltet den Rechner

ein und »sondiert die Stimmung im Netz«. Werner Kaiser leitet die Facebook-Redaktion der AfD. Genauer, er *ist* diese Redaktion. Vor Kurzem hätte ich einen wie ihn noch für einen Hetzer gehalten. Nach meinem Besuch bin ich mir da nicht mehr so sicher.

Zuerst muss ich ein paar Fakten nennen. Über 240 000 Freunde hat die AfD auf Facebook, mehr als doppelt so viele wie die CDU. Zweimal am Tag überlegt sich Werner Kaiser an seinem Schreibtisch eine politische Botschaft, baut mithilfe eines simplen Grafikprogramms so etwas wie ein Plakat, stellt es dann online. Auf diese Weise erreicht Kaiser bis zu vier Millionen Menschen, beinahe halb so viele wie die *Tagesschau*. »Ist Ihnen Deutschland nun ›bunt und weltoffen‹ genug, Frau Merkel?« – als Kaiser nach Silvester-in-Köln diese triumphierende Frage stellte, bekam er 26 089 Gefällt-mirs. Eine ganze Kleinstadt an Zustimmung.

Die Regierung gibt ein armseliges Bild ab.

Das Flüchtlingskonzept der Balkanstaaten – Per Zug direkt nach Deutschland!

Angela Merkel macht Politik für die EU. Wir machen Politik für Deutschland.

Hinter Werner Kaiser steht kein großer Apparat, der ihn kontrollieren könnte, die AfD-Zentrale hat nur zwölf Mitarbeiter. Kaiser entscheidet ganz allein, wie die AfD zu den Leuten spricht. Dieses Losgelöste, Anti-Institutionelle passt gut zu den sozialen Medien. Es macht die neue Rechte so erfolgreich im Netz.

Für Werner Kaiser liegt darin auch eine Gefahr.

Man könnte erwarten, dass Kaiser morgens gleich losnetzwerkt, Rassisten in Kiel mit Rassisten in Chemnitz verknüpft, aber so ist es nicht. An diesem Morgen meldet ihm sein Programm, dass er 19 270 Aufgaben zu erledigen hat. So viele Kommentare, Beiträge und Nachrichten der Nutzer muss Kaiser noch lesen, und er liest alles, jedes Wort, das auf seiner Seite auftaucht. In Sekunden muss er entscheiden: löschen oder nicht löschen?

Werner Kaiser löscht viel. Mindestens zehn, bei manchen Themen bis zu fünfzig Prozent aller Beiträge. Am schlimmsten, sagt er, seien die Videos, die müsse man immer bis zum Ende schauen. Könnte ja sein, dass ein Hakenkreuz auftaucht.

Es ist schwer, die Seite der AfD frei zu halten von Radikalen und Spinnern aller Art, aber Kaiser scheint es aufrichtig zu versuchen. Jemand schreibt, er könne einen Anstieg der Kaufhausdiebstähle durch Flüchtlinge bezeugen – klick, gelöscht. Ein anderer glaubt, das Zugunglück in Bayern sei vom Staat inszeniert worden – klick, Nutzer gesperrt. So geht es weiter, zieht der Bewusstseinsstrom des Landes über Kaisers Computer, an sieben Tagen die Woche. Wie die Kurven auf dem Bildschirm eines Gehirnforschers. Da, ein Beitrag von einem Mann namens Matthias Weiß. Ich habe ihn auf die AfD-Seite gestellt, bevor ich an Werner Kaisers Haustür geklingelt habe.

AfD! Nur die AfD. GEGEN: Lügenpresse, Gutmenschen, Altparteien, Döner, Köfte, Rassismus gegen Deutsche. FÜR: die Stimme der Vernunft.

»So ein Schwachsinn«, murmelt Kaiser. »Das ist kein wahrer AfD-Anhänger.« Er schaut noch mal hin, verdreht die Augen. Der Beitrag hat mehrere Gefällt-mirs bekommen, auch von einer Frau, die mit der stellvertretenden AfD-Vorsitzenden Beatrix von Storch befreundet ist. Klick, gelöscht.

Werner Kaisers Mission hat etwas Heroisches. Auch weil er sie gegen Teile seiner eigenen Partei durchzieht. Bis hinein in den Vorstand finden Leute, dieser Kaiser sei zu streng. Er hat sogar AfD-Landtagsabgeordnete gesperrt. Man muss sich das klarmachen: Jeder x-beliebige Mensch darf etwas auf die Facebook-Seite der AfD schreiben, das wichtigste Forum der Partei. Aber nicht jeder, der für die AfD im Parlament sitzt.

Politisches Kalkül!, ruft da mein linksliberales Warnsystem. Vielleicht will Kaiser die AfD wählbar halten für den normalen Bürger, denkt aber in Wahrheit wie die Parteifreunde, die er aussperrt.

Werner Kaiser hat mir seine Lebensgeschichte erzählt, eher zögerlich und

nicht als Argument. Kaiser setzt ständig Inszenierungen in die Welt, aber was ihn selbst betrifft, ist er von anrührender Zurückhaltung. Er war mal ein idealistischer junger Sozialdemokrat, in jener versunkenen Epoche Anfang der achtziger Jahre, der auch die Uwe Junges entstiegen sind. Er kämpfte in seinem Betrieb einen erfolgreichen Arbeitskampf und bekam einen Job bei der Gewerkschaft. Dort entzauberten sich seine Ideale. Alles habe sich um Shakehands mit den Arbeitgebern gedreht, sagt Kaiser. Seine Kollegen wollten in Aufsichtsräten sitzen und erster Klasse fliegen. Kaiser litt am Konsensmodell und an den Selbstlügen der alten BRD, so sehr, dass er irgendwann kündigte, aus enttäuschter Liebe die SPD verließ und aufhörte, den *Spiegel* zu lesen.

Er war Nichtwähler, driftete so vor sich hin – bis er das Netz für sich entdeckte. »Da merkte ich: Ich bin nicht allein. Ich bin kein Sonderling.« Er klingt wie ein pubertierender Außenseiter in der Provinz, der die große Selbstbefreiung erlebt, als er im Internet auf Gleichgesinnte stößt. Bei Kaiser waren es Menschen, die seine »Ideen von Anstand, Würde, Tradition« teilten, die Ablehnung einer »gegen den Bürger gerichteten Politik«.

Es war sein Endlich-Moment. Endlich wieder eine Möglichkeit zum Engagement. Vor zwei Jahren unterschrieb er den Arbeitsvertrag bei der AfD.

Heute führt Werner Kaiser seinen Kampf um Gerechtigkeit auf Facebook. »Was mich am meisten aufregt: dass wir rechte Brandstifter sein sollen.« Folgt man Kaiser, dann erspürt er die unbearbeiteten Stimmungen eines ziemlich großen Teils der Menschen in diesem Land, reinigt sie vom Schmutz, verteidigt sie gegen feindliche Übernahme von rechts außen – und speist sie am Ende in den demokratischen Prozess ein.

90 Prozent der Deutschen lehnen die Rundfunkgebühren ab. WIR AUCH!

Volksabstimmungen – Wir wollen, dass SIE entscheiden!

Der Polizei den Rücken stärken!

Bargeld ist Freiheit

Es wird Zeit für den Kampf gegen Links!

Wie ein DJ steuert Kaiser das Gefühlslevel seines Publikums, dreht den Sound auf, manchmal so laut, dass die Zwischentöne verloren gehen. Nimmt dann »den Druck raus«, postet »etwas Harmloses«, zum Beispiel gegen TTIP, auch wenn er weiß, dass darunter sowieso wieder alle zur Flüchtlingsfrage losbrüllen. Es gibt Tage, an denen fühlt sich Werner Kaiser von der AfD wie ein Getriebener. Es gibt Tage, erzählt er mir, da ist er so fertig von all dem Hass im Netz, dass er seinen Rechner stehen lässt und mit dem Hund eine Runde am Fluss dreht.

Manchmal trauert Werner Kaiser dem Showdown um den Euro hinterher. Wie entspannt das damals war.

Am Abend sitze ich im Hotelzimmer, mache den Fernseher an und wundere mich. Kommen nicht aus dem Machtzentrum der AfD immer schrillere, menschenfeindlichere Töne? Frauke Petry hält es für bedenkenswert, an der deutschen Grenze »notfalls von der Schusswaffe Gebrauch« zu machen. Ihr Stellvertreter Alexander Gauland will sich, wenn er Nachrichten schaut, »nicht von Kinderaugen erpressen lassen«. Und Björn Höcke hat sich in »tausend Jahre Deutschland« so sehr verliebt, dass er sie »nicht hergeben« will.

Wie, um Himmels willen, passt das zu den harmlos erscheinenden älteren Männern, wie passt es zu dem Facebook-Menschen Werner Kaiser?

In der Berliner Zentrale der Partei klingelt in diesen Wochen alle paar Minuten das Telefon. Viele Anrufer wollen Frauke Petry sprechen, und wenn sie erfahren, dass weder sie noch ihr Co-Vorsitzender Jörg Meuthen einfach mal so Zeit hat, dann empören sie sich: Seid ihr jetzt auch wie die anderen? Auch etabliert? Seit Kurzem kümmern sich drei der zwölf Mitarbeiter in Vollzeit um das Bürgertelefon. »Wir sind ein psychosozialer Dienst, so wie Hotlines für Schwangere und Alkoholiker«, heißt es in der Zentrale. Die Fragen kreisen um gefährliche Keime und um Rentenzulagen, und manchmal wollen die Leute wissen, warum »die Merkel« immer Rot trage.

Es ist nicht leicht, aus einer Bewegung eine Partei zu formen. Soziale Bewegungen sind heiß, chaotisch; politische Ursuppe sozusagen. Eine etablierte Partei ist erkaltete Ursuppe: lauter Teilchen, die sich zu einem Planeten verbunden haben. Die letzte Partei, die aus so einem Abkühlungsprozess hervorgegangen ist, sind die Grünen.

Als sie entstanden, Anfang 1980, kam ich gerade in den Kindergarten. »Wir sind die Alternative zu den herkömmlichen Parteien«, riefen die Grünen in ihrem allerersten Programm dem Land entgegen. Damals lag die Gründung der Bundesrepublik drei Jahrzehnte zurück, so wie bis zur Gründung der AfD drei weitere Jahrzehnte vergehen sollten. Vielleicht ist das mehr als ein Zufall der Zahlen. Vielleicht existieren Generationen nicht nur im Reich der Biologie, sondern auch in der Parteipolitik. (Die Linke ist ein Spezialfall, weil sie aus zwei bestehenden Parteien hervorging, sie ist ein reines Zerfallsprodukt.)

Damals regierte die SPD von Helmut Schmidt, und links von ihr war Leere.

Heute regiert die CDU von Angela Merkel, und rechts von ihr ist Leere.

Damals galten die Neuen als schwer integrierbar: »Jeder Obergrüne trägt einen Vorrat von jeweils passenden aggressiven Sprüchen mit sich herum«, schrieb ein SPD-Politiker 1982 in der *ZEIT*, so werde gegenüber jedem Andersdenkenden direkt ein Feindbild aufgebaut.

Heute gelten die Neuen als schwer integrierbar: »Die Feindbilder, die dort gepredigt werden, sind inzwischen eine echte Gefahr«, sagt SPD-Chef Sigmar Gabriel in Kameras.

Ich habe mir Bilder von Protestmärschen angeschaut. Man sieht darauf Menschen, die Plakate hochhalten: »Wir sind keine Versuchskaninchen« – »Wir wollen mitentscheiden« – »Das Volk muss die Zeche bezahlen!«. Lange Haare, Schlaghosen, schwarz-weiße Aura der alten BRD. Die Vergangenheit kann harmlos wirken, wenn man das Nachher kennt. Die Menschen auf den Fotos wehrten sich natürlich nicht gegen den Bau von Flüchtlingsheimen, obwohl man das denken könnte, wenn man liest, dass auf ihren Demos

Parolen gerufen wurden wie »Die Heimat ehren, hier sich wehren!«. Damals ging es gegen den Bau von Atomkraftwerken und atomaren Endlagern.

In der heißen, chaotischen Umweltbewegung, aus der die Grünen hervorgingen, sahen sich viele Menschen als Kämpfer für das Althergebrachte. Ohne diesen konservativen Anfang hätte es die Grünen nie gegeben. Die Zukunft unserer schönen Dörfer und Städte schien in Gefahr, aufs Spiel gesetzt durch die »Etablierten«, die »Mächtigen«, die »Staatsfaschisten«. Sie hatten eine Waffe, die Kernkraft, und nutzten sie zur Unterdrückung des eigenen Volkes.

Gegner damals: »der totale Atomstaat«.

Gegner heute: »der totale Asylstaat«.

Man staunt schon, wie sehr sich die Gefühle und Motive ähneln. Die Verschwörungstheorien, die irren Übertreibungen, die Lust am Opfersein. Auch damals gab es den Hass auf den staatlichen Rundfunk, der nur die Botschaft der Eliten unters Volk bringe, auch damals gründeten sich Dagegen-Medien. Die Umweltbewegung hatte Piratensender, alternative Zeitschriften, die *tageszeitung*. Die AfD hat Werner Kaiser.

Damals stand auf vielen Plakaten der Satz: »Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt.«

Heute sagen mir viele neue Rechte, Angela Merkel sei die Zukunft des Landes egal, weil sie keine Kinder hat.

Claudia Roth sitzt in ihrem Büro in Berlin und schüttelt den Kopf. Die Vizepräsidentin des Bundestages und ehemalige Grünen-Chefin will nichts davon hören, als ich meine These an ihr teste. Historische Parallelen zwischen AfD und Grünen? Sieht sie nicht, will sie nicht sehen. »*Nein!* Wir hatten und haben eine ganz andere Idee vom Leben. Bei uns geht es um eine offene, vielfältige, gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft. Wir haben von Anfang an für den Feminismus gekämpft, für die Aufarbeitung der Nazizeit ...«

Man muss dazu sagen, dass Claudia Roth neben der Kanzlerin die Politikerin ist, die in diesen Zeiten am meisten beleidigt wird. Für die neue Rechte ist Claudia Roth der Darth Vader des Gutmenschentums. Vielleicht arbeiten sich ihre Gegner auch an der bürgerbewegten Außenseiterin ab, die es ins Establishment geschafft hat: »Verbeamtung des Protests«, so hat der Politikwissenschaftler Franz Walter den Aufstieg der Grünen genannt, und es ist, als machten die Rechten Claudia Roth ihn persönlich zum Vorwurf. Ganz sicher aber wird sie im Netz angegriffen, weil sie eine Frau ist.

Nicht nur ich fühle mich an die achtziger Jahre erinnert, Roth tut es auch. Damals bekam die junge Grünen-Politikerin Briefe, in denen stand, sie müsse »mal richtig durchgefickt« werden, dann werde sie zur Vernunft kommen. Danach, sagt sie, »war es dreißig Jahre lang ruhiger«. Heute muss sie sich mit Leuten wie dem Jugendchef der AfD herumschlagen. Der teilte vor einigen Wochen auf Facebook ein Foto von Roth, neben ihrem Kopf stand: »Ach wäre ich Neujahr nur nach Köln gefahren ...« Roth hat die Botschaft dieses Satzes so gelesen wie ich: Die müsste von den arabischen Invasoren mal richtig ...

Hinter all der Pöbelei sieht Claudia Roth einen ideologischen Kern, und der sei eben anders als bei den Grünen. »Dieser Kern ist der Wunsch nach einem homogen-autoritären Deutschland.«

Ich war in den letzten Wochen auch im Osten unterwegs und habe die Pogromlust erlebt, die viele Orte dort im Griff hat. Auf einem »Bürgerforum« von Flüchtlingsgegnern in Thüringen brüllte der Verschwörungstheoretiker Jürgen Elsässer gegen das »Regime« von Angela Merkel an, nannte Justizminister Heiko Maas »den neuen Reichsjustizminister« und schob nach: »Der sieht ja auch schon ein bisschen aus wie einer aus dem Volksgerichtshof.« Und 500 Bürger der Stadt Altenburg jubelten.

»Steht zu Deutschland! Kämpft für Deutschland! Kommt zu uns!«, brüllte Elsässer, eine absurde Figur mit seiner Haartolle, den schwäbischen Dialektspuren, seiner Applaussucht.

Die Leute lachten über ihn, das schon. Vielleicht gehört das Karnevaleske zum Krawall einfach dazu. Aber man spürte die Lust am Überschreiten von Grenzen. Der Saal vibrierte vor Energie, und alle schienen den Reiz der Einigkeit zu spüren. Stichwort: das Volk. Das Volk wehrt sich. Das souveräne Volk ist die höchste Instanz. Im Volk sind alle gleich. Das Volk ist demokratisch. Wir sind das Volk. Irgendwann hatte ich eine Gänsehaut.

Es ist, als seien sie im Osten in einer Zeitschleife gefangen. Jetzt ist wieder 1989, Revolutionszeit. Tatsächlich erzählen mir viele, die gegen Flüchtlinge aufstehen, sie seien damals schon im Widerstand gewesen. Und es sei ja bekannt, dass Merkel bei der Stasi ... Sie glauben das wirklich. Auf ihre Weise wünschen sie sich auch im Osten die achtziger Jahre zurück.

Vielleicht ist das der wichtigste Unterschied zwischen den Grünen von damals und den neuen Rechten von heute. Die Rechten verharren im Dagegen-Modus. Die Grünen entwickelten Visionen, Gesellschaftskonzepte, Vorstellungen von einer besseren Welt. Sie dachten nach vorn. Die neue soziale Bewegung denkt zurück.

»Wir müssen alle AfD wählen!«, rief Elsässer. »Sie ist der Stock, mit dem wir die Blockparteien prügeln.«

Ein Mann aus dem Publikum meldete sich zu Wort, ein älterer Herr mit Brille und buntem Pullover. Er regte an, die Kanzlerin nach Paragraf 6 Völkerstrafgesetzbuch anzuklagen, wegen Genozid am eigenen Volk. Später, auf der Rückfahrt im Taxi, fragte mich der Fahrer, wo ich gewesen sei.

»Auf einer Veranstaltung über Flüchtlinge.«

»Für oder gegen Flüchtlinge?«

»Eher dagegen.«

»Gut«, sagte der Fahrer. Dann erzählte er mir Kanakenwitze.

Ich fragte mich, ob das der Weg sein wird, den die neue Bürgerbewegung geht. Jürgen Elsässer ist kein Mitglied der AfD, Einfluss auf die Zukunft der Partei haben Leute wie er trotzdem: Gelingt es den Radikalen, die AfD weiter

nach rechts zu ziehen, dann wendet sich das Bürgertum ab. Dann versinkt Werner Kaiser auf seiner Facebook-Seite im braunen Schmutz. Dann hat das Land bald eine zweite NPD, und die soziale Bewegung verfestigt sich niemals zu einer staatstragenden, bundestagstauglichen Partei.

Alle Leute, mit denen ich für diesen Artikel gesprochen habe, denken über dieses Risiko nach. Viele ärgern sich über die Ruckzuck-Fantasien und das Volkskörper-Gerede der Radikalen, fast jeder ließ den Satz fallen: »Die Höckes«, die müssten raus aus der Partei.

Alice Weidel, AfD-Kandidatin am Bodensee, hatte neulich Alexander Gauland zu Gast in ihrem Wahlkreis. Vorher schärfte sie ihm ein, auf keinen Fall das Wort »Volkskörper« zu verwenden. Gauland hielt sich nicht daran. Weidel war sauer.

Alice Weidel: 37 Jahre alt, Ökonomin, irrer Lebenslauf. Hat in China geforscht, für Goldman Sachs gearbeitet und in Hongkong, Hamburg und anderswo Start-ups hochgezogen. Lesbisch, Lebensgefährtin, kleines Kind. Bezeichnet sich selbst als »Urliberale«. Sitzt mit Leuten wie Gauland, Petry und von Storch im Vorstand der AfD, in der zweiten Reihe, aber immerhin. Ich muss gestehen, dass mich das überrascht.

Ich habe mit Alice Weidel einen tollen Abend verbracht, in einer Kneipe ihrer Heimatstadt Überlingen. In der Ferne sah man wie Schattenrisse die Berge der Schweiz. Von dort stammt Weidels Lebensgefährtin, dort hat sich im 19. Jahrhundert der Liberalismus durchgesetzt, während in Deutschland bekanntlich das Autoritär-Nationale vor einer großen Zukunft stand. Alice Weidels Sympathien, so schien es mir, liegen wohl eher jenseits des Bodensees.

Volksabstimmungen, Ende der Euro-Rettungspolitik, mehr Netto vom Brutto, das sind ihre Themen. Man könnte es sich leicht machen und sagen, Weidel sei ein Überbleibsel aus der Ära des Wirtschaftsprofessors Lucke, ein neoliberales Fossil. Dabei gibt es in der Partei noch viele wie sie. Weidel hat früher Grüne und FDP gewählt; am Ende fühlte sie sich politisch so

vereinsamt, dass ihre Partnerin sie zur AfD schickte, »als neuen Zeitvertreib«.

Weidel ist klug, zeigt Interesse an meiner Meinung, gesteht Zweifel ein.

Manchmal frage sie sich, ob sie da in ein Himmelfahrtskommando geraten sei. Sie hoffe auf die disziplinierende Wirkung von Beschlüssen.

Weidel ließ sich zur Chefin der Bundesprogrammkommission wählen. Dieses Sieben-Silben-Ungetüm organisiert den Prozess, aus dem Ende April das erste AfD-Parteiprogramm hervorgehen soll. Zugegeben, das ist ein Beispiel an Basisdemokratie, auf das jeder Grüne stolz wäre. Weidel hat eine Online-Befragung aller Mitglieder organisiert, und es gibt Fachausschüsse auf Länder- und Bundesebene, bei denen man mitmachen kann.

Die AfD weist Organisationselemente linker Parteien auf, sagen Politologen. Das Prinzip der Doppelspitze kenne ich auch von irgendwoher.

Und so streiten sie jetzt, nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit, die nur die lauten Höckes und Petrys hört, wer sie sind und was sie wollen. Die Wehrpflicht wieder einführen, die Schulpflicht abschaffen? Impfgegner reden mit, Klimaskeptiker, Nato-Feinde. Manche wollen »dem Islam« ein Angebot machen, andere Minarette verbieten. GEZ, TTIP, Datenschutz und Sterbehilfe müssen diskutiert werden.

Die ja immer noch kleine AfD ist im Frühjahr 2016 eine größere Projektionsfläche als die eigentliche Volkspartei CDU, deren Wahrnehmung allein bestimmt wird von der Frage, ob man für oder gegen Merkel ist. Die AfD dagegen gleicht einem riesigen Meckerkasten, Wähler aus allen Lagern wandern ihr zu, sie ist Adressat abstruser Wünsche wie lang verdrängten Unbehagens – fast schon logisch, dass in dieser Gemengelage immer noch Platz ist für die Annahme, man könne die radikalen Kräfte bändigen.

Nach sechs Wochen hat Matthias Weiß auf Facebook 673 Freunde, mehr, als ich in acht Jahren gesammelt habe. Außer den paar AfD-Leuten am Anfang hat Matthias fast keinen von ihnen als Kontakt angefragt. Sie kamen von selber. Auf seinen radikalsten Beitrag gab es kaum Reaktionen. War wohl zu unauffällig.

Die Zahl der Verkehrstoten steigt. Bin gespannt, was auf unseren Straßen erst abgeht, wenn die ganzen Syrer und Afghanen ihren Führerschein in der Tasche und ihren Neuwagen vor der Tür haben ...

Einen großen Gefällt-mir-Erfolg feierte Matthias dagegen, als er am 5. Februar um 19.03 Uhr das Handybild einer schmackhaften Mahlzeit auf seine Seite stellte, die zu Hause vor ihm – mir – auf dem Tisch stand.

Abendessen. Kein Döner, kein Schaschlik, kein Cevapcici – eine deutsche Gemüsesuppe geht vor!

Matthias ist jetzt unter anderem Mitglied in den Gruppen »Klartext Deutschland Miteinander«, »Unsere Heimat«, »Heimisches Volksbündnis«, »Bürgerwehr Hannover«, »Zensoren der BRD« und »Melodie des Herzens«. Die gängigen Bezeichnungen für unsere Politiker kann er auswendig.

Sigmar Gabriel: das Schweinchen

Cem Özdemir: Kümmel-Lümmel

Claudia Roth: Fatima, Warzenschwein

Joachim Gauck: der Gaukler

Angela Merkel: IM Erika, die Kanzlerschlange

Ich würde gern sagen, dass ich das alles einfach nur lächerlich fand, muss aber eingestehen, dass Facebook von rechts auf mich gewirkt hat, ähnlich einer täglichen Strahlentherapie. Ich konnte zu jeder beliebigen Zeit auf meine Seite gehen und sah neue Meldungen über gewaltsame Übergriffe durch Flüchtlinge. Zuerst dachte ich, all diese Meldungen stammten von Lügen-Seiten.

Dann fiel mir auf: Eine beträchtliche Menge davon ist wahr.

Landshut: Asylbewerber verkauft Drogen an Minderjährige

10-jähriger Wiener Bub in Hallenbad vergewaltigt: massive Verletzungen

St. Ingbert: Syrer onaniert vor vier Frauen in der Sauna

Vergewaltigung im Erlebnisbad: So wurde die Rutsche zur Falle

Herford: Somalier soll 88-Jährige vergewaltigt haben

Zusammengesucht von den Seiten normaler Zeitungen, flottierten diese Nachrichten durchs Netz. Ihr Wahrheitsgehalt wertete die allgegenwärtigen Verschwörungstheorien gleich mit auf.

Wo viele Millionen Menschen zusammenleben, kann man für fast jede Verallgemeinerung Belege finden, man muss nur lange genug suchen. Vorstellbar wäre ein Freundeskreis, der Beweise für die Gewalt von Wanderern gegen Mountainbiker zusammenträgt. Oder von Putzfrauen gegen Haustiere. Sechs Wochen volle Dosis auf Facebook, und ich wäre in großer Sorge um die deutsche Hauskatze und hätte einen Hass auf Putzfrauen.

So sind es jetzt die Flüchtlinge. Und obwohl ich wusste, dass ich Opfer einer selektiven Wahrnehmung war, begann ich mich zu fragen, ob diese Fremden vielleicht doch gefährlich sind. Und wie es wohl wäre, wenn die Freunde von Matthias Weiß auf Dauer meine einzige Nachrichtenquelle bleiben würden.

In ihrem Büro neben dem Reichstag hatte Claudia Roth erzählt, wie sich in letzter Zeit das Verhalten der Bürger ihr gegenüber gewandelt hat. Am Tag zuvor hatte sie in München ein Wirtshaus betreten, dort saßen Männer an einem Tisch, sahen Roth, riefen »Hau ab!« und »Menschen wie du haben in Bayern nichts verloren!«. Und als Claudia Roth den Schauplatz des Zugunglücks von Bad Aibling besuchte, stand da diese Frau, die »Du dreckige Sau! Du Schlampe!« brüllte. Immer wieder. Roth ging hin: »Was haben Sie da gesagt?« Die Frau lachte nur: »Haha, Meinungsfreiheit! Ich hab doch Meinungsfreiheit!«

Solche Sätze kenne ich. Von der Facebook-Seite von Matthias Weiß. Das Verhalten dort, es springt nun also über in die Realität.

Uwe Junge, der alte CDU-Mann. Werner Kaiser, der alte Sozialdemokrat. Alice Weidel, die Urliberale. Björn Höcke, der Tausend-Jahre-Deutschland-Hetzer. Diese vier Menschen hätten einander wohl nicht viel zu sagen, wenn man sie einen Tag lang irgendwo einsperren würde. Sie sind Teil derselben

Bewegung – in derselben Partei werden sie auf Dauer nicht bleiben.

Als die Grünen jung waren, blieb auch nicht jeder dabei. Zuerst mussten die rechten Heimatfreunde gehen, später erwischte es die linken Ökosozialisten. Zählt man die Vorgeschichte dazu, von den 68ern über die Umweltbewegung, dann hat das Heranreifen der modernen Grünen mindestens zwei Jahrzehnte gedauert. Heute geht ja vieles schneller. In einer Zeit, in der soziale Medien alle Gegensätze und Idiotien sofort nach draußen spiegeln, sortieren sich soziale Bewegungen wie auf Speed. Vielleicht wird die AfD so harmlos, wie es die Grünen geworden sind. Vielleicht verschwindet sie wieder. Aber selbst wenn das geschieht: Die neue Bürgerbewegung von rechts, die werden wir nicht mehr los.

Ich glaube, diese Bewegung tut selber das, was sie der Kanzlerin vorwirft. Sie hat ein Experiment mit ungewissem Ausgang entfesselt. Die AfD-Leute experimentieren mit anderen. Und mit sich selbst.

Neulich hielt eine Kandidatin der AfD eine Rede. Es war einer dieser Auftritte, wie sie im Wahlkampf an vielen Orten zu sehen sind. Nichts Besonderes. Die Kandidatin stand sehr gerade am Pult, sie trug ein dunkles Jackett und sprach eher ruhig. Dabei blätterte sie durch ihre Notizen. Sie griff den Justizminister an, nicht so schlimm wie Jürgen Elsässer; aber ein Amtsenthebungsverfahren forderte auch sie. Sie griff Claudia Roth an, in gesetzteren Worten, als man es auf Facebook liest; sie zählte deren Privilegien auf. Ein Vizepräsident des Bundestags sei »in den schönsten Büros des Parlaments untergebracht«, drei große Amtszimmer, zwei Sekretärinnen, ein persönlicher Referent, 15 000 Euro Monatsgehalt. Und das alles für eine Frau, »die hinter dem Schwarzen Block hinterherrennt: Deutschland, verrecke!«.

Das Publikum buhte und klatschte höhnisch. Es hatte die Botschaft verstanden: Claudia Roth ist von gestern. Jetzt sind wir dran. Wenn ihre Privilegien jemandem zustehen, dann uns.

Die Rednerin hieß Alice Weidel.

Die Recherche: Der Autor hat sich unter falschem Namen auf Facebook registriert, um ein realistisches Stimmungsbild von AfD-Anhängern zu erhalten. Gemäß den Privatsphäre-Einstellungen des fiktiven Accounts bleiben die Postings nur für Freunde einsehbar. Wir wollen niemanden an den Pranger stellen.

Die Gesprächspartner: Alle Interviews hat der Reporter als ZEIT-Journalist geführt. Trotz vieler Angriffe aus der AfD auf die »Lügenpresse« waren die Parteivertreter gern bereit, mit ihm zu reden.

Hier herrscht Klassenkampf

In der Arbeiterstadt Bitterfeld ist die AfD stärkste Partei. Ihre Wähler haben nicht nur mit Flüchtlingen ein Problem, sondern auch mit dem Kapitalismus.

VON CATERINA LOBENSTEIN

DIE ZEIT, 05.01.2017 Nr. 02

Wenn der AfD-Politiker Daniel Roi erklären will, warum die Leute in seinem Wahlkreis so wütend sind, fährt er nicht zum Flüchtlingsheim. Er fährt zum See. Das Wasser schimmert dunkel, am Ufer stehen Picknickbänke, auf den Parzellen der Dauercamper überwintern Paddelboote. Daneben wirbt der Wassersportclub: »Segeln muss nicht teuer sein.«

Goitzsche heißt der See, er liegt am Rande von Bitterfeld-Wolfen, einer Stadt im Südosten Sachsen-Anhalts. In den Sommerferien breiten die Leute hier ihre Handtücher aus, baden, paddeln, fahren Wasserski.

Es ist ein Mittwoch im Dezember, Roi trägt den Kragen seines Wintermantels nach oben geklappt, den schwarzen Bart akkurat getrimmt. Er ist 29, einer der wenigen Jungen, die nicht nur hier geboren, sondern auch hier geblieben sind. Mit zehn Jahren trat er in die freiwillige Feuerwehr ein. Mit 18 gründete er seine erste Bürgerinitiative. Mit 25 wurde er Mitglied der AfD. Bei den Landtagswahlen im März 2016 bekam er 31 Prozent der Stimmen, so viele wie kein anderer Kandidat in seinem Wahlkreis. Das hat nicht nur, aber auch mit dem See zu tun.

Früher, als Roi ein Kind war und die Mauer noch stand, dröhnten hier die Bagger. Früher lag hier eines der größten Braunkohlereviere der DDR. Dann brach die DDR zusammen und mit ihr die Industrie, und aus dem Tagebau wurde ein Badesee. Böden wurden gereinigt, Krater geflutet, Böschungen bepflanzt. Spazierwege asphaltiert, Parkplätze gebaut. Mehr als 200 Millionen

Euro gab der Staat dafür aus, Fördermittel vom Bund, vom Land, von der EU – Steuergeld. Vor drei Jahren aber verkaufte die Stadt Bitterfeld-Wolfen große Teile des Sees an eine private Firma, für nur 2,9 Millionen Euro. Die Firma heißt Blausee, sie hat sich auf die Privatisierung von Landschaften spezialisiert und dem Staat schon einige Seen abgekauft. Sie gehört den Erben des Pharmaunternehmers und Multimilliardärs Adolf Merckle.

»Die Gesellschaft hat dafür bezahlt, dass der See hübsch wird«, sagt Roi.
»Und wer profitiert davon?« Er zeigt auf ein abgezäuntes Stück Ufer. Dort, hinter mannshohem Schilfgras, liegen zwei Hausboote mit großen Dachterrassen, gebaut aus Glas und hellem Holz, mit exklusivem Zugang zum See. In einer Bootsgarage liegt aufgebockt eine verchromte Motorjacht. Am Zaun steht: »Privatgrundstück, Betreten verboten.« Etwas weiter nördlich, auf einer lieblichen Halbinsel, planieren Raupen das Ufer. Dort wird ein Villenviertel gebaut, direkt am Wasser. »Milliardäre«, sagt Roi. Er sagt es so, dass es wie ein Schimpfwort klingt.

Nirgendwo erhielt die AfD bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt so viele Stimmen wie in Bitterfeld-Wolfen. In den Tagen nach der Wahl kamen Reporter in die Stadt, aus Hamburg und Berlin, aus Großbritannien und den USA. Sie wollten wissen, warum so viele Leute hier der AfD ihre Stimme gegeben hatten. Sie filmten auf dem Marktplatz, sie zeigten Menschen, die graue Jogginghosen trugen und fettige Bratwurst aßen, die Flüchtlinge »Neger« nannten und Politiker »Verbrecher«. Das war die Realität. Aber nur die halbe Wahrheit.

Längst stärkt sich die AfD nicht mehr nur am Hass auf die Fremden und an der Wut auf die Kanzlerin. Mehr als jede andere Partei profitiert sie vom Riss, der durch Deutschland geht: zwischen Arm und Reich, zwischen Stadt und Land, zwischen globalen Wirtschaftseliten und dem kleinen Mann aus der Provinz. AfD-Politiker wie Roi empören sich über die Aufnahme von Flüchtlingen genauso wie über die Steuervermeidungstricks großer Konzerne und die Privatisierung öffentlicher Güter, über Unternehmen, die vom deutschen Staat mit Millionen gefördert werden und ihre Fabriken ins

Ausland verlagern.

Einfaches Volk gegen globales Kapital – mit dieser Formel gewinnen die Rechten im vormals linken Arbeitermilieu Stimmen, überall in Europa. Im deindustrialisierten Norden Englands und im ländlichen Polen, im Osten Deutschlands und im Süden Frankreichs. Die Front-National-Chefin Marine Le Pen tritt als Kämpferin für die französische Arbeiterklasse auf. Der österreichische Beinahe-Präsident Norbert Hofer von der FPÖ gibt sich als Verteidiger der von Abstiegsängsten geplagten Arbeiterschaft. Und die AfD baut im Ruhrgebiet eine Arbeitnehmerorganisation auf, um SPD und Linken Wählerstimmen abzujagen, im einst roten Pott, im Milieu der Kohlekumpel und Stahlarbeiter.

In der Arbeiterstadt Bitterfeld ist das gar nicht mehr nötig. Die SPD kam hier bei der Landtagswahl auf acht Prozent der Stimmen. Die Linkspartei sackte ab auf 13 Prozent, was für ostdeutsche Verhältnisse ein desaströses Ergebnis ist. Und auch wenn bei der jüngsten Bürgermeisterwahl nicht die AfD gewann, sondern der von einem breiten Bündnis unterstützte Kandidat der CDU: Die Alternative für Deutschland könnte in Bitterfeld bei der Bundestagswahl im September die großen Parteien hinter sich lassen.

Daniel Roi steigt in seinen grauen Škoda. In der Türablage steckt ein AfD-Flyer, ein Faltblatt für den Wahlkreis. Das Wort »Flüchtlinge« taucht darin kein einziges Mal auf. Stattdessen geht es um benachteiligte Rentner, um Kürzungen bei der Feuerwehr, um Arbeiterviertel, die abgerissen, und Schulen, die geschlossen werden. Roi sagt, er habe Angst um sein Land. Wenn er erklärt, warum, spricht er weniger über Identitäts-, eher über Verteilungsfragen. Wenn er »die da oben« sagt, meint er mächtige Politiker, aber auch mächtige Konzerne. Er meint Merkel *und* Merckle. »Die da oben«, sagt Roi, »das sind die, die die Goitzsche kriegen.«

Roi tritt aufs Gas. Er lässt den See hinter sich und fährt zum Industriegebiet, dorthin, wo zu DDR-Zeiten das Chemiekombinat von Bitterfeld und Wolfen die Luft vergiftete und nach der Wiedervereinigung große Konzerne ihre modernen Produktionshallen bauten. Roi fährt vorbei an der schneeweißen

Fabrik des Pharmariesen Bayer, der in Bitterfeld Aspirintabletten produziert. An der gelb-grauen Halle des Unternehmens Heraeus, das hier Quarzglas herstellt. Am Schmelzofen von Guardian Industries, einem Konzern aus den USA, der Glasplatten baut.

Hier sieht Bitterfeld aus wie ein kleines Wirtschaftswunder. Wo einst marode Fabriken standen, wird heute nach hohen Umweltstandards produziert. Wo nach dem Zusammenbruch der DDR-Industrie Zehntausende Menschen ihren Job verloren, ist die Arbeitslosenquote mittlerweile wieder gesunken: von mehr als 20 Prozent im Jahr 2003 auf weniger als acht Prozent im Jahr 2016. Die Löhne in der Chemiebranche, dem wichtigsten Wirtschaftszweig der Region, steigen. »Die Wirtschaft brummt«, sagt die Oberbürgermeisterin der Stadt. »Wir sind auf Erfolgskurs«, sagt der Chef der örtlichen Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Der AfD-Abgeordnete Daniel Roi sagt: »Was ist mit denen, die vom Erfolg nichts abbekommen?«

Entlang der Straße verläuft ein überirdisches Röhrensystem, ein Geflecht aus bunten Pipelines, die Wasserstoff und Chlorgas von Fabrik zu Fabrik befördern. Wie ein Gefäßsystem durchziehen sie die Stadt, versorgen die Fabriken mit Chemikalien, so wie die Fabriken die Stadt mit Arbeitsplätzen versorgen sollen. Das zumindest war mal der Plan.

Viele gut bezahlte Fachkräfte aber, die bei Bayer oder Guardian arbeiten, leben nicht in Bitterfeld, sie wohnen in Halle oder Leipzig – und geben dort das Geld aus, das sie in Bitterfeld verdienen. Auch die Arbeitslosenzahlen erscheinen bei näherem Hinsehen nicht mehr ganz so rosig: Viele Menschen sind einfach in Rente gegangen oder weggezogen. Und wer hier von wem profitiert, die Stadt von den Konzernen oder die Konzerne von der Stadt, das ist umstritten. »Bayer erwirtschaftet Riesengewinne, zahlt aber kaum Gewerbesteuer«, sagt Kay-Uwe Ziegler, ein AfD-Kollege von Daniel Roi aus Bitterfeld. Weder Bayer noch die Stadt wollen sich dazu äußern: Steuergeheimnis. Aber ein Linken-Politiker aus dem Stadtrat sagt, die Gewerbesteuern, die Bayer zahlt, seien tatsächlich »nicht so dolle«, das sei ein »offenes Geheimnis«. Mehr will er nicht sagen, man wolle es sich nicht

verscherzen mit einem so wichtigen Konzern.

Fest steht: Nur weil die Wirtschaftsstatistiken nicht schlecht aussehen, geht es hier noch lange nicht allen gut. Im Herbst 2016 befragte das Meinungsforschungsinstitut Allensbach die Wähler. Bei der AfD sagten 38 Prozent ihrer Anhänger, sie zählten sich »zu denen, die zurückbleiben, während es vielen anderen in Deutschland immer besser geht«. Mehr als in jeder anderen Partei.

In einem Wohnblock nahe dem Industriegebiet, in einer kleinen Wohnung mit Laminatfußboden, wohnt Diana Riemann. Auf der Sofalehne sitzt ein Harlekin, in der Schrankwand ein Engel aus Porzellan. Auf dem gläsernen Couchtisch, zwischen Fernsehzeitung und *Wochenspiegel*, liegt eine hellblaue Broschüre: das Parteiprogramm der AfD. Im September 2017, bei der Bundestagswahl, will Riemann wählen gehen. Zum ersten Mal seit fast zwei Jahrzehnten.

Diana Riemann heißt eigentlich anders, sie will nicht, dass man sie erkennt, sie fürchtet, sie könnte dann ihren Job verlieren. Riemann arbeitet nicht bei Bayer, wo es gute Löhne gibt und einen starken Betriebsrat. Sie arbeitet bei Soex, einer Firma, die Altkleider recycelt. 700 Männer und Frauen sortieren dort Mäntel, Hosen, T-Shirts, Schuhe. In drei Schichten, rund um die Uhr. Acht Stunden täglich, sagt Riemann, stehe sie zwischen fiependen Gabelstaplern und wummernden Pressen, in gebückter Haltung. Über den Tischen hängen Monitore, die anzeigen, ob die Arbeiter ihre Norm erfüllen, je nach Abteilung sind das bis zu zwei Tonnen Kleider pro Tag.

Die Kleider, die Riemann sortiert, stinken. Die Luft, die sie atmet, ist staubig. Die Arbeit, die sie macht, monoton. »Greifen, greifen, greifen«, sagt sie, dabei öffnet und schließt sie beide Fäuste. Riemanns Mittelfinger ist krumm. »Schnappfinger«, sagt sie und lässt den Finger nach vorn schnellen. Entzündete Sehnen und chronische Rückenschmerzen, das sei der Preis, den sie für ihre Arbeitsstelle zahle. Wenn sie Frühschicht hat, steht sie um zehn vor vier auf. Wenn sie nach Hause kommt, ist sie kaputt. Guckt um drei viertel sieben die RTL-Nachrichten. Fällt spätestens um halb neun ins Bett.

Riemanns Einkommen liegt knapp über dem Mindestlohn. Sie bekommt kein Urlaubs- und kein Weihnachtsgeld. Sie hat drei Wochen Ferien, aber darf nicht entscheiden, wann. Den größten Teil ihres Urlaubs müssen die Soex-Mitarbeiter im Juli nehmen, wenn die Maschinen gewartet werden. Im Juli aber ist Hochsaison – und fast jede Urlaubsreise zu teuer.

Riemann sagt, wenn sie irgendwas Besseres fände, einen Job im Handel vielleicht, an der Kasse bei KiK oder Edeka, dann wäre sie sofort weg. Dass viele Unternehmen Fachkräfte suchen, dass die Arbeitslosenquote sinkt und die Steuereinnahmen steigen – all das hat Riemann schon mal gehört. Aber sie spürt es nicht. Für sie fühlt sich das Jahr 2016 immer noch so an wie das Jahr 2003.

Damals war in Sachsen-Anhalt jeder Fünfte ohne Job, und viele, die einen hatten, fühlten sich austauschbar. Es war die Zeit der Massenarbeitslosigkeit, der Sparprogramme und Agenda-Reformen. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung kürzte die Arbeitslosenhilfe, sie lockerte den Kündigungsschutz und ließ die Bedürftigkeit von Sozialhilfeempfängern akribisch prüfen. Das sollte die Wirtschaft stärken und das Land für die Globalisierung und den demografischen Wandel wappnen. Am Ende sollten die Reformen allen zugutekommen.

Noch tiefere Einschnitte forderte damals die CDU. Im Jahr 2003 hielt sie nicht weit von Bitterfeld entfernt einen Parteitag ab. Auf der Bühne stand eine Frau im Hosenanzug. Mit fester Stimme forderte sie einen »Befreiungsschlag zur Senkung der Arbeitskosten«. Sie schlug Arbeitern wie Diana Riemann einen Deal vor: Sie versprach ihnen »Wohlstand und Sicherheit« und forderte dafür »Veränderungsbereitschaft und Leistung«. Die Frau hieß Angela Merkel, und der Leipziger Parteitag der CDU gilt heute als marktradikale Zäsur in der Geschichte der Union. Leistungsbereitschaft zeigen. Eigenverantwortung stärken. Gürtel enger schnallen. Das war der Sound der nuller Jahre. Der Imperativ der Rezession.

Zwölf Jahre später, im August 2015, stand die Frau im Hosenanzug wieder vor den Fernsehkameras. Sie war jetzt Bundeskanzlerin. Es war die Zeit, in

der Hunderttausende Flüchtlinge über den Balkan kamen und Schutz in Deutschland suchten, Menschen, von denen die meisten zunächst von Sozialleistungen oder einfachen Jobs leben würden. Merkel schien milder als sonst, wie verwandelt. Sie sprach von Mitgefühl, appellierte an die Deutschen, sich nicht von Vorurteilen und »Kälte im Herzen« leiten zu lassen und die Flüchtlinge willkommen zu heißen. Sie sagte: »Unsere Wirtschaft ist stark, unser Arbeitsmarkt ist robust, ja sogar aufnahmefähig.« Und dann sagte sie das, was Diana Riemann bis heute nicht versteht. Sie sagte: »Wir schaffen das.«

Wenig später standen in der Fabrikhalle von Soex die ersten Flüchtlinge an den Tischen und sortierten alte Kleider. Soex ist einer der wenigen Betriebe in der Gegend, die Flüchtlingen überhaupt Arbeit bieten, die Lokalzeitung hat darüber mit lobenden Worten berichtet. Diana Riemann kramt ihr Smartphone hervor und zeigt ein Handyfoto aus der Fabrik: Ein kahler Raum mit rot kariertem Teppich, auf dem Boden liegt ein Koran. Vor Kurzem, erzählt sie, habe die Betriebsleitung von Soex den Flüchtlingen einen Gebetsraum einrichten lassen. »Wenn ich sagen würde: Ich geh mal kurz beten – da würde ich meinen Job verlieren«, sagt sie. »Ich traue mich kaum, auf Toilette zu gehen, weil ich dann meine Norm nicht schaffe.« Fragt man beim Pressesprecher von Soex, ob es stimmt, dass deutsche Mitarbeiter strenger behandelt werden als Flüchtlinge, sagt er, er wolle das nicht kommentieren.

Diana Riemann sagt, die Flüchtlinge würden von der Schicht freigestellt, wenn sie zum Sozialamt oder zur Ausländerbehörde müssten. Auch sie habe früher mal aufs Amt gemusst, um Wohngeld zu beantragen. »Das durfte ich nicht in meiner Arbeitszeit machen«, sagt sie. Das Wohngeld hätte Riemann damals dringend gebraucht, aber sie hat es nicht bekommen. Sie verdiente dafür ein paar wenige Euro zu viel.

Wirtschaftspolitische Debatten hörten sich in den vergangenen Jahren oft so an, als gebe es in Deutschland bloß Fachkräfte, die sich vor Jobangeboten nicht retten können, und Unternehmen, deren wichtigstes Anliegen die Work-Life-Balance ihrer Mitarbeiter ist. Als gehe es nur noch um die Frage, wann

deutsche Firmen endlich mehr Frauen in ihre Chefetagen lassen – und Flüchtlingen Arbeit geben. Selten ging es um jene, die angesichts der guten Konjunktur leicht übersehen werden: Menschen, die arm sind, obwohl sie arbeiten. Menschen, die auch im Jahr 2016 um ihren Job fürchten. Menschen, die nicht im Wirtschaftswachstumsdeutschland leben, sondern in hoch verschuldeten Kommunen. Jahrelang blieben sie stumm. Nun sehen einige von ihnen in der AfD eine Partei, die ihnen eine Stimme gibt. Und in den Flüchtlingen eine Minderheit, die das Mitgefühl einer einst von sozialer Kälte geprägten Kanzlerin absorbiert. Seitdem entlädt sich die Wut.

Diana Riemann geht in die Küche, um frischen Kaffee zu holen. Als sie zurückkommt, sagt sie: »Dem Viehzeug steckt das Sozialamt Zucker in den Arsch.«

Wem?

»Dem Viehzeug.« Sie macht eine Pause. »Den Ausländern.«

Sind das keine Menschen?

»Nein.« Riemann schenkt Kaffee nach. »Noch einen Windbeutel?«, fragt sie.

Das, was an diesem Deцемbermittwoch an Diana Riemanns Kaffeetafel geschieht, lässt sich täglich tausendfach beobachten: in den Kommentarspalten der Online-Medien, auf den Facebook-Profilen der Politiker. Auch auf dem Profil des AfD-Abgeordneten Daniel Roi. Er postet dort Fotos von sich: Roi vor dem Landtag in Magdeburg, Roi bei der freiwilligen Feuerwehr, Roi auf einer Gewerkschaftsdemo. Manchmal teilt er Artikel von Nachrichtenportalen, meist geht es darin um ausländische Terroristen und Straftäter. Um den tunesischen Attentäter zum Beispiel, der mit einem Lkw in den Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche raste. Oder um die jungen syrischen Flüchtlinge, die einen Obdachlosen angezündet haben sollen. Rois Facebook-Freunde schreiben dann Kommentare wie:

»Der Islam ist widerlich, mit allem, was dazugehört.«

»Ratten gibt es nicht nur in der Kanalisation, sie sind mitten unter uns.«

»Man kann nicht alle über einen Kamm scheren, aber bei Vogelgrippe wird auch der komplette Bestand vernichtet. Warum? Weil es besser ist!«

Roi lässt das alles so stehen. Er sagt, er habe keine Zeit, sich die Kommentare genau anzuschauen.

Fragt man Diana Riemann, woher der Hass kommt, der an diesem Nachmittag aus ihr herausbricht, spricht sie von Enttäuschungen und Entbehrungen, die schon an ihr zehrten, bevor der erste Flüchtling in der Fabrik von Soex stand.

Der Deal, den Angela Merkel auf dem Leipziger Parteitag vorschlug, die neoliberale Wunderformel, wonach die, die etwas leisten, am Ende davon profitieren, sie geht für Riemann nicht auf. Sie habe einen Beruf gelernt, sei stets flexibel gewesen, sagt sie, sie habe sich angestrengt. Doch sie bekommt dafür keinen Wohlstand und auch keine Sicherheit. Während die Löhne von Arbeiterinnen wie ihr über Jahre stagnierten, erhielten andere lange Zeit immer mehr, obwohl sie Fehler machten: die Banker, deren Institute in der Finanzkrise mit Milliarden vom Staat gefüttert wurden. Die Konzernchefs, die ihre Kunden täuschten und trotzdem Boni kassierten.

Jetzt, da Merkel die Flüchtlinge »eingeladen« hat, so formuliert es Riemann, fühlt sie sich doppelt betrogen. Sie sagt, sie habe Angst, dass sie ihre Arbeit verliert – und dann mit noch mehr schlecht ausgebildeten Menschen um die verbliebenen Jobs konkurriert. Neulich, erzählt sie, habe sie am Schwarzen Brett von Soex einen Aushang entdeckt: Das Unternehmen baut jetzt eine Fabrik in Abu Dhabi. Seitdem glaubt Riemann, dass die Fabrik in Bitterfeld bald schließen könnte. Sie ist mit ihrer Angst nicht allein.

Im Sommer 2016, wenige Monate nach dem Wahlsieg der AfD in Bitterfeld, führten Sozialforscher der Universität Oxford im Auftrag der Bertelsmann Stiftung eine Umfrage durch. Sie wollten wissen, warum so viele Menschen in Europa rechtsnationale Parteien wählen. Das Ergebnis war überall gleich. Die Anhänger der deutschen AfD und der österreichischen FPÖ, der britischen Ukip und des französischen Front National, sie alle einte dasselbe Gefühl: die Angst vor der Globalisierung. In Deutschland gaben 78 Prozent

der AfD-Anhänger an, sich davor zu fürchten (siehe Grafik).

Als die ausländischen Konzerne nach Bitterfeld kamen, versprach Helmut Kohl blühende Landschaften. Als die Flüchtlinge nach Bitterfeld kamen, versprach Angela Merkel, dass Deutschland das schafft. »Kohl hat uns verarscht, und Merkel hat vergessen, wo sie herkommt«, sagt Riemann. »Die war doch mal eine von uns. Die müsste wissen, dass wir im eigenen Land noch viel zu viele Missstände haben, gegen die nichts getan wird.«

In Bitterfeld werden die Bedürfnisse der Bürger mit dem immergleichen Satz gestutzt: Es gibt kein Geld. Nicht für Schulen und Altenheime. Nicht für kaputte Straßen und Spielplätze. »Wenn ich dann höre: Für die Flüchtlinge sind Milliarden da – das beißt sich doch«, sagt Riemann.

Bitterfeld-Wolfen ist die am höchsten verschuldete Kommune in Sachsen-Anhalt, ein extremes Beispiel für ein verbreitetes Problem: Während die deutsche Volkswirtschaft insgesamt prächtig gedeiht, geht es einzelnen Kommunen miserabel. Nicht nur in Ostdeutschland, auch im Ruhrgebiet, in Rheinland-Pfalz, im Saarland. Wie verzweifelt diese Kommunen um die Gunst der Konzerne buhlen – und wie machtlos sie gegenüber den Gesetzen der Globalisierung sind –, kann man in Bitterfeld-Wolfen sehen.

Auf einem Acker am Rande der Stadt liegt ein modernes Fabrikgelände, mit Hallen, groß wie Fußballfelder, mit Bürotürmen aus Glas und Beton. Das Fabriktor steht offen, das Pfortnerhäuschen ist leer. Auf den Parkplätzen wuchert Unkraut. Große Schilder säumen die Straße: »Produktionshallen zu vermieten«.

Hier blühte bis vor wenigen Jahren die Hoffnung Ostdeutschlands: ein Fabrikpark, in dem Tausende Arbeiter Solarzellen bauten und in die ganze Welt exportierten. »Solar Valley« nannten die Bitterfelder das Gelände, und damals fühlte es sich an, als habe es die Region endlich geschafft. Die Firmen, die hier produzierten, klangen nach Zukunft, sie hießen Q-Cells und Sovello, Solibro und Calixo. Die Stadt hatte heftig um sie geworben, mit niedrigen Steuerhebesätzen und hochflexiblen Arbeitskräften, mit

millionenschweren Fördersummen und einer Autobahnzufahrt, die eigens für den Solarpark gebaut wurde. Die Bundesregierung setzte noch einen drauf: Mit Subventionen für Solarstrom sorgte sie dafür, dass die Nachfrage nach Solarzellen stieg. Die Unternehmen kamen – und brachten Tausende Jobs.

Es dauerte nicht lange, bis Konzerne aus China die gleichen Solarzellen billiger produzierten, bis sie die Firmen aus Bitterfeld schluckten und die Arbeitsplätze nach Asien verlegten. Tausende Menschen aus der Region verloren ihren Job. »Das war Kahlschlag«, sagt Daniel Roi. Er glaubt, dass es mit den Konzernen ähnlich ist wie mit dem Goitzsche-See: dass der Staat Millionen ausgibt, um es ihnen hübsch zu machen. Aber dass die Allgemeinheit am Ende nicht viel davon hat. »Das kapitalistische System, das keine Schranken mehr hat, ist gescheitert«, sagt er.

Heute zweifeln viele Bitterfelder an den Segnungen der Globalisierung – und an der Macht des Staats: Warum beschützt die Bundesregierung sie nicht vor den chinesischen Konzernen? Warum subventioniert sie den Absatz von Solarzellen, die nicht von deutschen, sondern vor allem von asiatischen Arbeitern gefertigt werden? Hatte Merkel nicht versprochen, dass sie für Wohlstand und Sicherheit sorgen würde, wenn die Menschen nur flexibel und fleißig wären?

Seit je haben sich die Bitterfelder den Bedürfnissen der Unternehmen angepasst, sie haben ihr Leben nach dem Rhythmus der Fabriken getaktet. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft wirbt mit der »hohen Chemieakzeptanz« in der Bevölkerung und ihrer »Gewöhnung an das Dreischichtsystem«. Die Stadt hat ihre Straßen nach den Unternehmen und ihren Produkten benannt: Heraeusstraße, Guardianstraße, Stickstoffstraße, Farbstoffstraße. Sie hat sich sogar selbst aufgegeben, um noch mehr Firmen anzulocken. Im Jahr 2007 gab es eine Kreisreform, Bitterfeld wurde mit der Nachbarstadt Wolfen zusammengelegt, gegen den Willen der Bürger. So machen es viele Kommunen hier: Sie verschmelzen, damit sie sich als Standort besser vermarkten können. Sie rücken zusammen, damit man nicht sieht, wie schnell sie schrumpfen und altern. Seitdem haben viele ostdeutsche

Städte, was sonst nur Wessis im Namen tragen: einen Bindestrich. Dessau-Roßlau. Bitterfeld-Wolfen.

Es gab in all den Jahren immer wieder Konzerne, die Jobs nach Bitterfeld brachten, aber nie waren diese Jobs sicher. Es gab Lokalpolitiker, die Unternehmen bewusst anlockten. Aber dass sie auch blieben, stand außerhalb ihrer Macht.

Die AfD hat keine Lösung für dieses Problem. Ihr wirtschaftspolitisches Programm ist dünn und unscharf, manches liest sich wie Klassenkampf, anderes klingt marktradikal. Eines aber kann sie: Sie hört Leuten wie der Soex-Arbeiterin Diana Riemann zu. Sie kennt ihre Not. Sie kanalisiert ihre Wut. Meist in die einfachste aller möglichen Richtungen: nach unten. Gegen die Flüchtlinge. Gegen die, die noch weniger haben.

Fragt man Diana Riemann nach der SPD und der Linkspartei, denkt sie an Politiker, die sie aus dem Fernsehen kennt und deren Sprache sie nicht versteht. Fragt man sie nach der AfD, denkt sie an Daniel Roi. Sie hat ihn auf einer Demo kennengelernt, sie protestierten gemeinsam gegen die Schließung eines Kindergartens. Sie erzählte ihm von ihren Sorgen, er gab ihr seine Handynummer.

Roi spricht ihre Sprache, den harten Dialekt, der im Süden Sachsen-Anhalts verbreitet ist. Er ist hier geboren, in Wolfen-Nord, einer Arbeitersiedlung, in der Ende der achtziger Jahre rund 35 000 Menschen lebten. Heute wohnen dort noch 8000, die meisten sind Rentner. Roi steuert seinen Škoda vorbei an den Plattenbauten, am Kaufland und am Nettomarkt, dann steigt er aus dem Auto, läuft durch die grauen Häuserschluchten. Omas schieben ihre Rollatoren über den aufgeplatzten Asphalt, neben einem riesigen Schutthaufen zermalmen Abrissbagger den Waschbeton entkernter Plattenbauten. Bauarbeiter schleppen die Eingeweide der Häuserblocks nach draußen: Heizungsrohre, Kloschüsseln, Dämmplatten. Vor ein paar Jahren erhöhte die städtische Wohnungsbaugesellschaft hier die Mieten, obwohl das Viertel im Sterben lag. Ein paar Bewohner gründeten daraufhin eine Mieterinitiative. Deren Chef sitzt heute im Kreisvorstand der AfD.

Später führt Roi durch die Altstadt von Bitterfeld. Dort haben Einzelhändler den »Innenstadtverein« gegründet. Sie beschwerten sich, dass in der Altstadt die Geschäfte leer stehen und rings um Bitterfeld große Einkaufszentren gedeihen. Sie klagen über Abgaben, die sie leisten müssen, und über globale Modeketten, die in Deutschland kaum Steuern zahlen. Sie schimpfen auf Internetriesen wie Amazon, die ihnen das Geschäft versauen. Der Vorsitzende des Vereins will nächstes Jahr für den Bundestag kandidieren. Für die AfD.

Daniel Roi schlendert über den Marktplatz. Immer mittwochs ist Wochenmarkt. Dann gibt es Käse aus Holland und Thüringer Roster im Brötchen, für 1,80 Euro das Stück. Mittendrin, neben der Geflügeltheke, hat eine Partei ihren Stand aufgebaut, als einzige weit und breit. Es ist die AfD.

Hinter der Geschichte

Warum ist die AfD **im Arbeitermilieu so erfolgreich?** Das fragte sich die Autorin und fuhr nach Bitterfeld, wo die Partei besonders viele Stimmen bekam – und der Kapitalismus besonders deutliche Spuren hinterlassen hat. Gleich mehrere Gesprächspartner luden sie zum Stadtrundgang ein. Nur im Restaurant sprach keiner mit ihr. Sie war der einzige Gast.

Die Avant-Gestrigen

Sie sind rechts und bedienen sich der Strategien der Linken: Wie die Aktivisten der Identitären Bewegung die Einwanderung bekämpfen.

VON MARIAM LAU

DIE ZEIT, 24.11.2016 Nr. 49

Eines Morgens im Herbst erwacht die österreichische Stadt Klagenfurt, um festzustellen, dass all ihre weißen Marmorstatuen im Laufe der Nacht unter einem schwarzen Ganzkörperschleier, einem Nikab, verschwunden sind. Um den Hals tragen sie ein Holzschild, wie die Sünder im Mittelalter. »Integration ist eine Lüge« steht darauf. In Berlin klettern junge Männer das Brandenburger Tor hinauf und entrollen dort ein Transparent mit der Aufschrift »Sichere Grenzen, sichere Zukunft«. Am vergangenen Wochenende kapert ein kleiner Trupp die Parteizentrale der Grünen. Im niederländischen Leiden und im französischen Poitiers werden Moscheen besetzt, in Parchim wird eine Moschee zugemauert. »Unterwerft euch!«, ruft ein in Nikabs gehüllter Trupp im Ostseebad von Warnemünde. Anderswo trägt man Särge oder Schweinsköpfe durch die Straßen.

So sehen Aktionen der Identitären Bewegung (IB) aus. 2012 in Frankreich gegründet, versteht sich die IB als Bündnis für »Heimat, Freiheit, Tradition«, die sie bedroht sieht vom »Multi-Kulti-Wahn«, vom »Großen Austausch« der Bevölkerung, der durch die Massenmigration, speziell aus muslimischen Ländern, erfolge. Es gibt Vereinigungen in Frankreich, Italien, Österreich, den Niederlanden und Tschechien. Mit ihrer Unterstützung für AfD, FPÖ oder Front National sind die Identitären so etwas wie das Bindeglied zwischen parlamentarischer Rechter und den Rechtsextremen. Noch sind es nicht viele Aktivisten, in Deutschland gerade einmal 400. Immerhin aber »gefällt« 43 000 Menschen deren Facebook-Seite. Fast täglich entstehen neue

Ortsgruppen.

Die Identitären sind keine Partei. Eher etwas wie eine rechte Spaßguerilla, die sich ihre Protestformen erklärtermaßen bei Greenpeace oder dem Zentrum für Politische Schönheit abgeschaut hat. »Du erkennst dein Viertel nicht wieder?«, fragen sie auf ihrer Facebook-Seite. »Du hast am eigenen Leib erlebt, was der Multi-Kulti-Wahn für uns Deutsche bedeutet? Wir tragen den Protest dahin, wo man uns zuhören muss.« Straßentheater, Kunstblut und hippe Undercuts statt Springerstiefel und Glatzen – die Identitären wollen nicht mit den Neonazis verwechselt werden, obwohl etliche aus ihren Reihen stammen. Offiziell distanzieren sie sich von Gewalt. Sind sie gefährlich?

Robert Timm ist einer von ihnen. Der 25-jährige Architekturstudent trägt Bart und Flanellhemd, im Studentencafé nahe der Berliner Humboldt-Uni fällt er nicht auf. Timm war beim Sturm auf das Brandenburger Tor dabei und auch in der Gruppe, die eine Diskussion des Journalisten Jakob Augstein mit der Theologin Margot Käßmann im Berliner Gorki-Theater stürmte. »Wenn wir uns nur in dem Rahmen bewegen würden, den das Versammlungsrecht uns lässt – würden Sie dann hier mit mir sitzen?«, fragt Timm. Er ist im eher dörflichen Berlin-Kaulsberg in einem Plattenbau aus DDR-Zeiten aufgewachsen, als Jugendlicher war er eher links. Sein »Konversionserlebnis« hatte Timm, als er auf ein Oberstufenzentrum in Kreuzberg wechselte und zum ersten Mal mit arabisch- und türkischstämmigen Jungs in Berührung kam. Eines Tages kam der deutschjüdische Holocaust-Überlebende Sally Perel in die Klasse. Einige der muslimischen Jugendlichen, so Timm, hätten den alten Mann beleidigt. Die Lehrer hätten sie nicht zur Rechenschaft gezogen, sondern gefordert, die Anliegen der Palästinenser sollten mehr Raum im Schulalltag bekommen. Der Schulleiter kann sich an den Vorgang nicht erinnern, Sally Perel schon – auch wenn er das Ganze nicht dramatisch fand.

»Wenn ich mich so verhalten hätte, wäre ich als Antisemit verteufelt worden«, sagt Timm. Damals hatte er eine Freundin, die ein Kind von einem anderen Mann hatte. Sie wurde von den arabischen Jugendlichen als

»Schlampe« beschimpft. Timm bemerkte, dass sich die wenigen deutschstämmigen Jugendlichen an der Schule einen arabischen Akzent zulegten. Und wie jeder in seiner Umgebung davon ausging, »dass man links ist«. Ihm fiel das auf, was die Identitären »Schuldstolz« nennen: Viele linke Deutsche, so die Annahme, überböten sich in Selbsthass. »Ich habe bis zu meinem Gelöbnis als freiwilliger Rekrut bei der Bundeswehr nicht ein positives Wort über Deutschland gehört.«

Er habe es genossen, in der Bundeswehr auf vietnamesische und arabische Jugendliche getroffen zu sein, die »voll assimiliert« waren. »Ich bin kein Nazi. Sähe ich in der U-Bahn, dass ein Afrikaner angegriffen wird, würde ich mich vor ihn stellen«, behauptet er.

Die Identitären nennen diese Haltung »Ethnopluralismus«. Man achte jede Ethnie und Kultur – auf ihrem »geschichtlich gewachsenen Gebiet«. »Wir lehnen den westlich-liberalen Universalismus mit seiner Globalisierung genauso ab wie andere Utopien, die dem Rest der Welt ihr Lebenskonzept aufzwingen und Traditionslinien zerstören«, heißt es in einem Manifest.

Nur: Warum feiern die Identitären dann nicht einfach euphorisch das Eigene? Und hantieren stattdessen mit antimuslimischen Ressentiments?

Der französische Schriftsteller Michel Houellebecq beschreibt die Identitären in seinem Roman *Unterwerfung* als die Letzten, die versuchen, etwas gegen die muslimische »Machtergreifung« zu tun. Bereits 2012 veröffentlichte die *Génération identitaire*, die Jugendorganisation der neurechten Gruppe *Bloc identitaire*, eine Video-Anklage, mit der sie sich an die Generation der Achtundsechziger wandten. »Wir haben eure Geschichtsbücher geschlossen und unsere Erinnerung zurückgewonnen«, heißt es da. »Wir sterben, wenn wir jemanden falsch ansehen oder ihm eine Zigarette verweigern«, sagen Jugendliche, die kämpferisch in die Kamera schauen – und mit »jemand« meinen sie die muslimischen Zuwanderer. Aber jetzt sei man zum Kämpfen bereit. »Wir sind morgen, ihr seid gestern.« Auch Marion Maréchal-Le Pen, Nichte von Marine Le Pen, zählt sich zur Bewegung. Man solle sich nicht vertun, schließt das Video: Es sei kein Manifest. »Es ist eine

Kriegserklärung.«

Bei allen Aktionen der Identitären taucht ein Zeichen auf, das griechische Lambda, ein Winkel in Gelb, auf schwarzem Grund im gelben Kreis. Man sieht es inzwischen in ganz Europa. Die Identitären sagen, die Spartaner der Antike hätten das Zeichen auf ihren Schilden getragen, als sie versuchten, das viel größere Heer der Perser zurückzuschlagen. Griechen gegen Perser – das ist für die IB heute: Europäer gegen Flüchtlinge, gegen das, was Renaud Camus, der französische Philosoph und Wortführer der Neuen Rechten, den »Großen Austausch« nennt.

Die »Souveränität der Kulturen« soll im Zweifel durch »Remigration« ins Werk gesetzt werden, etwa indem man straffällige Ausländer ausweist. Die IB fordert, sehr viel martialischer, eine »Reconquista«, wie 1492, als die Spanier endgültig die Mauren vertrieben. Zu Demonstrationen nehmen Identitäre in Österreich Schlagstöcke mit – zur Selbstverteidigung, wie es heißt. Das Martialische will nicht so recht zum Bekenntnis der Gewaltlosigkeit passen, dem sich die Gruppe verschrieben hat. Der deutsche Verfassungsschutz beobachtet die Bewegung, weil sie »in extremistischer Weise Zuwanderer muslimischen Glaubens diffamiert«.

Man könnte es auch Rassismus nennen. Unter den Identitären gibt es solche wie den sächsischen Ex-Neonazi Tony Gerber, der in der Vergangenheit von »Judenbengeln« und »Untermenschen« schrieb und heute Nahkampftraining für Gleichgesinnte anbietet. Das Flüchtlingsstück *Die Schutzbefohlenen* kann in Österreich praktisch nicht mehr aufgeführt werden, ohne dass Identitäre es stürmen. Der Weg von der Spaßguerilla zum Straßenterror ist nicht weit.

Der Tweet »Gott sei Dank hab ich 'ne Waffe gekauft, bevor der Asylwahn begonnen hat. Dürfte schwer sein, jetzt noch was Gutes zu bekommen« stammt vom österreichischen Aktivisten Martin Sellner, 27, dem bekanntesten Gesicht der Bewegung. Sellner, Arztsohn und Philosophiestudent, empfängt im Wiener Traditionscafé Eiles: rote Samtsofas, Marmortische und Jugendstil-Lampen. Hier habe alles angefangen, erzählt Sellner; hier hätten sie sich mit ein paar Seelenverwandten getroffen, Bücher von Heidegger,

Lenin, Ernst Jünger und Alain de Benoist diskutiert – dem Großphilosophen der Neuen Rechten. Sellner ist zugewandt und vergnügt, gegenüber Journalisten aber sehr vorsichtig in seiner Wortwahl.

Am Abend zuvor hat er eine Party geschmissen, zur Feier von Donald Trumps Wahlsieg. »Trump ist ein Patriot, so wie wir Patrioten sind. Das ist das Ende der linken Identity-Politics in Amerika, die Minoritäten feiert und das Eigene verleugnet.« Sellner, der in bestem Kontakt zu Publizisten der »Alt-Right« steht, der amerikanischen Rechtsextremen, macht kein Hehl daraus, seine ersten politischen Gehversuche in der österreichischen Neonazi-Szene gemacht zu haben. Aber damit sei es jetzt vorbei. »Ich war mehrere Jahre in der Szene und habe gemerkt, dass da so eine Verzweiflung, oft auch Hass vorherrscht. Aber wer an unserem Stammtisch einen Judenwitz erzählt, fliegt sofort raus«, behauptet er. »Alles, was wir wollen, ist, die Meinungselite ein bisschen aufzuschrecken in ihren Wohlfühlzonen.«

Zum Treffen hat Sellner zwei Mitstreiterinnen mitgebracht. Eine von ihnen, die polnischstämmige Alina Wychera, die sich Alina von Rauheneck nennt, hat in der Szene längst einen Namen. Mit roten Lippen, Sommerkleidern und elegischen Blicken präsentiert sie sich und ihre schwerblütigen Gedichte im Netz. Es ist die Mischung aus Melancholie und Martialität, die für die Identitären so typisch ist. »Wir können nur wandern und bluten dabei«, »Europa stirbt«, lauten typische Liedzeilen neurechter Bands.

Das Larmoyante scheint ein Grundzug der europäischen Rechten zu sein. Man wird doch wohl noch sagen dürfen! Die besten Zeiten der Heimat liegen in der Vergangenheit. Sellner sagt, er habe Studentenjobs bei Security-Firmen verloren, weil sein Gesicht inzwischen so bekannt sei. Wychera beklagt, sie traue sich nach 20 Uhr nicht mehr allein auf die Straße – auch wegen der angeblichen »Massenvergewaltigungen«, die in Österreich so nie stattgefunden haben.

Viele Identitäre müssten mit Sonnenbrille und Maske zu den Demos gehen, beklagt Wychera. Neulich habe sie neben einer unbekanntem jungen Frau gesessen und über die Präsidentschaftswahlen gesprochen. Ganz vorsichtig

habe man sich vorgetastet, bis herauskam: Auch die andere hatte Norbert Hofer gewählt, den Kandidaten der FPÖ. Da sei man sich dann fast erleichtert um den Hals gefallen, erzählt Wychera.

Sie hat sich jetzt etwas ausgedacht. Sie will eine App entwickeln, auf der sich Identitäre gegenseitig finden, ohne dass es jemand merkt, eine Art *Pokémon Go* für Aktivisten. »Dann wüsste man zum Beispiel, wie viele Leute hier im Café sind, die zu uns gehören. Es sind bestimmt mehr, als wir denken.«

Alina Wychera gilt als Poet-Popstar der Identitären Bewegung in Österreich. Der österreichische Philosophiestudent **Martin Sellner** ist Anführer der europaweiten Bewegung.

Auf Pegida-Demos forderte er, »Angela Merkel mit Schimpf und Schande aus dem Parlament zu jagen«.

Kampf um den Kornmarkt

In der sächsischen Kleinstadt Bautzen gehen seit Wochen Neonazis auf Flüchtlinge los. Und manchmal auch Flüchtlinge auf Neonazis.

Beobachtungen auf beiden Seiten

VON AMRAI COEN UND DANIEL MÜLLER
DIE ZEIT, 06.10.2016 Nr. 42

* Name von der Redaktion geändert

Siebzig, vielleicht achtzig Meter sind es von der einen Seite des Platzes zur anderen. Eine Distanz, zu Fuß in einer halben Minute zurückzulegen, aber für Timo* und Mehdi: eine unüberwindbare Entfernung.

An der einen Seite des Platzes, vor dem Stadtmuseum, sitzt Mehdi mit ein paar Freunden. Flüchtlinge aus Syrien, Libyen, Marokko und deutsche Jugendliche, die sich »links« nennen.

An der anderen Seite des Platzes, vor dem Reichturm, steht Timo mit ein paar Freunden. Deutsche Jugendliche, die sich »rechts« nennen.

Es ist ein Samstagabend Ende September auf dem Kornmarkt im sächsischen Bautzen. Als um kurz nach sieben die Sonne untergeht, kommen vier Polizeibusse auf den Platz gefahren. Sie stoppen in der Mitte, zwischen Mehdi und Timo.

Mehdi, 18 Jahre alt, kommt aus Marokko. Er sieht aus wie ein junger Fußballer, mit Undercut-Frisur und viel Gel im Haar, einem Ohrring und einem rasierten Streifen in der Augenbraue. Er ist klein, hat lange Wimpern und Segelohren. Angela Merkel, sagt er, sei eine gute Frau. Und Nazis seien scheiße, weil sie etwas gegen Ausländer wie ihn hätten.

Timo, 19 Jahre alt, kommt aus Sachsen. Er hat blonde, kurze Haare und einen Seitenscheitel, er trägt Schwarz, und auf seinem Pullover steht in

Frakturschrift »Identität durch Tradition«. Er ist 1,82 Meter groß, und man sieht ihm an, dass er jeden Tag trainieren geht. Angela Merkel, sagt er, sei eine schlechte Frau. Und Ausländer seien eine Gefahr, weil sie Deutschland zerstörten. Timo nennt sich selbst einen »Nationalisten«.

Mehdi und Timo sehen sich öfter, von Weitem, hier auf dem Bautzener Kornmarkt. Aber sie haben nie miteinander gesprochen und werden es wohl auch nie tun. Was sie verbindet, ist ihr Hass aufeinander. Und der Kampf um die Vorherrschaft auf dem Platz.

Der Kornmarkt liegt am Rand der Innenstadt. Eine öde, graue Fläche an einer lauten Straße. Wasserspiele, ein paar Bänke und dürre Bäume stehen für den erfolglosen Versuch, dem Platz Leben einzuhauchen. Die meisten Bautzener nennen ihn abschätzig »Platte«. Touristen kommen nur unfreiwillig vorbei, schnell ziehen sie weiter in die Altstadt mit ihren mittelalterlichen Türmchen. Auf der Platte bleiben zurück: die Ausgestoßenen. Menschen, die noch keinen Platz in der Gesellschaft gefunden oder ihn verloren haben, vor allem jene, die von dieser Gesellschaft die Schnauze voll haben. Links die Flüchtlinge, rechts die Neonazis, etwas abseits, auf einer Treppe, die Trinker. Aber eigentlich trinken hier alle.

Bis vor einigen Wochen hat sich kaum jemand für den Kornmarkt interessiert, nicht in Bautzen, schon gar nicht anderswo in Deutschland, doch seit dem 14. September ist der Platz zu einem Symbol geworden. Auf der Bautzener Platte hat sich etwas ereignet, wovon das ganze Land Angst hat: eine Straßenschlacht zwischen Menschen, die vor Krieg, Terror oder Armut aus ihrer Heimat geflohen sind, und denen, die ihre Heimat nicht mit den Geflohenen teilen wollen.

Schon fünf Tage zuvor, am 9. September, einem Freitag, waren die beiden Seiten bei einer Kundgebung der asylfeindlichen Gruppierung »Die Sachsen Demonstrationen« aneinandergeraten. Die linke Jugend von Bautzen hatte zu einer Gegenveranstaltung aufgerufen, die Flüchtlinge machten mit. Auf dem Kornmarkt flogen Flaschen, die Polizei eskortierte die Linken und die Flüchtlinge vom Platz.

In den folgenden Tagen gab es immer wieder kleinere Schlägereien. Mal seien sie von den Rechten ausgegangen, mal von den Flüchtlingen, so stellt es die Polizei dar. Als am Dienstag ein Asylbewerber einem 32-jährigen Deutschen mit einer abgebrochenen Bierflasche in Hals und Rücken stach, sannnen die Neonazis auf Rache. So kam es, dass in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag auf dem Kornmarkt 80 Rechte und etwa 20 Flüchtlinge gegeneinander kämpften.

Seit dem ersten Aufeinandertreffen registrierten die Behörden auf dem Platz 39 Straftaten. Bedrohungen, Nötigungen, Volksverhetzung, Verstöße gegen das Waffengesetz. Neun Körperverletzungen.

Am 15. September, dem Tag nach dem Knall, hält der örtliche Polizeichef Uwe Kilz eine Pressekonferenz ab. Er berichtet Erstaunliches: Die Aggressionen der Nacht seien von einer Gruppe von 15 bis 20 sogenannten UMAs ausgegangen, unbegleiteten minderjährigen Asylbewerbern. Diese hätten die etwa 80 meist betrunkenen »eventbetonten« Personen mit Flaschen und Holzlatten angegriffen. Die »Eventbetonten« hätten dann versucht, der Flüchtlinge »habhaft zu werden«. Die vier »Rädelsführer« der Asylbewerber seien umgehend in andere Landkreise »verbracht« worden. Zudem habe das Landratsamt ein Alkohol- und Ausgehverbot für die UMAs verhängt.

Aggressive Flüchtlinge verprügeln Deutsche. Die Meldung verbreitet sich rasant und ist nicht wieder einzufangen. Sie bestätigt alle Asylskeptiker und Fremdenfeinde. Eine bessere Kampagne hätte sich die AfD nicht basteln können. Allein: Was ist dran an dieser Darstellung? Und ist das jetzt der Beginn eines Straßenkampfes in Deutschland?

Als Uwe Kilz bei der Pressekonferenz gefragt wird, woher seine Erkenntnisse stammen, beruft er sich auf Zeugenaussagen vom Kornmarkt. Wer diese Zeugen sind, will die Polizei offiziell gegenüber der *ZEIT* nicht preisgeben. Spricht man jedoch mit Beamten, die an dem Abend auf der Platte waren, erfährt man: Die Zeugen gehören selbst zu jener Gruppe von »Eventbetonten«, die von den Flüchtlingen angeblich angegriffen wurden.

Was der Polizeichef nicht sagt: Die »Eventbetonten« sind nicht bloß ein paar betrunkene Jugendliche, es sind größtenteils Rechtsextreme, die den Flüchtlingen in Bautzen das Leben seit Monaten zur Hölle machen. Auf Videos, die im Internet kursieren, sieht man, wie sie die Flüchtlinge mit Gebrüll vom Kornmarkt treiben, ihnen am Einkaufszentrum vorbei in die Innenstadt folgen. Die Rechtsextremen jagen die Flüchtlinge wie Wild.

Nur fünf Stunden nach der Pressekonferenz stehen in der 40 000-Einwohner-Stadt 400 Neonazis aus ganz Sachsen am Kornmarkt. Sie grölen »Hier marschieret der nationale Widerstand!« und »Frei, sozial und national!«. Die Worte des Polizeichefs müssen für sie wie eine Einladung geklungen haben.

Es ist der 24. September, seit der Krawallnacht von Bautzen sind zehn Tage vergangen, als Timo und Mehdi an den zwei Enden der Platte stehen. Geht man als Reporter zu Timo und seinen Freunden, zu den Rechten, wird man skeptisch angeschaut. »Warum sollen wir mit dir sprechen?«, fragt einer. »Für die Presse sind wir eh immer die Bösen.« Dann erzählen sie doch, stundenlang.

Neben Timo: Julia, Kevin und Jan. Alle vier wollen nicht ihre echten Namen in der Zeitung lesen. Julia ist 19, wie Timo. Kevin und Jan sind Mitte zwanzig. Jan trinkt Kakao aus einer Litertüte. Kevin trinkt Bier. Julia raucht. Timo hört erst mal nur zu.

»Ich hab nichts gegen Ausländer«, sagt Kevin, »mein Dönermann ist okay.«

Jan sagt: »Mein Nachbar ist Kubaner. Oder Bulgare? Ist ja auch egal. Der schenkt mir manchmal ein Bier.«

Nachdem die Höflichkeiten abgehandelt sind, sagt Kevin: »Bei denen da drüben sind ja auch Schwarzhäutige. Die gehören in Wüstenregionen. Schwarzhäutige in die Kälte zu verlegen geht gegen die Natur, die können hier klimatisch nicht leben.«

»Das ist wie mit Pandabären«, sagt Jan: »Die kann man nicht einfach in einen anderen Lebensraum stecken.«

Julia nickt.

Wenn sie von Flüchtlingen reden, sagen sie meist »Asylanten«, manchmal auch »Neger« und »Kameltreiber«. Das Gespräch verläuft wie ein wilder Gedankenstrom, in dem alles durcheinandergespült wird. Es handelt von Merkel (»eine Fotze«) und Putin (»Der hat's drauf«), von Flüchtlingen (»Die meisten machen quasi bezahlten Tourismus hier«) und von der Zukunft (»Wenn das so weitergeht, wird in zehn, zwanzig Jahren kein Deutsch mehr auf der Straße gesprochen«).

Was ist nur los in Deutschland? Laut der Studie *Die enthemmte Mitte* der Universität Leipzig fühlt sich inzwischen jeder zweite Deutsche »durch die vielen Muslime hier« manchmal fremd im eigenen Land. Gut 40 Prozent sind der Überzeugung, Muslimen solle die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden. Fast jeder Siebte sieht das Land »durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.« Jeder Zehnte sehnt sich nach einem »Führer, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert«.

Im Vorfeld der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit detonierten in Dresden zwei Sprengsätze, einer vor einer Moschee. Drei Polizeiautos wurden in Brand gesteckt, der Bürgermeister als »Volksverräter« beschimpft, weil er Vertreter islamischer Gemeinden ins Rathaus eingeladen hatte. Im thüringischen Sangerhausen und in Schwerin lieferten sich Rechte wie in Bautzen Schlägereien mit Flüchtlingen, in Oersdorf in Schleswig-Holstein wurde der Bürgermeister mit einem Kantholz niedergeschlagen, offenbar weil er Flüchtlinge in dem kleinen Ort unterbringen wollte.

Allein in den ersten neun Monaten des Jahres hat das Bundeskriminalamt 1800 politisch motivierte Straftaten gegen Asylbewerber, Flüchtlinge und Unterstützer verzeichnet – unter ihnen 507 Fälle von fremdenfeindlicher Gewalt. Die Zahl ist fast doppelt so hoch wie im gesamten Jahr 2015. Und schon 2015 war sie so hoch wie seit Beginn des Jahrtausends nicht mehr.

Bereits diese kleine Aufzählung zeigt: Es geht nicht mehr um Trillerpfeifen

und Parolen, wie sie auch am Tag der Deutschen Einheit in Dresden zu hören waren. Es geht um Gewalt, die für immer mehr Menschen zum Mittel der politischen Auseinandersetzung wird. Ein Phänomen, das nicht nur, aber verstärkt im Osten Deutschlands auftritt.

Warum immer wieder der Osten? Warum immer wieder Sachsen?

Auf dem Bautzener Kornmarkt wandert das Gespräch mit den vier Rechten nach einer Weile zu Kindersoldaten und Kopftüchern und schließlich zu einem sehr simplen Gefühl: Neid.

Kevin sagt, die Flüchtlinge täten ihm leid, »aber wir hier in Deutschland, wir haben auch Probleme. Ich hab lange von Hartz IV gelebt, weil ich keinen Job finden konnte.«

Kevin klingt jetzt nicht mehr hasserfüllt, sondern nur noch eifersüchtig. Auf das Mitleid, das die Flüchtlinge bekommen und er nicht. Auf die Paten, die sich für sie einsetzen, und nicht für ihn. Auf die Spenden und Förderangebote. Und auf die Frauen. Einige der Mädchen, die heute bei den Flüchtlingen herumhängen, auf der anderen Seite des Platzes, saßen vor ein paar Monaten noch hier bei den Neonazis. »Von solchen Frauen träumen manche bei uns nur«, sagt Kevin. »Jung, schlank, hübsch. Was wollen die bloß bei den Asylanten?«

Julia guckt weg und zündet sich eine Zigarette an.

Timo, der die ganze Zeit kein Wort gesagt hat, schüttelt den Kopf und setzt zu einer kleinen Rede an. Die Flüchtlinge, sagt er, seien nur die Waffen. »Das wahre Problem sind die Juden und die Amerikaner. Die Banken. Der Kapitalismus.« Die Familien Rockefeller und Rothschild würden Kriege anzetteln, damit Flüchtlinge nach Deutschland kommen und das Land zerstören. Krieg auf der ganzen Welt: Das würde die Amerikaner und die Juden noch reicher machen. Deshalb müsse man gegen die Flüchtlinge auf die Straße gehen.

Timo, das merkt man schnell, hat eine andere Mission als die anderen drei, einen anderen Ehrgeiz auch. Er hat *Mein Kampf* gelesen, er wünscht sich

Deutschland in eine Zeit zurück, in der Adolf Hitler Reichskanzler war, in die Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg. Der Holocaust ist für ihn: »eine Lüge«.

Timo ist freundlich, er spricht sehr ruhig. Es ist die Gelassenheit desjenigen, der sich stärker fühlt als der Rest. Timo weiß, dass viele Menschen denken, er glaube an Verschwörungstheorien. Er selbst glaubt, dass er es ist, der in einer unübersichtlichen Welt den Durchblick behält.

Timo wurde sieben Jahre nach dem Mauerfall geboren, in einer Kleinstadt nicht weit von Bautzen, die Mutter Altenpflegerin, der Vater Tischler. Seine Eltern hätten immer hart gearbeitet und seien nicht politisch, sagt er. Er aber habe sich nie erklären können, wieso es auf der einen Seite der Welt Menschen gibt, die hungern, und auf der anderen welche, die so viel Geld haben, dass sie nicht wissen, wohin damit. Er habe zu grübeln begonnen. Und im Nationalsozialismus Antworten gefunden.

Timo fühlt sich völkischen Gruppierungen zugehörig, die in den vergangenen Jahren immer mehr Zulauf bekommen haben. Sie warnen vor dem »Volkstod durch Überfremdung« und orientieren sich an alten NSDAP-Konzepten: Wer hart arbeitet, soll seinen gerechten Lohn bekommen – wer faul ist, ist wertlos. Als faul gelten im Grunde alle, die nicht »blutsdeutsch« sind.

Vor einem Monat hat Timo seine Ausbildung als Maschinen- und Anlagenführer beendet und wurde von seinem Arbeitgeber, einer Schlichterei, übernommen. Beim Schlichten werden Textilfäden durch eine Lösung gezogen, um sie widerstandsfähiger zu machen. Timo bedient die Maschinen, die die Fäden durch die Lösung ziehen. Er arbeitet im Schichtdienst, fünf Tage die Woche, acht Stunden am Tag, Monatslohn: 1100 Euro netto.

Kein toller Job. Aber einer, der ihm Zeit lässt zum Demonstrieren: gegen Ausländer, gegen den Kapitalismus, gegen Merkel, »die Stiefelleckerin Israels und Amerikas«. An manchen Tagen steht er morgens um halb vier auf und fährt ans andere Ende Deutschlands, um dort bei einem rechten Aufmarsch mitzulaufen.

Timos Eltern machen sich Sorgen um ihren Sohn. Wenn er mit ihnen über

Politik reden will, brechen sie das Gespräch ab. »Ich musste ihnen versprechen, dass ich nicht kriminell werde und dass ich Ausländern auf der Straße nicht auf die Schnauze haue.«

Wer durch Timos Facebook-Seite scrollt, sieht ihn mit Reichsflagge posieren, sieht Vermummte, die Molotowcocktails werfen, liest Gedenk-Posts für Rudolf Heß und Horst Wessel. Timo ist zufrieden mit den letzten Wochen in Bautzen. Ganz langsam, sagt er, wache die Gesellschaft auf.

Auch bei den Flüchtlingen auf der anderen Seite des Platzes gibt es einen Anführer, einen, dessen Stimme in der Gruppe besonders viel zählt. Es ist Mehdi, der Flüchtling aus Marokko, der jetzt mit einer Heineken-Flasche in der Hand über die Platte geht. Ein Radfahrer hält auf ihn zu, bremst ab, ruft: »Du sollst nicht trinken, du Asylant!« Mehdi zuckt mit den Schultern. Als der Radfahrer weiterfährt, sagt Mehdi: »Das war noch gar nichts.«

Er zieht den Ärmel seiner Jacke hoch und zeigt eine Wunde. Ein tiefer Schnitt am Unterarm, mit drei Stichen genäht, die Fäden wurden noch nicht gezogen. »Nazis«, sagt er.

Vor acht Monaten kam Mehdi über die Balkanroute nach Deutschland. In Marokko sei er bei seiner Oma in Casablanca aufgewachsen, sagt er. Die Mutter habe ihn nach der Geburt dort abgegeben. Sein Vater habe die Mutter noch während der Schwangerschaft verlassen, und eine alleinerziehende Frau finde nur schwer einen neuen Mann. Also habe sie Mehdi zurückgelassen und eine neue Familie gegründet.

Vor gut zwei Jahren hat Mehdi in Marokko die Schule abgeschlossen, neunte Klasse, danach fand er keinen Job. Seine Oma sei arm und alt, sagt er, und er habe manchmal auf der Straße geschlafen.

»Kein Krieg in Marokko, aber auch kein Leben«, sagt Mehdi.

Zwei Wochen verbrachte er in einer Erstaufnahmestelle in München, dann kam er nach Bautzen: in eine Stadt, von der er nichts wusste. Er wusste nicht, was Sachsen ist, wusste nicht, dass Deutschland mal geteilt war, wusste nicht, dass es Menschen geben könnte, die ihn hassen, ohne je mit ihm gesprochen

zu haben. Menschen wie Timo.

Das alles weiß Mehdi jetzt. Er hat Deutsch gelernt, er spricht es nicht fließend, aber so, dass man sich gut mit ihm unterhalten kann. Verbringt man etwas Zeit mit ihm, begreift man, dass er Deutsche in zwei Kategorien einteilt: Nazis und Nichtnazis.

Wie genau es begann in der Nacht des 14. September – Mehdi sagt, das bekomme er nicht mehr zusammen. Immer mehr Rechte hätten sich auf dem Platz getroffen, irgendwann seien es so viele gewesen, dass er sie nicht mehr zählen konnte, sie hätten ihm und seinen 15, vielleicht 20 Freunden gegenübergestanden. Jemand aus seiner Gruppe habe »Scheißnazis« gerufen, dann sei die Horde auf sie zugerannt. Die Polizei habe Pfefferspray versprüht, alle um ihn herum seien abgehauen, er habe nichts sehen können, und plötzlich habe er einen Schmerz am Arm gespürt und geblutet. Er lief, so schnell er konnte, über die Friedensbrücke, die Dresdener Straße, ins Flüchtlingsheim. Als die »Ausländer raus«-Rufe vor der Unterkunft leiser wurden, kam ein Krankenwagen. So erinnert sich Mehdi.

Im Krankenhaus schaute er auf die Uhr, es war kurz nach Mitternacht. Sein 18. Geburtstag hatte gerade begonnen. Seitdem ist Mehdi kein unbegleiteter minderjähriger Asylbewerber mehr, sondern ein erwachsener Asylbewerber. »Vielleicht der am meisten scheiße Tag von mein Leben«, sagt Mehdi.

Fragt man die Polizei, was sie über Mehdis Wunde weiß, bekommt man keine Auskunft. Es lässt sich nicht genau sagen, wo und wie er sich verletzt hat. Mehdi hat Anzeige gegen unbekannt erstattet.

Wer in Bautzen zu den Rechtsextremen gehört, wissen die Behörden recht genau. »Selbst für sächsische Verhältnisse«, so formuliert es ein Mitarbeiter einer hochrangigen Sicherheitsbehörde, sei die Szene hier »sehr gut aufgestellt«. Im Landkreis Bautzen umfasst sie rund 250 Personen. In Sachsen gibt es im Schnitt 46 rechts motivierte Gewaltbereite pro 100 000 Einwohner, in Bautzen sind es 76. Bei den Landtagswahlen 2014 erhielt die NPD hier 10,9 Prozent der Zweitstimmen, der höchste Wert in ganz Sachsen.

Die Anzahl rechtsextremistischer Straftaten nimmt im Landkreis Bautzen seit Jahren zu – 2013 waren es noch 123, 2015 schon 165. Für 2016 wird mit einem erneuten deutlichen Anstieg gerechnet.

Ständig wird in Bautzen und Umgebung gegen »Überfremdung« demonstriert, teilweise mit bis zu 1000 Teilnehmern – in Bautzen leben 600 Flüchtlinge. »Die Asylproblematik hat der Szene enorm Sauerstoff verliehen«, sagt der Mitarbeiter der Sicherheitsbehörde: »Die wollten endlich weiter gehen, das hat man gemerkt. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass es in der Szene rumort, aber in Bautzen hat man es nicht gehört.«

Seit Beginn des Jahres verzeichnete die Opferhilfe in Bautzen 20 politisch motivierte Angriffe auf Flüchtlinge und Linke. Im Februar wurde das Hotel Husarenhof in Brand gesteckt, in das wenig später 300 Flüchtlinge einziehen sollten. Als die Feuerwehr kam, stellten sich ihr drei Männer in den Weg, mehr als ein Dutzend weitere applaudierten den Flammen. Drei Wochen später wurde Bundespräsident Joachim Gauck bei einem Besuch von rechtsextremen Demonstranten als »Volksverräter« beschimpft, eine Szene, die sich am Tag der Einheitsfeier in Dresden wiederholte.

Spaziert man durch Bautzen, stößt man überall auf Aufkleber mit dem Slogan »Nazikiez verteidigen – Unsere Stadt. Unsere Regeln«. Die Aufkleber, die an Laternen, auf Straßenschildern und an Bänken haften, stammen von einem militanten Kollektiv mit dem Namen »StreamBZ« – einer von vielen rechtsextremen Gruppen, die in der Stadt aktiv sind. BZ ist das Kfz-Kennzeichen von Bautzen.

StreamBZ wurde von dem Fotografen Benjamin M. begründet, der auf seiner Website Bilder von Antifa-Mitgliedern postete – um zu zeigen, wer der Feind ist. Heute ist aus StreamBZ eine Art Bürgerwehr geworden, mit dem Ziel, in Bautzen eine »national befreite Zone« zu errichten.

Die Website von StreamBZ dient dazu, Hetzjagden auf Flüchtlinge zu planen. Benjamin M. versorgt die Szene über sein Portal mit Terminen,

Anfahrtsbeschreibungen und sicheren Kommunikationswegen. Für die Treffen auf dem Kornmarkt hat er klare Handlungsanweisungen gegeben, damit seine Gefolgsleute besser zuschlagen können: Stellt euch in kleinen, mobilen Gruppen auf. Lasst eure Ausweise zu Hause. Pro Gruppe nur ein Handy, damit ihr schwerer zu identifizieren seid.

»Benjamin M. ist eine Autorität. Wenn er etwas sagt, wird das in der Szene gehört«, sagt der Mitarbeiter der Sicherheitsbehörde. So erklärt er sich, wie am 15. September nach der Pressekonferenz des Polizeichefs innerhalb weniger Stunden derart viele Rechte mobilisiert werden konnten, die den Kornmarkt besetzten.

StreamBZ sät in der ganzen Stadt Angst. Bei der linken Szene, deren Aktivisten bedroht, eingeschüchtert und zum Teil bis nach Hause verfolgt werden. Bei der slawischen Minderheit der Sorben, von denen es in Bautzen viele gibt und bei deren Veranstaltungen seit einiger Zeit maskierte Neonazis auftauchen. Bei den Flüchtlingen, die gejagt werden.

Am 16. September, zwei Tage nach dem Zusammenstoß auf der Platte, schickten StreamBZ und drei weitere Gruppen per Facebook eine Nachricht an den Bautzener Oberbürgermeister Alexander Ahrens. Sie erklärten, mit sofortiger Wirkung eine Ruhepause einlegen zu wollen, um »Bautzens Politikern die Möglichkeit zu geben, Taten folgen zu lassen«. Sie würden aber künftig »keine Gruppierungen von trinkenden, pöbelnden und aggressiven Asylbewerbern mehr dulden« und erwarteten eine »spürbare Verbesserung der Situation in unserer Stadt«. Sie schlossen ihre Nachricht mit einem Ultimatum. Die Ruhepause sei ausdrücklich nur »vorläufig«.

Alexander Ahrens empfängt in seinem Büro im Rathaus. Gewölbedecke, Fischgrätparkett, auf einem Regal steht ein kleines Stoffwildschwein, Ahrens, 50 Jahre alt, ist Hobbyjäger. In den vergangenen Tagen hat er 70 Interviews gegeben, das kanadische Radio war da, die niederländische Zeitung *De Telegraaf*, der französische *Figaro*. Ahrens war auch bei *Anne Will* zu Gast. Dort hat er gesagt: »Bautzen ist keine rechte Hochburg.« Wenn das so wäre, fügt er jetzt hinzu, »wäre so ein linker Vogel wie ich hier niemals

Bürgermeister geworden«.

Der Oberbürgermeister von Bautzen ist ein ungewöhnlicher Politiker. Nie hat er einer Partei angehört. Er ist Jurist und Sinologe, eine Zeit lang war er Strafverteidiger in Berlin. Mit Immobilien verdiente er so viel Geld, dass er sich mit 47 Jahren zur Ruhe setzte. Zwei Jahre lang war er Hausmann, versorgte seine vier Kinder. Seine Frau ist Polizeibeamtin in Bautzen, ihretwegen ist er hierher gezogen. Dann wollte er wieder etwas für seinen Kopf tun. Er kandidierte für das Amt des Bürgermeisters – und gewann die Wahl, unterstützt von den Linken und der SPD.

Ahrens hat den Rechten geantwortet, die ihm gedroht hatten. Auf Facebook schrieb er: »Zu einem sachlichen Gespräch bin ich immer bereit.« Aber nur, so fuhr er fort, wenn auch über Missstände aufseiten der Rechten diskutiert werde.

Geht das, ein sachliches Gespräch mit Menschen, die Flüchtlingen auf Plakaten mit den Worten drohen: »Es wird Zeit, dass ihr Ratten uns Deutsche wieder fürchtet!«?

Ahrens sagt: »Viele haben mir abgeraten, ich will das trotzdem verfolgen. Aber eines ist klar: Ich lasse mir keine Ultimaten stellen – und ich werde mich nicht mit Kriminellen an einen Tisch setzen.«

Die Klarheit, die Ahrens hier demonstriert, kommt ihm abhanden, wenn es darum geht, die Lage in seiner Stadt zu erklären.

Die Flüchtlinge seien in den vergangenen Monaten in Bautzen überhaupt kein Thema gewesen, sagt er. Die Bürger kämen zu ihm, weil sie Fragen zu Baustellen hätten, zu Kleingartenanlagen, Einkaufszentren. Alltägliches. Auch die Situation am Kornmarkt sei für ihn nie auffällig gewesen. Erst Ende August habe er überhaupt erfahren, dass es Probleme geben könnte, als sich eine Bürgerin per Brief darüber beschwerte, sie könne nicht über den Platz gehen, ohne von Flüchtlingen beleidigt zu werden. Da habe er sich erkundigt und erfahren, dass es seit April immer mal wieder zu kleineren Vorfällen gekommen war. »Aber alles nichts, was einem hätte Sorgen bereiten müssen.«

Ahrens hat das Konfliktpotenzial unterschätzt, das gibt er zu. Aber vielleicht will er auch nicht alles sehen, was in seiner Stadt geschieht. Er lobt das zivilgesellschaftliche Engagement: »Die Integration bei uns funktioniert vorbildlich und fast geräuschlos.« Die neonazistischen Strukturen redet er klein.

Wie kann das einem Menschen wie ihm passieren? Ihm, der mit Grauen von seinem Großvater erzählt, einem SS-Mitglied und »finsternen Nazi«, der seine Doktorarbeit über Menschenversuche schrieb und bis zu seinem letzten Atemzug wiederholte, dass sie ein paar Juden vergessen hätten damals. Als er starb, köpfte Ahrens eine Flasche Sekt.

Heute scheint der Bürgermeister Ahrens, der mit der Unbefangenheit des Zugezogenen in Bautzen ankam, wie viele andere Lokalpolitiker im Osten kapituliert zu haben vor der Normalität des Rechtsextremismus. Er, der ehemalige Anwalt, ist jetzt der Anwalt seiner eigenen Stadt – und das heißt wohl auch, das Bild aufzuhellen. Jeden Abend stehen in Bautzen ein paar Dutzend Jugendliche auf der Platte und tragen Sweatshirts, auf denen NS-Symbole abgebildet sind. Junge Männer und Frauen, die in Hitler ein Vorbild sehen und hier ihr Revier markieren. So wie Timo, Jan, Kevin und Julia, die lachen, als sie erzählen, wie sie in jener Nacht Mitte September »Zecken jagen« waren.

Mehdi weiß, dass die Platte nach Sonnenuntergang zu einem gefährlichen Ort für ihn wird. Und dennoch zieht es ihn immer wieder hierher. »Was soll ich sonst tun?«, fragt er. »Bautzen ist so klein!«

Man könnte ihm den Rat geben, sich lieber fernzuhalten von den Neonazis. Überhaupt könnte man die Flüchtlinge vor der Konfrontation mit Rechtsextremen schützen, indem man sie anderswo unterbringt, in anderen Landkreisen, anderen Bundesländern. Aber wäre das nicht so ähnlich, als würde man das Münchner Oktoberfest absagen, damit kein Terrorist dort eine Bombe werfen kann?

Mit Mehdi sind auf der Platte: Amer, Mohammad, Abode, Othman, Morad,

Mojtaba. Sie kommen aus Nordafrika, Syrien, dem Irak. Manche von ihnen haben ihre Eltern verloren, andere das Haus, in dem sie lebten, manche haben Narben von Schussverletzungen. Fast alle, so viel ist sicher, kämpfen sie mit dem, was sie erlebt haben. Einer hat gerade versucht, sich umzubringen.

Auch ein paar Deutsche sind dabei – nur solche, die Mehdis Nazi-Check bestanden haben. Mehdi nimmt sie erst auf, wenn sie mehrere Tage hintereinander auf seiner Seite des Platzes verbracht haben und von den Rechten auf der anderen Seite gesehen wurden.

Die meisten der deutschen Jugendlichen, die ihre Zeit mit Mehdi und seinen Freunden verbringen, sind zwischen 14 und 16 Jahre alt, überwiegend hübsche Mädchen. Es sind die Mädchen, von denen Kevin auf der anderen Seite sprach.

Da ist Vanessa, die mit Amer zusammen ist. Da ist Alicia, die Mohammad bei sich aufgenommen hat. Und da ist Celine, die vor zwei Monaten noch zu den Rechten gehörte, weil ihre Mutter sie immer dorthin mitnahm, und die jetzt übergelaufen ist zu den Flüchtlingen, weil sie es auf dieser Seite des Platzes spannender findet, »irgendwie weltoffener«. Ihre Mutter, noch immer bei den Rechten, hat seitdem Angst um die Tochter.

Wenn die Mädchen mit den Flüchtlingen durch die Stadt spazieren, hören sie häufig Sätze wie: »Schämt euch, ihr Kanakenfotzen!«, oder: »Ihr seid ekelhafte Muselschlampen!«

Bautzen ist so klein, dass fast jeder, der bei den Flüchtlingen auf der Platte sitzt, ein Familienmitglied oder einen Bekannten auf der anderen Seite des Platzes hat. Auf dem Kornmarkt kann man der Politisierung einer Stadt zuschauen, Familien spalten sich an der Frage: Stehst du rechts oder links?

Auf seinem Handy schauen sich Mehdi und seine Freunde immer wieder die Videos der Krawallnacht an. Sie wollen beweisen, dass sie nicht angefangen haben, dass sie zuerst provoziert wurden. Da ist ein Video, in dem ein deutsches Mädchen in weißem T-Shirt mehrmals hintereinander auf einen schwarzen jungen Mann losgeht, er ist einen Kopf größer als sie. Immer

wieder schubst sie ihn, er weicht zurück, dann tritt sie ihn.

Wer nur das Video ansieht, denkt erst mal: Nach so einer Provokation muss das ja eskalieren. Nur: Was geschah vor diesem Video? Auf die Frage »Wer hat angefangen?« lässt sich nur schwer eine Antwort finden.

Haben die Rechten angefangen, als das deutsche Mädchen den Flüchtling schubste?

Haben die Flüchtlinge angefangen, als sie sich vor die Gruppe der Rechten stellten und *Allahu Akbar*-Rufe aus ihren Handys schallen ließen?

Als Mehdi gerade die Videos der Nacht zeigt und die anderen sich über sein Display beugen, mischen sich drei Jugendliche von der anderen Seite des Platzes in die Runde, zwei blonde Jungs und ein Mädchen mit rot gefärbten Haaren. Der eine stößt seine Schulter gegen Mehdis Schulter und sagt: »Ich habe ein Messer in der Tasche und Lust, es einem von euch heute Abend in den Rücken zu rammen!« Die drei werden aus der Runde geschubst, sie lachen laut und gehen zurück zu ihrer Gruppe vor dem Reichenturm, wo man sie dafür abklatscht. Mehdi ruft ihnen ein paar arabische Schimpfwörter hinterher.

Ein Flüchtlingsheimbetreiber, der einige von ihnen beherbergt, warnt davor, Mehdi und die anderen jungen Flüchtlinge durch eine rosarote Brille zu betrachten. Viele von ihnen seien traumatisiert, natürlich machten sie Probleme. Einige seien der Polizei bekannt und nicht so unschuldig, wie sie gern täten. »Und diese paar Vermaledeiten sind die einzigen Ausländer, die im Stadtbild sichtbar sind«, sagt er. Auch Mehdi wurde schon von der Polizei festgehalten, weil er in Schlägereien verwickelt war – mit anderen Flüchtlingen. Wenn man ihn danach fragt, schüttelt er den Kopf. »Die Polizei alle sind Nazis«, sagt er.

Etwas abseits von Mehdi stehen zwei Streifenbeamte vor ihrem grün-weißen VW-Bulli und bereiten sich auf den Feierabend vor. Gerade eben haben sie ein paar Flüchtlinge des Platzes verwiesen. »Einer der Asylanten hat wieder provoziert«, sagt der eine Beamte. Er sei immer wieder mit seinem Fahrrad

ganz nah an den deutschen Jugendlichen vorbeigefahren. »Da ist es doch klar, dass die aggressiv werden.«

Es gehe ja schon seit Wochen so, dass die Flüchtlinge hier sich nicht benähmen, sagt der andere. Sie verstünden einfach nichts von unseren Umgangsformen, »die denken, die könnten ihre Lebensweise einfach mit hierherbringen«. So gehe das nicht. Es mache gerade wenig Freude, Polizist in Bautzen zu sein, sagen sie.

Wer ein paar Tage auf der Platte verbringt, erlebt jeden Abend die gleichen Szenen. Provokationen; Polizeiwagen, die um Punkt 19 Uhr auffahren und ihre Scheinwerfer anknipsen; Polizisten, die Ausweise kontrollieren und Taschen durchsuchen; Flüchtlinge, die daraufhin »Polizisten sind Nazis« sagen und dafür noch gründlicher untersucht werden, manchmal bis auf die Unterhose ausgezogen werden. Es ist ein Spiel. Allerdings kein lustiges.

Die Polizei in Sachsen wird von vielen eher als Teil des Problems denn als Lösung gesehen. Unvergessen, wie sich im Februar in Clausnitz eine entfesselte Menge grölender Asylgegner einem Bus voller Flüchtlinge entgegenstellte und wie die Polizisten die völlig verängstigten Flüchtlinge aus dem Bus zerrten, statt die Blockade aufzulösen. Unvergessen auch, wie in Leipzig im Mai 2015 bekannt wurde, dass mehrere Polizeibeamte enge Kontakte zu Neonazis pflegten. Unvergessen, dass der Pegida-Gründer Lutz Bachmann offenbarte, er werde mit Einsatzberichten aus Polizeibehörden versorgt. Und dass ein Polizist am vergangenen Montag, bei den Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in Dresden, den Demonstranten von Pegida per Durchsage »einen erfolgreichen Tag« wünschte.

Kann man da einem Flüchtling vorwerfen, dass er den Eindruck hat, die Beamten hielten eher zu ihren Landsleuten?

Der Kornmarkt an einem Donnerstagabend Ende September. 30 Rechte stehen in kleinen Gruppen beisammen und beraten sich. »Wir haben zwei Späherteams ausgeschickt, eins zum Postplatz, eins zum Fleischmarkt«, sagt

der eine. »Heute Nacht kriegen wir sie«, sagt der andere und lacht. Als Mehdi und ein Freund, der auf seinem Fahrrad sitzt, auf der anderen Seite des Kornmarkts auftauchen, schwillt der Hass in der Gruppe an.

Da, ein Neger auf dem Rad.

Verpisst euch aus dem Osten!\ Ekelhaft, wie die Dickhaut sich bewegt.

Mohammed, du kriegst das Maul fett!

Wir sind das Volk!

Die Neonazis, alle in Schwarz, marschieren jetzt auf, einer reckt die Hand zum Hitlergruß – die Mannschaftswagen der Polizei stehen keine 50 Meter entfernt. Plötzlich rennt einer der Neonazis hinter den Flüchtlingen her, stellt sich drohend auf die Straße, ruft: »Ich schlitze euch auf, ihr Ficker!« Drei Polizisten stürmen heran und stellen ihn vor einem Geschäftshaus. Einige der Rechten applaudieren ihm, andere schütteln den Kopf. »Die reinste Dummheit, vor den Bullen so auszurasen. Jetzt können wir es heute Abend vergessen«, sagt einer.

Mitten in Deutschland machen Jugendliche Jagd auf Flüchtlinge – und wenn man sich in der Stadt umhört, fällt mehr als einmal der Satz: »Endlich tut mal jemand was.«

»Endlich«, das klingt, als habe sich da lange etwas aufgebaut. Etwas, das man hätte bemerken können. Und in der Tat könnte man in den Aggressionen, die sich nun Bahn brechen, eine angekündigte Katastrophe sehen.

Ein Mensch, der das so empfindet, ist der einzige Grünen-Stadtrat von Bautzen, Claus Gruhl. Er kann lang und viel darüber erzählen, wie ausgeprägt Fremdenfeindlichkeit und Alltagsrassismus in Sachsen sind, obwohl hier besonders wenige Ausländer leben – im Landkreis Bautzen sind es 1,5 Prozent aller Einwohner, Flüchtlinge schon mit eingerechnet.

Gruhl gehörte 1989 zu den Protagonisten der Friedlichen Revolution in Bautzen. Er ist sicher, dass das, was wir heute erleben, viel mit der DDR-Geschichte zu tun hat: damit, dass in der Nachkriegszeit die Ideologie der

Nationalsozialisten in den Schulen nicht aufgearbeitet wurde, als habe es auf dem Gebiet der DDR unter Hitler keine fanatischen Nazis gegeben. Damit, dass es in Sachsen zu DDR-Zeiten viele Gastarbeiter gab, die aber in bewachten, teils abgezäunten Heimen an den Rändern der Städte lebten, ohne Kontakt zur Bevölkerung. Damit, dass in den Nachwendejahren führende Rechtsextreme aus dem Westen nach Sachsen kamen, um die Menschen zu ideologisieren. Damit, dass die Treuhand in den neunziger Jahren ganze Landstriche deindustrialisierte und unzählige Menschen um ihre Jobs brachte, wodurch sich gleich zwei Generationen in einem Vakuum wiederfanden. Die Erwachsenen, die den Jugendlichen ein Vorbild sein sollten, suchten oftmals ihren Platz in der Gesellschaft. Die Jugendlichen, voller Wut und Perspektivlosigkeit, suchten oftmals die größtmögliche Distanz zu ihren sozialistischen Eltern, die sie häufig als Schwächlinge wahrnahmen – und schlossen sich in rechten Gruppen zusammen.

Vor allem aber hat die sächsische Politik nach dem ersten Aufblühen des Rechtsextremismus in Sachsen wenig unternommen. Nach dem Pogrom von Hoyerswerda 1991, bei dem 32 Menschen zum Teil schwer verletzt wurden, entstanden in Sachsen zahlreiche Initiativen gegen Rechts. Doch es dauerte nicht lange, da wurde nach und nach das Geld für Aufklärungsunterricht an den Schulen und für Sozialarbeiter in Problemgebieten gekürzt oder ganz gestrichen. Da wurden Jugendclubs geschlossen, die Pro-Kopf-Pauschale für die Jugendarbeit wurde um ein Drittel gekürzt. Da wurde die auf Rechtsextremismus spezialisierte und über Jahre sehr erfolgreich arbeitende Sonderkommission »Rex« aufgelöst. Die von Sozialarbeitern gebildeten »Mobilen Beratungsteams«, die schon lange über Rechtsextremismus informieren, mussten sich bis 2015 in einer »Demokratieerklärung« zum Rechtsstaat bekennen – das konservativ regierte Land hatte Angst, dass die Initiative von Linksextremen unterwandert sein könnte.

Kurt Biedenkopf, zwölf Jahre lang mit absoluter Mehrheit Ministerpräsident und Vater des wirtschaftlichen Erfolgs in Sachsen, sprach seine Bürger von jeglicher Fremdenfeindlichkeit frei, als er im Jahr 2000 sagte: »Die Sachsen

sind immun gegen Rechtsextremismus.« Es war die Zeit, in der die »Skinheads Sächsische Schweiz« erste »national befreite Zonen« installieren wollten.

Es gibt zahlreiche Beispiele von verschleppten Prozessen gegen Neonazis in Sachsen mit teils absurd niedrigen Strafen. Von Anzeigen, die eingestellt oder nicht verfolgt werden, weil Zeugen eingeschüchtert wurden und die Strafverfolger keine Mittel fanden, sie trotzdem zu einer Aussage zu bewegen. So vermittelt man den Rechten, dass sie nichts zu befürchten haben.

Auch Claus Gruhl, der Grünen-Stadtrat in Bautzen, sagt, er sei ignoriert worden, als er sich schon im Frühjahr mehrfach an die Polizei wandte und auf die »hoch organisierte, gewaltbereite Naziszene« hinwies. Einer Sozialarbeiterin, die bei den Beamten mit dem gleichen Thema vorstellig wurde, sei gesagt worden: »Melden Sie sich wieder, wenn jemand verletzt wurde.«

Gruhl ist sauer, er will seine Stadt nicht vor die Hunde gehen sehen. Er kritisiert auch Alexander Ahrens, den Oberbürgermeister. Dass Ahrens erst Ende August von Problemen auf dem Kornmarkt erfahren haben will, empört Gruhl. Schon Anfang Juni hatte er Ahrens' persönlichem Referenten eine Mail geschrieben, die der *ZEIT* vorliegt. Gruhl bat darin um einen Gesprächstermin mit »OB, Polizeipräsident (...) und den Jugendlichen«. Das Thema: »Sensibilisierung der Polizei für rechte Umtriebe insbesondere an Wochenenden im Bautzener Stadtgebiet und daraus resultierende Bedrohungslage für die Jugendlichen«. Er hat nie eine Antwort erhalten.

Und so stehen Jugendliche wie Timo und Mehdi weiterhin an den zwei Enden der Platte und verfolgen sich gegenseitig bis in ihre Träume und Albträume.

Mehdi, der Flüchtling aus Marokko, würde eines Tages gern als Übersetzer arbeiten. Er spricht Arabisch, Französisch und sein gebrochenes Deutsch. Er wünscht sich ein Leben in Berlin oder München, mit Kindern und einer deutschen Frau. »Und keine Angst«, schiebt er schnell hinterher, »sie soll kein Kopftuch tragen, sie muss keine Muslimin sein, und sie muss auch nicht

Arabisch sprechen.«

Timo, der deutsche Nationalist, wünscht sich, dass die ganze Welt aufwacht und gegen den Kapitalismus auf die Straße geht. Er will in seiner Heimat Sachsen bleiben, auch er wünscht sich Kinder und eine deutsche Frau.

Mehdi sagt, dass er nachts oft träumt, wie er zu Fuß durch die Stadt geht. Irgendwann tauche dann immer eine Gruppe Nazis auf, die ihn töten will.

Timo ist überzeugt, dass in absehbarer Zeit ein Bürgerkrieg ausbrechen wird in Deutschland, »es lässt sich leider nicht mehr verhindern«. Jeden Tag trainiert er deshalb eineinhalb Stunden im Fitnesscenter. Er hat einen japanischen Kampfsport namens K1 gelernt, mehrmals im Jahr fährt er mit seinen »Kameraden« nach Tschechien, um im Wald für den Krieg zu üben. Sie tragen dann Soldaten-Uniformen und täuschend echt aussehende Softair-Waffen.

Mehdis Aussichten auf ein Bleiberecht sind minimal, er ist ja weder Kriegsflüchtling noch politisch Verfolgter. Anstatt als Übersetzer in Berlin oder München zu leben, wird er wohl abgeschoben werden. Inzwischen ist er sich nicht mehr so sicher, was schwerer zu ertragen ist: die Ausweglosigkeit in seiner Heimat Marokko oder der Hass der Nazis in Deutschland.

In Bautzen ist für den 7. Oktober wieder eine Demo der »Sachsen Demonstrationen« auf dem Kornmarkt angekündigt. Das Motto: »Jetzt erst recht!«

Hinter der Geschichte

Die Recherche: Nach den Vorfällen in Bautzen waren die Autoren und eine Fotografin eine Woche lang in der Stadt; jeden Abend verbrachten sie auf dem Kornmarkt. Für die Recherche wurden zwei Dutzend Gespräche geführt.

Größte Herausforderung: Die Nazis auf dem Kornmarkt ansprechen – als Reporterin mit ausländischen Wurzeln und jüdischem Nachnamen. Das größte Überraschungsmoment war, dass jemand wie Timo nach anfänglicher Skepsis sehr offen redete.

Grenzen der Recherche: Die Vorbehalte gegenüber den Medien waren sowohl bei den Flüchtlingen als auch bei den Rechten groß. Beide Seiten haben das Gefühl, ständig falsch verstanden zu werden.

Einer von denen

Ein hochbegabter Student läuft in der ersten Reihe bei Pegida mit. Was treibt ihn an?

VON MARTINA KIX

DIE ZEIT, 09.08.2016 Nr. 05

Paul Berger* prescht vor, als Pegida-Gründer Lutz Bachmann an einem Montagabend im Mai seine erste Rede beendet und der Spaziergang beginnt. Der 19-Jährige trägt Wanderschuhe und »Statement«, einen Duft der Traditionsmodemarke Aigner. Ein Mann mit grauem Schnauzbart rollt das Banner aus: »Gewaltfrei & vereint gegen Glaubenskriege auf deutschem Boden«. Es ist Heinz Bachmann, der Vater des Pegida-Gründers. Berger reiht sich neben ihm ein. Mit vier anderen bilden sie die Pegida-Front, vor ihnen nur drei Rollstuhlfahrer. Über 2500 Menschen mit wehenden Flaggen, Caps in den deutschen Nationalfarben und Plakaten mit Parolen wie »Multikulti stoppen« folgen ihnen. Sie verschmelzen zu einer schnaufenden schwarz-rot-goldenen Masse und marschieren, während die Sonne Dresden in ein goldenes Licht hüllt.

Paul Berger ist Student. Seit fast einem Jahr läuft er bei den Montagsdemonstrationen von Pegida mit. Gegner haben für einen wie Berger viele Namen. Er lehnt sie alle ab. Nazi, das will er nicht sein. Die sind ihm zu dumm. Rechtsradikal will er auch nicht sein. Gewalt sei schließlich keine Lösung. Besorgter oder ängstlicher Bürger? Er sei selbstbewusst und zeige doch sein Gesicht in der ersten Reihe. Er sei kein Mitglied im Pegida-Förderverein, weil man da eh nichts bestimmen dürfe. Die NPD sei eine Partei voller Idioten und Frauke Petry von der AfD zu wirtschaftsliberal. Es fällt schwer, Berger einzuordnen. Warum geht jemand wie er bei Pegida mit? Wenn Journalisten bei Pegida-Protesten Fragen stellen, werden sie oft

beschimpft, beleidigt oder weggestoßen. Die Demonstranten behaupten, dass die »Lügenpresse« Worte verdrehe und Unwahrheiten schreibe. Paul Berger wendet sich nicht ab. Er will reden. Darüber, wie er über Deutschland und die Flüchtlingspolitik denkt. Er hat nur zwei Bedingungen: kein Name, kein Foto. Er fürchtet, dass Autonome ihn überfallen könnten.

Über den Hängen des Walds liegt noch Nebel. Zwischen den Bäumen ein altes Schloss und eine Burgruine. Berger steht im Tal auf dem Steg eines Teichs. Er blickt in den Himmel und sagt: »Schau mal, ein Bussard.«

Berger wandert oft. Er ist eher ein unauffälliger Typ, schlaksig, die Haare gekämmt. In Tharandt, einem Vorort von Dresden, studiert er Forstwirtschaft. Geisteswissenschaften wählte er nicht, das sei nur etwas für Sozialromantiker. Gerade sammelt er in den Wäldern Spinnen, Fliegen und Schnecken für einen Schaukasten, eine Abschlussarbeit für ein Seminar. Er möchte ein schönes Schneckenhaus präparieren – kein altes, verlassenes, mit kleinen Löchern. Deshalb hat er eine Schnecke mit kochendem Wasser übergossen und sie mit einer Nadel aus ihrem Haus gezogen. »Das ist, als würde ein Koch im Restaurant Schnecken zubereiten«, sagt Berger, aber essen wolle er sie dann doch nicht. Als Förster müsse man eben auch in den Lauf der Natur eingreifen. Mit ihm im Seminar säßen viel zu viele Öko-Freaks, die das nicht verstehen, sagt Berger. Man könne doch nicht Forstwirtschaft studieren und keinen Jagdschein machen wollen. Vom Berg blickt Berger ins Tal, auf die Mensa, einen Neubau, auf dem Dach wachsen Gräser. Gegessen habe er da noch nie. Gruppenarbeiten vermeide er. Mit seinen Kommilitonen habe er abends noch nie ein Bier getrunken. »Die meisten sind eher unpolitisch«, sagt Berger. Einmal diskutierte er doch mit einer Studentengruppe in der S-Bahn über Pegida. Berger erzählte, dass er mitgeht. »Das war denen egal«, sagt er. Die Anonymität einer Uni, an der knapp 35 000 Menschen studieren, bietet Paul Berger Schutz. Er kann kontrollieren, mit wem er seine politischen Vorstellungen teilt.

In Dresden fand er viele Leute, die so ähnlich ticken wie er. Zusammen mit Tausenden ist er Pegida – »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des

Abendlandes«. Sie alle bestätigen Berger fast jeden Montag in seiner Meinung und Haltung. Gegen die Überfremdung, gegen den Islam und gegen Angela Merkel. Berger trägt zwar das Pegida-Banner, aber er gehört zu den wenigen, die nicht so richtig in das Raster der Demonstranten passen wollen, das eine Studie aus dem vergangenen Jahr zeichnete. Nur fünf Prozent bei Pegida sind jünger als zwanzig, nur neun Prozent studieren, gehen zur Schule oder absolvieren eine Ausbildung. Der typische Pegida-Demonstrant ist 48 Jahre alt, arbeitet, verdient für sächsische Verhältnisse leicht überdurchschnittlich, 38 Prozent haben einen Realschulabschluss. Die Mittelschicht begehrt auf – jene Leute, denen es eigentlich gut geht. Auch Berger hat keine existenziellen Sorgen, seine Miete zahlt das Bafög-Amt, und er hat keine Angst, dass er später keinen Job bekommt. Trotzdem identifiziert Paul Berger sich nicht mit seinen Kommilitonen, sondern mit einer älteren Generation, in die er nicht hineingeboren wurde. Die Protestbewegung von rechts geht nicht mehr nur von den Alten aus. Berger ist zwar bei Pegida eine Ausnahme, aber knapp tausend junge Leute sind Mitglied in der Jungen Alternative für Deutschland. An der Uni Kassel zog die AfD sogar gerade ins Studentenparlament ein. Werden Leute wie Berger in Zukunft die Politik in diesem Land mitgestalten?

Als Paul Berger zum ersten Mal von Pegida in den Nachrichten hörte, lernte er in seinem Kinderzimmer in einer Kleinstadt in Sachsen-Anhalt für die Abiturprüfungen. Mitte Oktober 2014 rief Lutz Bachmann über Facebook zur ersten Demonstration auf. 350 Menschen versammelten sich. Einen Monat später waren es 5000. Ende des Jahres 18 000. Bachmanns Reden bei YouTube zählen teilweise über 100 000 Aufrufe. Berger schaute viele der Videos an. Bachmann faszinierte ihn. »Pegida ist ja nicht so dumpf deutsch, deutsch, deutsch. Es hat sogar mal ein Schwarzer gesprochen«, sagt Berger. Ihm gefalle, dass die Bewegung bodenständig wirke.

Berger wurde nicht erst mit der Flüchtlingskrise politisch. Er habe sich schon immer für Geschichte interessiert. Wenn er das sagt, meint er damit seine Interpretation historischer Ereignisse. Den Holocaust leugnet er nicht. In der

Schule im Geschichtsunterricht diskutierte er öfter mit seinen Mitschülern. »Wenn die die Nazi-Keule schwingen, sind sie meistens zu faul, selbst zu argumentieren«, sagt er. Er habe versucht zu provozieren, ohne dabei vulgär zu werden. Sein Lehrer habe damit kein Problem gehabt. Das Abitur bestand Berger mit 1,3, ohne, dass er dafür viel pauken musste. »Ich kann mir Sachen eben gut merken«, sagt er. Einmal hat man seinen IQ getestet, Ergebnis: 134, hochbegabt.

Eigentlich wollte er nach seinem Abitur Wehrdienst leisten. »Dienen, wie meine Großväter«, sagt Berger. Dann sah er im vergangenen Jahr Bilder von Bundeswehrsoldaten. Sie drückten Flüchtlingen an Hauptbahnhöfen Wasserflaschen in die Hand und halfen in Erstaufnahmeeinrichtungen. Danach überlegte er es sich anders, weil er für sein Land und sein Volk habe einstehen wollen und nicht für Flüchtlinge. Im September vergangenen Jahres zog Berger nach Freital, bei Dresden, in eine Einzimmerwohnung mit Blick auf den Wald. Seine neue Heimat sorgt für Schlagzeilen. »Sachsens Keimzelle für Fremdenhass« schrieb eine Tageszeitung. »Ich wollte in einer Stadt leben, in der das politische Klima freundlich, die Verkehrsanbindung praktisch und die Wohnung billig ist«, sagt Berger. Eine Woche nach seinem Umzug ging er zum ersten Mal bei Pegida mit, damals kamen bereits nur noch 5000 Menschen zu den Demonstrationen. Erst lief Berger hinten, dann wurde in der ersten Reihe ein Platz frei. »Man muss seine politische Meinung eben auch vertreten«, sagt Berger. Pegida veränderte nicht nur sein Leben. Pegida gab seinem Leben einen Sinn.

Berger bekommt manchmal Rundmails vom Rektor der Technischen Universität in Dresden. Einmal rief dieser dazu auf, nicht bei Pegida mitzugehen, und teilte ein Foto #ichbinDresden mit einem Anti-Pegida-Plakat in sozialen Netzwerken. In einer anderen Mail hieß es, die Willkommenskultur der TU solle die beste aller deutschen Universitäten werden. »Die Willkommenskultur sollte nicht bedeuten: ›Wer will, kann kommen«, sondern: ›Wen wir wollen, der kann kommen«, sagt Berger. Kim Magister, Pressesprecherin der TU Dresden, sagt: »Eine spezielle Einrichtung

oder ein Angebot, das sich an Pegida-Mitläufer richtet, gibt es nicht.« Man könne sich auf der Website über aktuelle Studien und Podiumsdiskussionen informieren. Berger schob die Mails in den Papierkorb.

Bei Kaffee und Kuchen in einem Café in Dresden löst Paul Berger die Probleme der Weltpolitik: Den Syrienkonflikt könnte man regeln, indem sich alle ausländischen Akteure einigen, wen sie unterstützen, und denjenigen dann an die Macht bomben. Die Asylanträge, die müsse man in den Lagern außerhalb von Europa bearbeiten. Rein dürfe nur, wer hier bereits Arbeit gefunden habe. »Diese Glücksritter-Mentalität mag ich nicht. Wenn man was erreichen will, dann muss man sich halt auch anstrengen«, sagt Berger. Kommen Ausländer zur Ausbildung nach Deutschland und kehrten danach wieder in ihre Herkunftsländer zurück, habe er damit kein Problem. Ein Asylbewerberheim besuchte er noch nie. Mit einem Syrer sprach er noch nie über den Krieg, die Flucht oder das Leben in Deutschland. Wenn man ihn fragt, ob Traumatisierte aus einem Kriegsgebiet Asyl bekommen sollten, sagt er: »Deutschland kann nicht zur Psychiatrie der Welt werden.« Er redet laut. Die Nachbarn im Café setzen sich um. Der Kellner dreht die Musik lauter, als wollte er Bergers Worte nicht hören. Berger bemerkt davon nichts.

Elisa Meyer* hört nicht weg. Sie schrieb sich im gleichen Semester wie Berger an der TU Dresden ein und protestiert seitdem auch jeden Montag – auf der Gegenseite. »Pegida darf nicht unwidersprochen durch Dresden laufen«, sagt Meyer, auch sie möchte anonym bleiben, weil sie fürchtet, dass Rechte ihr auflauern könnten. Die 20-Jährige ist zusammen mit einigen anderen die Gruppe »Nope«, die Gegendemonstrationen auf dem Theaterplatz vor der Semperoper und andere Demos organisiert. An diesem Montag Ende Mai kamen etwa 350 Gegendemonstranten. Einmal, als die Band Deichkind spielte, waren es rund 2000. Mehr kamen nie. »Pegida ist eine gefährliche Bewegung, die Rassismus alltagstauglich macht«, sagt Meyer, sie kann nicht verstehen, dass so viele Dresdner keine Position beziehen.

Berger steht am Fenster in seinem Zimmer. Er erzählt vom Bachmann-Prozess. Der Pegida-Anführer bezeichnete Migranten in einem Facebook-

Kommentar als »Viehzeug« und »Gelumpe« und wurde dafür wegen Volksverhetzung in erster Instanz verurteilt. Berger, der weder ein Smartphone noch einen Facebook-Account hat, setzte sich jeden Tag im Dresdner Amtsgericht auf die Besucherbank. Den Anfang des zweiten Prozesstags verpasste er, weil er morgens an der Uni ein Referat halten musste. Nur Facebook könne beweisen, dass Bachmann selbst den Kommentar veröffentlicht habe, sagt Berger. Er erwähnt nicht die Vorgeschichte von Bachmann. Dass Bachmann bei Facebook bereits auf Fotos als Hitler verkleidet posierte und in sozialen Medien gegen Asylbewerber Stimmung macht. Berger klopft mit der Hand auf seine Hosentasche, darin sein Notizbuch, da habe er den Prozessverlauf mitgeschrieben. »In einer Geheimschrift, damit die Linken das nicht lesen können.«

Auf dem Regal in Bergers Zimmer stehen ein zerbombtes Haus in Miniaturformat, ein Panzer und daneben zwei Soldaten in Splittertarnuniform – »wie bei der Wehrmacht«, sagt Berger. Seit sechs Jahren ist Modellbau sein Hobby. Das sei ja nichts Verbotenes. Berger kennt sich aus mit Uniformen, Erkennungsmarken und Abzeichen. In einem Militaria-Forum, in dem mit Gegenständen aus dem Zweiten Weltkrieg gehandelt wird, hat er einen Premium-Account. Im Regal liegen einige Bücher in altdeutscher Frakturschrift. »*Mein Kampf* würde ich im Original lesen und nicht in der kommentierten Neuauflage. Denn ich kann mir meine eigene Meinung bilden«, sagt Berger.

Zum Mittagessen hat Berger Schnibbelbohneintopf gekocht. Das Rezept brachte ihm sein Vater bei. Der arbeitete in der DDR als Koch, heute backt er im Schichtdienst in einer Bäckerei. Seine Mutter ist Verkäuferin. Aus der Küchenschublade holt Berger einen Aluminiumlöffel mit Beule und Kratzern. Prägung: 1940, Hakenkreuz und Reichsadler. »Der gehörte meinem Urgroßvater, er aß damit in der Fabrik«, sagt Berger. Für ihn sei der Löffel ein Stück Familiengeschichte. Man habe in seiner Familie immer viel über Politik und Geschichte geredet, erzählt Berger. Über den Urgroßvater, der in

Stalingrad kämpfte und nach dem Krieg verschwand. »Meine Eltern wissen, dass ich bei Pegida mitlaufe«, sagt Berger. Sie hätten kein Problem damit.

Vor wenigen Wochen schrieb Berger eine lange Mail. Sein Ärger richtet sich nicht gegen Asylbewerber oder die Demokratie. Die Zeilen richten sich gegen Lutz Bachmann. Auf den Demonstrationen lasse dieser es zu, dass Flyer von anderen politischen Gruppen verteilt würden. »Sympathiefiguren der alten Garde laufen nicht mehr vorne mit«, schreibt Berger empört. Kürzlich verkündete Bachmann, dass sich die Partei »Freiheitlich Direktdemokratische Volkspartei« gegründet habe. Ob Pegida jetzt den Weg vom Protest in den Sächsischen Landtag antreten wird? Berger will erst einmal abwarten. Er wird auch weiter bei Pegida mitlaufen, aber wegen all der Unklarheiten nicht mehr in der ersten Reihe. Er hat ein neues Vorbild gefunden: »Wenn der AfD-Politiker Höcke den Parteivorsitz übernimmt, würde ich eintreten«, sagt Berger. Björn Höcke gehört dem rechten Flügel der AfD an, er polarisiert mit rassistischen Äußerungen.

Neulich habe Berger mit einigen Pegida-Anhängern geredet. Sie fänden es gut, dass er so jung sei und sich für Politik interessiere. Leute wie ihn gebe es ja zu wenige heute. »Einer hat sogar gesagt, dass ich Minister werden soll«, sagt Paul Berger und wird rot im Gesicht. Das habe aber noch Zeit.

* Name geändert

Die Rolle seines Lebens

Er war Staatssekretär und Herausgeber einer Tageszeitung, er ist ausgesprochen höflich und sehr gebildet. Was macht einer wie Alexander Gauland bei der AfD?

VON JANA SIMON

DIE ZEIT, 25.02.2016 Nr. 10

Es ist Ende Januar, als Alexander Gauland das erste Mal Polizeischutz braucht. Er ist auf dem Weg nach Thüringen, und irgendwann auf der Autobahn ist nicht klar, ob er an diesem Abend überhaupt auftreten kann. Sein Mitarbeiter telefoniert mit den Beamten. Sie könnten für Gaulands Sicherheit nicht garantieren, heißt es. Vielleicht muss die AfD-Kundgebung in Jena abgesagt werden, zu viele Gegendemonstranten. Gaulands Fahrer zischt: »Kriminelle!« Und Gauland lächelt. Es ist ein hintergründiges Lächeln, der Mund geschlossen, nur die Augen verraten Amüsement.

Einerseits bereitet es ihm Vergnügen, wie viel Aufmerksamkeit er erregt, andererseits kann er nicht fassen, dass er bedroht wird. Wegen seiner politischen Meinung. Im Augenblick löst Gauland, egal, wo er auftritt, Schnappatmung aus – entweder aus Abscheu oder aus Bewunderung. Dazwischen gibt es nichts.

Gauland wird in diesen Tagen 75, er trägt gern Tweedsakkos und Cordhosen. Nie würde er eine Dame unterbrechen oder auch nur vor ihr durch eine Tür schreiten. In seiner Partei duzt er einen einzigen Menschen, den er seit mehr als vierzig Jahren kennt. Das Internet benutzt er nicht, seine Mitarbeiter drucken ihm die Mails aus. Gauland ist ein Mann des vergangenen Jahrhunderts und trotzdem die Hoffnung seiner Partei. Vor allem im Westen soll er im Wahlkampf um die bürgerlichen Stimmen werben.

Gauland war Büroleiter des Frankfurter Oberbürgermeisters Walter

Wallmann, später Staatssekretär in Hessen, dann vierzehn Jahre lang Herausgeber der *Märkischen Allgemeinen Zeitung (MAZ)* in Potsdam, schrieb Bücher über Helmut Kohl, die Windsors, das Konservativsein. Nun ist er Vizechef der AfD und Landesvorsitzender in Brandenburg.

Er ist einer der wenigen in seiner Partei, der die konservative bürgerliche Mitte erreichen kann, weil er sie personifiziert. Er polarisiert nicht so stark wie Björn Höcke oder Frauke Petry. Obwohl auch seine Sätze oft verstören. Wenn er Flüchtlinge mit »Barbaren« vergleicht, die über den Limes kamen und zum Untergang des Römischen Reiches führten. Nur, aus seinem Mund klingen die Worte wohlformuliert. Vielleicht sind sie deshalb umso gefährlicher?

Es gibt diese Auftritte, zum Beispiel in Erfurt im vergangenen Oktober, Gauland zitiert den Grünen-Politiker Jürgen Trittin: »Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr, und das finde ich einfach großartig.« Die Menge skandiert: »Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen.« Aber Trittin hat diesen Satz nie gesagt. Gauland muss sich später dafür entschuldigen. Wenn AfD-Anhänger »Lügenpresse« oder »Volksverräter« brüllen, presst Gauland die Lippen schmal und schweigt. Er steht dann auf der Bühne und, ja, was? Genießt er den Jubel der Masse, verabscheut er ihn, oder rätselt er, wo er da hineingeraten ist?

Es fällt schwer, diese Auftritte mit dem Mann in Verbindung zu bringen, der im persönlichen Gespräch differenziert, angenehm und selbstironisch sein kann. Einer, der viele Jahre Kolumnen schrieb im Berliner *Tagesspiegel*, der zur Mediengruppe von Dieter von Holtzbrinck gehört, der auch 50 Prozent der Anteile an der *ZEIT* hält. Einer, der über die Parteigrenzen hinweg als angesehener Gesprächspartner galt.

Wie geschah die Radikalisierung des Alexander Gauland? Ist er ein bürgerlicher Intellektueller, der seine Mitte verloren hat? Oder verliert gerade das ganze Land seine Mitte?

Auf der Autobahn nach Jena schneit es. Kurz vor der Stadt hält Gauland an

einer Raststätte, wieder Telefonat mit der Polizei. Die AfD-Kundgebung wird doch nicht abgesagt. In Jena steigt Gauland in ein Polizeiauto um, die Beamten fahren ihn zur Demonstration. Sie machen Selfies von sich mit dem Star der AfD. Einer von ihnen sagt zu Gauland: »Der Wagen wird durch Sie richtig aufgewertet.«

In einer engen Gasse stoppt das Auto, alle Wege zum Marktplatz sind von Gegendemonstranten blockiert. Polizisten nehmen Gauland in die Mitte und begleiten ihn bis zum Rednerpult. Vor Gauland warten etwa 750 AfD-Anhänger, hinter ihm 2500 Gegendemonstranten, die laut Technomusik abspielen. Gauland steht genau dazwischen. Die Menge vor ihm ruft: »Merkel muss weg!« Gauland stützt sich auf den Stiel einer Deutschlandflagge. Vierzig Jahre war er in der Partei der Kanzlerin.

Vor Gauland betritt Björn Höcke die Bühne, Lehrer, Thüringer Fraktionsvorsitzender und der wohl umstrittenste AfD-Politiker im Moment. Unter anderem stellte er abstruse Thesen über die angeblich unterschiedlichen Reproduktionsstrategien von Afrikanern und Europäern auf. In Jena greift er die Asylpolitik der Regierung an. »Die Flüchtlinge sind jung, muslimisch, männlich und überwiegend ungebildet. Sie sind keine Bereicherung für unser Land.« Worte wie Brandsätze. Die Gegendemonstranten drehen die Musik lauter. Höcke nennt sie »rot lackierte Nazis«. Daraufhin rufen die AfD-Anhänger: »Nazis raus!« Hinter der Bühne bekommen die Gegendemonstranten nicht sogleich mit, von wem die Parole stammt, und stimmen ein. Für ein paar Sekunden rufen beide Seiten vereint in bizarrem Chor: »Nazis raus!«

Gauland harrt reglos im Schneeregen aus. Nun tritt er ans Mikrofon. An diesem Tag hat Österreich eine Obergrenze für Flüchtlinge eingeführt. Das möchte Alexander Gauland für Deutschland auch. »Wir wollen unser Deutschland behalten! Gegen den multikulturellen Asyl-wahnsinn!« Beifall. Es ist das erste Mal, dass man eine Ahnung davon bekommt, was Gauland treiben könnte. Er genießt den Zuspruch der Menge. Dann sagt er, Deutschland werde nicht am Hindukusch verteidigt. »Alle Kriege des

Westens sind politische Bankrotterklärungen.« Jetzt klingt Gauland wie ein Politiker der Linken. Vermutlich teilen viele Gegendemonstranten Gaulands Meinung in diesem Punkt, aber sie haben offenbar nicht zugehört. »Halt die Fresse!«, dringt es von hinten durch.

Die Einordnung in links und rechts funktioniert bei Gauland schwer. Außenpolitisch links, innenpolitisch rechts? Verwirrend. Vielleicht hat er diese politische Verwirrung mit vielen Deutschen momentan gemein. Eine Verschiebung der Gewissheiten. Vielleicht ist er deshalb so wichtig für seine Partei. So erreicht er auch Abgeneigte, Unentschlossene, Linke.

Am Ende der Kundgebung steht Gauland mit Höcke auf dem Marktplatz, umringt von Polizei und Sicherheitsdienst. Eigentlich wollen sie zusammen essen gehen, aber sie fürchten, dass die Gegendemonstranten das Lokal stürmen. Schließlich eskortiert die Polizei Gauland zur Grünen Tanne, das abseits liegt. Dem Lokal der Burschenschaft Arminia, da gehen Linke nicht hin.

Im Gastraum beugt Gauland sich zu Höcke. Es ist das einzige Mal in den Wochen mit ihm, dass er einem Gesprächspartner Fragen stellt und nicht umgekehrt. Höcke interessiert ihn. Er fragt, ob er mehr wisse über eine mögliche Pegida-Partei Gründung. Höcke hingegen hat keine Fragen. Er erscheint zurückhaltend, kontrolliert und angespannt. Sein Lieblingswort ist »Altparteienkartell«, das er stets so heftig hervorpresst, als beschmutze es seine Lippen. Ein Abend neben ihm fühlt sich an wie ein Abend neben einem Sprengsatz. Die unterschwellige Aggression bereitet körperliches Unbehagen. Gauland nennt Höcke einen Freund. »Ich bewundere, dass er es schafft, jede Woche in Erfurt Tausende auf die Straße zu bringen.« Gauland will, dass seine Partei erfolgreich ist, und Höcke ist erfolgreich. Gauland ist mit der Macht.

Deshalb ist er geliebt, als Bernd Lucke und viele andere die Partei verließen, weil ihnen die AfD zu sehr nach rechts rückte. Gaulands ehemaliger Chef Walter Wallmann sagte früher zu Gauland, dass er ein guter Beamter, aber kein Politiker sei. Er könne nicht auf Menschen zugehen.

Alexander Gauland war immer oben, aber stets in der zweiten Reihe. Diese Partei ist seine letzte Chance auf die erste Reihe.

Deshalb verteidigt er sogar Höckes Fortpflanzungsthesen. Gauland sagt, in den USA gebe es darüber tatsächlich eine wissenschaftliche Debatte, und man fragt sich: Wie weit ist Gauland bereit zu gehen, für die Partei, für die Macht?

Diese Frage treibt auch seine Tochter Dorothea um. Sie ist 33, evangelische Pfarrerin und sitzt in ihrem Pfarrhaus in Rüsselsheim, nebenan in der Küche isst ein Flüchtling aus Eritrea Abendbrot. Gaulands Tochter hat ihn bei sich aufgenommen. Ihr Vater hat nicht viel dazu gesagt, nur dass es ihre Entscheidung sei und dass sie auf sich aufpassen solle.

Dass sie verschiedene politische Meinungen vertreten, ist ihr klar, so kennt sie ihn. Sie sieht sich politisch bei den Linksintellektuellen. Bisher war das nie ein Problem. Vater und Tochter stehen sich nah. Bis sie vor ein paar Monaten so heftig über die Flüchtlingspolitik aneinandergerieten, dass er am Telefon laut wurde. Das gab es noch nie. Später hat er sich dafür entschuldigt, aber es war ein Hinweis, dass sich etwas Grundlegendes verändert hatte. »Das Differenzierte geht weg«, sagt die Tochter.

Ab und zu googelt sie nun ihren Vater. Dann sieht sie ihn auf YouTube, wie er über »junge Moslemmänner« redet, die in Deutschland bald die Bevölkerungsmehrheit stellen würden. Für die Tochter ist das schwer auszuhalten. »Ich finde es schrecklich, was er sagt.« Sehr konservativ war Gauland immer, schon 2010 schrieb er im *Tagesspiegel* über »den angeblichen volkswirtschaftlichen Nutzen multikultureller Zuwanderung« und »den Wunsch, dass unsere Enkel auch in 100 Jahren noch *Wanderers Nachtlied* kennen«. Die komplizierte Flüchtlingssituation hat seine Meinung verhärtet, seine Sätze verschärft. Die Tochter meint: »Er hat gemerkt, er kommt damit an.« In der CDU hat ihm am Ende kaum einer zugehört, nun hat er viel mehr Publikum. Ihr Vater hat die Bühne für sich entdeckt.

Auch innerhalb der Familie muss sie erklären, was sie sich nicht richtig erklären kann: Was mit ihrem Vater los ist. Alexander Gauland war selbst

einmal Flüchtling. Mit 18 ging er aus der DDR in den Westen. Er weiß, wie sich die Hoffnung auf ein besseres Leben anfühlt. Für mehrere Wochen wohnte er in »randvollen« Aufnahmelagern. Parallelen zu heute mag er nicht entdecken. »Ich bin Deutscher und nicht völlig fremd.« Gaulands Vater war Polizeipräsident von Chemnitz, unter den Nazis wurde er frühpensioniert. Gaulands ehemalige Frau ist mit Walter Eucken verwandt, dem Vordenker der sozialen Marktwirtschaft, der im Widerstand war. Treffen mit der Familie seiner Ex-Frau, die ihm immer noch nahe ist, sind nun nicht sehr angenehm für Gauland.

Er will die Politik wie ein Außenstehender betrachten, sezierend, analytisch. Manchmal wirkt es, als habe er noch nicht realisiert, dass er nicht mehr Strippenzieher im Hintergrund ist, sondern mitspielt. In einer der Hauptrollen. Gauland ist ein Mann, der andere politische Meinungen akzeptiert, sie berühren nicht seine inneren Beziehungen zu Menschen. Von sich aus erwähnt er den Zwist mit seiner Tochter. Weil er keine Entfremdung empfindet, er ist eher stolz auf ihre unabhängigen Gedanken. Gauland will debattieren, provozieren, streiten. Er will das Private vom Politischen trennen. Seinem Umfeld gelingt das immer weniger.

Für dieses Porträt stellt er eine Liste mit acht Namen zusammen. Alles Männer, die er schon lange kennt und mit denen man über ihn sprechen könnte. Kultivierte Geister der alten Bundesrepublik. Die meisten distanzieren sich mehr oder weniger von Gauland. Offenbar hat Gauland eine andere Wahrnehmung von der Auswirkung seiner politischen Aktivitäten auf die Freundschaften als sie. Für ihn sind sie die Gleichen geblieben, aber er hat sich in den Augen der anderen verändert.

Da ist Peter Iden, früherer Theaterkritiker der *Frankfurter Rundschau*, der Gauland seit den siebziger Jahren kennt. Vor wenigen Wochen rief Iden Gauland an – er wollte ihn auffordern, sofort aus der AfD auszutreten. Zuvor hatte Frauke Petry in einem Interview gesagt, notfalls müsse auf Flüchtlinge an der Grenze geschossen werden. Iden hat Gauland nicht erreicht. »Ich bin sehr besorgt um ihn. Ich habe ihn als Humanisten kennengelernt.« Am Ende

sagt er: »Gehen Sie gnädig mit ihm um! Er ist ein Trauerfall der deutschen Intellektuellenszene.«

Da ist der Publizist Konrad Adam, er lebt in Oberursel. Er hat mit Gauland zusammen die AfD gegründet. Auch er kennt ihn seit mehr als 30 Jahren. Dass Gauland mit Björn Höcke kokettiert, gefällt ihm nicht. »Ich halte Höckes Tonlage für fatal. Höcke weiß, woran er appelliert.« Adam urteilt hart: »Gauland ist offenkundig bereit, für den Machtgewinn und -erhalt fast jeden Preis zu zahlen.«

Am schwersten fällt es Peter Stoltzenberg, ehemaliger Theaterintendant, über seinen Gefährten Gauland zu sprechen. Er sitzt in seiner Charlottenburger Dachgeschosswohnung. Raucht, zögert, überlegt. Gauland bemühte sich in den achtziger Jahren, ihn zum Intendanten in Frankfurt zu machen. Vor einigen Jahren hockte Gauland bei ihm auf dem Sofa und sagte, er fühle sich in der CDU nicht mehr zu Hause.

Die Merkelsche Energiewende, die Abschaffung der Wehrpflicht, schließlich die Euro-Rettung, die Hilfskredite für Griechenland. Für Gauland bedeuteten Letztere das Ende des Rechtsstaats, ein Vertragsbruch. Die endgültige Trennung von seiner Partei geschah 2012 bei einem Treffen des konservativen Berliner Kreises mit dem damaligen CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe. Der machte ihm und seinen Mitstreitern klar, sie sollten sich mit ihrer Kritik an die Kreisverbände wenden. Eine Demütigung. Die neue Partei muss wie eine politische Wiedergeburt auf Gauland gewirkt haben. Seine letzte Hoffnung auf Einfluss. Das konnte sein Freund Stoltzenberg noch verstehen.

Heute sehen sich die beiden Männer nicht mehr oft. »Er wurde mir und meiner Frau fremder.« Stoltzenberg sagt, er meide es, sich Gaulands Reden anzuhören. Er zitiert Kant, Hegel, Nietzsche, aber sie alle bringen ihn der Antwort auf die eine Frage nicht näher: Ist Alexander Gauland noch sein Freund? Er sagt: »Was macht der da? Das ist meine Frage!«

An einem Morgen im Januar wartet Gauland in seiner Potsdamer Wohnung. Drinnen Parkett, Kronleuchter, Bücherregale bis zur Decke. Gauland wirkt

aufgebracht. Sein Parteifreund Marcus Pretzell hat auf Facebook öffentlich den Journalisten Günther Lachmann von der *Welt* angegriffen. Der habe sich der AfD als Medienberater angedient, für 4000 Euro im Monat, wollte aber weiter für die Zeitung schreiben. Die Vorsitzende Frauke Petry habe das Ansinnen abgelehnt, seitdem diskreditiere sie der Mann in seinen Artikeln. Gauland kennt Lachmann. Der Vorwurf ist ein Hammer. Aber Gauland regt sich über Pretzell auf: Das gehe nicht. »Das macht Menschen kaputt.« Es ist Pretzells Stil, der Gauland stört, nicht der Inhalt seiner Botschaft. Pretzell ist mit Petry liiert. Diese offenkundige Vermischung von Privatem und Politischem ärgert Gauland. Lachmann wird später entlassen.

Im Prinzip fürchtet Gauland jeden Auftritt seiner Parteispitze: Ob Frauke Petry den Schusswaffeneinsatz gegen Flüchtlinge befürwortet. Ob Björn Höcke bei Günther Jauch die Deutschlandfahne über die Armlehne hängt. Oder ob Beatrix von Storch bei *Anne Will* die Bundeskanzlerin schon im chilenischen Exil sieht. »Ich weiß nicht, was sie da geritten hat«, sagt Gauland. Am liebsten wäre ihm, seine Parteikollegen würden vor jedem Auftritt mit ihm telefonieren. In einer Partei wie dieser ist es für ihn nicht schwer, der seriöse Grandseigneur zu sein. Je schräger seine Genossen wirken, desto heller strahlt er.

Gauland verlässt die Wohnung, an der Tür erinnert ihn ein Zettel: »Brille, Handy, Schlüssel.« Auf der Straße parkt sein Jaguar. Am Abend hat er einen Wahlkampfauftritt in Karlsruhe, sieben Stunden sind es bis dorthin. Gauland wird sie allein durchfahren. Viel Zeit, um sein Weltbild auszumalen.

Es gefällt ihm, dass das *ZEITmagazin* ihn porträtiert. Es gefällt ihm im Licht. Gauland weiß, wie Medien funktionieren. 1991 ist er nach Potsdam gezogen. Die *FAZ* hatte die *MAZ* gekauft. Damals wollte niemand in den Osten. Und Gauland hatte nach einer Wahlniederlage der CDU in Hessen kein Amt. In Potsdam wurde er Herausgeber, verliebte sich in eine jüngere Kollegin, trennte sich von seiner Frau und blieb. Der Klassiker. Heute darf seine Lebensgefährtin in ihrer Zeitung nicht mehr über Politik schreiben. Seinetwegen.

Gauland weiß auch, wie er Medien für sich nutzen kann. Er redet offen, nimmt nichts zurück, sagt nie, das dürfe man aber nicht schreiben. Gauland erscheint angstfrei. Die Wahrheit ist, es ist ihm vollkommen egal. Jede Aufmerksamkeit ist ihm recht. Er ist 75 und bezieht die Pension eines Staatssekretärs. Gauland hat nichts zu verlieren. Auch Negatives wirkt positiv. Man redet über ihn.

Die Frage bleibt, ob man Gauland den Raum geben sollte, sich darzustellen. Die Zweifel kommen immer wieder beim Schreiben. Macht man ihn und seine Partei dadurch nicht größer? Journalismus soll die Wirklichkeit abbilden, und Gauland und die AfD gehören dazu. Sie vertreten derzeit einen nicht kleinen Teil der Gesellschaft in diesem Land.

Wie wichtig die Auseinandersetzung ist, zeigt die Ausladung der AfD bei der SWR-Elefantenrunde in Baden-Württemberg. Die Entscheidung wird auf jeder Parteiveranstaltung, die Gauland besucht, gefeiert. So können sich die AfD-Anhänger als Opfer ausstellen, mit denen die »Altparteien« nicht reden wollen, vor denen sie vielleicht sogar Angst haben. Es passt in das Bild der Partei von der »Lügenpresse«. Die SWR-Ausladung wird später zurückgenommen.

Wenn man als Reporterin über die AfD recherchiert, erreichen einen besorgte SMS, als berichte man aus einem Krisengebiet. Auf ihren Demonstrationen werden Journalisten verprügelt. Gauland weiß das alles. Er sagt: »Das Wort Lügenpresse finde ich auch nicht angenehm. Aber es hat sich nun mal durchgesetzt.« So antwortet er bei allen heiklen Themen. Persönlich gibt er sich reflektiert, aber für seine Anhänger weist er jede Verantwortung von sich. »Sie gehen auf einer Demo eine Verbindung zu Menschen ein, die nicht so differenziert denken. Da mag eine Stimmung entstehen, die man als bedrohlich empfinden kann. Das können Sie nicht steuern.« Alexander Gauland, der Meister der Relativierung.

Medien berichten manchmal falsch, verkürzt oder tendenziös. Aber Gauland war jahrelang Teil der Medienelite, die er heute beschimpft. Er weiß, viele der Angriffe auf die Presse rühren von Unwissen oder Vorurteilen her. »Aber jetzt

habe ich eine andere Rolle als bei der *MAZ*.«

Er spricht von seinen »drei Leben« – als Spitzenbeamter, als Herausgeber, als Parteipolitiker. In den siebziger Jahren holte er als Magistratsdirektor 250 vietnamesische Boatpeople aus Hongkong nach Frankfurt. Zu einigen hat er bis heute Kontakt.

Die Rollen seines Lebens trennt Gauland genau. Wenn sie sich verwirren, wird es kompliziert. »Man hat eine bestimmte Aufgabe in einer bestimmten Zeit«, sagt er im Wagen in Richtung Karlsruhe. »Heute sehe ich es als meine Aufgabe, die Partei zusammenzuhalten.«

Vor dem Fenster verschwimmen Himmel und Landschaft zu einem trüben Brei. Auf der Autobahn ist auch Zeit, über das Thema zu sprechen, ohne das die AfD vermutlich gar nicht mehr existieren würde: die Flüchtlingspolitik. Gaulands Stimme klingt sogleich härter. »Wir müssen die Grenzen dichtmachen und dann die grausamen Bilder aushalten. Wir können uns nicht von Kinderaugen erpressen lassen.« Stille. Dann bricht es aus ihm heraus: »Man kann sich nicht einfach überrollen lassen. Einen Wasserrohrbruch dichten Sie auch ab.« In diesem Augenblick weiß man nicht, ob seine Worte gezielt sind oder ob sie ihm passieren – oder beides. Sicher ist, die Provokation bereitet ihm Vergnügen.

Aber wie sollen die Grenzen geschlossen werden, und wo sollen die Menschen hin? »Das kann ich nicht lösen«, sagt Gauland. Er weiß, dass man keine Grenze zu hundert Prozent schützen kann. Was dann? Schießen? Die Polizei habe noch andere Möglichkeiten: Gummigeschosse, Wasserwerfer.

Sind Sie ein Brandstifter, Herr Gauland? Dagegen wehrt er sich vehement. »Das wäre, als ob man sagt: Das Denken Adornos und Horkheimers hat den Terrorismus der RAF hervorgebracht, oder Karl Marx hat Stalins Verbrechen zu verantworten.« Da ist wieder dieser distanzierte Blick auf die Politik, als betrachte er sie als Philosoph und gestalte sie nicht aktiv mit. »Man muss politische Auseinandersetzungen führen dürfen, ohne für kriminelle Handlungen verantwortlich gemacht zu werden.«

Nach vielen Stunden mit ihm stellt sich ein Gefühl tiefer Ratlosigkeit ein. Er redet viel, aber die Konsequenzen des Gesagten bleiben stets verschwommen. Als ginge es immer noch nur um eine intellektuelle Debatte. Gibt es für ihn eine Grenze? »Ja, es gibt Grenzen«, sagt er. »Wenn einer verbotene Symbole zeigt, muss man eine Veranstaltung abbrechen.« Da würde auch die Polizei einschreiten. Er nennt eine Grenze, die ohnehin eine ist. Eine juristische.

Als Gauland Karlsruhe erreicht, ist es später Nachmittag. Er hat nichts gegessen, wenig getrunken, nur geredet. Einmal hatte er schon einen Herzinfarkt, im Jahr, als der Euro eingeführt wurde. Er hat ihn nicht bemerkt, behandeln ließ er ihn erst später. Seitdem ist einer seiner Reisekoffer mit Medikamenten gefüllt.

Der Mann an der Hotelrezeption begrüßt Gauland mit den Worten: »Meine Stimme haben Sie!« Nach einer ARD-Umfrage sind 80 Prozent der Deutschen gegen Merkels Flüchtlingspolitik. Und die AfD wäre derzeit die drittstärkste Kraft im Bund. »Jetzt können wir uns nur noch selbst umbringen«, sagt Gauland. Durch unbedachte Worte.

Am Abend warten in einer alten Brauerei etwa 200 Menschen an langen Tischen und trinken Bier. Vor der Tür stehen noch einmal 50. Deutsche Mittelschicht, meist Männer ab vierzig. Auf dem Podium sitzen vier Herren, drei davon tragen Dokortitel. Gauland heißt hier nur »Dr. Gauland«. Er ist eine Marke.

Als er ans Rednerpult tritt, strafft sich sein Körper. Er zieht Kraft aus der Aufmerksamkeit. »Eine Völkerinvasion ist über uns hereingebrochen, und wir sind nicht gefragt worden«, beginnt er. Beifall. Und dann redet er über Russland. Sein Lieblingsthema. Der Westen habe das mündliche Versprechen, die Nato nicht weiter als bis zur Oder auszudehnen, nicht eingehalten. Beim Abzug 1991 seien die Russen gedemütigt worden. Gauland wirbt für eine Versöhnung. Im Saal herrscht Stille. Das Publikum wirkt überrascht und überfordert. Gauland doziert wie ein Universitätsprofessor. Danach erheben sich die Menschen. Standing Ovationen.

Woher rührt die Begeisterung? Gauland ist kein Ideologe. Er ist sein eigenes Programm. Das kommt an in einer Zeit, in der CDU, SPD und Grüne sich in vielem sehr einig zu sein scheinen. Wenn einer wagt, einmal eine andere, kontroverse Meinung zu äußern, wird er sogleich bestraft von Parteigenossen, den Medien, oder es gibt einen Shitstorm. Diese Art der politisch korrekten Debatte, die komplexe Themen verkürzt und moralisch auflädt, lässt einen wie Gauland schillern. Sie lässt ihn erscheinen wie einen Mann, der sich was traut. Danach darf das Publikum Gauland befragen. Ein Mann tritt ans Mikrofon, der sagt, er habe gehört, in Berlin gebe es Stadtteile, die man nur mit Schusswaffen betreten könne. Wie solle man sich da schützen? Gauland gibt sich hilflos. Aber der absurden Behauptung widerspricht er nicht. Aus der Frage spricht Furcht. Furcht vor Veränderung, vor Verlust. Die Wochen im Wahlkampf mit Alexander Gauland geben Einblick in ein zutiefst verunsichertes, ratloses und gespaltenes Land. Am Ende fragt jemand, wie die AfD zur Mineralölsteuer stehe. »Damit haben wir uns noch nicht befasst«, antwortet Gauland. Seine Partei funktioniert nur in der Schnappatmung. Konzepte für scheinbar öde Themen wie Steuer, Rente oder Gesundheit hat sie nicht.

Nach seinem Auftritt bleibt Gauland noch auf dem Podium sitzen, unterhält sich mit seinen Anhängern, hört Menschen zu, die ihn nerven oder bedrängen. Noch vor Kurzem hätte er sich das nicht angetan. »Ich bin kein Netzwerker. Ich habe nie kämpfen müssen.« Jetzt kämpft er. Zum ersten Mal. Für sich.

Neue deutsche Welle

Sie sind jung und ehrgeizig. Ihr Feindbild sind die Grünen, mit ihren Auftritten wollen sie provozieren. Wir haben Nachwuchspolitiker der AfD gefragt, was sie so aufregt.

VON JÖRG BURGER UND JANA SIMON
DIE ZEIT, 15.12.2016 Nr. 52

An einem sonnigen Tag im September steht Marc Vallendar neben einer weißen Plastikkiste, die er am Berliner Ku'damm auf den Bürgersteig gestellt hat. Auf der Kiste liegen Broschüren seiner Partei, der AfD. In ein paar Tagen ist Wahl in Berlin, und Vallendar will Abgeordneter werden. Er trägt ein Polohemd, unter den Achseln zeichnen sich Schweißflecken ab, es liegt wohl nicht allein an der Hitze.

Gerade war ein Mann da, der die Broschüren, die Vallendar ihm gab, zerriss. »Scheißnazis!«, brüllte er und spuckte vor Vallendar und den beiden anderen AfD-Leuten auf den Boden. Dann ging der Mann wieder, zum Glück. Viermal, sagt Vallendar, habe er im Wahlkampf den Polizei-Notruf gewählt, einmal habe ihm jemand ins Gesicht geschlagen. Die Polizei hat die Pöbler nie gefasst. Das hält Vallendar nicht davon ab, jeden Tag irgendwo in der Nähe des Ku'damms für die AfD zu werben.

Vallendar, 30, ist Rechtsanwalt, seit einem Dreivierteljahr erst, seine Kanzlei befindet sich in seinem Wohnzimmer. Wenn er keinen Anzug trägt und den Seitenscheitel nicht mit Gel glatt gezogen hat, wie an diesem Tag, könnte man ihn für einen Studenten halten, der in Neuköllner Bars herumhängt.

Vallendar nennt seine politische Haltung »nationalliberal«. Er meint damit, dass Nationen ihre Probleme am besten selbst lösen könnten. Allein mit dem Begriff »Nation« kann man in Deutschland provozieren, und Vallendar will genau das. Er redet gern über das 19. Jahrhundert und die Geburtsstunde des

deutschen Nationalstaats, um zu zeigen, wie er sich verortet. Er macht dann weit ausholende, würdevolle Gesten, als sei er bereits ein Staatsmann.

Bisher galt die AfD als Altmännerpartei – aber das verändert sich jetzt. Zum ersten Mal fiel das auf, als die AfD im Frühjahr 2016 in drei neue Landtage einzog, in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. In allen Landtagen, in denen die AfD bis dahin schon vertreten war – in Hamburg, Bremen, Brandenburg, Sachsen und Thüringen –, gibt es nur zwei jüngere Abgeordnete, sie sind Anfang bis Mitte dreißig. In den neuen Landtagen kamen dann gleich 15 Jüngere dazu, in Mecklenburg-Vorpommern später noch mal zwei und in Berlin vier. Einer von ihnen ist Vallendar.

Jung und rechts zu sein, das ist weniger ungewöhnlich, als es scheint: In den meisten Landtagswahlen der letzten Zeit hat die AfD bei jüngeren Wählern besonders gut abgeschnitten. In Sachsen-Anhalt wurde sie bei den bis zu 44-Jährigen sogar stärkste Partei. Und nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Allensbach ist jeder vierte deutsche AfD-Anhänger nicht einmal 30 Jahre alt.

Marc Vallendar ist auch Mitglied bei der Jungen Alternative, der Jugendorganisation der AfD, wie praktisch jedes AfD-Mitglied unter 36. Die Junge Alternative hat 1400 Mitglieder. Das ist nicht viel im Vergleich zur Jungen Union, die 100 000 Mitglieder hat. Dafür fällt die Junge Alternative öfter auf – etwa mit der Forderung »Einreisestopp für Muslime«, die sie nach dem Anschlag in Nizza verbreitete. Sie stammte von einem der beiden Vorsitzenden der Jungen Alternative, Markus Frohnmaier, einem 25-Jährigen Jurastudenten aus Tübingen. Die Junge Alternative steht eher rechts von der Mutterpartei. Manche ihrer Mitglieder gehen zu den Treffen der rechtsextremen Identitären Bewegung, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird, oder sie werben offen für eine Zusammenarbeit.

Wer sind diese jungen AfD-Funktionäre? Worauf gründen sie ihre Überzeugungen, woher rührt die Härte ihrer Rhetorik? Die Suche nach Antworten beginnt in Berlin, bei Marc Vallendar.

An seinem Stand hat er sich gegen Mittag direkt neben der Plastikkiste postiert, als wolle er, falls nötig, sofort in Deckung gehen können. Doch wenn mal ein Passant stehen bleibt, wird Vallendar meistens mit Lob überschüttet. Ihn und seine Meinungen kennenlernen will niemand. Wenn er nicht beschimpft oder bejubelt wird, dann wird er ignoriert.

Spricht man länger mit ihm, fällt auf: Er möchte unbedingt seriös wirken. Vor Kurzem hat er in einem Interview gesagt, er schäme sich »für den ein oder anderen« in der AfD. Für wen genau? Er wagt es dann doch nicht, Namen zu nennen. »Für die Boateng-Sache«, sagt er nur. Er meint das dem stellvertretenden AfD-Bundesvorsitzenden Alexander Gauland zugeschriebene Zitat, die Deutschen wollten nicht neben einem Schwarzen wie dem Fußballer Jérôme Boateng wohnen. Nicht in Ordnung findet Vallendar auch den Begriff »völkisch«, den die Parteivorsitzende Frauke Petry verwendet und dann zu rechtfertigen versucht hat. Vallendar hält ihn für »zu Recht negativ konnotiert«.

Marc Vallendar stammt aus einer Familie, in der man immer CDU oder FDP gewählt hat. Er selbst war Mitglied der FDP, bis diese sich 2012 in einem Mitgliederentscheid für den Euro-Rettungsschirm aussprach. Das war für ihn der Wendepunkt: eine Entscheidung gegen die Interessen der deutschen Bevölkerung, wie er findet, vertreten mit einer großen Mehrheit im Bundestag. Das Gleiche dann in der Flüchtlingskrise. Viele junge AfD-Leute nennen diese beiden Ereignisse als Schlüsselmomente, die sie zur AfD brachten.

Aufgewachsen ist Vallendar in der Nähe des Wannsees, in einer wohlhabenden Gegend Berlins. Seine Mutter war Bankkauffrau, sie ist 1945 in Ostpreußen geboren. Sein Vater ist Bundesverwaltungsrichter im Ruhestand. Vallendar verpflichtete sich für zwei Jahre bei der Bundeswehr, aus Überzeugung, wie er sagt. Während des Jurastudiums war er in einer Burschenschaft. Statt sich wie viele andere junge Leute an seiner Umgebung zu reiben, hat er das Konservative um sich herum nur aufsaugen müssen. Es ist ihm allerdings wichtig zu erwähnen, dass manche seiner Freunde in der

SPD sind. Auch bei den Grünen? »Nein, das wäre am unkompatibelsten.« Die Grünen sind für ihn und viele junge AfDler der Inbegriff dessen, wogegen sie kämpfen: Ideologen, die anderen vorschreiben, wie sie zu leben haben, und ständig mit Moral argumentieren.

Ausgerechnet die Grünen. Obwohl sie früher selbst einmal gegen die herrschende Ordnung antraten, stünden sie heute für den Mainstream, dem sich alle unterordnen müssten – sagt der Wiener Jugendforscher Philipp Ikrath. »Die Grünen stehen für Liberalismus und Globalisierung, für einen Konsens, der nicht hinterfragt werden darf, will man nicht moralisch verurteilt werden.«

Ikrath, der über den Erfolg der FPÖ in Österreich forscht und lange in Deutschland gelebt hat, sieht in rechten Gruppierungen wie der AfD auch eine Jugendbewegung, die sich als aufsässig und revolutionär inszeniert. »Wie die 68er sehen sie sich als die einzige Opposition, die sich traut, gegen das System aufzustehen. Die FPÖ ist in Österreich auch deshalb auf dem Weg zur Volkspartei, weil sie sich jugendlich und tatkräftig gibt, mit vielen jungen Leuten in vorderster Reihe. So strahlt sie in bürgerliche und sogar in intellektuelle Kreise aus.« Wird der AfD Ähnliches gelingen, mit Nachwuchspolitikern wie Marc Vallendar?

Wahrscheinlich wirkt er nur deshalb so selbstsicher, weil er weiß, dass er für das Milieu spricht, aus dem er kommt – und für die eigene Familie. Die stehe hinter ihm. Viele AfD-Leute litten an ständigen Streitereien mit Freunden und Verwandten, die ihre Meinungen nicht teilten, da habe er Glück. Vallendars Milieu, das war früher der rechte Rand der CDU. Jetzt, da die CDU nach links gerückt ist, fühlt er sich dort nicht mehr zugehörig. Auf die Frage, was ihn mit anderen AfD-Leuten verbinde, sagt er: »Das Gefühl, alle sind gegen einen.« Die Partei sei »eine große Familie«.

Einige Tage nachdem Marc Vallendar an seinem Stand als Nazi beschimpft worden ist, feiert seine Partei ihren Berliner Wahlerfolg: 14,2 Prozent. Die Party findet im Charlottenburger Ratskeller statt, bei Currywurst mit Pommes, es gibt Bier in Krügen. Man sieht viele dunkle Jacketts und akkurat gefaltete

Einstecktücher. Vallendar hat sich ebenfalls große Mühe gegeben: Er trägt einen dunkelblauen Anzug, dazu eine hellblaue Krawatte über einem weißen Hemd, am Revers steckt eine winzige Deutschlandfahne. Die Haare glänzen, sie sind zur Seite gekämmt. Er ist nicht der Typ, der in Jubel ausbricht, wie viele andere in dem Gewölbekeller, die *So ein Tag, so wunderschön wie heute* singen. 24 Abgeordnete kommen für die AfD ins Berliner Abgeordnetenhaus, auch Vallendar hat es mit seinem Platz 13 auf der Landesliste geschafft. Kurz nach der Verkündung der ersten Hochrechnungen und zwei, drei Umarmungen von Parteifreunden geht er eine Zigarette rauchen.

Draußen hat die Polizei den Gehweg und einen Teil der Straße weiträumig abgesperrt. Etwa 20 Meter weiter hat sich ein kleiner Haufen Demonstranten versammelt, die Beschimpfungen herübrufen. »AfD Rassistenpack!« Vallendar guckt nur kurz hin. »Im Moment müssen wir da durch«, sagt er, als würden diese Gegenstimmen bald verstummen. Als sei es nur eine Frage der Zeit.

SACHSEN

Am Dresdner Hauptbahnhof gibt es an diesem Morgen einen Bombenalarm, kein Zug fährt mehr ein oder aus. Es erscheint wie ein Zeichen dafür, wie angespannt die Stimmung ist in dieser Stadt. Franziska Schreiber, die stellvertretende Vorsitzende der Jungen Alternative in Sachsen, wartet auf der Terrasse eines Restaurants. Sie ist 25, ihr rötliches Haar ist schulterlang. Schreibers Heimat ist zum Symbol geworden. Die einen sehen darin die hässliche Fratze Deutschlands, die der Kanzlerin »Volksverräter« entgegenbrüllt, für die anderen ist sie der Ausgangspunkt einer neuen politischen Bewegung.

Auch Schreiber selbst weiß bereits, wie es sich anfühlt zu polarisieren. Durch einen Facebook-Post wurde sie bekannt. »Leugnen kann man nur ein Verbrechen, das man selbst begangen hat. Wenn man behauptet, dass es den Holocaust nie gegeben hat, dann hat man eine andere Meinung als so ziemlich alle Historiker der Welt, aber das sollte kein Verbrechen sein. Ich bin für schrankenlose Meinungsfreiheit«, schrieb sie im Mai 2015. »Blöde Sache«,

sagt sie heute. Diesen Post wird sie nun nicht mehr los. Für die Öffentlichkeit ist sie fortan die Frau, die die Leugnung des Holocausts legitimiert. Eigentlich wollte sie dagegen protestieren, dass Beatrix von Storch bei einer Veranstaltung eingeladen wurde. Daraufhin sei die Diskussion im Netz »irgendwie abgeglitten«, sagt Schreiber: »Ich bereue das, das war unnötig.« Sie ist der Meinung, in einer Demokratie dürfe man auch »ekelhafte Sachen« sagen. »Aber in Deutschland wäre es in einer Zeit des erstarkenden Antisemitismus eine Taktlosigkeit, die Leugnung des Holocausts straflos zu stellen.« Ein etwas komplizierter Satz. Und: nur eine Taktlosigkeit?

Die AfD nutzt Tabubrüche, um sich immer wieder in den Vordergrund zu schieben. Wer am lautesten schreit, wird am ehesten gehört. Und die Jungen in der AfD schreien besonders laut. Franziska Schreiber glaubt, diese Tabubrüche geschähen oft unabsichtlich, schlicht aus historischer Ahnungslosigkeit. Andererseits ist sie stolz auf die beispiellose Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit, Deutschland sei auch in dieser Hinsicht großartig. Trotzdem ist für sie der Zweite Weltkrieg ein »Totschlagargument«. Sie sagt: »Uns fehlt Patriotismus. Wir müssen erst mal unser eigenes Land lieben.«

In den Gesprächen mit den Jungen der AfD geht es oft um Liebe. Die Liebe zu Deutschland. Aber Liebe ist ein Gefühl, das man nicht verordnen kann. Diese Liebe steht im Widerspruch zu Schreibers Abscheu vor »Gefühlsduselei«, die sie immer wieder betont. Zu diesen »Kinderaugen-Argumenten«, die sie bei den Linken verortet und die sie ebenso abstoßen. Tatsächlich führte die Ablehnung mancher Emotionen Franziska Schreiber in die AfD.

Im Jahr 2013 saß sie vor dem Fernseher und schaute eine Talkshow – *hart aber fair* – über die Euro-Rettung. Sie fand, dass alle Gäste das Gleiche erzählten, bis Bernd Lucke auf dem Bildschirm erschien. Franziska Schreiber imponierte der rationale Ton des Wirtschaftsprofessors und AfD-Gründers. Damals studierte sie Rechtswissenschaften in Leipzig. Ein paar Wochen nach der Sendung trat sie in die Partei ein. Zuvor hatte Franziska Schreiber einmal

schwarz-gelb gewählt und war enttäuscht worden. »Ich wollte nicht, dass die Wehrpflicht abgeschafft wird, und war auch gegen die Abkehr von der Atomkraft.«

Ihre Familie wählt die »SPD oder schlimmer«, wie sie sagt. Sie ist links sozialisiert, ihr Urgroßvater kämpfte als Kommunist im Widerstand gegen die Nazis. Genauer weiß sie nicht, ihre Oma redet nicht gern darüber.

Schreibers Großvater war in der SPD, und ihre Mutter, eine Bauingenieurin, ist »eine klassische Grüne«. Franziska Schreiber war mit 14 Jahren selbst »besorgniserregend links«, kritisierte ihre Verwandten für alles, was sie konsumierten, trat in einem Theaterverein gegen rechts auf. Was führte zum Umbruch? Schreiber schaut in die Sonne. Sie findet nicht, dass sie sich überhaupt verändert hat. Sie findet, ihre Familie argumentiere zu gefühlsbetont, lasse sich zu sehr von persönlichen Antipathien und Sympathien leiten. Da sei es dann zum Beispiel nicht mehr so entscheidend, ob Gregor Gysi bei der Stasi war oder nicht. Früher traf sich Schreibers Familie zweimal im Monat und diskutierte. Schreibers Schwester engagiert sich in der Antifa. Die beiden hätten einen »Burgfrieden« geschlossen, sagt Schreiber. Sonst könnten sie sich nicht mehr sehen. Am Anfang bemühten sich die Eltern, die Tochter umzustimmen. Wenn Franziska Schreiber heute nach Hause fährt, versuchen alle, das Thema Politik zu meiden. Ihre Familie ist verstummt. »Mit der AfD kann man das Establishment mehr ärgern als mit den Linken«, sagt Franziska Schreiber. In vielen Fällen offenbar auch die eigenen Eltern.

Schreiber spricht laut, ihre Sätze enden oft mit Ausrufezeichen. Das fällt auf am Nachwuchs der AfD: Die Gesprächspartner bemühen sich um größtmögliche Vehemenz, als seien sie seit Jahren im politischen Geschäft. Kaum einer zweifelt an sich selbst oder an seinen Aussagen. Sie geben die Polit-Profis und klingen doch manchmal, als müssten sie ihre eigene Unsicherheit übertönen.

Franziska Schreiber arbeitet als Referentin eines AfD-Landtagsabgeordneten, hat ihr Jurastudium abgebrochen und studiert jetzt an der Fern-Uni

Politikwissenschaften. Sie stellt sich auf eine Karriere in der Politik ein. »Mein Gesicht ist für alles andere verbrannt«, sagt sie. Und die Partei verspricht schnellen Aufstieg. »Es ist noch nie so einfach gewesen, in den Bundestag zu kommen.«

Der Frauenanteil in der AfD ist mit 16 Prozent der geringste von allen Parteien. Und Schreiber ist die einzige Frau im 16-köpfigen Bundesvorstand der Jungen Alternative. Es gibt kaum Themen, über die sich junge AfD-Anhänger mehr aufregen können als über Feminismus oder Gendertheorien. Schreiber empfindet beides als übergestülpte Debatten. Darin offenbart sich auch ein Ost-West-Gegensatz. Die Frauen in Schreibers Familie haben stets gearbeitet, einer Hausfrau ist sie in ihrem Umfeld nie begegnet. Für Schreiber ist das Thema Gleichberechtigung abgehakt, eine Selbstverständlichkeit, nichts, womit man sich weiter beschäftigen müsste. Mit dem AfD-Slogan von der »Diskriminierung der Vollzeitmutter« verbindet sie nichts. Auch die Abtreibung, die ihre Partei nun erschweren will, war in der DDR seit 1972 legal. Nicht für alle in der AfD ist die Gleichstellung von Mann und Frau so gewiss wie für sie, das weiß sie. Es scheint, als habe sie sich dafür entschieden, lieber nicht über diese Widersprüche nachzudenken.

In Dresden begegnen Schreiber nun öfter vollverschleierte Frauen. Bis 2015 kannte sie die nur aus Reiseberichten. »Extrem befremdlich«, sagt sie. »Ich dachte, es gibt das Vermummungsverbot.« Dass überhaupt so viele Flüchtlinge kämen, sei für die Sachsen neu. Im vergangenen Jahr wohnte Schreiber gegenüber einer Notunterkunft. Manchmal, sagt sie, seien ihr beim Joggen ein paar Männer hinterhergelaufen. Von einer Islamisierung ist Sachsen weit entfernt, nur 0,48 Prozent der Bevölkerung sind Muslime. »Wer weiß, was noch kommt«, sagt Schreiber und schweigt. Anscheinend geht es ihr doch um Gefühle – eine Mischung aus Angst vor Fremden, Furcht vor Veränderungen und dem Eindruck, irgendwie nicht genügend wahrgenommen zu werden. »Die AfD ist wie ein Hilferuf: Kümmert euch um uns!«, sagt Schreiber. Als sie aus dem Restaurant tritt, überquert eine vollverschleierte Frau die Straße, sie schiebt einen Kinderwagen. Schreiber triumphiert:

»Sehen Sie!«

RHEINLAND-PFALZ

Damian Lohr, 23, ist der jüngste Landtagsabgeordnete der AfD. Ein Mann mit schütterem Bart, er trägt ein braun kariertes Hemd. In dem gut gefüllten Café in der Nähe des Mainzer Landtags, in dem man ihn trifft, scheint er unter all den Großstädtern fast zu verschwinden. Er ist so unscheinbar wie die rheinland-pfälzische AfD, die sich noch keine Skandale geleistet hat.

Um zu beschreiben, wo er politisch steht, sagt er: »in der Franz-Josef-Strauß-Ecke«. Der langjährige bayerische Ministerpräsident und CSU-Chef starb lange vor Lohrs Geburt, Lohr hat sich seine Reden auf YouTube angesehen. Schon Strauß habe vor der »rot-grünen Ideologie« gewarnt, die heute in Deutschland herrsche. Von seiner Statur her, mit seinem breiten Gesicht, erinnert Lohr selbst ein wenig an Strauß.

Stolz erzählt er, dass er schon in der Schule mit seinen Ansichten aufgefallen sei. Die meisten Lehrer seien links gewesen, die habe man gut provozieren können. Im Sozialkundeunterricht meldete sich Lohr: Er teile die Begeisterung für den Arabischen Frühling nicht. In Ländern wie Ägypten werde doch nur ein totalitäres System durch das nächste ersetzt. Alle hätten komisch geguckt, nicht nur der Lehrer. Und habe er, Lohr, etwa nicht recht behalten mit Ägypten? Es scheint, als habe er aus seiner Oppositionshaltung viel Selbstbestätigung gezogen.

Fast sein ganzes Leben hat Lohr auf dem Land verbracht. Groß geworden ist er in Kriegsfeld, einer 1000-Einwohner-Gemeinde in der Pfalz. Er wächst bei der Mutter auf, einer Bürokauffrau, er sei »nicht ideologisch erzogen« worden. Mit 19 tritt er der AfD bei, »weil die CDU ihre Werte aufgegeben hat zugunsten jener der SPD«. Mit 20 geht er nach Mainz, um Wirtschaftsrecht zu studieren.

An diesem Sommertag in Mainz ist es noch einige Wochen hin bis zur Präsidentenwahl in den USA, und über Donald Trump hat man in deutschen Medien praktisch nur Negatives gehört oder gelesen. Lohr aber sagt: »Ich

finde Trump sympathisch.« Viele junge AfDler hört man von Trump schwärmen. Lohr erhofft sich von ihm »eine historische Zeitenwende«, vor allem eine Annäherung der USA an Russland. Als Trump die Wahl unerwartet gewinnt, sagt er, das habe ihn nicht überrascht. In Deutschland sieht Lohr sich und die AfD in Trumps Rolle des Kämpfers gegen das Establishment.

2017 wird ein großes Jahr für seine Partei, glaubt Lohr. Erst wird der Landtag von Nordrhein-Westfalen gewählt, wo die AfD noch nicht vertreten ist, dann der Bundestag. Bei jungen Wählern habe die AfD »ein Riesenpotenzial« – die seien »noch nicht so sehr geprägt von dem, was in Deutschland als die richtige Meinung gilt«. Lohr hat es auch zum Landesvorsitzenden der Jungen Alternative gebracht. Anders als früher ist er jetzt umgeben von Leuten, die ihm gewöhnlich zustimmen.

THÜRINGEN

An einem Septembertag tritt eine vollverschleierte Frau aus dem Fahrstuhl des Thüringer Landtages. Sie trägt ein Manuskript in den Händen, läuft durch die Flure und wird dabei gefilmt. Als sie im Plenarsaal anlangt, wird die Sitzung ihretwegen unterbrochen. Kurz darauf legt Wiebke Muhsal, 30 Jahre alt, Abgeordnete der AfD, den Nikab ab, zum Vorschein kommen lange blonde Haare, die ihr bis zur Hüfte reichen. Muhsal tritt ans Rednerpult: »Der Schleier macht Frauen gesichtslos, das wurde hier verdeutlicht«, sagt sie. Für ihre Aktion kassiert sie einen Ordnungsruf, und auf YouTube wird das Video von 39 000 Menschen aufgerufen, fast alle Zeitungen berichten. Muhsal hat erreicht, was sie erreichen wollte – maximale Aufmerksamkeit.

Muhsal ist eine Frau, die viel Aufsehen erregt. Ihr wurde vorgeworfen, bei einer Veranstaltung an der Erfurter Uni eine Frau gebissen zu haben, das Verfahren wurde eingestellt. Nun beschuldigt eine ehemalige Mitarbeiterin sie, deren Arbeitsvertrag um zwei Monate vordatiert zu haben. Von den beiden Scheingehältern will die Mitarbeiterin auf Anweisung Muhsals einen Internetauftritt sowie Möbel und Einrichtung für das Wahlkreisbüro in Jena bezahlt haben. Das Verfahren läuft noch.

Jetzt sitzt Wiebke Muhsal auf dem Jenaer Marktplatz, auf den Tisch zwischen sich und der Interviewerin hat sie einen Block gelegt, als wolle sie mitschreiben. Bis zum Schluss wird sie aber kein einziges Wort notieren. Die »Kopftuchaktion«, wie sie es nennt, hatte sie schon lange geplant. »Ich wollte aufzeigen, was für eine Wirkung es hat, gesichtslos zu sein.« Die Abgeordneten der anderen Parteien hätten sich sehr aufgeregt, sagt sie. Auf einmal sahen sich die Grünen fast in der Situation, die Vollverschleierung der Frau verteidigen zu müssen, worüber sich Muhsal heute noch sehr amüsiert. Es sind diese Widersprüche der anderen, die die AfD stärken. Und die AfD-Anhänger gehen stets einen Schritt weiter: Sie protestieren nicht nur gegen den Nikab, sie ziehen gleich einen über. Das Spiel mit der Entgrenzung: Wie weit kann man gehen? Die Trumpisierung der Politik.

Muhsal hat drei Kinder, vier, sechs und acht Jahre alt. Im Augenblick ist ihr Mann in Elternzeit, damit sie Vollzeit Politik machen kann. Das entspricht nicht dem klassischen Familienbild, das die AfD und auch sie propagieren. Was also stört Muhsal an Frauen, die 40 Stunden in der Woche arbeiten? »Frauen werden von der etablierten Politik primär als Arbeitskraft gesehen, sollen sich komplett an den Arbeitsmarkt anpassen. Familien sollten ihr Leben selbst einrichten können. Es sagt ja keiner, dass die Frau lebenslang zu Hause bleiben soll, im Gegenteil.« Das sieht die Familienministerin Manuela Schwesig ähnlich. Und sie ist in der SPD.

Seit 14 Jahren ist Muhsal mit ihrem Mann zusammen, mit 21 kam das erste Kind. Zum Jurastudium zog sie in den Osten, nach Jena, aufgewachsen ist sie in Münster, Nordrhein-Westfalen. Ihre Mutter arbeitet als Lehrerin, ihr Vater ist ein Privatier, er verdient sein Geld mit Aktien. Während des Studiums bewarb sich Muhsal bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, die CDU wäre ihre natürliche politische Heimat gewesen. »Aber die hat sich von ihren Werten entfernt.« Muhsal hat die CDU schon verlassen, als die AfD noch gar nicht existierte. Sie sei politikverdrossen gewesen, sagt sie. Vielleicht ist sie auch deshalb 2005 in die katholische Kirche eingetreten. Sie war auf der Suche. Wenn man sie fragt, wonach, bemüht sie sich, das Wort »Sinn« zu vermeiden.

Das klingt ihr zu esoterisch. Wenn sie jetzt in Erfurt auf den AfD-Kundgebungen spricht, schaltet der Bischof das Domlicht aus. Das ärgert Muhsal.

Das Thema Kirche hatte sie schon bei der ersten Begegnung mit ihr im Januar umgetrieben. Eine Demonstration der AfD auf dem Jenaer Marktplatz, auf dem sie jetzt sitzt. Vor ihr warteten damals etwa 750 AfD-Anhänger und hinter ihr 2500 Gegendemonstranten, die laut Technomusik abspielten. Muhsal sprach als Erste. Sie wirkte aufgebracht, ein paar Tage zuvor war ihr Jenaer Wohnhaus mit Farbbeuteln beworfen worden. Und zu Silvester hatten Flüchtlinge in Köln Frauen sexuell belästigt. »Jena ist nicht Köln«, rief sie über den Platz und griff Merkels Flüchtlingspolitik an. »Die Bundesregierung ist dabei, aus Jena Köln zu machen.« Da sprach eine attraktive, zierliche, blonde Frau in langem schwarzem Mantel. Ein potenzielles Opfer. Das verlieh ihren Worten zusätzliche Wucht. Die Menge rief: »Merkel muss weg!« Danach redete Muhsal eine Viertelstunde über die junge evangelische Gemeinde in Jena, die den Ruf hat, politisch sehr weit links zu stehen, über »den linken Sumpf, der nicht trockengelegt wurde«. Am Ende blieb der Eindruck, Muhsals wahrer Gegner sei nicht Merkel, sondern die Kirche. Beim Essen nach der Demonstration mit Alexander Gauland und Björn Höcke in der Grünen Tanne, dem Lokal der Burschenschaft Arminia, thronte Muhsal am Kopf des Tisches. Um sie herum saßen junge AfD-Männer, und sie las laut vom Display ihres Handys ab, was die Thüringer Presse über ihren Auftritt schrieb.

Jetzt auf dem Jenaer Marktplatz zerkaut sie die Eiswürfel ihrer Apfelschorle. Sie nimmt ihren Parteiausweis aus der Handtasche und legt ihn auf den Tisch. Am 5. November 2013 trat sie ein. Einerseits ist Muhsal gegen die Frauenquote, andererseits mahnt sie Frauenrechte an, fürchtet eine Islamisierung Deutschlands. »Wenn man sich die Situation der Frau im Islam anguckt, da müssen wir uns fragen: Wie wollen wir leben?« In Thüringen leben weniger als ein Prozent Muslime. Sieht sie ernsthaft die Gefahr einer Minorisierung der Deutschen? »Wir sehen die Entwicklung von

Parallelgesellschaften in Westdeutschland. Man muss nicht so lange warten, bis es so weit ist.« Muhsal lächelt nun. Sie könnte ihr zweites Staatsexamen ablegen und Richterin werden, wie sie es sich wünscht. Warum engagiert sie sich in der AfD? »Ich will das Gefühl haben, dass das, was ich mache, zählt. Dass es etwas bewirkt.« Diesen Satz sagen mehr oder weniger alle Gesprächspartner von der Jungen Alternative. Im Augenblick scheint es, als könne man kaum irgendwo mehr bewirken als in dieser Partei. Dort ist die Kritik »am herrschenden System« am lautesten und wird am meisten wahrgenommen. Sie sind die neuen Unbekannten, über die Texte wie dieser geschrieben werden, um zu ergründen, wer sie sind und was sie antreibt. Die Frage bleibt: Was hat all diese jungen Menschen so weit vom System entfernt?

SACHSEN-ANHALT

Ein Café im Zentrum von Bitterfeld. Durch die Glasfront kann man gut beobachten, was in der Stadt so vor sich geht: nicht viel. Die meisten Häuser in der Innenstadt sind renoviert, aber die Straßen sind leer. Auch im Café ist an einem Werktag gegen Mittag fast niemand. Daniel Roi kommt pünktlich, ein Mann mit Kinnbart und strengem Gesichtsausdruck. Sein Poloheemd ist bis oben zugeknöpft. Er bestellt Würzfleisch, einen Klassiker der DDR-Küche, mit Käse überbackenes, stark gewürztes Schweinefleisch.

Daniel Roi ist Landtagsabgeordneter in Magdeburg, seine AfD hat unter allen Landesverbänden den wohl schlechtesten Ruf. Ein Kollege Rois hat gefordert, mit der Identitären Bewegung zusammenzuarbeiten. Roi hat mit einem offenen Brief dagegehalten: Die AfD in Sachsen-Anhalt müsse ihr »Schmuddel-Image« loswerden. Vom Landesvorstand der Partei wurde er für den Brief gerügt, es scheint ihm nichts ausgemacht zu haben. Wahrscheinlich hat der Brief seine Machtposition eher gestärkt.

»Ich sehe mich als Kämpfer für die unterste Ebene, die Kommunen«, sagt er. Die bunten Fassaden vor dem Fenster mag er nicht als Zeichen von Wohlstand deuten, für ihn ist es hier düster: leere Kassen, Abwanderung, zu viele Flüchtlinge, die womöglich gar keine sind. Dabei geht es Bitterfeld gar

nicht so schlecht, die Arbeitslosenquote liegt unter dem Landesdurchschnitt. Doch Roi sagt: »Das kann man niemandem erklären, dass Jugendclubs und Grundschulen hier schließen, und für die Flüchtlinge ist plötzlich Geld da.« In Bitterfeld und Umgebung herrsche »ein Riesenverdruss«.

Roi ist erst 28, und er hat die AfD in Sachsen-Anhalt groß gemacht. Er hat den Landesverband mitgegründet und dann den Wahlkampf organisiert, der zum bisher größten Erfolg der AfD führte: 24,3 Prozent. In Bitterfeld sitzt Roi auch im Stadtrat und im Kreistag, hier hat er ein Direktmandat geholt, wenige junge AfDler sind so erfolgreich wie er. Bitterfeld ist durch ihn zu einem Symbol geworden: AfD-Land, das seine Gegner »Dunkeldeutschland« nennen. Für seine Leute ist Roi ein Sieger. Warum wirkt er so mürrisch?

Er sagt, schon im Stadtrat habe er die Erfahrung gemacht, dass die anderen Parteien »alle unter einer Decke stecken«. Das Gleiche erlebe er nun auch im Landtag. Der sei »eine Riesenshowbühne«, in der »die Probleme nicht gelöst werden«.

Das Parlament herabzusetzen ist eine Taktik, die man bei rechten Parteien immer wieder findet. Für Roi vertritt allein seine Partei das Volk gegen eine abgehobene Elite, die die Lebenswirklichkeit nicht mehr erkenne. Für Roi gibt es nur dieses »wir gegen die« – hier die kleinen Leute gegen jene, die die Entscheidungen treffen. Es ist ein Weltbild der Ohnmacht, das Roi vertritt. Wenige verstehen es so gut wie er, die Wut des Ostens in politische Energie zu verwandeln. Doch nun ist er selbst Teil der Show, auch seine Freundin sitzt für die AfD im Landtag.

Daniel Roi ist in Wolfen geboren, er wächst in einer der größten Plattenbausiedlungen Deutschlands auf. Damals, in den neunziger Jahren, ist Bitterfelds Zeit als schmutzigste DDR-Industrieregion bereits vorbei. Rois Mutter ist Friseurin, sein Vater Streckenkontrolleur bei der Straßenmeisterei. Ein konservatives Arbeitermilieu, so beschreibt es Roi, man wählt mal die eine, mal die andere Volkspartei. Sein Vater stirbt früh. Mit 18 gründet Roi eine Bürgerinitiative gegen die Gebietsreform, die Bitterfeld und Wolfen zusammenschweißt. Bis heute könne sich niemand mit dem Konstrukt

identifizieren, sagt er, »das ist wie mit der EU«.

Roi studiert schließlich Agrarwissenschaften in Bernburg, eine knappe Autostunde von Bitterfeld entfernt. Ganz weg will er nicht. Schon mit zehn Jahren ist er der freiwilligen Feuerwehr seines Stadtbezirks beigetreten, heute ist er Vorsitzender des Feuerwehrvereins. Sein Wahlkreis umfasst das Viertel, in dem er einmal in die Kita ging.

Mit Parteien konnte er lange nichts anfangen. Wenn, dann taugten sie als Feindbild. Das sind heute für Roi vor allem die Grünen. Sie wollten »alles abschaffen, was Deutschland ausmacht, das Brauchtum, die Kultur«. Auf die Plakate für die Landtagswahl lässt er später die Deutschlandfahne vor weiter Landschaft drucken, das genügt.

Wie Franziska Schreiber aus Dresden ist Daniel Roi 2013 im Fernsehen auf den damaligen AfD-Vorsitzenden Bernd Lucke aufmerksam geworden. Mehrmals fällt ihm Lucke in Talkshows auf, schließlich auch in jener *hart aber fair*-Sendung, in der die anderen Gäste Lucke als Europafeind angreifen, weil der die Einführung des Euro für einen Fehler hält. Diese Einmütigkeit erscheint Roi »völlig irre«. Auf Facebook entdeckt er ein Grundsatzpapier der gerade eben gegründeten AfD. »Ob es um Steuern ging oder um Gender« – Roi spricht Gender mit deutschem G aus – »oder um Einwanderung nach klaren Regeln, ich konnte unter alles einen Haken machen.« Der Betreuer der AfD-Facebook-Seite diskutiert viel mit den Leuten, die dort Beiträge schreiben, das gefällt Roi. Von allen Parteien hat die AfD heute die meisten Facebook-Anhänger, mehr als doppelt so viele wie die CDU.

Die anderen Parteien nennt Roi »Lügenbande«. Wie Roi reden viele in der AfD. Sie rechtfertigen das damit, dass die AfD ja von den anderen Parteien auch angegriffen werde – und von den Medien noch dazu. Als nach dem AfD-Wahlrekord in Bitterfeld Spiegel-TV in die Stadt kommt, sieht eine Reporterin nach einer Straßenumfrage nur Hass und »Neid auf Ausländer«. Man kann Rois Weltbild hermetisch finden, aber das der Gegenseite ist manchmal nicht unbedingt durchlässiger.

Aus dem Landtag in Magdeburg, wo CDU, SPD und Grüne gemeinsam die Regierung bilden, hört man, Roi trete dort sehr kühl und distanziert auf. Wie in allen anderen Landtagen, denen die AfD angehört, hat sie sich auf strikte Opposition festgelegt. »Irgendwann werden wir hier regieren«, sagt Roi, »wenn auch nicht in dieser Legislaturperiode.«

BADEN-WÜRTTEMBERG

Auch wenn in den USA nicht nur die »angry white men« Donald Trump gewählt haben, bilden sie doch seine stärkste Machtbasis. In Deutschland sind die zornigen weißen Männer vor allem in der AfD – wie der Vorsitzende der Jungen Alternative, Markus Frohnmaier, und sein Stellvertreter, Reimond Hoffmann. Die beiden gelten als rechte Hardliner ihrer Partei.

Reimond Hoffmann erscheint als Erster im Restaurant neben dem Stuttgarter Landtag, in dem 22 Abgeordnete der AfD sitzen, die Partei hat hier im Frühjahr ihr zweitbestes Ergebnis in Deutschland erzielt. Hoffmann ist 29, Burschenschaftler, trägt einen dunkelblauen Anzug und ein weißes Hemd, seine Haare sind bis auf die Kopfhaut abrasiert. Aufgewachsen ist er in Freiburg im Breisgau. Wenn man ihm zuhört, war dies eine Zumutung – unter einer »linken Oberherrschaft« mit einem Bürgermeister der Grünen. Im Unterricht musste Hoffmann Ökohäuser besuchen, zu Anti-Irakkriegs-Demos wurde er »abkommandiert«. Er hatte das Gefühl, er sollte lernen, Skepsis gegenüber Deutschland zu empfinden, und wünschte sich nichts mehr, als sein Land gut zu finden. Die Lehrer und Mitschüler seines Gymnasiums seien eindeutig links gewesen, sagt er, mit 14 Jahren trat er in die Junge Union ein. »Wenn du jung und männlich bist, willst du rebellieren.« Damals galt die CDU noch als Hort der Rebellion in Freiburg.

Und dann sah Hoffmann, wie die CDU nach und nach von ihren konservativen Überzeugungen abrückte. Er nennt nur Schlagworte: die Abschaffung der Wehrpflicht, der Islam gehört zu Deutschland, die Akzeptanz der Homo-Ehe. Seine Wut wuchs, und so verließ Hoffmann vorerst Deutschland, um in Budapest Internationale Wirtschaft zu studieren. Als schließlich gegen Ende seines Studiums die AfD gegründet wurde, flog er

sogleich zum ersten Landesparteitag nach Baden-Württemberg. Er sagt, ihm sei damals schon klar gewesen, dass es nicht nur um den Euro gehe, sondern um ein neues gesamtgesellschaftliches Konzept. Hoffmann will den Umbruch. »1968 in umgekehrter Richtung.« Die Rache an seinen Lehrern.

In diesem Augenblick stößt sein Chef Markus Frohnmaier hinzu, er hatte im Stau gestanden. Im ersten Moment möchte man laut auflachen, die beiden sehen sich sehr ähnlich, auch Frohnmaier ist klein, trägt Blau, und seine Haare sind kurz rasiert. Er ist vier Jahre jünger als Hoffmann und ein wenig fülliger. Frohnmaier studiert Jura und ist zugleich einer der Sprecher der Parteivorsitzenden Frauke Petry. Die beiden Männer kennen sich seit 2013, als sie die Junge Alternative mitgründeten. Sie führen diese gemeinsam mit Sven Tritschler, dem zweiten Vorsitzenden, der in Köln lebt und sich als Europa-Hasser gibt, obwohl er im Europaparlament arbeitet. Sieht man in ihre Gesichter, sieht man die Zukunft der Partei.

Einige der Älteren in der AfD halten die Jüngeren für rechts, für extremer als den Rest der Partei. »Wir versuchen, mit Tabubrüchen auf uns aufmerksam zu machen«, sagt Frohnmaier. »Damit sind wir sehr erfolgreich. Ich kenne keine andere Parteijugendorganisation, die eine ähnliche Durchschlagskraft hat.« Schon 2013 nahm Frohnmaier Kontakt zu Mitgliedern der österreichischen FPÖ auf, damals wurde er dafür noch von der Parteiführung abgemahnt. Diesen Sommer traf sich Frauke Petry mit dem FPÖ-Vorsitzenden. Frohnmaiers Forderung »Einwanderungsstopp für Muslime« hat inzwischen auch Alexander Gauland übernommen. Keine Frage: Frohnmaier und Hoffmann sehen sich als Avantgarde ihrer Partei.

Eine der Tabubruch-Kampagnen hat Reimond Hoffmann erfunden. Als Antwort auf die Juso-Kampagne »Wir brauchen Feminismus, weil ...« forderte er JA-Mitglieder auf, Slogans auf Pappschilder zu schreiben – Slogans wie: »Ich bin kein Feminist, weil jede Frau selbst entscheiden kann, ob sie Hausfrau wird.« Über Feminismus und Genderthemen können sich Hoffmann und Frohnmaier sehr aufregen. Die beiden machen sich lustig darüber, dass man bei Facebook zwischen sechzig verschiedenen

Geschlechteridentitäten wählen kann. »Es gibt zwei Geschlechter. Und es gibt Unterschiede zwischen Mann und Frau«, darin sind sich Hoffmann und Frohnmaier einig. Als die Reporterin später für alle die Rechnung bezahlt, sagt Reimond Hoffmann: »Ich lasse mich eigentlich nicht gern von Frauen einladen.«

Hoffmann und Frohnmaier sind Männer, die gern provozieren. Es fällt auf, dass sich viele junge AfDler wenig Mühe geben, bei ihrem Gegenüber gut anzukommen. Im Unterschied zu Politikern anderer Parteien wollen sie nicht gefallen. Eigentlich finden sie es sogar besser, abgelehnt zu werden. In der Ablehnung sind sie stark und können sich stets ungerecht behandelt fühlen. Wie die meisten jungen AfD-Anhänger setzen Frohnmaier und Hoffmann gern Ausrufezeichen an das Ende ihrer Sätze, und sie setzen gern mehrere hintereinander. Innerhalb von Sekunden schaffen sie alle Genderbeauftragten Deutschlands als unnütz ab und überlegen, wem man das Geld stattdessen geben sollte: den Ingenieurwissenschaften. Was irritiert, sind nicht immer ihre Aussagen oder ihre Fragen – manche davon sind auch berechtigt. Was irritiert, ist ihre Gewissheit, absolute Wahrheiten zu verkünden. Dialog scheint innerhalb ihres Systems nicht zu existieren. Diejenigen, die sich so gern auf die Meinungsfreiheit berufen, brüllen ihrerseits gern Andersdenkende nieder. Hoffmann schreibt auf Facebook zum Tag der Deutschen Einheit in Dresden: »Danke vor allem an jene Patrioten, die in Dresden den Auftritt von Angela Merkel mit Protesten und Rufen begleiten.«

Beiden Nachwuchspolitikern wird eine Nähe zur rechtsextremen Identitären Bewegung nachgesagt. In diesem Sommer hat die Junge Alternative sich offiziell von ihr distanziert, es gibt einen Unvereinbarkeitsbeschluss. »Wir können nicht mit einer Organisation kooperieren, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Wir dürfen uns nicht angreifbar machen«, sagt Frohnmaier. »Auch wenn ich die Beobachtung durch den Verfassungsschutz nicht nachvollziehen kann.« Er hält ein bisschen Distanz, aber nicht zu viel, um die Anhänger der Identitären nicht zu verärgern.

Es gibt Hinweise, dass Frohnmaier bei der ebenso vom Verfassungsschutz

beobachteten islamfeindlichen German Defence League (GDL) aktiv war. Er wehrt ab. »Eine Beteiligung in Form einer Mitgliedschaft hat nie stattgefunden.« Er kenne nur Leute aus deren Umfeld. Vor der Jungen Alternative habe er sich viele Bewegungen angeschaut, wie die Identitären und die GDL, weil die etwas tun wollten gegen den Islamismus. Reimond Hoffmann mischt sich ein, er sagt, sie schauten sich aber auch ihre linken Gegner an: Femen zum Beispiel, die Feministinnen, die meist barbusig demonstrierten. Die beiden halten die Daumen hoch. Das gefalle ihnen. Sie kichern.

Als gelungenes Beispiel kultureller Assimilation nennt Frohnmaier dann auch seine russische Verlobte: »Sie will deutsches Brauchtum und die Sprache kennenlernen.«

Überhaupt Russland. Frohnmaier war mehrmals dort. »Ich bin stolz, dass wir die erste Jugendorganisation sind, für die das transatlantische Westbündnis keine heilige Kuh mehr ist.« Er lässt seine Worte kurz wirken. »Wir versuchen, vorbildlich die Sanktionen gegen Russland umzusetzen, aber machen Geschäfte mit China und Saudi-Arabien. Die Altparteien sind nicht konsequent.«

Altparteien nennt er alle anderen Parteien außer der AfD. Es klingt nach antik, überholt, dem Tod geweiht. Das passt zu einem von Frohnmaiers umstrittensten Auftritten bei einer Kundgebung im Oktober 2015 in Erfurt. Dort steht er in dicker Jacke hinter einem Pult, um das eine Deutschlandflagge gewickelt ist. Die Stimmung ist aufgeheizt, die Menge ruft abwechselnd »Lumpenpack« und »Volksverräter«, wenn es um die »Altparteien« geht. Zu Beginn fast schüchtern, steigert sich Frohnmaier in seine Rede hinein, brüllt schließlich fast ins Mikrofon: »Wenn wir kommen, wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet!« Er habe die Politik gemeint, nicht die Menschen, sagt er heute. Die Grünen bezeichnet er nur als »die Partei mit eigener Pädophiliekommission«. \Die Grünen symbolisieren auch für Hoffmann und Frohnmaier alles, was falsch läuft in Deutschland, sie stehen für Gender-Mainstreaming, Feminismus, Veggie-Day, Abtreibung, Multikulti,

Anti-Atomkraft. Für die beiden sind die Grünen die Vertreter der verhassten 68er, die ihnen vorschreiben wollen, was moralisch richtig ist und was nicht. »Die deutsche Geschichte ist mehr als Völkermord und Kriegsschuld«, sagt Hoffmann.

Was die großen historischen Traumata angeht, offenbart sich bei den jungen AfD-Anhängern Geschichtsmüdigkeit. Sie vereint die Sehnsucht nach einem Ende der Vergangenheit. Nach einem Ende der Schuld. Im Unterschied zu früher teilen sie diese Sehnsucht nicht nur mit ein paar Rechtsextremen, sondern sie reicht bis tief in die junge Mittelschicht hinein. Deshalb betont der AfD-Nachwuchs nun das Gegenteil: die Liebe zur Heimat, das Patriotische. In gewissem Sinne ist die junge AfD der Backlash gegen die deutsche Erinnerungskultur.

Was bleibt nach dieser Reise? Auch wenn es nur ein Ausschnitt ist: viele junge Menschen, in der Mehrheit Juristen, denen es gut geht, die aber befürchten, dass sich daran etwas ändern könnte. Die gern mit Gesetzen argumentieren, um ihre Ansichten zu stützen, als hätten Gesetze auf jede Frage des Lebens eine verbindliche Antwort. Mittelschichtskinder, vereint in ihrem Hass auf »die Eliten« und das »Establishment« und in ihrem Streben nach Macht, das sie zu einem Teil dieses Establishments machen könnte. Im Umgang mit der Presse geben sie sich misstrauisch bis übellaunig, zugleich suchen sie das Scheinwerferlicht. Vor ein paar Jahren wären die meisten von ihnen vermutlich in der CDU gelandet.

Nun scheinen sich CDU, SPD, Grüne und selbst Linke aber in vielem sehr einig zu sein und bezeichnen ihre Politik gern als »alternativlos«. Dadurch wirken sie oft selbstgefällig, setzen damit Andersdenkende von vornherein herab oder brandmarken sie als moralisch und politisch inkorrekt. Und nun sagen die Unzufriedenen, verstärkt durch die sozialen Netzwerke, auf einmal öffentlich Sätze, die man für unsagbar, vertreten Überzeugungen, die man für überwunden hielt – und können sich dabei wie die neuen Rebellen fühlen.

Irgendwann an diesem Nachmittag in Stuttgart kommt heraus, dass es zwischen Frohnmaier und Hoffmann eine ganz eigene Verbindung gibt, dass

die »Liebe zu Deutschland« für sie eine ganz eigene Bedeutung hat. Markus Frohnmaier wurde als Baby aus einem rumänischen Kinderheim adoptiert und wuchs in Schwaben auf. Und auch Reimond Hoffmann wurde in Rumänien geboren. Seine Familie gehört zur deutschen Minderheit der Banater Schwaben. Sein Vater saß wegen eines Fluchtversuches im Gefängnis, sein Großvater war im Gulag. Unter dem früheren Präsidenten Ceauşescu wurden die Minderheiten verfolgt. Hoffmanns Familie musste ihr Deutschsein unterdrücken. Erst 1989, als Reimond Hoffmann drei Jahre alt war, zog die Familie nach Deutschland. Endlich durfte Hoffmann Deutscher sein. Er sagt: »Ich würde gern stolz sein auf das, was ich bin.«

Der Chef und sein Stellvertreter sind gebürtige Rumänen. Zwei Einwanderer, die nun gegen Einwanderer sind. Zwei, die fordern, dass in den Schulen morgens die deutsche Nationalhymne gesungen wird. Zwei, für die Deutschland ihre ganze Identität bedeutet. Der Spruch der von ihnen verachteten 68er betrifft sie auf besondere Weise: Das Private ist politisch.

Ursachen für den Ruck nach rechts

Wenn die stolzen Geister denken

Wie der Philosoph Marc Jongen, ein enger Vertrauter Peter Sloterdijks, die Ideologie der AfD vorantreibt. Und was von den Werten der Partei zu halten ist.

VON JÖRG SCHELLER

DIE ZEIT, 14.01.2016 Nr. 03

So stumpf die Parolen, so bizarr die Einlassungen zu den jüngsten Debatten über Nation und Rassismus – noch immer inszeniert sich die Alternative für Deutschland (AfD) als Hort akademisch veredelten Politisierens. Man wuchert auf Wahlplakaten mit Dokortiteln, sieht sich als »Partei der Vernunft«, und ein in obsoleten Rassentheorien wildernder Hanswurst wie der thüringische AfD-Vorsitzende Björn Höcke lässt es sich nicht nehmen, sein akademisch verbrämtes Ressentiment auf Tagungen zu verbreiten.

In der Nachfolge von Intellektuellen wie Oswald Spengler und Carl Schmitt ist die Partei stolz darauf, dass rechtskonservatives, aus ihrer Sicht also aufklärerisches, Gedankengut mal nicht von Glatzen, sondern von Denkfalten und Geheimratsecken überwölbt wird. Die AfD politisiert mit Bildungsbürger-Aura und gibt sich den Anschein wissenschaftlicher Seriosität, wenn sie die »Lügen« der Presse und die »Irrationalität« von Angela Merkels Politik geißelt. Offenbar wähnt sie sich im Besitz von Wahrheit und Rationalität. Was aber kommt heraus, wenn man sie einer Rationalitätsprüfung unterzieht?

Die Antwort ist eindeutig: In den frei zugänglichen Thesenpapieren und Parteitagsbeschlüssen wimmelt es von irrationalen und romantisch-mythologischen Passagen. Paradebeispiele dafür bieten ausgerechnet die vom Parteiphilosophen Marc Jongen mitverfassten Dokumente. Jongen ist einerseits akademischer Mitarbeiter für Philosophie an der Karlsruher

Hochschule für Gestaltung, wo er viele Jahre dem ehemaligen Rektor Peter Sloterdijk als Assistent diente. Zum anderen agiert er als stellvertretender Sprecher und Programmkoordinator des AfD-Landesverbands Baden-Württemberg sowie als Mitglied der AfD-Bundesprogrammkommission. Wenn es einen gibt, der die Seriosität dieser Partei zu garantieren scheint, dann Jongen. Wofür aber steht er?

Unter anderem unter seiner Federführung lehnte der AfD-Landesparteitag Baden-Württembergs die Gleichstellung der Geschlechter mit der Begründung ab, man wisse sich dabei »mit den ethischen Grundsätzen der großen Weltreligionen einig«. Diese dürften nicht »auf dem Altar der pseudowissenschaftlichen Gender-Ideologie« geopfert werden. Es ist schon erstaunlich, ausgerechnet Religionen mit dem Argument zu verteidigen, Gender sei »pseudowissenschaftlich«. Sind Religionen also wissenschaftlich fundiert?

Weiterhin heißt es, die »klassische Familie« müsse geschützt werden. Was genau ist damit gemeint? Vielleicht jener patriarchalische Miniaturstaat, den Jongens Mentor Sloterdijk einmal als letzte Bastion des Absolutismus bezeichnete? Das polygame Familienmodell des Islams, das die Zusatzoptionen nur Männern zugesteht? Oder die Privilegierung männlicher Nachkommen im Hinduismus, die häufig zur Abtreibung oder gar Tötung weiblicher Nachkommen führt? »Klassische Familie« ist ein »Begriff ohne Anschauung« (Immanuel Kant). Die »Grundsätze der Weltreligionen« wiederum in einen Topf zu werfen hätte in der von der AfD zurückersehnten guten alten Zeit des christlichen Abendlandes die Inquisition auf den Plan gerufen.

Im selben AfD-Dokument ist von der »Natur des Menschen« die Rede, welche es vor der grassierenden Gender-Ideologie zu retten gälte. Man besinnt sich also auf den neuzeitlichen Humanismus: Es gibt viele Menschen, doch sie alle verbindet ein stabiler Wesenskern. Mit dieser Behauptung gerät die Partei in einen nicht ungravierenden Selbstwiderspruch, hatte doch Marc Jongen einst das glatte Gegenteil behauptet. 2001 schrieb er in dieser Zeitung

einen anregenden Essay über Biotechnologie – programmatischer Titel: *Der Mensch ist sein eigenes Experiment*. Man könne den bereits real existierenden Posthumanismus nicht auf »der letzten historischen Schwundstufe humanistischer Moral« begründen. Die Essenz, und damit die Natur, sei dem Menschen unwiderruflich abhandengekommen. Als Konsequenz des epochalen Wandels vom Menschen als Subjekt zum Menschen als Projekt forderte der Philosoph »kreative Intelligenz« und »kybernetische Lernschleifen«.

Was aber sagte er 2014? »Alle von der AfD bisher formulierten Ziele tragen restaurative Züge« – und das, so der Subtext, sei in pauschalprogressiven Zeiten die eigentliche Innovation.

Dass man heute nicht wie selbstverständlich von »der Natur« sprechen kann, dass man in einer Ära transnationaler Informations- und Warenströme nicht mehr nichts für nichts zu nationaler Demokratie zurückfinden wird, dass Rechtsstaatlichkeit nicht einfach »restauriert«, sondern in langwierigen Prozessen mit den neuen globalen Mächten ausgehandelt werden muss – all das scheint für die AfD keine Rolle zu spielen. Wenn die Partei dann noch die vermeintlich scharf konturierte Nation gegen das vermeintlich diffuse Globale ins Feld führt, so spielt sie Imaginäres gegen Imaginäres aus. Vertreter der transdisziplinären Karlsruher Schule wie Jongen sollten wissen, dass gerade das Konzept des Nationalstaats der hybriden Globalisierung den Weg bereitet hat: als »imaginierte Gemeinschaft« (Benedict Anderson), die ein heterogenes Ausgangsgemisch zu homogenisieren versucht, nimmt es die Globalisierung als »Glokalisierung« (Roland Robertson) und »imaginierte Welten« (Arjun Appadurai) vorweg.

Identifiziert Jongen das Deutschland in seinem »AfD-Manifest« (2014) zu allem Überfluss mit »Sprache« und »Familie«, dann wäre ein deutschsprachiger IS-Anhänger und polygamer Familienvater ein legitimer Teil von ihm. Ein alleinstehender, des Deutschen nicht mächtiger Brite, der keine Bedrohung fürs geheiligte Vaterland darstellt, würde hingegen nicht zu Letzterem gehören. Jüngst rettete sich Jongen in die fadenscheinige

Argumentation, die von seiner Partei verteidigten Traditionen, Staatsideen und Geschlechterrollen seien zwar konstruiert, aber man müsse »pflöglich umgehen mit den notwendigen Illusionen«. Wer aber entscheidet, was »notwendig« ist? Warum die AfD und nicht etwa, sagen wir: Lady Gaga, die ein paar Follower mehr hat? Das ist Carl Schmittscher Dezisionismus in Reinform.

Auch die »signifikante Steigerung der Geburtenrate« haben sich Jongen und die AfD auf die Fahnen geschrieben, mithin ein Rezept aus der biopolitischen Mottenkiste der Neuzeit. Damals bestand, mit Jongens Doktorvater Sloterdijk gesprochen, »die Maßnahme aller Maßnahmen ... in der staatlich und kirchlich verfügten Maximierung der ›Menschenproduktion««. Wie aber kommt es, dass eine Partei überwiegend älterer, wohlhabender, weißer und akademisch sozialisierter Bürger sich als deutscher Geburtensteigerungsverein gebärdet? Ist es nicht so, dass genau die AfD-Kombination weiß-wohlhabend-akademisch heute den Rückgang der Geburtenrate bedingt? Als glaubwürdiges nationales Kopulationskommando taugt die AfD so wenig wie Sloterdijk als Steuerberater. Ein bisschen mehr existenzielle Lockerheit, Reggae statt Wagner, weniger Strebertum und Apokalyptik würden wohl effizienter für Kindersegen sorgen.

Aber genau das ist mit der AfD nicht zu machen. Man möchte sich endlich wieder stark fühlen! Weite Teile der AfD wünschen sich ein männlich-heroisches Deutschland zurück – ein Deutschland, das dem »Thymos« (griechisch »für Stolz, Zorn«) huldigt, wie Jongen das nennt. Wer sich aber mit durchaus thymotischer Verve über die AfD und Jongen empört wie jüngst der Kunsthistoriker Beat Wyss oder der Architekturtheoretiker Stephan Trüby, denen werden die Segnungen der neuen deutschen Stolzromantik nicht zuteil. Sie gelten als Querulanten, Denunzianten, Nestbeschmutzer. Wer nicht mit uns stolzt, stolzt gegen uns! Dabei zeigen gerade Wyss und Trüby, dass das von der AfD als vermisst gemeldete »Erregungspotenzial« mitnichten versiegt ist.

Und haben nicht ausgerechnet die Queeren, Veganen, Transkulturellen neue

Formen des Stolzes geprägt? Die neuen thymotisch-emanzipatorischen Strömungen jenseits von Hymnensingerei und Rekurse auf verkrachte Existenzen wie Schmitt und Spengler werden von der AfD einfach ausgeblendet. In Wahrheit geht es ihr somit nicht einmal um Konservatismus, also: um Stagnation. Es geht ihr um Regression.

Kurzum, in Sachen wissenschaftlicher, rationaler, aber auch moralischer Redlichkeit steht die AfD den von ihr geschmähten Parteien in nichts nach. Just der einst nach vorne blickende, inspirierende Intellektuelle Jongen hat zum Sturz Bernd Luckes beigetragen und so den populistischen, nationalromantischen und völkischen Strömungen der Partei Aufwind verschafft. Er selbst sieht darin offenbar einen dialektischen Schachzug, einen Stachel im Fleische einer müden Mediokratie: »Genuin liberal zu sein heißt heute, konservativ zu sein. Zuweilen sogar reaktionär.« Dabei begeht Jongen den Fehler, die Wirkung der Botschaft mit der Botschaft selbst zu verwechseln: Eine Idiotie durch eine andere Idiotie zu Fall zu bringen macht die zweite Idiotie nicht weniger idiotisch. Und warum sollten ausgerechnet akademische Papiertiger wie er dafür prädestiniert sein, eine »Erziehung zur Männlichkeit« (Jongen) zu übernehmen? Das ist, als ginge man in ein Veganer-Restaurant, um einen saftigen Rindsburger zu bestellen.

Wenn schon konservative Avantgarde als Antidot eines als selbstläufig und ignorant empfundenen linksliberalen Mainstreams, dann eine originelle, eigensinnige, glaubwürdige! Man denke etwa an den hierzulande weithin unterschätzten Politphilosophen Eric Voegelin, der amerikanische Common-Sense-Philosophie mit einem als Religion der Unbestimmtheit verstandenen Christentum verquickte und der Karl Poppers »offene Gesellschaft« erst in Verbindung mit der »Offenheit der Seele« gelten ließ. Insbesondere an Letzterer gebricht es der AfD. Oder an den philosophischen Schriftsteller Günther Anders. Seine schillernden Theoreme wie das der »prometheischen Scham« oder seine Forderung nach »moralischer Phantasie« lassen die biedere, sich in geistige Notdurftsgebilde des 19. und frühen 20. Jahrhunderts flüchtende Butzenscheibenromantik der AfD genau so alt aussehen, wie sie

ist.

***Jörg Scheller** lebt als Kunstwissenschaftler und Musiker in Bern, zuvor hatte er an der Hochschule für Gestaltung in Karlsruhe promoviert. Er hat den Band »Anything Grows – zur Geschichte, Ästhetik und Bedeutung des Bartes« mitherausgegeben (Steiner Verlag).*

Ursachen für den Ruck nach rechts

Es gehört nicht jeder dazu« – »Ein Schreckensgedanke«

Die eine will das Asylrecht abschaffen, die andere glaubt, dass dies einer Abschottung des Landes gleichkäme; was für die eine »Gender-Ideologie« ist, ist für die andere eine Errungenschaft der modernen Gesellschaft. Ein Streitgespräch zwischen Frauke Petry (AfD) und Katrin Göring-Eckardt (Grüne)

VON MATTHIAS GEIS UND TINA HILDEBRANDT
DIE ZEIT, 26.01.2017 Nr. 05

DIE ZEIT: Frau Göring-Eckardt, erinnert Sie die AfD an die Anfänge der Grünen?

Katrin Göring-Eckardt: Es gibt einen entscheidenden Unterschied: Die Grünen wollten damals nicht das Land spalten, sondern haben auf drängende, reale Probleme hingewiesen – Atomkraft, Gleichberechtigung, Bürgerrechte, Frieden, Umwelt. Wir wollten das Land zusammenbringen. Es ging darum, die Welt ein bisschen besser zu machen.

DIE ZEIT: Frau Petry, denken Sie Ihrerseits, Sie können von den Grünen oder vielleicht sogar von Frau Göring-Eckardt persönlich etwas lernen?

Frauke Petry: Auch die Grünen wurden als Anti-Establishment-Partei gegründet, die sie heute nicht mehr sind. Ihrer Unterscheidung, Frau Göring-Eckardt, widerspreche ich zutiefst: Es geht auch uns um die Korrektur realer Probleme – einer Währung, die nicht funktioniert, einer EU, die perspektivlos geworden ist. Wer das nicht für real hält, lebt nicht in der Realität. Wie geht es mit unserer Wirtschaft, unserem Sozialsystem weiter? Diese Probleme haben uns angetrieben. Einen fundamentalen Unterschied gibt es dennoch: Die Anfänge der Grünen wurden von einer wesentlich größeren Sympathie

der Medien begleitet.

DIE ZEIT: Grüne und AfD treten als Antipoden der politischen Auseinandersetzung auf. Was macht diese Gegnerschaft aus?

Frauke Petry: Wenn Frau Göring-Eckardt sagt, die Grünen wollten die Welt besser machen, ist das nicht nur ziemlich überheblich, es zeigt auch den Unterschied: Wir wollen Realpolitik machen. Die Grünen dagegen versuchen, Utopien zu verkaufen, wenn auch zunehmend weniger erfolgreich. Sie schreiben die Vision vom neuen Menschen fort. Aber der Mensch ist, wie er ist. Eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft sollte ihn nicht umerziehen, sondern mit all seinen Facetten abbilden, ihn begrenzen, wo es nötig ist, und ihm Freiheiten lassen, wo es möglich ist. Hobbes und Rousseau. Ein Staat braucht Grenzen und Regeln, die Freiheit des einen Menschen endet da, wo die des anderen anfängt.

Katrin Göring-Eckardt: Wir sind seit über 30 Jahren deshalb erfolgreich, weil wir aus Visionen reale Veränderungen gemacht haben. Sorry, aber wir regieren gerade in elf Bundesländern mit. Ich kann Ihnen sagen, da kommt man mit Utopien nicht besonders weit.

Frauke Petry: In der DDR wurde unter dem Primat der sozialistischen Ideologie ...

Katrin Göring-Eckardt: ... wollen Sie eine unserer Landesregierungen mit der DDR vergleichen?

Frauke Petry: Ich sage, dass das Regieren kein Beweis für unideologische Politik ist.

Katrin Göring-Eckardt: Ich finde es naiv, wenn Sie behaupten, dass die Menschen frei leben können, wenn der Staat sich nur genug zurückhält. Beim Thema Familie ist es interessanterweise gerade die AfD, die den Menschen vorschreiben will, wie sie zu lieben und leben haben. Sie wollen die Mutter-Vater-Kind-Familie und am liebsten die Drei-Kind-Familie.

Frauke Petry: Widerspricht die Drei-Kind-Familie dem Grundgesetz?

Katrin Göring-Eckardt: Nein, aber es zeigt Ihren Widerspruch. Sie wollen doch auch die Gesellschaft verändern. Es gibt immer mehr Alleinerziehende, aber die kommen in Ihrem Weltbild gar nicht vor. Uns geht es um Gleichstellung und darum, dass auch Menschen in anderen Lebenssituationen als der der traditionellen Familie gut leben können. Uns hier Ideologie vorzuwerfen, finde ich zum Lachen.

Frauke Petry: Wenn Sie Gleichstellung sagen, sind Sie schon ideologisch, weil Mann und Frau nicht gleich sind.

Katrin Göring-Eckardt: Unser Grundgesetz, auf das Sie sich gerade bezogen haben, sagt genau das.

Frauke Petry: Es spricht von Gleichberechtigung. Es ist ein großer Fehler der Grünen, ständig Gleichberechtigung und Gleichstellung in einen Topf zu werfen. Damit sind sie bei dieser aberwitzigen Gender-Ideologie, der Sie anhängen.

Katrin Göring-Eckardt: Das ist nicht aberwitzig, das ist notwendig. Ich trete für die Gleichberechtigung von Frau und Mann ein.

DIE ZEIT: Die Grünen beanspruchen für sich, das Land ökologisch und gesellschaftspolitisch vorangebracht zu haben. Die AfD möchte genau das zurückdrehen. Haben die Grünen es zu weit getrieben mit der moralischen Gängelung? Und will die AfD zurück in die fünfziger Jahre?

Katrin Göring-Eckardt: Es ist doch ein Fortschritt, dass jeder so leben kann, wie er ist, soweit er damit andere nicht einschränkt oder gefährdet. Ich finde es einen Fortschritt, dass ein schwuler Jugendlicher heute hoffentlich keine Angst mehr haben muss, sich in der Schule zu outen, oder dass es nicht mehr normal ist, auf dem Schulhof »Du Jude« oder »Du schwule Sau« zu rufen. Und ja, ich finde es auch einen Fortschritt, dass man Patchworkfamilien gründen kann. Frau Petry, herzlichen Glückwunsch! Das meine ich ganz ehrlich und überhaupt nicht ironisch, vor 50 Jahren, in der alten Bundesrepublik, wäre das auch für Sie ein Riesendrama gewesen.

Frauke Petry: Ich staune, Frau Göring-Eckardt, gerade hier in Berlin haben

Schwule und Lesben doch wieder Angst. Die Migration hat eine gewaltige Angstwelle für Schwule und Lesben, aber auch für andere Minderheiten gebracht, auch für Juden. Der Zustand, den Sie so positiv beschreiben, wurde gefährdet durch eine völlig überzogene Grenzöffnung, missbrauchtes Asylrecht und eine verfehlte innere Sicherheitspolitik, die die Grünen doch gerne noch weitergetrieben hätten! Sie moralisieren nicht? Was ist denn mit den ganzen Vorschlägen wie »Fleischloser Tag in der Kantine« oder Benzin für fünf Mark?

Katrin Göring-Eckardt: Ach, Sie meinen den berühmten Beschluss aus den 1990er Jahren. Da haben Sie ja ein paar ganz alte Hüte ausgegraben!

Frauke Petry: Das sind alles Vorschläge der Grünen. Niemand sollte sich wegen seiner Religion, wegen seiner Herkunft diffamieren lassen müssen. Aber inzwischen gibt es Inländer-Rassismus, wenn auf Schulhöfen deutsche Kinder beschimpft werden mit »Du Deutscher« oder »Kartoffel«. Frauen in Deutschland haben wieder Angst, auf dunklen Plätzen allein unterwegs zu sein oder, wie in Freiburg, abends baden zu gehen. Wir haben ein Maß an Angst in der Gesellschaft erreicht, mit produziert durch grüne Politik, durch eine völlig enthemmte Migration, die noch dazu gesetzeswidrig ist. Ja, wir wollen ein Deutschland wiederherstellen, in dem Sicherheit selbstverständlich ist.

Katrin Göring-Eckardt: Die Sicherheit von Frauen hat bei uns seit je oberste Priorität. Deswegen habe ich auch den Silvestereinsatz der Polizei in Köln sehr begrüßt. Es muss klar sein, dass Menschen, die hierhergekommen sind, hier auch sicher leben können. Für mich ist die Frage entscheidend, ob man Angstmache betreibt oder ob es reale Angst gibt. Darauf will ich reagieren. Sie müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass drei Viertel der Deutschen in einer Umfrage gerade erklärt haben: Wir haben keine Angst.

DIE ZEIT: Wer gehört eigentlich dazu, wenn Sie von den Deutschen reden? Wer ist das Volk?

Katrin Göring-Eckardt: Das Volk sind die Menschen, die in unserem Land

leben, egal, ob sie jetzt in der dritten Generation eines ehemaligen Gastarbeiters hier sind, ob als Familie oder Alleinerziehende. Die, die hier leben, gehören dazu.

DIE ZEIT: Auch diejenigen ohne deutschen Pass?

Katrin Göring-Eckardt: Wenn ich über Gesellschaft rede, dann gehören alle dazu. Wir sollten uns ganz klar darüber sein, dass wir in der globalisierten Welt immer vielfältigere Gesellschaften haben werden. Es gibt zwei Möglichkeiten, damit umzugehen: sich abzuschotten und zurückzuziehen oder den Mut zu haben, diese vielfältige Gesellschaft zu gestalten. Dazu gehören die Werte aus unserem Grundgesetz, dazu gehört die Religionsfreiheit, dazu gehört die Meinungsfreiheit, dazu gehört, dass man tolerant ist, auch denjenigen gegenüber, deren Meinung man nicht teilt. Deswegen machen wir ein Angebot an die gesamte Gesellschaft und nicht nur an einen kleinen Ausschnitt, der den von Pegida und Co. missbrauchten Satz »Wir sind das Volk« auf einem Schild herumträgt.

Frauke Petry: Die Frage war: Wie definiert sich ein Staatsvolk? Im Grundgesetz sind die Grundlagen festgelegt. Zu einer Nation gehört die Sprache. Gerade in diesem Jahr erinnern wir uns daran, wie Luthers Bibel-Übersetzung das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt hat. Wir sind uns offenbar zumindest darin einig, dass Werte dazugehören. Wir sind uns wahrscheinlich uneinig darüber, dass man Werte nicht mal eben so adaptiert. Ich fand es bezeichnend, wie Sie sich um die Frage herumgemogelt haben, ob man ein Deutscher ohne deutschen Pass sein kann. Es gehört eben nicht jeder dazu, der irgendwie hierhergekommen ist.

Katrin Göring-Eckardt: Ich habe nicht gesagt, dass diverse Gesellschaften einfach so entstehen, im Gegenteil, es geht ums Gestalten, darum, dass wir dafür sorgen, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Anschauungen, unterschiedlicher Religionen und Leute, die an gar nichts glauben, gut und friedlich zusammenleben können. Und dann können wir nicht sagen, wir müssen dafür sorgen, dass wir so bleiben, wie wir sind. Das wäre für mich ein Schreckensgedanke. Wir entwickeln uns weiter, wenn es

Reibung gibt, wenn unterschiedliche Ideen zusammenkommen, wenn Leute mit unterschiedlichen Erfahrungen und Herkünften zusammenkommen. Veränderung, die Fortschritt bringt, finde ich etwas Gutes. Wir sollten nicht so tun, als ob wir uns abschotten können, wenn wir noch ein paar mehr Kinder kriegen.

Frauke Petry: Die Weiterentwicklung der Gesellschaft nach Ihren Vorstellungen hat unter anderem eine massive Kriminalitätszunahme zur Folge. Nicht nur bei Ladendiebstählen, auch bei Totschlag und Vergewaltigung, die überproportional häufig von Nichtdeutschen verübt werden. Auf diese Art der Weiterentwicklung verzichte ich in der Tat gern. Das ist ein Weg, um die Gesellschaft kaputt zu machen. Wenn wir andererseits unsere sozialen Sicherungssysteme erhalten wollen, wird Deutschland sich um mehr eigene Kinder bemühen müssen. Das Bundesverfassungsgericht hat 1987 gesagt: »Der Staat hat die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten.« Hier braucht es Gestaltung.

Katrin Göring-Eckardt: Kinderkriegen ist eine freie Entscheidung, das hat der Staat nicht vorzuschreiben.

DIE ZEIT: Gibt es eine Verantwortung Deutschlands, Flüchtlinge aufzunehmen?

Katrin Göring-Eckardt: Wir haben eine historische Verpflichtung, das ist ganz klar. Wir sind ja auch selbst ein Land mit einer langen Geschichte von Flucht und Vertreibung. Deshalb steht das Recht auf Asyl so in unserem Grundgesetz. Bei all den Debatten über Obergrenzen frage ich mich: Was ist denn, wenn der Plus-Erste kommt, sagen wir dem: Für dich gilt unser Grundgesetz nicht? Auch die Heilige Schrift, Frau Petry hat Luther erwähnt, kennt keine Grenze der Nächstenliebe.

Frauke Petry: Nach Artikel 16a des Grundgesetzes nehmen wir politisch Verfolgte auf, gewähren Asyl. Es ist aber sehr schädlich, dass die Standards für die Aufnahme von Flüchtlingen nach der Genfer Flüchtlingskonvention

immer weiter aufgeweicht werden. Kriegsflüchtlingen muss geholfen werden. Nur sind viele derer, die sich als Flüchtlinge ausgeben, gar keine. Den vielen Vätern und wenigen Müttern des Grundgesetzes ging es um eine sehr kleine Zahl an Personen, denen aus Verantwortung für die Gräueltaten im Zweiten Weltkrieg im Nachkriegsdeutschland Aufnahme gewährt werden sollte. Es gibt definitiv keine Verpflichtung, dass Deutschland am Ende doppelt so viele Asylbewerber beherbergt wie alle anderen EU-Staaten zusammen. Wir sind dafür, dass das Asylrecht nach Artikel 16a geändert wird und dass es in ein Gnadenrecht des Staates umgewandelt werden muss.

Katrin Göring-Eckardt: Den Verfassern des Grundgesetzes ging es keinesfalls um Einzelfälle. Menschen wurden verfolgt, weil sie Juden waren, Kommunisten, weil sie anders aussahen oder schwul waren. Wir haben gesagt, wir müssen etwas zurückgeben. Und deswegen gibt es das Grundrecht auf Asyl. Ein Grundrecht. Das Sie jetzt ändern wollen. Wir haben neben der historischen aber noch eine andere Verpflichtung: Viele Fluchtbewegungen kommen deswegen zustande, weil wir so leben, wie wir leben. Menschen fliehen auch, weil kein Wasser da ist, weil es Dürren gibt, weil sie ihre eigenen Lebensmittel nicht mehr anbauen können, weil sie das Soja für unsere Fleischproduktion anbauen.

Frauke Petry: Die Frage war die nach der historischen Verantwortung. Die besteht meiner Ansicht nach darin, vor allen Dingen einen freiheitlichen Rechtsstaat ohne diktatorische Anwandlungen zu erhalten. Das Grundgesetz ist letztlich das Ergebnis einer historischen Verantwortung. Ich halte es für gefährlich, in einem Rechtsstaat Gesetze von Werten zu trennen. Dazu gehört auch die Nächstenliebe, die Sie angesprochen haben und mit der ich eine ganze Menge anfangen kann. Aber Sie machen den gleichen Fehler wie Frau Merkel oder andere: Sie tun so, als gäbe es ein Wertefundament, ob von der katholischen, evangelischen oder sonst einer anderen Kirche, das irgendwie in Abgrenzung zum Grundgesetz existiert. Das tut es nicht.

Hinter der Geschichte

Das Gespräch zwischen den Spitzenkandidatinnen Katrin Göring-Eckardt (Grüne) und Frauke Petry (AfD) fand am 9. Januar im Berliner ZEIT-Büro statt. Moderierend einzugreifen erwies sich als schwierig. Der Streit zwischen den Kontrahentinnen entwickelte sich ohne viel Zutun der Redaktion. Von der anschließenden Autorisierung lässt sich das nicht behaupten. Deshalb erscheint das Gespräch erst in dieser und nicht, wie ursprünglich geplant, in der vorangegangenen Ausgabe. Themen, die seither wichtig wurden, wie die Rede von Björn Höcke oder der Kongress der europäischen Rechtspopulisten, konnten daher nicht mehr diskutiert werden.

Der Verlust der Mitte

Deutschland geht es wirtschaftlich bestens, aber das Land ist zerrissen wie selten zuvor: Hypermoral von links, blanke Gewalt von rechts. Was ist da passiert?

VON IJOMA MANGOLD

DIE ZEIT, 21.01.2016 Nr. 04

Zu den festen Ritualen der alten Bundesrepublik gehörte es, ständig vor einem Rechtsruck zu warnen, der indes nie eintrat. Die Unheilpropheten fügten dann immer hinzu: Der Firnis der Zivilisation sei dünn, wenn der Wohlstand zurückgehe und die Zeiten härter würden, werde man schnell sehen, wie äußerlich die Bekenntnisse der Deutschen zu Demokratie und Toleranz in Wahrheit seien. Aber es war noch jedes Mal ein Fehlalarm.

Und was haben wir heute? Dem Land ging es noch nie so gut – und es war noch nie so zerrissen. Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig, wie sie es seit 1992 nicht mehr war. Der Finanzminister kann sich vor Überschüssen kaum retten. Die Renten erreichen Rekordhöhen, und selbst die Binnennachfrage, deren Schwächeln bisher immer als Beweis angeführt wurde, dass vom Wohlstand, der vom Exportweltmeister oben erwirtschaftet werde, unten nichts ankomme, selbst diese Binnennachfrage brummt nicht nur zur Weihnachtszeit dank kräftig gestiegener Löhne. Dies müssten eigentlich die klassischen Rahmenbedingungen für ein mit sich selbst zufriedenes Land sein, das den Wahlkampflogan der CDU aus den achtziger Jahren wieder hervorkramen könnte: »Weiter so, Deutschland!«

Doch das Gegenteil ist der Fall. Die Gesellschaft ist zerrissen, die Milieus sind polarisiert. Dies besonnene Land der Mitte ist dabei, ein gespaltenes zu werden.

Was ist passiert?

Es sind keine Klassengegensätze, die da zum Ausbruch kommen. Es sind auch keine im eigentlichen Sinne politischen oder ökonomischen Streitfragen, die zu einer derartigen Verbiesterung der Gemüter geführt haben. Die Zeiten, als man sich über die Kopfpauschale, über Steuersenkungen oder das richtige Renteneintrittsalter stritt, gehören einer vergangenen Epoche an. Selbst der Besserverdiener hat als Feindbild ausgedient. Was heute das Blut regelmäßig zur Wallung bringt, sind samt und sonders Fragen der Weltanschauung, der diskursiven Symbolpolitik, des ideologischen Lifestyles. Straßennamen, Geschlechtskategorien an Klokabinen und – hier kommt es dann regelmäßig zum Rütlichwur – die Haltung zum Islam: *Gender, Race, Diversity*, die Frage nach den richtigen Lebensformen und der richtigen Art, darüber zu reden – aus diesen Kraftfeldern speist sich die Verfeindungsenergie, die im Moment alles vergiftet. Was wir erleben, ist ein Kulturkampf, der viel mit Worten zu tun hat.

Auf der einen Seite stehen jene, die die überkommenen Geschlechterrollen als heteronormativ infrage stellen, eurozentrische Sichtweisen kritisieren, ethnisch-kulturelle Diversität predigen und mit Blick auf Tierrechte den Speziesismus geißeln. Der Kulturjournalist Thomas Edlinger hat in seinem gerade erschienenen Buch *Der wunde Punkt* (edition suhrkamp) diese Haltung mit ihrem unerbittlichen Deutungsanspruch »Hyperkritik« genannt, weil vor ihr gewissermaßen keine überkommene Lebensform mehr sicher ist. Auf der anderen Seite stehen – meistens ziemlich sprachlos, das mag auch ein Teil des Konflikts sein – jene, die sich von den neuen Redeformen gegängelt fühlen, die darin ein großes Umerziehungsprogramm wittern und mittlerweile mit wachsendem Selbstbewusstsein jeden Moraldiskurs zurückweisen, weil die Moral für sie nur ein Machtmittel ihres politischen Gegners ist, seine Ziele durchzusetzen. Ihr größter Erfolg, auch dies bezeichnenderweise ein diskursiver, war die Brandmarkung des Wortes »Gutmensch«. Wer in einer Debatte auch nur von ferne einen auf universelle Moral ausgerichteten Gesichtspunkt zu bedenken gibt, wird als »Gutmensch« entlarvt – und das rechte Lager hält sich vor Lachen die Bäuche, als wäre die einzige nicht heuchlerische Auskunft über einen selbst das herzhafteste Bekenntnis zur

eigenen Brutalität.

Zum Sprachrohr dieses Milieus hat sich der polnische Außenminister gemacht, als er in fast schon karikaturhafter Weise erklärte, dass die Welt sich nicht automatisch in eine Richtung bewege – nämlich hin »zu einem neuen Mix von Kulturen und Rassen«, zu einer »Welt aus Radfahrern und Vegetariern«.

Die kulturalistische Linke, wie wir sie der Einfachheit halber nennen wollen, ist vor allem auf dem Feld der Identitätspolitik zugange. Jede ethnische, kulturelle oder sexuelle Differenz soll unter staatlichen Schutz gestellt werden – als Kompensation für die Vergehen einer heteronormativen, eurozentrischen Vergangenheit. Es ist deshalb auch kein Zufall, dass die neue Rechte auf demselben Feld, nur unter entgegengesetzten Vorzeichen, unterwegs ist und in den vergangenen Jahren am ehesten in der identitären Bewegung zu greifen war. Sie ist das Pendant zur kulturalistischen Linken. Wo die Linke die fremde Identität, das Andere, die Abweichung vergötzt, berauscht sich die Rechte an der Norm des Eigenen.

Zwischen diesen beiden Polen, der linken Hyperkritik und dem rechten Ressentiment, hat sich jene bürgerliche Mitte schweigsam verkrümmelt, die es nicht für die Aufgabe des Staates hält, die Auflösung überkommener Normativitäten gesetzgeberisch zu begleiten, sondern einen liberalen Ordnungsrahmen garantieren möchte, in dem plurale Lebensformen ohne normativen Druck in Zivilisiertheit miteinander auskommen können.

Die kulturalistische Linke, die nicht mehr Verteilungsfragen in den Vordergrund stellt, sondern den gesellschaftlichen Überbau neu buchstabiert, indem sie alle überlieferten Rollenmuster kritisch infrage stellt, hat diskursstrategisch auf ganzer Linie gesiegt. Wer da nicht mitmachen will, wer die eigene Heteronormativität nicht problematisiert sehen möchte, muss heute politisch mindestens bis zur AfD auswandern, um mit seinem Unbehagen kommunikativ wieder anschlussfähig zu werden, denn die Union unter Angela Merkel funktioniert nicht mehr als besonnener Katechon, als Aufhalter, der mit konservativer Behäbigkeit dafür sorgt, dass nicht alle

Üblichkeiten in die Defensive geraten. Die Merkel-Union ist selber, wie es so schön heißt, urban geworden.

Auf gespenstische Art verwandelt sich Deutschland so von einem Land der Mitte in eine polarisierte Gesellschaft. Mit welcher Entgeisterung haben wir auf die USA geschaut, die einem nur noch entgegentraten wie zwei Länder, die nichts miteinander zu tun haben: Tea Party plus religiöser Fundamentalismus auf der einen Seite, akademische Hyperkritik auf der anderen. Jetzt hat dieser Trend Deutschland erreicht. Wer hätte das gedacht? Jeder hat heute das Gefühl, es liege etwas in der Luft, das explodieren könnte.

Das Jahr 2015 war davon geprägt: Die Mitte bricht weg, links werden die Standards für eine moralisch korrekte Lebensführung hochgeschraubt, während man rechts dieser als governantenhaft empfundenen Bevormundung in Fragen der Weltbeschreibung durch immer unverhohlene Gewaltandrohungen das entgegensetzt, was man für den gesunden Menschenverstand hält. Jede kulturelle Hegemonie ruft Trotzreaktionen hervor.

In der Flüchtlingskrise des vergangenen Sommers spitzte es sich dann zu. Es war nicht die Öffnung der deutschen Grenzen als solche, die möglicherweise wirklich notwendig war, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. Aber begleitet wurde die neue Flüchtlingspolitik von einer Rhetorik der Alternativlosigkeit: dass sich Grenzen ohnehin nicht sichern ließen, dass sie moralisch fragwürdig seien. Im Gegenzug wurde ethnisch-kulturelle Diversität zur neuen Norm erhoben, die per se wünschenswert sei und keiner demokratischen Billigung bedürfe. Wer weiterhin der Meinung war, dass Staaten ihre Außengrenzen sichern können sollten und ein Gemeinwesen souverän darüber bestimmen können muss, in welchem Maße sich seine Demografie verändert, der war politisch heimatlos, wenn er nicht in den Reihen von Pegida mitmarschieren wollte. Schon wenn man über eine Einwanderungspolitik mit Quoten reden wollte, war man nicht mehr auf dem Boden der Willkommenskultur.

Und dann kam Köln. Aller Überschwang des Sommers rächte sich. Das

Pendel schlug auf erschreckende Weise zurück – und zwar weit nach rechts. Die schlimmsten Demagogen wie Björn Höcke haben nun Oberwasser. Eine Mitte, die gleich weit entfernt ist von Diversity-Rhetorik wie von xenophobem Hass, muss sich erst wieder neu konstituieren.

Auf Facebook ließ sich in den Tagen nach Köln beobachten, wie massenhaft Freundschaften aufgekündigt wurden, weil man es einfach nicht mehr ertragen konnte, die Postings von jemandem auf der eigenen Pinnwand zu lesen, der über die Ereignisse der Silvesternacht anders dachte als man selbst.

Und tatsächlich, was sollte man auch anderes machen als aufstöhnen, als einen die Nachrichten aus Köln erreichten: Hier passierte irgendwie ungefähr das, worüber man sich bis dahin amüsiert hatte, wenn in einem Fernsehbeitrag mal wieder ein Pegida-Anhänger, der nicht bis drei zählen konnte, dunkel dräuend von Vergewaltigungen an deutschen Frauen in seinem Dorf berichtete. Und die Reaktion der Medien, die anfangs versuchten, die Täter nicht ethnisch-kulturell zu identifizieren, kam dem Zerrbild der »Lügenpresse« schon verdammt nahe.

Das Land hat sich in eine Situation manövriert, in der die demagogische Systemverachtung des Pegida-Mobs erschreckende diskursive Plausibilitätseffekte verbuchen kann. Die kulturalistische Linke, die bisher Zuwanderung zum Menschenrecht erklärt hatte, versuchte nun, statt dem Selbstzweifel auch nur ein Minimum an Raum einzuräumen, die Ereignisse von Köln zu einem Fall Brüderle zu machen (Hauptsache, man überführt die Vorgänge in einen Anwendungsfall strenger Selbstkritik). Spätestens da wurde es zunehmend schwer, dem Verdacht entgegenzutreten, politische Korrektheit sei nur um den Preis des Wirklichkeitsverlusts zu haben. Wer über die kulturell-religiöse Herkunft der Täter spreche, so war vielerorts zu lesen, instrumentalisiere das Leid der Opfer, der Frauen – und verhalte sich mithin typisch patriarchal.

Wie erleichtert war man, als die Köln-Schlagzeilen irgendwann abgelöst wurden von den Nachrichten über randalierende Neonazis im Pegida-Pulk: Das ist hässlich, aber damit können wir umgehen.

In dieser diskursiven Atmosphäre ist es schon seit Längerem zu etwas gekommen, was man sekundären Islamophobismus nennen könnte. Der sekundäre Islamophobismus hat gewissermaßen nichts gegen Ausländer, aber sehr viel gegen Scheuklappen. Und weil er das Gefühl hat, dass der Blick auf den Islam mit Scheuklappen arbeitet, zählt er am Ende mit unüberhörbarem Triumphalismus alle Sünden des Islams auf – einfach weil er die Typen mit Scheuklappen, die nicht hingucken, endlich schwitzen sehen will. Das ist Deutschland zu Beginn des Jahres 2016.

Zwischen der Hypermoral von links und der blanken Gewalt von rechts, die wie zu Weimarer Zeiten Bürgerwehren mobilisiert, muss es wieder eine Mitte affektbeherrschter Zivilisiertheit geben. Denn der Bischof von Eichstätt, Gregor Maria Hanke, hat ja recht, wenn er sagt: »Was sich in den letzten Tagen in der Politik als Mainstream herauszukristallisieren begonnen hat, wäre vor vier Monaten noch als rechtsradikal und islamophob gebrandmarkt worden.«

Und auch das versteht sich von selbst: Vor die Wahl gestellt, ein Dutzend neue Geschlechtskategorien zu akzeptieren oder mit unverhohlener Mordlust durch die Straßen zu ziehen mit einem Galgen für die Bundeskanzlerin, entscheide man sich besser für eine Welt mit Binnen-Asterisk. Das eine ist ein diskursiver Vorschlag, die Welt anders zu beschreiben, das andere ein Fall für das Strafgesetzbuch.

Manchmal hat man tatsächlich das Gefühl, dass die kulturalistische Linke mit ihrer verbal-intellektuellen Überlegenheit alle, die ihr nicht folgen wollen, in eine Ecke der Hilflosigkeit getrieben hat, in der sie sich nicht anders zu helfen wissen, als in die unterste Schublade zu greifen. Nur so lässt sich auch der Erfolg von Akif Pirinçis Buch *Deutschland von Sinnen* vom März 2014 erklären. Dass Leser, die sich in ihrer Selbstbeschreibung als bürgerlich charakterisieren würden, dieses anal-pubertäre Hasspamphlet voller Obszönitäten ins heimische Bücherregal einsortierten, war möglicherweise auch Ausdruck eines Notstands. Wer sich mit dem Deutschland der Gleichstellungsbeauftragten und Diversity-Manager nicht identifizieren

wollte, dem bot der Buchhandel keine Alternative zur Pirinçci-Lektüre.

Aus linker Sicht könnte man jetzt sagen: Klar, kann auch gar nicht anders sein, wir sind auf der Seite der Wahrheit, des Fortschritts und der Zukunft, wer nicht mit uns ist, muss sich nicht wundern, wenn er mit mindestens einem Bein in der Gasse steht!

Trotzdem sollte man nicht zu viele Leute in die Gasse treiben.

Wut ohne Grenzen

Attentate, Hetze, Tabubrüche: Kann die Politik die Aggression der Straße noch verarbeiten?

VON BERND ULRICH

DIE ZEIT, 22.10.2015 Nr. 43

Es wurde lange nicht mehr so viel gehasst in Deutschland. Und lange nicht mehr so viel geliebt. Vielleicht hängt beides miteinander zusammen.

Am vergangenen Sonntag wurde eine parteilose Frau mit absoluter Mehrheit zur Kölner Oberbürgermeisterin gewählt. Ihren Wählerinnen und Wählern konnte sie nicht danken, denn Henriette Reker lag im Koma, nachdem ein Rechtsradikaler sie heimtückisch niedergestochen hatte. Wenige Tage vor dem Attentat hatten Pegida-Demonstranten selbst gebastelte Galgen mit sich herumgetragen, reserviert für die Kanzlerin und ihren Stellvertreter Sigmar Gabriel. Auf der eher linken Demonstration gegen das Handelsabkommen TTIP wurde eine Guillotine für ähnliche Zwecke vorgezeigt.

Ebenfalls am Sonntag saß ein Mann bei Günther Jauch im Ersten Programm, der beim Zuschauer eine gewisse Sehnsucht nach Bernd Lucke aufkommen ließ. Der frühere AfD-Chef war immer bemüht, Teil des politischen Establishments zu werden, der neue Star der Partei hingegen, Björn Höcke, tritt als Revolutionär auf, er will ganz offenkundig nicht mehr ins Establishment, er verachtet es ostentativ, will es mithilfe »des Volkes« hinwegfegen. Was immer das bedeutet.

Am Montagabend wurde ein Pegida-Anhänger bei Auseinandersetzungen mit Gegendemonstranten schwer verletzt.

Das alles sind unterschiedliche Phänomene, rechte Gewalt ist zurzeit weit schlimmer als linke, reden ist nicht tun, Höcke ist ein Hetzer, aber kein

Mörder, ja er missbilligt die Gewalt gegen Politiker, das darf man ihm schon glauben. Dennoch weisen alle Zeichen in dieselbe Richtung: Verrohung, Brutalisierung – Hass.

Und davon immer mehr.

Es wirkt in diesen Tagen so, als ob jede Minute irgendjemand eine Hemmung fallen lässt, nach einem härteren, verletzenderen Wort sucht, mit einer verbalen Keule herumrennt, um damit ein Tabu zu zertrümmern. Akif Pirinçci, der türkischstämmige Autor eines erfolgreichen Katzenkrimis, bedauerte am Montag auf der Dresdner Pegida-Kundgebung am Mikrofon: »Die KZs sind ja leider derzeit außer Betrieb.« Dafür entschuldigte sich hernach Lutz Bachmann, das ist der rechte Anführer, der sich vor einiger Zeit bereits für seine eigenen Hitler-Späße im Internet entschuldigt hat.

Da eskaliert etwas. Gegen diesen Herbst waren die Konflikte der vergangenen Jahre – sogar die um den Euro – ein Sturm im Wasserglas. Viele spüren jetzt das Bedürfnis in sich, egal, auf welcher Seite sie stehen, weiterzugehen als sonst, als je zuvor, sie möchten sich ein bisschen enthemmen.

Aber warum? Den tiefsten Grund kennen wir. Man kann ihn nachlesen in den beiden Büchern, die unsere Kultur und die der Neuankömmlinge am meisten prägen. In der Bibel steht, dass Jesus Christus durch seine Botschaft der Liebe, seine Absage an die Gewalt, seine Forderung nach der Gleichheit aller Menschen den grenzenlosen Hass der gelehrten Elite und des Mobs auf sich zog. Ans Kreuz musste er, denn er hatte ein starres Weltbild angegriffen, das Vorurteil, das Denken in Oben und Unten, in Wir und Die.

Eine ähnliche Geschichte erzählt auch der Koran. Mohammed, selbst verwaist, setzte sich ein für die Witwen und Waisen, für alle, die sonst der Verachtung anheimfielen, dafür schickten ihm die Herrschenden von Mekka den Mörder ins Schlafzimmer. Vergebens. Und als er nach Medina floh, griffen sie ihn dreimal an, mit immer größeren Heeren.

Liebe ist schwer, Solidarität auch. Darum waren die Sommerszenen am Münchner Hauptbahnhof so schön und zugleich so schwer erträglich: eine

Liebes-Hypothek, die jene, die da applaudierten, sich, aber eben auch allen anderen auferlegten. Dieses Willkommen bekommt man nicht mehr leicht aus der Welt, ebenso wenig wie die freundlich entschlossene Kanzlerin jener Tage. Millionen Deutsche haben gedacht, sie seien im falschen Film, im falschen Land.

Der erste Grund ist also etwas zutiefst Menschliches, ein archaischer Reflex auf die Provokation der Liebe. Der zweite ist profaner. Das Internet entgrenzt. Zunächst einmal entgrenzt es Millionen Menschen in Afrika und Arabien, die dort sehen, wie das Leben anderswo sein kann, und auch, wie sie dort hingelangen. Zugleich enthemmt das Internet jene, die dagegen sind. Die versteckte Aggression ist vom offenen Hass nur einen Mausklick entfernt. Und dann ab auf die Straße.

Natürlich, der Staat kann gegen manches vorgehen, sollte es sicher auch viel öfter und härter tun, aber das ersetzt nicht die Politik. Politik ist nicht zuletzt ein Wut verarbeitendes Gewerbe, im besseren Fall ein Wut vermindernendes. Nur, sie kommt momentan nicht an gegen die allmählich wachsende Wut auf der Straße.

Die Kanzlerin beispielsweise will den Druck rausnehmen, Angst überführen in Maßnahmen. Schritt für Schritt. Doch viele ihrer Schritte gehen zunächst ins Leere. Eine etwas solidarischere Verteilung der Flüchtlinge auf die EU wurde zwar beschlossen, aber nicht realisiert. Die Rede war diese Woche von neunzehn (!) Menschen, die aus Griechenland in andere EU-Länder geschafft wurden. Aus der Türkei kam Merkel auch nicht mit vielen guten Nachrichten zurück, so wenig wie der Außenminister von seiner Reise nach Saudi-Arabien und in den Iran (Siehe Seite 6). Die sogenannte Bekämpfung der Fluchtursachen in Syrien kommt nicht voran.

Außerdem sind die Leute nicht dumm, jedenfalls die meisten, sie sehen, dass auch in Afghanistan immer mehr Menschen Pässe beantragen und Koffer packen, ebenso in Pakistan. Nach wie vor wächst das Problem schneller als die Lösung.

Weil der Pragmatismus nicht richtig greift, kann auch die Personalisierung des Problems niemanden beruhigen. Horst Seehofer erklärt die Kanzlerin für verantwortlich, jeder Zu-viel-Flüchtling ist nach seiner Lesart ein Merkel-Flüchtling, auch so werden für gewöhnlich Aggressionen abgeleitet, auf die da oben. Jedoch: Was soll Merkel damit anstellen, es kommt zu viel.

Schließlich funktioniert auch nicht, was von Sigmar Gabriel über Thomas de Maizière bis wiederum zu Horst Seehofer viele Politiker versuchen: Man macht sich die Wut und Sorge der Leute zu eigen, nennt angebliche oder tatsächliche Missstände beim Namen und nimmt ihnen möglichst im selben Atemzug die Spitze. Derzeit hat man leider das Gefühl, die Wut werde durch dieses verständnisinnige Aussprechen eher genährt als sublimiert. Darum haben der Innenminister wie der Vizekanzler bei Pegida mittlerweile auf massive Ausgrenzung umgeschaltet.

Und noch ein Faktor erschwert es in diesem heiklen Herbst, die Wut einzuhegen. Ausgerechnet jetzt ist mit Händen zu greifen, dass die politische Stigmatisierung der Extreme nicht mehr richtig funktioniert. In den Jahrzehnten nach dem Krieg wurde die Rechte, vor allem in Deutschland, durch die Erinnerung an den Nationalsozialismus eingedämmt, die Linke durch die Existenz der Sowjetunion. Nach dem Fall der Mauer und im Laufe der Zeit hat beides an Wirkung eingebüßt, Hitler ist nur mehr ein Kauz im Kino. Man kann jetzt wieder leichter extrem sein.

Und während die Last der Historie sich hebt, glauben die Asyl- und EU-Gegner in Europa, nun endlich Geschichte machen zu können; wohin sie auch blicken – es wachsen die Kräfte des Autoritären, der Ausgrenzung, des Zynismus. In Frankreich Le Pen, in Holland Geert Wilders, in der Schweiz die SVP, in Österreich die FPÖ, in Ungarn Viktor Orbán. Und dann ist da noch der große Bruder in Moskau. Es fühlt sich überall gut an, extrem zu sein. Man muss auf die Mitte im eigenen Land keine Rücksicht mehr nehmen, die neue rechte Internationale gibt Kraft und Rückhalt. Nein, die europäische Rechte will keine Revision der Geschichte mehr, sie will Revolution.

Zugleich gerät die politische Mitte, jedenfalls, was die Parteien angeht, auf

dem gesamten Kontinent ins Schlingern. In Griechenland wurde die traditionelle Sozialdemokratie durch Syriza quasi ausgelöscht. Ähnliches kann auch den spanischen Sozialdemokraten alsbald mit Podemos passieren. In Deutschland macht die Kanzlerin seit Jahren eine Politik, hinter der sich SPD und Grüne weiter besser versammeln können als die breite konservative Mitte der CDU (geschweige denn die CSU). Schwarz verwaist. In Großbritannien, wo die beiden großen Parteien durch ein Mehrheitswahlrecht eigentlich ganz gut geschützt sind, betreibt der Premier mehr und mehr die Politik der europafeindlichen Ukip, während Labour sich radikalisiert in Richtung der linken Syriza und Podemos. Sagen wir es mal so: Man hätte sich bessere Gelegenheiten gewünscht für eine fundamentale Umgestaltung des europäischen Parteiensystems.

So greift eins ins andere: Pragmatisierung, Personalisierung, Sublimierung funktionieren nicht richtig – hingegen historisch bedingte Dekontamination der Extreme, Enthemmung durch das Internet, Bestärkung der Radikalen durch die Autoritären aller Länder umso besser.

Unter dem gewaltigen Druck der Flüchtlingskrise treten all diese Phänomene überdeutlich hervor. Sie treffen uns unvorbereitet.

Worin wiederum eine gute und eine schlechte Nachricht enthalten sind. Die schlechte: Die zivile, weltoffene, Maß haltende Mitte hat noch kein Rezept gegen die wachsende Wut. Die gute: Der Lernprozess hat soeben erst begonnen. Zwei, drei probate Reaktionen werden gerade gelernt. Es hat keinen Zweck, auf Hass mit Hass zu antworten, man darf sich auch durch Gewalttaten und Tabubrüche nicht aus der Ruhe bringen lassen. Das hat am Sonntag Justizminister Heiko Maas in der Jauch-Talkshow mit dem rechtsradikalen Höcke vorgeführt, während der Moderator Jauch allenfalls als Beispiel dafür diente, dass Passivität zu wenig ist.

Unerschütterliche Geduld gehört ebenso zu den Tugenden der Stunde. Nichts wird schnell gelingen, vieles ist zu schaffen, wenn man in Jahren und Jahrzehnten denkt. Geduld soll hier auch nicht heißen, alles ewig und in jeder beliebigen Höhe zu erdulden. Irgendwann im nächsten Jahr muss die Politik

wieder mehr Kontrolle über die Flüchtlingsbewegungen bekommen.

Die wahren Helden dieser Woche des Hasses sind jedoch die Bürgermeister der dreißig größten deutschen Städte. Sie wurden von *Spiegel Online* eingehend nach ihren Problemen mit den Flüchtlingen befragt, das Ergebnis ist verblüffend: Nur drei von dreißig Metropolen halten sich für »überfordert«. Aber nicht einmal die wollen in »Wehklagen« ausbrechen, wie es aus dem Stuttgarter Rathaus heißt. »Wir brauchen Geduld und Willen«, antwortet Wuppertal.

Und Deutschland braucht mehr Wuppertal.

Frei zu reden

Wann immer Intellektuelle oder Politiker der Neuen Rechten in Theatern oder Universitäten auftreten sollen, formiert sich Protest. Ist das wünschenswert?

VON ELISABETH VON THADDEN

DIE ZEIT, 16.03.2017 Nr. 12

Nun ist es wieder passiert. Eine ungeschickte Bewegung nur, und die Demokratie ist sich auf ihre Achillesferse getreten. Erneut auf den schmerzhaftesten Punkt: die grundgesetzlich garantierte Rede- und Meinungsfreiheit.

In Zürich wurde nach hundertfachem Protest von Leuten aus der Kulturszene eine Diskussionsveranstaltung mit dem Philosophen, Sloterdijk-Schüler und AfD-Politiker Marc Jongen abgesagt, die für den 17. März am Theater Gessnerallee in Zürich geplant war. *Die neue Avantgarde* sollte sie heißen, und ein Einwand der Protestierenden lautete: Der AfD dieses schicke Qualitätssiegel anzubieten sei unangemessen. Ein anderer: Die Diskutanten seien nicht hinreichend kontrovers. Dem Propagandisten der »Zornpolitik« Jongen sei keine Bühne zu geben. Mit widrigem Erfolg: Einer, dessen rechtes Denken durch die Absage kein Gehör finden sollte, ist nun durch die Verhinderung seines Auftritts in aller Munde, zum Beispiel in diesem Artikel, und kann als Opfer der liberalen Demokratie besichtigt werden, die ihre Infragestellung angeblich nicht erträgt. Die mediale Kritik richtete sich schnell gegen die Linken, die nun die schöne Theaterfreiheit »politischen Musterungstests« (*FAZ*) unterzögen.

Man kann es offenbar gerade – um nicht zu sagen: in diesen Zeiten – als öffentliche Institution nur falsch machen: Mit den Rechten zu reden ist verkehrt, weil es sie aufwertet, aber es nicht zu tun hat denselben Effekt. So

etwa, als jüngst das Theater Magdeburg den geladenen Gast Götz Kubitschek, den rechten Wortführer und Chef des »Instituts für Staatspolitik«, wieder auslud. Nicht wegen Protesten von links übrigens, sondern auf persönliches Geheiß des CDU-Ministerpräsidenten Haseloff, der in dem geplanten Auftritt einen »Ritterschlag« für einen »rechtsextremen Ideologen« erkannte. Oder im Falle des AfD-Landeschefs André Poggenburg, der schließlich unter Polizeischutz aus dem Hörsaal der Uni Magdeburg geleitet wurde, weil Studierende ihn, nun ja, nicht hören wollten. Oder, denn es geschieht überall, in Köln: Dort wurde eine Diskussion mit dem AfD-Chef von Nordrhein-Westfalen, Marcus Pretzell, abgesagt. Noch ein Opfer.

Gut, manches Dilemma ließe sich ohne diskursive Aufrüstung vermeiden: Eine selbstbewusste Institution sollte niemanden wieder ausladen, den sie zuvor eingeladen hat. Dann trägt man den Streit eben aus, solange er sich im Rahmen der Legalität und der Brandschutzordnungen bewegt. Und setzt ruhig auf die eigene Resilienz gegen Kontaminationsgefahren. Augen zumachen hilft nicht. Der nächste Belastungstest der Achillesferse steht ins Haus. Für den 2. April war Alexander Gauland, AfD-Vize, im Burgtheater Wien zur öffentlichen Diskussion mit Soziologen und Populismus-Experten angekündigt, und nun ist aus organisatorischen Gründen, wie es von den Veranstaltern heißt, umgeplant worden.

Das Dilemma geht in Serie. Im Wahlkampfjahr wird immerfort etwas Lästiges wie ein unangenehmer Geruch aus dem demokratischen Bodenbelag in die Nase steigen, egal wie man den Raum parfümiert: die Frage, wer wo mit wem reden darf und wer nicht. Wo sind die Grenzen der Redefreiheit, gibt es eine rote Linie? Ein neues Gesellschaftsspiel: Jedes Theater, jede Talkshow, jede Universität, jede Kneipe wird je nach Lage und Radikalitätsgrad des Gastes eine eigene Antwort finden müssen. Die Einzelheiten regelt das Hausrecht. Das neue Normal: Kirchenvorstände und Elternräte üben sich ohnehin längst mit den Neuen, die Ämter nicht scheuen. Viele müde Liberale reagieren genervt. Auf ihrer Agenda standen andere politische Themen: Weltklimaverträge, Fleischkonsum, Afrikapolitik,

Energie-Infrastruktur. Nun müssten sie ihre Agenda offensiv auch mit der AfD diskutieren. Nur redet die darüber nicht. Das ist anstrengend.

Wäre der Anlass nicht so angstbesetzt, ernst und lästig, wir dürften uns wohl über die lebhaftere Politisierung freuen, die das Land erfasst hat: Der traute laue Grundkonsens unter mittelmäßig informierten Wohlstandsbetriebsamen ist dahin, denn jetzt können einem bei jedem Kindergeburtstag, beim Zahnarzt oder in der Fußballkneipe unangekündigt die neuartigen Verunsicherungen begegnen. Es kann passieren, dass jemand, der offensiv anders denkt, den Anwesenden die Themen erzürnt hinballert, auf die sie nicht vorbereitet sind – die Sorge des Elternrats über das Flüchtlingsheim nebenan, die Angst vor den jungen Zuwanderern in der Nachbarschaft, den angeblichen staatlichen Kontrollverlust, den vermeintlichen geheimen Plan der Kanzlerin. Da hätte man gern jederzeit die amtlichen Daten zur Hand. Streiten bildet.

Aber das Politische ist nicht privat. Politisch gesehen ist in der institutionellen Ordnung der liberalen Gesellschaft gerade keineswegs Kindergeburtstag. Die Herausforderung ist ja ernst: nicht nur, weil gegenwärtig rechte Themen wie das von Frauke Petry geforderte Recycling des »Völkischen« sich mit kindlicher Nervigkeit als Aufmerksamkeitsbegehren in die offene Gesellschaft schieben; sondern weil die Funktionäre, die intellektuellen Protagonisten, die AfD-Eliten im Namen der Redefreiheit massiv in die Öffentlichkeit einer Gesellschaft drängen, deren entschiedene Gegner sie sind. Und Linke, in deren Geschichte Dutschkes Apo gehört, rufen nun zum Schutz der Institutionen. Ein Götz Kubitschek behauptet gegen die Regierung Merkel ein Widerstandsrecht nach Artikel 20, Absatz 4 des Grundgesetzes. Jongen redet von »ziviler Wehrhaftigkeit«. Zorn, der zur Tat drängt, ist Programm.

Die aktuelle Herausforderung der liberalen Redeordnung durch die neurechte Prominenz liegt mithin genau nicht darin, ob jeder sagen darf, was er denkt, und ob man die liberale Manege für alle Zirkustiere nur groß genug machen muss, damit jedes auftreten kann und seinen Applaus bekommt. Die neuen Rechten ihrerseits wollen den Zirkus gar nicht, in dem jeder auftreten darf, siehe Geert Wilders, siehe Marine Le Pen, sie attackieren die liberale

Ordnung als solche. Für diese Ordnung aber ist es konstitutiv, dass sie offen ist, weil in der Demokratie nie felsenfeststeht, wer das Volk ist und wer es vertritt. Die Carl Schmittsche Unterscheidung zwischen dem eigenen »wir« und einem feindlichen »die« kann sich eine Demokratie nicht aufzwingen lassen. Mit der populistischen Proklamation, man selbst sei das Volk, so drückt es der Leipziger Philosoph Martin Saar aus, fange die politische Auseinandersetzung um diesen Anspruch erst an. Die Proklamation kann »den Prozess des Wählens, der Mehrheitsfindung, der Repräsentanz, der Institutionenbildung« nicht ersetzen. Im Parlament kann keiner diesem Prozess ausweichen, auch die AfD nicht.

Die Gelassenheit bei dieser Feststellung schwindet allerdings, wenn die liberale parlamentarische Demokratie sich vor aller Augen selbst abwählt, in Polen, in Ungarn, Fortsetzungen können folgen. Nun ist ein Theater kein Parlament. Nein, niemand, der eine öffentliche Institution wie eine Bühne oder eine Universität verantwortet, muss sich in seinem Haus einem vermeintlichen Miteinanderredegebot beugen. Der Zensurvorwurf läuft hier ins Leere. Zumal es, wenn man mal ehrlich ist, ohnehin kaum gelingen kann, den Rechten keine Bühne zu bieten. Die Öffentlichkeit redet im Netz, was sie will. Auch insofern spricht nichts dagegen, dass ein Theater oder ein Radiosender eine Diskussion unterlässt – die Rechten werden anderswo ungehindert zu vernehmen sein.

Indes, nicht alles ist Müssen. Man kann das Gespräch mit den Rechten auch *wollen*, und in diesem Fall wird die Sache mit der demokratischen Achillesferse auf andere Weise zum lehrreichen Testfall. Zwei angesehene Sozialwissenschaftler haben in jüngster Zeit das Reden mit der rechten Elite als professionelle Herausforderung angenommen.

Variante 1: Der Essener Politologe Claus Leggewie, der seit Langem über das rechte Denken forscht, hat einen Briefwechsel mit Götz Kubitschek darüber aufgenommen, ob dessen Idee vom Widerstand eigentlich zur Tat dränge oder nur wortradikal sei. Leggewie wollte wissen: Gleicht diese Rechte den RAF-Terroristen? Einer Veröffentlichung, so sagt es Claus Leggewie, den man

getrost einen Alt-68er nennen kann, habe er nur zugestimmt unter der Bedingung, dass dies an einem neutralen Ort geschehe und nicht in Kubitscheks Zeitschrift *Sezession* oder deren Blog. Ebendort aber veröffentlichte Kubitschek im Januar den Briefwechsel, unabgesprochen, und rief damit zahlreiche Kommentatoren auf den Plan, die im Netz in drohend aggressiver Weise Persönliches über Leggewie preisgaben, Wohnort, Lebensweise, inklusive anonym fantasiertes Gewalt gegen ihn. Man muss fragen: Fängt so der tätige Widerstand gegen Merkeldemokraten an? Soll das »zivile Wehrhaftigkeit« sein? Leggewie tat niemandem den Gefallen, sich selbst von der Wut treiben zu lassen, er blieb bei Aufklärung und veröffentlichte kühl seinen Achillesfersen-Erfahrungsbericht.

Aber nicht jeder ist zum furchtlosen Testfahrer begabt: Die demaskierende Vorführung der freien Rede hatte einen Preis – mit den Attacken des Mobs leben zu müssen.

Variante 2: Auch der Münchner Soziologe Armin Nassehi hatte sich bereits 2014 auf den Austausch mit Kubitschek eingelassen, weil Nassehi der Frage nachging, wie die Identitären das Eigene im Unterschied zum Fremden bestimmen. Dieser Briefwechsel erschien schließlich, mit beider Einverständnis, in einem Buch von Nassehi. Der nahm ihn also, ganz Sozialwissenschaftler, als Quelle für seine Forschung und seine Publikationsvorhaben und diagnostizierte, die identitäre Rechte sei aufschlussreicherweise nicht in der Lage, das Eigene der beschworenen Identität zu benennen: Leerstelle. Selbstredend vereinnahmte aber auch Kubitschek den Briefwechsel für seine eigene Sache, indem er geltend macht, Nassehi übernehme eine »zentrale rechtsintellektuelle Wirklichkeitsbeschreibung«, und sich daran weidet, dass Nassehi selbst auf einen rechten Vordenker des Antiliberalismus, Armin Mohler, in einem Punkt eingehe. Nassehis freiwillige Erprobung der professionell geführten Meinungsgegnerschaft hat keinen geringen Preis: den Versuch der Eingemeindung in die rechte Agenda.

Und dennoch: Das Gespräch ist in einer Demokratie mehr als der

institutionelle oder professionelle Umgang mit den Strategien der rechten Eliten, die um die Macht kämpfen und das Gespräch dafür einsetzen wollen. Denn da ist ja noch die ganze Gesellschaft, 80 Millionen Leute. Spätestens seit die Finanzkrise den Glauben an die Unfehlbarkeit liberaler Wirtschaftspolitik zerstört hat, gären in ihr die Sorgen, wie es in den Umbrüchen der Globalisierung mit ihren Wanderungsbewegungen von Kapital, Menschen, Waren weitergehen kann. Auch die neuen Rechten sind ein Symptom, nicht der Ursprung dieser Unsicherheit.

Könnte es sein, dass die liberale Redefreiheit in den Institutionen auch deshalb gegenwärtig ein so wunder Punkt ist, weil die Gesellschaften Europas das Reden gerade neu lernen und proben, um sich in den Umbrüchen neu zurechtzufinden? »*Don't talk to strangers*«, sagt die Werbung an der Straßenecke und zeigt zwei Fremde, die gerade distanziert aneinander Gefallen finden: »*Don't talk to strangers, you could become friends.*« In der Tat, ein Reden, bei dem hernach alles ist wie zuvor, ist kein Reden. Dies ist eigentlich die Eigenschaft des Gesprächs: seine Unvorhersehbarkeit – dass man anders aus ihm hervorgeht, als man hineinging. Gespräch bedeutet, sich für bisher Ungesagtes, Unbekanntes zu öffnen. Das heißt ja nicht, deshalb die eigene Haltung zu verlieren. Sondern für bisher Fremdes im anderen und in einem selbst offen zu sein, um diese Binsenweisheit der Psychoanalyse einmal ganz untherapeutisch zu wiederholen.

In einem der letzten Texte vor seinem Tod zitiert der polnische Soziologe Zygmunt Bauman, ein weltlich-jüdischer Linker, den es aus Warschau ins Exil nach Leeds verschlagen hat, ausgerechnet die Aachener Karlspreis-Rede des argentinischen Konservativen Papst Franziskus, der über die Begegnung mit den zuwandernden Fremden sagte: »Die Kultur des Dialogs impliziert einen echten Lernprozess sowie eine Askese, die uns hilft, den anderen als ebenbürtigen Gesprächspartner anzuerkennen.« Dialog: mit einem anderen sprechen, der trivialerweise tatsächlich anders ist. Askese: mithin einmal kurz nicht das eigene Selbst zu umkreisen. Lernprozess: Das Eiapopeia des Einvernehmens ist nicht gemeint.

Genau diese Offenheit für bisher Fremdes will die neue rechte Elite nicht.
Denn damit würde ihre Dramatisierung des Eigenen gefährdet.

Schluss mit dem Selbstbetrug

Jetzt sitzt die AfD im vierten ostdeutschen Landtag, diesmal mit 24 Prozent. Zeit, mit sieben falschen Ratschlägen aufzuräumen, die Ihnen immer wieder begegnen werden – und die AfD doch nur stärker machen.

VON MARTIN MACHOWECZ

DIE ZEIT, 17.03.2016 Nr. 13

1. Trugschluss: Wer AfD-Politikern nicht die Hand gibt, stärkt die Demokratie

Dies ist eine bittere Wahrheit: Nein, die AfD verschwindet nicht, nur weil man ihren Abgeordneten auf dem Flur den Guten-Morgen-Gruß verweigert. Schlimmer noch: Sie wird sogar stärker. Die Verweigerung zwischenmenschlicher Höflichkeitsformeln ist nicht praktische Politik, sondern praktizierte Feigheit. Aus dem Thüringer Landtag – jenem Parlament, in dem die AfD schon länger besonders radikal auftritt – ist überliefert, dass viele Abgeordnete, von Linken bis CDU, betreten zu Boden gucken, wenn ihnen AfD-Kollegen begegnen. Aber von Repräsentantenverachtung ist es nicht weit zur Verachtung der Repräsentierten. Mit der AfD ist der wütende Bürger in Truppenstärke in Sachsen-Anhalts Landtag eingezogen. Nur weil der Bürger wütend ist, hat er noch lange nicht sein Recht auf Freundlichkeit verwirkt. Außerdem wollen CDU, SPD oder Linke die AfD-Wähler am liebsten zurückgewinnen. Wer würde denn morgen einen wählen, der ihm gestern auf die Schuhe gespuckt hat?

2. Trugschluss: Wenn sich nur alle Demokraten verbünden, geht es der AfD schon an den Kragen

Wer in diesen Tagen Sachsen-Anhalts AfD-Strategen zuhört, der erfährt, was aus deren Sicht der größte Gefallen ist, den die etablierten Parteien der AfD jetzt tun könnten. Nämlich: eine Art Einheitsfront gegen die AfD zu bilden.

Das Problem ist, dass die etablierten Parteien gerade wirklich drauf und dran sind, genau das zu tun. Aber wenn CDU, Linke, SPD und Grüne in Sachsen-Anhalt jetzt in allen wesentlichen Punkten versuchen, gemeinsam gegen die AfD zu opponieren, dann bekommt die AfD genau das Image, das sie gerne hätte – die einzige echte Oppositionspartei zu sein. Und mancher wütende Bürger wird sich erst recht mit einer Fraktion solidarisieren, die zwar die zweitgrößte und allerlauteste ist, aber dennoch so tut, als sei sie das Opfer.

Ganz praktisch gesagt: Vermutlich gehört zum qualvollen Prozess der Erkenntnis in diesen Zeiten, dass es nicht zwangsläufig des Teufels ist, wenn die AfD fordert, ein Schlagloch möge beseitigt werden. Denn nur weil die AfD gegen ein Schlagloch ist, ist das Schlagloch noch lange nicht super. Und nur weil die AfD für eine Abwasserleitung kämpft, ist die Abwasserleitung noch lange nicht Mist. Man darf ja nicht vergessen: Landespolitik dreht sich zu 90 Prozent um Schlaglöcher und Abwasserleitungen.

Es müssen alle zu unterscheiden lernen: zwischen den nachvollziehbaren Vorschlägen dieser Partei – und den Momenten, in denen ihre Leute Unsinn erzählen oder gar geistig brandstiftend auftreten. Nur wer diese Unterscheidung macht, ist auch glaubhaft, wenn er den Unsinn und die Bösartigkeiten der AfD kritisiert.

Katrin Budde, die Spitzenkandidatin der SPD, sagte im Wahlkampf, die Demokraten müssten sich »alle gemeinsam positionieren gegen jede Form der Zusammenarbeit mit der AfD und gegen deren Einzug in den Landtag«. Sie sagte auch: »Ich setze darauf, dass wir Demokraten uns in Sachen AfD genauso einig sind, wie wir es schon gegenüber der DVU und der NPD waren.« Mit ziemlicher Sicherheit haben solche Sätze der AfD mehr geholfen als geschadet.

3. Trugschluss: Wären die Nichtwähler auch diesmal zu Hause geblieben, stünde es besser um unser Land

Historisch hohe Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt – und trotzdem trifft man überall Journalisten und Politiker, die das unter der Hand zum Gruseln finden,

weil aus ihrer Sicht die Falschen zur Wahl gegangen sind. Im Ernst? Die Falschen? Ist jetzt schon hohe Wahlbeteiligung ein Problem, wenn sie nicht einem selbst hilft? Erstmals – und das ist fast ein kleines ostdeutsches Wunder – ist in Sachsen-Anhalt ein beachtlicher Teil derjenigen zur Wahl gegangen, die für unsere Demokratie beinahe verloren schienen. Die Frustrierten haben sich selbst ermächtigt.

Dabei hatten viele sich schon damit abgefunden, dass ein Drittel der Ostdeutschen demokratiefremd, abgemeldet, verloren ist.

Die Flüchtlingskrise hat die Ostdeutschen politisiert, wie nur ganz wenige Ereignisse seit der Wiedervereinigung es vermochten. Darin liegt eine Chance.

4. Trugschluss: Wer die AfD-Anhänger immerzu als Idioten und Nazis bezeichnet, hilft, sie zu entlarven

Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Stahlknecht hat auf den Punkt gebracht, wieso man die AfD auf keinen Fall ansprechen darf, wie die AfD einen anspricht. »Ich sage nicht, wie mancher Kollege, ›Pack‹ zu den Leuten. Gerade wenn einige so primitiv auftreten, antworte ich bewusst feiner. Wir Politiker dürfen nicht anfangen, den Stil zu verlieren«, hat Stahlknecht erklärt. Der Fehler von Politikern und vielleicht noch mehr von Journalisten war, Pegida von Anfang an als krude Neonazibande darzustellen – und die AfD als den irgendwie gesitteteren, aber nicht minder nazihaften Teil davon. Es gibt natürlich die Rechtsextremisten und Rassisten in der AfD, aber dass sie in der Mehrzahl wären, behaupten nicht einmal die schärfsten Kritiker dieser Partei. Diejenigen unter ihren Mitgliedern und Anhängern, die nur opihaft, kauzig, gestrig oder sonst wie unangenehm auftreten – die muss auch der Linksalternative aus Leipzig-Südvorstadt ertragen.

Die Zeiten, in denen man ausblenden konnte, dass es diese unangenehmen Leute gibt? Die sind vorbei. Jetzt ist der Moment gekommen, sich einzugestehen: Die Wutbürger der neuen Länder haben sich halt aufgerafft, zumindest in Teilen. Sie haben sich lange Mut antrainiert, jetzt stehen sie vor

der Tür, und sie haben keinen Kuchen dabei und auch keine gute Laune. Wer aber dennoch höflich bleibt, dem gelingt vielleicht etwas Überraschendes. Die AfD-Wähler beobachten ab sofort ganz genau, was im Landtag passiert. Was aus ihrer Stimme wird. Viele der AfD-Wähler tun das vielleicht zum ersten Mal seit vielen, vielen Jahren. Man könnte ihnen, als CDU-Abgeordneter X oder Grünen-Abgeordnete Y, einfach zeigen, was man so draufhat. Ganz lässig.

5. Trugschluss: Wenn wir nur abwarten, zerlegt sich die AfD schon von selbst

Der Fehler, der in Sachsen gemacht wurde und in Thüringen erst recht, war, zu glauben, diese AfD-Heinis würden sich schon von selbst abschaffen. Denn die Sache ist: Der AfD wird von ihren Wählern vieles verziehen, was anderen Parteien nie und nimmer verziehen würde. Zum Beispiel Widersprüche selbst innerhalb eines Satzes, Konzept- und Planlosigkeiten noch und nöcher, Debattenscheue nach außen, dafür härteste innerparteiliche Streits und Flügelkämpfe. Nicht einmal der Umstand, dass drei von elf Mitgliedern im Streit aus der Thüringer Landtagsfraktion austraten, hat der Beliebtheit dieser AfD Abbruch getan. Und auch nicht der Umstand, dass innerhalb der AfD die Superradikalen gegen die Mittelradikalen gegen Bernd Luckes letzte Truppenteile kämpfen wie im Shakespeare-Drama.

Solange es der AfD gelingt, sich als unerfahren, »irgendwie anders«, unschuldig und rebellisch zu positionieren, wird ihr überhaupt nichts krummgenommen. Dass ein Teil der Ostdeutschen empfänglicher ist für Populisten, liegt nicht daran, dass er blöder wäre. Sondern, so sagen es Soziologen: Viele Ostdeutsche hätten eben den Urglauben ins politische System dieser Republik nicht in der Form, wie ihn die Westdeutschen haben.

Wenn einer die Regeln eines Systems bricht, in dem etwa 30 Prozent der Ostdeutschen sich selber nur als Gast fühlen – dann finden diese 30 Prozent das natürlich nicht blöd, sondern gut. Und so wird der AfD noch der größte Unsinn als Widerstand gegen das Establishment ausgelegt. Das ist der gleiche Mechanismus, der dazu führt, dass manche Bürger alles glauben, was in

irgendeinem Blog steht – und kein Wort, das eine Zeitung druckt.

Deshalb wird man nicht umhinkommen, die AfD immer und immer wieder im Detail zu widerlegen. Und zu erklären, warum genau das Wirtschaftskonzept der AfD nun eigentlich nichts taugt oder warum genau 1000 Polizisten mehr auch nichts an der Sicherheitslage ändern und warum man eine Grenze nicht einfach mit Zäunen sichern kann. Das muss man sagen.

6. Trugschluss: Sobald wir aufhören, uns über die AfD zu empören, haben wir uns an ihre Parolen gewöhnt

Nein, das ist jetzt ausdrücklich kein AfD-NPD-Vergleich. Aber der frühere NPD-Chef Holger Apfel hat im Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht einen bemerkenswerten Gedanken geäußert. Er sagte, dass die NPD immer nur groß gemacht worden und nie groß gewesen sei. Groß gemacht, weil ein NPD-Mann bloß »Ausländer raus« sagen musste, und die Schlagzeilen gehörten ihm. Auf subtilere Weise hat die AfD diesen Empörungsreiz auch auszunutzen gelernt: Wenn ein AfD-Mann »Schießbefehl« sagt, sind die Zeitungen voll. Das ist am ersten Tag gut, weil es ja noch schöner wäre, wenn man sich über so etwas nicht aufregen würde. Aber manchmal ist auch Mäßigung eine Kunst: Ja, einen Tag lang aufregen ist okay. Aber die vierte Debatte über Frauke Petrys Mauerschützensatz, ist die nicht langsam nervig? Warum spielen wir so willfährig dieses Spiel mit, auf allen Ebenen? Runterkühlen würde helfen. Die Gefahr, wenn man sich nicht aufregt, ist: dass eine verrohete Sprache salonfähig wird. Die Gefahr aber, wenn man sich immerzu aufregt, ist, dass man die AfD motiviert, nur immer und immer mehr aufzudrehen. Damit macht man sich zu ihrem Werkzeug, denn man unterstützt sie bei der Eskalation.

All das gilt übrigens natürlich auch für Journalisten. Wer sich, wenn auch aus gut verständlichem menschlichen Reflex, pausenlos über die AfD empört, der sorgt vielleicht für eine schöne Soundkulisse. Aber die Leute gewöhnen sich dran wie an den Verkehrslärm vorm Haus. Und wenn sich einer an den Verkehrslärm gewöhnt hat, guckt er am Ende sogar dann nicht mehr aus dem

Fenster, wenn wirklich mal ein Panzer vorbeirollt.

7. Trugschluss: Jetzt mal ehrlich, am Erfolg der AfD sind aber wirklich die anderen schuld!

Am Ende will keiner schuld sein am Erfolg der AfD. Reiner Haseloff, CDU-Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, hat gesagt: Seine Partei habe nichts falsch gemacht, die anderen hätten die AfD groß gemacht. Wulf Gallert, Linken-Spitzenkandidat, sagte, seine Partei sei die Einzige gewesen, die der AfD immer Paroli geboten hätte. Die SPD gab der CDU die Schuld, die Grünen hatten mit alldem eh nichts zu tun und die Medien? Waren noch nie an irgendetwas schuld.

Aber nein: Alle sind ein bisschen schuld. Sachsen-Anhalts CDU ist schuld, weil ihr Ministerpräsident sich in der Flüchtlingskrise leise von der Kanzlerin distanziert hat – aber dann auch nicht so entschlossen, dass man gewusst hätte, wofür oder wogegen diese Partei jetzt ist.

Die SPD ist schuld, weil ihre Wahlkampagne behauptete, mit der SPD bekomme man einen Regierungswechsel und neue Politik, obwohl sie seit zehn Jahren regierte.

Grüne und Linke sind schuld, weil sie keine Idee hatten, welche Alternativen man in diesen Zeiten eigentlich anbieten möchte, und vielleicht haben manche Linke und Grüne auch zu oft AfD-Anhänger und Nazis in einen Topf geworfen.

Aber auch die Medien sind schuld, weil sie die AfD ein paar Mal zu oft behandelt haben wie den Leibhaftigen. Und sie damit auch ein bisschen zu wichtig genommen haben.

Über all diesen Befindlichkeiten haben alle Akteure sich selbst vergessen. Die AfD musste nicht einmal etwas beitragen, ihre bloße Anwesenheit hat dafür gesorgt, dass sich alles an ihr ausrichtete.

Würde man damit aufhören, wäre die AfD plötzlich das, was sie eigentlich ist: eine Kraft, die sich erst einmal beweisen muss. Und nicht eine Kraft, die

behauptet, die anderen müssten sich vor ihr beweisen. Denn diese Behauptung ist die größte Frechheit von allen, und alle miteinander nehmen sie einfach so hin.

Mitarbeit: Anne Hähnig

Gegen Populismus hilft:

Italien: Verloren. Österreich: Noch mal Glück gehabt. Und jetzt warten auf die nächste Katastrophe? Auf keinen Fall. Zehn Wege, mit den Autoritären fertig zu werden

VON MARC BROST, PETER DAUSEND, MATTHIAS GEIS, TINA HILDEBRANDT, ANGELA KÖCKRITZ, ULRICH LADURNER, MARIAM LAU, GERO VON RANDOW, MARK SCHIERITZ, MICHAEL THUMANN, BERND ULRICH
DIE ZEIT, 08.12.2016 Nr. 51

Nicht zittern

Die Populisten, heißt es, holten mit ihrer apokalyptischen Rede die Verängstigten ab. Allerdings sind es im Moment vor allem die Liberalen, die Angst haben, dass nämlich alles den Bach runtergeht, was über Jahrzehnte erkämpft und erarbeitet wurde. Während sie schon die nächste Katastrophe erwarten, feiert die Internationale der rechten Populisten sich selbst. Hofer lobt Trump, Le Pen wünscht Hofer Glück, Trump empfängt Farage. So geht das nun schon eine Weile. Einer hilft dem anderen, der Erfolg des einen nährt den des Nächsten.

Diese Dynamik kann sich allerdings auch umkehren. Einmal dann, wenn die Populisten verlieren wie am Sonntag Norbert Hofer in Österreich, dessen Schlappe dann eben auch mit der Frau nach Hause geht, die ihm in Frankreich die Daumen hielt. Doch sind nicht nur Niederlagen ein Problem für die Populisten, Siege können sogar noch gefährlicher sein. Denn dann müssen sie Versprechen halten, die kaum zu halten sind, weil der Populismus – so lautet schließlich die Definition – nur an Erfolge denkt und nicht an die Folgen. Die Wut und die Erregung, die er anheizt, um an die Regierung zu kommen, nutzen sich ab, sobald der Populismus regiert. Ungarn gab darauf bereits einen Vorgeschmack, wo die Regierung Orbán das Volk mit einer Abstimmung über Flüchtlinge in einem Land ohne Flüchtlinge erregt halten

wollte – und verlor.

Der gefährlichste Erfolg jedoch für die Populisten in Europa ist der Sieg ihres Gesinnungsbruders in Amerika. Natürlich haben sie jubiliert, als Donald Trump gewann, doch von Stund an müssen sie sich für alles rechtfertigen, was er tut. Dabei wird der neue US-Präsident gewiss keine Rücksicht auf seine kleinen Brüder und Schwestern in Europa nehmen. Sein regierender Nationalismus wird sich hart im Raum stoßen mit den opponierenden Nationalismen in Westeuropa. Wenn etwa die USA deutlich weniger für Europas Sicherheit zahlen, wer zahlt denn dann wohl mehr?

Die Internationale des Nationalismus – sie enthält eine Unvereinbarkeit, die sich nun zu entfalten beginnt.

Allerdings wartet ein noch viel tieferer Widerspruch der modernen rechten Populisten darauf, ihnen alsbald um die Ohren zu fliegen: Sie befeuern die Angst vieler Menschen vor Veränderung – auch das gehört zur Definition des Phänomens. Doch nichts würde die Welt so radikal verändern und so unberechenbar machen wie weitere Siege der Populisten. Auch das wird Donald Trump von nun an jeden Tag vorführen: Von der Außenpolitik über die einfachsten Regeln guten Benehmens bis zum Welthandel – er hat schon vor seiner Inauguration mehr erschüttert als sein Vorgänger in zwei Amtszeiten. Das härteste Gestern gebiert das größte Chaos.

Es gibt jeden Grund, die Populisten und vor allem deren Anhänger ernst zu nehmen, es gibt tausend Anlässe, aufzuwachen aus der Selbstgefälligkeit. Für Panik ist es noch ein bisschen zu früh.

Mehr Social Correctness

Ja, die Political Correctness kann schon sehr nerven, manch einen macht sie sogar wütend. Und ja, es kommt manchmal zu Übertreibungen. Andererseits, wo kommt es nicht zu Übertreibungen? Lebt die Öffentlichkeit nicht geradezu davon? Und warum sollten ausgerechnet diskriminierte Minderheiten auf den Startvorteil alles Neuen und Interessanten verzichten? Schließlich redet auch die AfD lieber über die dritten Toiletten für weitere Geschlechter als über den

zweiten Bildungsweg.

In Wahrheit liegt das Problem nicht darin, dass auf die Empfindlichkeiten von Minderheiten zu viel Rücksicht genommen würde, sondern darin, dass eine bestimmte Minderheit ignoriert wird. Anders als für Afrodeutsche oder Transpersonen gibt es für sie nicht mal einen anständigen Namen.

Die »Abgehängten«, die »Globalisierungsverlierer«, die »unteren Schichten«, die »Ungebildeten«, die »Marginalisierten«, »das Prekariat« – solche herabwürdigenden oder sterilen Ausdrücke können sich nur diejenigen ausgedacht haben, die selten in die Verlegenheit kommen, mit denen »da unten« zu sprechen, sonst wäre ihnen schon aufgefallen, dass es so nicht geht. Man und frau soll sich nichts vormachen: Im fehlenden Wort zeigt sich der fehlende Respekt. Das ist die bittere Wahrheit über das Verhältnis zwischen einer Öffentlichkeit, die von der gymnasialen Mittelschicht verfertigt wird, und jenen Menschen, die früher stolze Namen trugen wie »die Arbeiterklasse«.

Nun haben diese Menschen einen Weg gefunden, sich zu Gehör zu bringen, indem sie die Populisten wählen. Ob es wirklich ein Zuviel an Political Correctness gibt, darüber kann man streiten. Darüber, dass es einen eklatanten Mangel an Social Correctness gibt, eher nicht.

Anders sprechen: Klarer, härter, ehrlicher

Die Sprache der Politik trägt entscheidend zu deren Ansehensverlust bei. Wenn Menschen »freigesetzt« werden, die ihren Job verlieren, wenn gescheiterte Verhandlungen »konstruktiver Dialog« genannt werden – dann gewinnen diejenigen, die einfach sagen, was sie denken. Im Extremfall ist es sogar egal, was sie sagen. Hauptsache, es klingt aufrichtig.

Dass die Sprache der Politik floskelhaft ist, beklagen alle: Wähler, Journalisten, ja die Politiker selbst. Nur um dann, wenn einer mal das Floskelhafte und damit auch das Sichere verlässt, im Kollektiv über ihn herzufallen. Sigmar Gabriel wird die fremdenfeindlichen Demonstranten, denen er im sächsischen Heidenau entgegentrat, wohl nicht mehr als »Pack«

bezeichnen. Und so verschwindet das Echte hinter Posen und Floskeln.

Sagen, was ist: So wünscht man sich die Sprache der Politiker. Und auch mal sagen, warum man etwas nicht sagen kann – statt sich hinter Worthülsen zu verstecken. Aber weil Ehrlichkeit angreifbar macht, müssen sich nicht nur die Politiker ändern, sondern auch die Politikbeobachter. Sollen Politiker leidenschaftlicher streiten, dürfen Journalisten nicht jeden Streit als Machtkampf betrachten. Streit um Inhalte muss dann auch bedeuten, dass man sich einmal die Inhalte anschaut und nicht nur den Streit. Wenn es sich Journalisten seltener leicht machten, hätten es die Populisten schwerer.

Tun, was man sagt

Überall, wo die Wut auf das »System« explodiert ist, gab es eine verbindende Erfahrung: das Gefühl des Kontrollverlusts. Das ist keineswegs auf die Wütenden beschränkt. Längst hat es auch die Politiker erfasst. Und es ist nicht falsch. Man ist eben nicht mehr Herr im eigenen Haus, wenn etwa die Zukunft einer deutschen Lebensversicherung davon abhängt, ob sich jetzt rasch eine italienische Regierung findet, die mit Geld umgehen kann. Aber dieser objektive Kontrollverlust muss in letzter Zeit ein bisschen zu oft herhalten zur Begründung für Untätigkeit, wo man eben doch etwas hätte tun können. Wo eigene Regeln hätten durchgeboxt, Konsequenzen hätten gezogen werden müssen.

In der Finanzkrise ist weit mehr kaputtgegangen als der Glaube an die Seriosität von Geldinstituten. Geblieben ist das Gefühl, dass Banken alle Risiken vergesellschaften und alle Gewinne einstecken. Ein paar neue Regeln fürs Eigenkapital ändern an diesem Eindruck nichts. Als Angela Merkel und ihr damaliger Finanzminister Peer Steinbrück im Oktober 2008 vor die Presse traten, versicherten sie den »Sparerinnen und Sparern« nicht nur, sie hätten nichts zu befürchten, weil »ihre Einlagen sicher« seien. Merkel kündigte auch an, »dass diejenigen, die unverantwortliche Geschäfte gemacht haben, zur Verantwortung gezogen werden«. Bis heute ist in Deutschland kein einziger von jenen auch nur angeklagt, die solch ungeheure Summen an Geld vernichtet haben. Zuletzt haben die Manager von VW Öl ins Feuer gegossen,

als sie ankündigten, wegen des Diesel-Skandals allein in Deutschland 23 000 Stellen abzubauen – und ganz selbstverständlich ihre Boni einsackten. Wie soll man auch einen Schuss hören, der nie abgefeuert wurde?

Wenn die Politik Ohnmachtserklärungen abgibt (»Das ist der Druck der Globalisierung«), dann verstärkt sie das Ohnmachtsgefühl der Bürger. Die deutsche G20-Präsidentschaft wäre eine erstklassige Gelegenheit, auf drei wichtigen umkämpften Feldern die Kontrolle zurückzugewinnen: Steuerdumping, Freihandel und Klimawandel.

Viel mehr Geld ausgeben

Usedom ist so etwas wie das Zentrum des deutschen Populismus. Bei der letzten Landtagswahl wählte jeder zweite Inselbewohner die AfD. Alles Nazis? Nein, sagt Bürgermeister Stefan Weigler. Die Leute fühlten sich vergessen. Ihre Wahlentscheidung sei »ein Schrei nach Anerkennung und Aufmerksamkeit«. In den vergangenen Jahren verschwand auf Usedom immer mehr von dem, was für viele Bürger zum Leben gehört: Die Geburtsstation im Krankenhaus. Die Schule. Das Amtsgericht. Eine Umgehungsstraße wurde seit der Wende wieder und wieder angekündigt – gebaut ist sie immer noch nicht.

Es gibt ökonomisch abgehängte Regionen, in denen die Menschen anfällig sind für die Versprechen der Populisten, weil sich – wie es Bürgermeister Weigler sagt – sonst niemand um sie kümmert. Das ist in Mecklenburg-Vorpommern genauso wie in Süditalien, im Norden Großbritanniens oder in Zentralfrankreich. Nun hinkt der deutsche Osten zwar seit Jahren hinter dem Westen her und der italienische Süden hinter dem Norden. Neu aber ist: Die Menschen zeigen ihre Wut an der Wahlurne. Erst damit wurden aus persönlichen Problemen politische – was auch erklärt, warum so lange nichts geschehen ist.

Dabei ist das Usedomer Beispiel nur ein Beispiel von vielen für das gigantische Versäumnis. Die Globalisierung mag der Menschheit zu einem historisch einmaligen Wohlstand verholfen haben. Aber dieser Wohlstand

landete zunehmend in den Händen einiger weniger. Nun sind die Fronten so verhärtet, dass sich das Problem durch Wahlgeschenke allein kaum noch lösen lässt. Denn längst wurde aus materieller Not eine Frage der Ehre, aus fehlender Egalität der Wunsch nach Identität. Zugleich hat eine reine Politik der Wahlgeschenke ihre Glaubwürdigkeit verloren. In Skandinavien etwa, wo der Staat erheblich mehr umverteilt als in Deutschland, sind populistische Parteien trotzdem stark.

Doch eine nachhaltige Politik gegen Populismus kommt nicht ohne Geld aus. Sehr viel Geld. Nicht um die Wähler zu bestechen, sondern um ihre Probleme zu lösen. Oder wenigstens einige davon.

Der Staat muss wieder als solcher erfahrbar werden, indem er für bessere Schulen sorgt, für angemessene Einkommen und schnelleres Internet. Und indem er Sicherheit und Ordnung garantiert – nur 15,2 Prozent der 167 136 Wohnungseinbrüche in Deutschland wurden aufgeklärt.

Man braucht mehr Geld für Polizisten.

Man braucht mehr Geld für die Schulen.

Man braucht mehr Geld für Integration und Inklusion.

Man braucht auch mehr Geld für die Verteidigung.

Und für eine vernünftige Flüchtlingspolitik in Europa. Und in Afrika.

Von allem mehr also? Ja.

Mehr Vielfalt, nicht weniger

Am Dienstag der vergangenen Woche spricht Sigmar Gabriel auf einer Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung über »Gleichheit«. Aber was der SPD-Chef sagt, klingt weniger harmlos. Die Schichten sortierten sich wieder neu, sagt Gabriel, es werde wieder »standesgemäß geheiratet«, die Schulen würden »sozial entmischt«, in den Städten wisse man nicht mehr, wie man in der Provinz lebe, und in der SPD nicht mehr, wie es im eigenen Milieu aussehe. »Das hehre Gerede von der Gleichheit wird durch unseren Habitus konterkariert.«

Auf der Redeliste der Konferenz finden sich Doktoren und Professoren – aber kein Betriebsrat, keine Putzfrau, kein Empfänger von Hartz IV.

»Warum duzen sich Sozialdemokraten«, fragt Gabriel und antwortet selbst:
»Meine Mutter hat immer gesagt, weil man besser ›Du Arschloch‹ sagen kann als ›Sie Arschloch‹.« Das sei die Idee hinter dem Du: »Kein Sozialdemokrat soll über dem anderen stehen.«

Man kann diesen Auftritt als Vorgeschmack auf den kommenden Wahlkampf sehen. Als Versuch der SPD, jene Wähler zurückzugewinnen, die man mit der Agenda-Politik Gerhard Schröders verlor. Aber das wäre zu einfach.

Denn zu einer modernen, weltoffenen Gesellschaft gehört eben auch, das andere zu akzeptieren. Oder anders formuliert: Der Populismus bezieht seine Wucht nicht allein aus der gefühlten Armut einiger – sondern auch aus dem Gefühl vieler, mit ihren Ansichten, ihren Einstellungen ausgeschlossen zu sein. Das gilt für die Gegner der Homo-Ehe genauso wie für jene, die für ein Verbot von Sonntagsarbeit sind. Und wenn die großen Volksparteien die Vielfalt der Gesellschaft nicht mehr abbilden, dann kommt die Opposition eben vom rechten oder linken Rand. Deutschland besteht nicht nur aus Netflix-Abonnenten – sondern auch aus RTL2-Zuschauern.

Überall in Europa sind die großen Volksparteien moderner, weiblicher, bunter geworden. Wären sie es nicht, so hätten sie gewiss auch viele Wähler verloren. Aber sie haben über die notwendige Modernisierung ihre Wurzeln vernachlässigt, wenn nicht gar verleugnet. Nicht im Lob der neuen Vielfalt liegt der Fehler, den die Parteien oder die Eliten gemacht haben, sondern darin, das Alte, das gewissermaßen anders andere, nicht mehr als Teil dieser Vielfalt gesehen zu haben. Das wiederum ist eine Frage der Einstellung. Und lässt sich darum auch ändern.

Patriotischer sein als die Patrioten: Österreich

Sein Wahlslogan stammte aus der Nationalhymne: »Mutig in die neuen Zeiten«. Plakate zeigten ihn, auf einer Bergwiese stehend, dazu den Schriftzug: »Wer seine Heimat liebt, der spaltet sie nicht.« In seinem

Wahlwerbespot sagte er: »Österreich ist meine Heimat. Österreich liegt mir am Herzen.«

Alexander Van der Bellen, ehemaliger Chef der Grünen, der offiziell als unabhängiger Kandidat ins Rennen ging, ist ein ungewöhnlicher Vertreter des Patriotismus. Aber genau deshalb wurde er zum neuen Bundespräsidenten Österreichs.

Heimat ist ein Kampfbegriff der Populisten. Er bezeichnet den bedrohten Ort, den sie zu schützen vorgeben – vor Überfremdung, vor dem Islam, vor der Globalisierung, manchmal auch nur vor allem Neuen. Die Heimat hingegen, von der Van der Bellen sprach, war anders: weltoffen, tolerant, zuversichtlich, der EU und den Nachbarländern verbunden. Van der Bellen reiste in den vergangenen Monaten durchs ganze Land, von Volksfest zu Volksfest, Kirchtag zu Kirchtag, und wohin er auch kam, er sprach über die Heimat.

Bei der ersten, später annullierten Stichwahl im Mai hatte er nur 31 000 Stimmen mehr als Norbert Hofer erhalten. Es hatten ihn vor allem die Bürger aus den Städten gewählt. Diesmal jedoch, am vergangenen Sonntag, hatte sich Van der Bellens Vorsprung knapp verzehnfacht. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land war nicht mehr so scharf. Hofer dagegen verlor überall gleichmäßig.

Auch die CDU will im Wahlkampf »etwas mit Schwarz-Rot-Gold machen«, wie es in der Parteizentrale heißt. Bisher hat das nämlich nicht so gut funktioniert. Im Netz wird seit Jahren ein Merkel-Video geklickt: Sie nimmt einem jubelnden Hermann Gröhe ein Deutschlandfähnchen weg. Von der AfD wird das als Beleg dafür gedeutet, dass die CDU-Vorsitzende ein gestörtes Verhältnis zur eigenen Fahne habe. In Wirklichkeit hatte Merkel Sorge, dass der Eindruck entstehen könnte, eine Partei beanspruche die Nationalflagge für sich. Es ist also kompliziert.

Auf dem CDU-Parteitag am Dienstag in Essen konnte man nun die ersten Versuche beobachten, wie das Thema neu angegangen wird. Merkel sagte, Einigkeit und Recht und Freiheit seien das »Leitmotiv« der CDU, die Liebe

zu »unserem Land« und zur Heimat ihr persönlicher Ansporn. Das Glück, in diesem Land zu leben, verpflichtete uns aber auch, »alles zu geben«, um Vielfalt und Zusammenhalt zu stärken. Die Idee ist, den national-autoritären Kräften die Symbole Fahne und Hymne abzunehmen, ohne dabei selbst nationalistisch zu klingen. Noch ein anderes Ziel hat die CDU: Die eigenen Leute sollen mobilisiert werden. Wahlkämpfe, so lautet eine der Lehren aus der US-Wahl, gewinnt man nicht, indem man Gegner überzeugt, sondern indem man die eigenen Leute motiviert, damit sie auch wirklich abstimmen.

Nicht populistischer sein als die Populisten: Italien

Matteo Renzis Niederlage am vergangenen Sonntag gilt als Sieg des Populismus. Dabei ist es genau andersherum: Renzi verlor, weil er populistischer auftrat als die Populisten selbst.

Er versprach den Bürgen das Blaue vom Himmel und wettete gegen die angeblich so lebensfernen, kalten Brüsseler Eurokraten. Den Tag der Abstimmung stilisierte er zu einer finalen Entscheidungsschlacht zwischen den Kräften der Vergangenheit und den Kräften der Zukunft. Renzi bespielte die gesamte populistische Klaviatur: Vereinfachen, verteufeln, verführen.

So etwas kann funktionieren: Wenn man selbst nicht an der Macht ist (oder nicht schon an der Macht war, siehe Sarkozy). Wenn es nur gilt, die da unten gegen die da oben zu mobilisieren. Da genügt es, Wut anzufachen. Um die zu rechtfertigen, muss niemand umsetzbare politische Konzepte anbieten. Wer regiert, dessen Worte sind durch seine Taten begrenzt.

Aber Renzi war an der Macht. Und seine Verfassungsreform sollte diese Macht festigen. Wohl aus guter, reformpolitischer Absicht – aber die war nun nicht mehr sichtbar, er zeigte sie nicht her, er verstellte den Blick mit seiner Propaganda. Eine Mehrheit der Italiener gewann daher den Eindruck, dass sich hier ein Mann um jeden Preis an ebendieser Macht halten wollte. Und verweigerte ihm die Zustimmung.

Nicht um die Populisten kreisen: Merkel in Essen

AfD, Populismus, diese Worte kamen am Dienstag in Merkels Rede auf dem

CDU-Parteitag nicht vor. Trotzdem war klar, wer und was gemeint war, als die Kanzlerin ankündigte, sie werde »nicht über jedes Stöckchen« springen, das ihr jemand im Wahlkampf hinhalte. Das heißt auch: Sie will bei ihrer ursprünglichen Strategie gegen die Populisten bleiben: Sie werden weiterhin mit einer Politik bekämpft, deren gute Ergebnisse für sich sprechen.

Die Kanzlerin beschwört die Steuerungs- und Gestaltungsfähigkeit der Politik. Der Populismus dagegen lebt vom paradoxen Zweifel daran, dass die Finanzmärkte, die Flüchtlingsströme und die digitale Revolution von der Politik überhaupt noch gesteuert, geschweige denn gestaltet werden können. Da kann man die Populisten nicht ganz ignorieren, weil sie einen Punkt haben. Die Lösungen, die Merkel vorschlägt, müssen wenigstens in etwa die gleiche Größe haben wie die Probleme, die sie benennt.

Alternativen sind die beste Verteidigung

Der Populismus hat die Demokraten in eine strategisch unmögliche Situation gebracht. Er leiht sich Kraft von denjenigen, die mit der Gegenwart unzufrieden sind. Und auf einmal sehen sich die Demokraten in der Rolle derer, die das Bestehende wie eine Bastion verteidigen. Wie soll das gut gehen? Die Progressiven in der Abwehr, die Weltoffenen in der Wagenburg?

Es gibt viele Gründe, die Gegenwart abzulehnen, gute und schlechte. Das Gegenangebot vom rechten Rand ist die idealisierte Vergangenheit. Der Populismus füllt damit eine Lücke, die in die Seelen geschlagen wurde. Auf der Hoffnung, es werde von Generation zu Generation besser, auf dieser ins Subjektive gewendeten Wachstumsideologie, beruhte die Stabilität des westeuropäischen Kapitalismus seit dem Zweiten Weltkrieg, genährt durch die Alltagserfahrung. Die aber ist brüchig geworden. Das Sicherheitsbedürfnis wird nicht mehr befriedigt. Jetzt wandelt es sich in die zittrige Sehnsucht nach den imaginierten Zeiten, in denen Weiß Weiß und oben war und Schwarz Schwarz und unten.

Ideale sind Gefühlstatsachen, sie befriedigen Bedürfnisse. Gegen Ideale lediglich den Status quo und das Weiter-so zu verteidigen, ist hingegen

emotional unbefriedigend. Etwas mehr Rente hier, etwas mehr Kindergeld da, wen soll das mobilisieren?

Fazit: Die Gegenwart rettet uns nicht vor der Vergangenheit. Was dann?

Nur die Zukunft. Das Rückständige sieht erst dann richtig schlecht aus, grau und uncool, wenn es mit Hoffnungen auf eine neue Wirklichkeit verglichen werden kann. Auf ein erfüllteres, anständigeres, gerechteres, gesünderes Leben. Das ist kein Wolkenkuckucksheim. Nur ein Beispiel: Erinnert sich jemand an die utopisch klingende Forderung, den öffentlichen Nahverkehr gratis anzubieten und den Autoverkehr in den Innenstädten radikal zu beschränken? In dieser Woche macht Paris genau das. Weil es wegen der Luftverschmutzung nicht anders geht. Und jeder in der Stadt begreift es.

Die Zukunftsmusik von einst ist die Realpolitik von heute. Es ist heute unrealistisch zu meinen, der globale Norden könne es sich leisten, mit dem globalen Süden nicht zu teilen. Unrealistisch zu glauben, extreme Ungleichheit ließe sich noch irgendwie demokratisch verarbeiten – sie tendiert zur Diktatur, weil sie ihrem Wesen nach diktatorisch ist.

Es ist daher die Zeit für etwas gekommen, das man die große Zumutung nennen könnte. Die Zeit für Parteien, die mit anspruchsvollen Vorhaben um den Bürger konkurrieren. Ob es strenger Klimaschutz ist oder der massive Ausbau der öffentlichen Sicherheit, ein anständiges Grundeinkommen für alle oder ein modernes Einwanderungsgesetz – suchen Sie sich etwas aus, komme das Angebot nun von der CDU, von der SPD oder von den Grünen. Nur kein Klein-Klein mehr. Sagen wir es so: Die Verhältnisse, in denen diese gefährliche Wut auf das Politische entstand, müssen selbst umgeworfen werden. Eher bald.

Kampfansage

Rechte Hetzer sind keine Brüder und Schwestern. Mit Verständnis kommt man bei ihnen nicht weiter. Man muss sich gegen sie wehren, sagt Jens Jessen. Eine Antwort auf Alard von Kittlitz

VON JENS JESSEN

DIE ZEIT, 01.12.2016 Nr. 50

Sind die Linken am Vormarsch der Rechten schuld? Das ist eine Frage, die immer wieder einmal, aber seit den Wahlen in den USA mit neuer Bestürzung und Naivität gestellt wird. Die klassische Antwort lautete stets: Die Lager schaukeln sich nun einmal gegenseitig hoch. Aktuelles Beispiel könnte der besondere Hass sein, mit dem Trump-Anhänger in den USA, die AfD in Deutschland und der Front National in Frankreich auf Schwulenehe, Gendertheorie und Flüchtlingshilfe reagiert haben. Da hätten, könnte man sagen, die Linken überzogen und dürften sich über die Gegenbewegung nicht wundern.

Eine andere, schon anspruchsvollere Antwort lautet: Die Linke habe ihre emanzipatorischen und humanitären Projekte zulasten der klassischen Sozialpolitik vorangetrieben. Anstatt Arbeiter und Arbeitslose vor den ruinösen Folgen der Globalisierung zu bewahren, habe sie sich in den Mittelstandssorgen um Gleichstellungspolitik, Geschlechtergerechtigkeit und karitative Akte vertüddelt. Die verelendenden Massen seien nach rechts abgerutscht, weil sie auf der Linken keinen Schutz mehr gegen das Kapital gefunden hätten. Das ist die Denkworttheorie, und für sie spricht, dass sie auch von manchen Wählern, in Kentucky ebenso wie in Sachsen-Anhalt, formuliert wird.

Eine ganz neue Theorie hat Alard von Kittlitz an dieser Stelle vor einer Woche aufgestellt. Die Linke sei gescheitert, weil sie nicht reinen Herzens sei.

Sie werde auch weiterhin daran scheitern, die Massen vom rechten Rand auf den Pfad der Tugend zurückzuführen, weil sie sich über ihre eigenen finsternen Seelenteile nicht aufkläre. Wir alle, die wir uns über Homophobie, Sexismus und Rassismus bei Trump oder im AfD-Milieu aufregten, seien in Wahrheit in einer dunklen Ecke unseres Herzens ebenfalls ein bisschen schwulen-, frauen- und fremdenfeindlich. Nur könnten wir diese Erkenntnis nicht zulassen und hegten deshalb gegen die populistischen Bewegungen, die sich zu ihren Phobien bekennen, einen Hass, der uns gesprächsunfähig mache. Die zugrunde liegende Gedankenfigur hat Kittlitz von der Psychoanalyse, die von einer »Abspaltung« der unerwünschten Neigungen spricht – sie werden auf einen äußeren Gegner verschoben und dort stellvertretend gehasst. Kittlitz schreibt: »Wir verachten die anderen so wahnsinnig, wir sind so entsetzt über ihre Siege, weil uns in ihnen unsere eigenen Dämonen im Triumph begegnen.« Er schreibt: »Wir sagen, Trump ist xenophob – und haben Angst, wenn ein arabisch aussehender Mann mit Rucksack zu uns in die U-Bahn steigt.« Er schreibt, »dass sich manch einer von uns klammheimlich über unsere Niederlage freut«, und nennt als Beispiel »Clinton-Wähler, die still hoffen, dass nun vielleicht wirklich weniger Mexikaner in ihre Stadt kommen«.

An dieser Stelle empfiehlt es sich, für einen Moment innezuhalten, um diese Selbstanklage auf sich wirken zu lassen. Kittlitz glaubt offenbar keine Sekunde lang, dass in seinem ominösen Wir irgendeine spontane Empathie für andere Menschen wirksam sei, spontanes Mitgefühl für Schwule, die gedemütigt werden, spontane Solidarität mit Frauen, die beleidigt und belästigt werden, Trauer um Schwarze, die erschossen werden, Sorge um Flüchtlinge, die bei uns stranden. Nächstenliebe, Mitmenschlichkeit und Anteilnahme erscheinen hier nur als Ideale eines intellektuell »aufgeklärten« Milieus, die hochgehalten werden müssen, die aber von niemandem wahrhaft gefühlt und gelebt werden können. Alle »Aufgeklärten« – also weit über das linke Milieu im engeren Sinne hinaus – scheitern an ihren Idealen und sollten sich daher einfühlsam und ohne Hochmut mit Anhängern von AfD und

Trump verständigen, deren Schicksal es ja auch nur ist, an den Idealen zu scheitern. »Man muss in denen, die scheitern, die Brüder und Schwestern erkennen.«

Müssen »wir« das wirklich? Vollendet sich die Aufgeklärtheit erst, wenn wir die Hand verständnisinnig drücken, die morgen vielleicht einen Molotowcocktail wirft oder heute schon den Satz twittert, der die Tat von morgen rechtfertigt? Ich jedenfalls möchte das nicht. Ich glaube nicht einmal, dass sich die Mehrzahl meiner Zeitgenossen in dem scheiternden Wir wiedererkennt. Wer fürchtet sich wirklich, und nicht nur aus eingeredeter Hysterie, wenn ein Araber mit Rucksack in die U-Bahn steigt? Ich bin wie viele andere Menschen auch mit Arabern morgens und abends in der Bahn gefahren, weil an der Endstation, die auch meine Station ist, ein Flüchtlingslager lag. Manchmal habe ich mich mit diesen Arabern unterhalten, manchmal ihre Rucksäcke getragen, viele Menschen haben auch die Kinderwagen getragen, in denen einiges hätte verborgen gewesen sein können. Es waren aber immer nur Kinder. Und selbst wenn ich an die Möglichkeit eines Bombengepäcks gedacht hätte (was ich nicht tat), hätte ich mich an die Engländer oder Franzosen erinnert, die den Terror der achtziger Jahre schließlich auch durchgestanden haben, ohne an ihrer Hilfsbereitschaft irre zu werden.

Kittlitz, ohne Frage, würde uns loben dafür, dass wir Ideale hochgehalten haben. Ich schwöre aber, dass mich keine Ideale geleitet haben. Ich habe mich den Menschen nahe gefühlt, ohne jede Theorie oder Gewissenslast. Es waren für meine Mitreisenden und mich keine Fremden im bedrohlichen Sinne. Vielleicht waren wir keine Mitglieder des aufgeklärten, mit seiner Aufgeklärtheit ringenden linken Wir. Mir scheint aber, dass die Impulse der Mitmenschlichkeit, wenn sie überhaupt etwas mit Idealen zu tun haben, dann jedenfalls nicht exklusiver Besitz eines politischen Lagers sind – und schon gar nicht notwendig verbunden mit den übrigen linken Emanzipations-, Fortschritts- und Mülltrennungsideen, an denen man freilich leicht scheitern kann. Allen, die sich von ihnen überfordert fühlen, sei gesagt: Man kann diese

überspannten Mittelstandssorgen (die so verteuflert an die gouvernantenhaften Benimmregeln einer untergegangenen Bourgeoisie erinnern) zurückweisen – und trotzdem eisern an den Menschenrechten und Geboten der Nächstenliebe festhalten, die Hilfe für Flüchtlinge, Gleichbehandlung von Geschlechtern und Rassen verlangen.

Aber einmal angenommen, dass ein stetes Scheitern an linken Benimmregeln, an geschlechterneutralem Verhalten und umweltbewusstem Konsum ein ernstes Problem darstellt – was würde daraus folgen? Die Erkenntnis, dass wir alle Sünder sind und uns deshalb über andere Menschen nicht erheben sollten? Für diese Einsicht brauche ich keine Psychoanalyse, das weiß ich schon als Christ. Aber entbindet mich die Einsicht in meine Sündhaftigkeit von der Pflicht, gegen Unrecht vorzugehen? Oder verbietet sie mir sogar jeden Einspruch?

Wenn dies der Maßstab wäre, dann könnten Rassisten und Volksverhetzer ruhig schlafen. Im Hintergrund der grandiosen linken Selbstanklage spukt ein seltsames Reinheitsideal, das die öffentliche Einmischung von einer Extremform privater Läuterung abhängig macht. Dieses Ideal ist aber gänzlich unpolitisch. Für die politische und gesellschaftliche Sphäre ist es irrelevant, ob mein Herz vollständig rein von Ressentiments ist – solange ich nicht diese Ressentiments zu politischen Forderungen oder zur Leitkultur erhebe. Der Rechtsstaat verlangt keine Gesinnungskontrolle, zum Glück. Ein finsternes rassistisches Seelenleben ist vielleicht unschön (vor allem für die Seele, die es verfinstert), aber muss niemanden etwas angehen, solange es nicht zu Wort und Tat strebt.

Es geht nur um das öffentliche Verhalten. Nur deshalb verbietet es sich, die AfD-Sympathisanten als Brüder und Schwestern zu sehen – nicht weil sie etwas in sich tragen, was sich bei peinlicher Gesinnungskontrolle auch bei anderen finden ließe, sondern weil sie aus Fremdenhass, Homophobie und Frauenverachtung Politik machen wollen und schon auf dem Weg dorthin das gesellschaftliche Klima vergiften. Den Psychoanalytikern geht es nicht um Politik, sie können ihren Scharfsinn gern auf den Nachweis verschwenden,

dass die Rechtspopulisten gehasst und heimlich beneidet würden, weil sie sich etwas erlauben, was sich andere verbieten. In der politischen Praxis ist es viel einfacher: Die Rechtspopulisten werden gefürchtet, schlicht und einfach gefürchtet, und zwar von allen Menschen, die sich nicht sicher sind, ob sie nicht ebenfalls zu den Außenseitern und Bedürftigen gezählt werden könnten. Es ist die Aufkündigung der Mitmenschlichkeit, die Angst macht, kein scheiterndes Ideal. Vor der Ausgrenzungswut können wir alle zu Fremden und Opfern werden.

Und dieses Wir ist ein ganz anderes, kein politisches, linkes oder auch nur aufgeklärtes Wir. Es ist das elementare Wir der Menschheit. Solange die Linke – das »aufgeklärte« Milieu – sich als bevorzugten Verlierer der neuen rechtspopulistischen Bewegungen sieht, das Recht zum Widerstand jedoch von der eigenen innerseelischen Läuterung abhängig macht, wird sie freilich nichts ausrichten. Eine Linke, die sich nur mehr an winzigen Verfehlungen abarbeitet, ist ein Problem, insofern hat Kittlitz recht. Mit dieser Linken lässt sich kein Unrecht mehr bearbeiten und noch viel weniger eine politische Bewegung aufhalten. »Könnte es sein«, fragt er, »dass wir gar nicht mehr das Licht der Aufklärung in uns tragen, dass wir im Finstern wandeln und uns deshalb viele nicht mehr folgen wollen?« Ja, das kann sehr gut sein. Es kann gut sein, dass es am Ende so kommt wie schon einmal in der deutschen Geschichte: dass die Konservativen den Kampf gegen die völkische Bewegung allein führen müssen, gerade weil sie sich keine maximal minimalistischen Ziele setzen.

Was zählt, ist das Vermögen, die Existenz eines Gegners auszuhalten. Es ist auch eine Krankheit unserer postmarxistischen, emanzipatorisch weichgespülten, politisch entmutigten Linken, dass sie meint, alle Aufgaben mit den Mitteln der Aufklärung und Pädagogik lösen zu können – mit dem Gespräch. Deshalb versucht sie so verzweifelt, irgendwelche Brücken zu bauen, und sei es durch Selbstanklage und Selbstdemütigung. So tief hinunterbeugen kann man sich aber gar nicht, dass man auf das Niveau von Trump und AfD käme. Nicht wir – hier hat das Wir sein Recht – haben das

Gespräch schuldhaft unterlassen, sondern die Rechtspopulisten haben das Gespräch abgebrochen. Sie haben den humanen Konsens der Gleichheit und Brüderlichkeit verlassen. Sie sind unsere Gegner. Wir müssen sie nicht therapieren, sondern klein halten.

DIESE ZEIT E-BOOKS KÖNNTEN SIE AUCH INTERESSIEREN:

»Brexit«

Die wichtigsten ZEIT-Artikel über den EU-Austritt Großbritanniens



Der Brexit kommt. Keiner hatte ernsthaft damit gerechnet, kein Experte hatte daran geglaubt. Am Tag nach der Abstimmung waren die Menschen auf dem Kontinent geschockt. Die Briten hatten sich für einen Ausstieg ausgesprochen und waren der „Vote Leave“-Kampagne gefolgt. Die Entscheidung beutelt das Land, zieht Gräben zwischen Remain- und Leave-Wählern. Ob der Brexit eine Entscheidung für die Wut und gegen die Vernunft war, ist umstritten. Dass die UKIP viele Wähler durch Stimmungsmache und Fehlinformation mobilisierte, steht fest. Welche Folgen die Abstimmung nun nach sich zieht, ist offen. Ob Globalisierung, Finanzcrash, Flüchtlinge oder soziale Ungerechtigkeit: Auf die Krisen und Herausforderungen der Welt im 21. Jahrhundert antworten viele Länder mit nationalem Egoismus. Der Weg

zurück zum Nationalstaat scheint viele Menschen der Welt zurück in eine vorhersehbare und sicherere Welt. Mit dem Brexit zeigt sich auch die dramatisch abnehmende Anziehungskraft der EU. Doch woher rührt die Ablehnung vieler Briten gegen ein vereintes Europa? Was heißt dieser Rückzug für Wirtschaft, Jugend und die britische Identität? Und was wird der Brexit für Europa bedeuten?

Dieses E-Book enthält die informativsten ZEIT-Artikel zum Ausstieg Großbritanniens aus der Europäischen Union. Lesen Sie, welche politischen und wirtschaftlichen Folgen der Brexit nach sich zieht und wie viele Experten, Politiker und Bürger die zukunftsweisende Entscheidung bewerten.

Die Artikel:

Der Brexit und die Folgen

- Upside Down
- Ist der Brexit denn wirklich so schlimm?
- Mit dem Brexit kam der Hass
- Ist das die neue EU-Außengrenze?
- »Keep calm and carry on«
- Ein Hoch auf die Glaubenskrise
- Welchen Brexit wollen die Briten?
- 400 Jahre Demokratie
- Die belehrende Mrs. May
- Nicht ohne mein Parlament
- Bloß noch raus

Großbritanniens schweres Verhältnis zu Europa

- Ain't it time we say goodbye?
- Ganz schön seltsam
- Jim will raus
- Raus hier!
- Auf der Couch bei Susie

Der Weg in den Brexit

- Das Pokern hat begonnen
- Die britische Botschaft
- Insel in der Midlife-Crisis
- Hermann hat genug
- Plötzlich ein Europäer
- Absurdes Theater
- Der Boris, der Vater, die Lüge
- Wie viel Volk darf's denn sein?

ca. 193 Seiten

nur 3,99 €

Erhältlich in allen gängigen E-Book-Shops.

DIESE ZEIT E-BOOKS KÖNNTEN SIE AUCH INTERESSIEREN:

»Quo vadis Europa?«

Die wichtigsten ZEIT-Artikel zur Krise der Europäischen Union



Die EU gilt als das größte Friedensprojekt der Geschichte. Seit Jahrzehnten sorgen sie und ihre Vorgängerorganisationen für Zusammenarbeit und Völkerverständigung in Europa; Grenzen fielen, Handelsnetze entwickelten sich, Staaten und Menschen wuchsen zusammen. Doch inzwischen wackelt das europäische Haus: Das Vertrauen der Bürger in die Europäische Union schwindet zusehends, der Euro wackelt, Wirtschaftskrisen erschüttern einzelne Mitgliedsstaaten, andere driften nach rechts und stellen demokratische Errungenschaften infrage. Die Flüchtlingskrise sorgt für Zwist, 2016 stimmte das britische Volk zum Entsetzen Europas für den Brexit, den Austritt aus der Union, die USA sind kein verlässlicher Partner mehr. Die EU taumelt von einer Krise in die nächste, so scheint es, ohne Energie und ohne

Selbstbewusstsein.

Die in diesem Buch versammelten ZEIT-Artikel nehmen verschiedene Aspekte der Krise unter die Lupe und zeigen Möglichkeiten zur Veränderung und Erneuerung auf – und eröffnen den Blick dafür, dass es lohnt, für die EU zu kämpfen.

Die Artikel:

EU in Krise

- Europas neue Kraft
- Die nackte Wahrheit über Europa
- Wenn die EU untergeht, wird keiner weinen
- Eine Provinz blamiert Europa
- Rettet die Provinz!
- So eng, dass es weh tut
- Ein Mann pflückt gegen Europa
- »Wir sind zu unbescheiden«
- Kraftvoll und betrübt

Wege aus der Krise

- Europa braucht die Nation
- Mehr Freundschaft wagen
- Stunde der Wahrheit
- Die Spieler treten ab
- Gegenangriff

EU der Zukunft?

- Du bist super – gewöhn dich dran!
- Welt, Macht, Europa
- ... aber nicht am Ende
- Weltmacht! Echt jetzt?
- Der Nationalstaat wird verschwinden

ca. 220 Seiten

nur 3,99 €

Erhältlich in allen gängigen E-Book-Shops.

Impressum

Weitere interessante ZEIT E-Books finden Sie unter www.zeit.de/ebooks.

Alle Rechte vorbehalten. Falls Sie unsere Inhalte wiedergeben möchten, finden Sie hier alle Informationen zur Möglichkeit von Lizenzierungen unter www.zeit.de/lizenzen.

DIE  ZEIT

Verlag:

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

Neue Geschäftsfelder

Buceriusstraße, Eingang Speersort 1, 20095 Hamburg

Bei Feedback oder Fragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung:

ebooks@zeit.de

Cover: © fotolia / adimas

© 2017 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Hamburg

E-Book-Produktion und Vertrieb: epubli GmbH, Berlin, www.epubli.de

ISBN: 978-3-7450-1015-2

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.